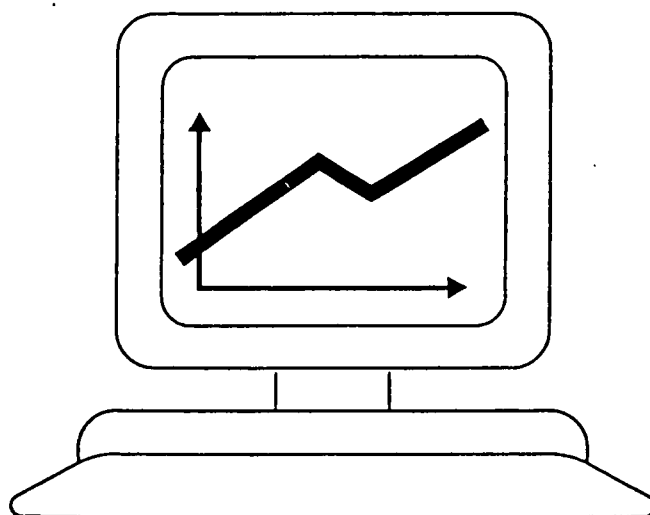


Statistisches Bundesamt

Statistisches Informationssystem des Bundes

Definitionskatalog 1994

F – K



Statist. Bundesamt - Bibliothek



10-05096

(10.1197)

Statistisches Bundesamt

Herausgeber

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Postanschrift:

Statistisches Bundesamt
65180 Wiesbaden

Telefon	(0611) 75 1
Telefax	(0611) 724 000
Teletex	611 86 StBA
BTX	*48484#

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1994

Alle Rechte vorbehalten. Es ist insbesondere nicht gestattet, ohne ausdrückliche Genehmigung des Statistischen Bundesamtes diese Veröffentlichung oder Teile daraus zu übersetzen, zu vervielfältigen, auf Mikrofilm/-fiche zu verfilmen oder in elektronische Systeme einzuspeichern.

Fabrik- und Werkstattgebäude

Statistik der Baugenehmigungen

Datennachweis: ab 1962; für die neuen Länder und Berlin - Ost ab 1991

Begriffsinhalt:

>>> Nichtwohngebäude, die unmittelbar der Gewinnung und Verteilung von Energie und Wasser, der Produktion bzw. Reparatur von Waren oder der Abfallbeseitigung dienen.

Zu den Fabrik- und Werkstattgebäuden zählen außer den Gebäuden, die für die Gewinnung und Verteilung von Elektrizität, Gas und Fernwärme bestimmt sind, den Gebäuden und Anlagen zur Wassergewinnung und -verteilung, der Abwasser und Abfallbeseitigung, Schlachthöfen und -häusern in denen Tiere gegen Entgelt getötet, ausgenommen oder zerlegt werden, auch die sonstigen Fabrik und Werkstattgebäude, die der Fertigung oder Reparatur von Gütern bzw. Waren dienen. Mit einbezogen sind die dazugehörigen Kesselanlagen, Maschinenhäuser, Laboratoriumsgebäude, Hallen usw. sowie auch die Werkstattgebäude der Polizei, des Bundesgrenz-, Feuer- und zivilen Bevölkerungsschutzes.

Nicht mit einbezogen in die Fabrik- und Werkstattgebäude werden >>> landwirtschaftliche Betriebsgebäude, sofern sie nicht als Gebäude eines landwirtschaftlichen Nebenbetriebes gelten, Warenlagergebäude, freistehende Konstruktionen, die keinen Nutzraum enthalten, sowie Schacht- und Stollenbauten des Bergbaus.

Facharbeiter

1.1 Monatlicher Baubericht

Datennachweis: 1950 bis 1977

1.2 Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau)

Datennachweis: ab 1977; für die neuen Länder und Berlin - Ost ab 1991/92

Begriffsinhalt:

Personen, die in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum >>> Betrieb stehen und die aufgrund einer abgeschlossenen Lehre oder durch Fachkenntnisse, die in mehrjähriger Tätigkeit erworben wurden, mit allen Arbeiten eines bestimmten Arbeitsgebietes vertraut sind und beschäftigt werden können.

Facharbeiter sind Personen, die aufgrund ihrer Fachkenntnisse und Fähigkeiten mit Arbeiten beschäftigt werden, die als besonders schwierig, verantwortungsvoll oder vielgestaltig anzusehen sind.

Für die Zuordnung zu den Facharbeitern ist es unerheblich, ob ein Beschäftigter in der Angestellten- oder Arbeiterrentenversicherung versichert ist.

Zu den Facharbeitern rechnen im einzelnen:

Poliere, Schachtmeister und Meister, Werkpoliere, Bauvorarbeiter, Spezialbaufacharbeiter, gehobene Baufacharbeiter, wie Maurer, Betonbauer, Zimmerer, Isolierer, Gipser, nicht jedoch Arbeiter mit angelernten Spezialtätigkeiten; ferner Baufacharbeiter, die ihre Berufsausbildung in Form der Stufenausbildung mit der ersten Stufe abgeschlossen haben, Baumaschinen-Fachmeister und -Vorarbeiter, Baumaschinenführer sowie die Gruppe der Baumaschinenwarte und Kraftfahrer.

Nach dem Anhang zum Bundesrahmentarifvertrag für das Baugewerbe umfaßt diese Gliederung die Berufsgruppen I - IV 3, V 1, M I - M III und M IV 1.

Für die Zuordnung der Beschäftigten zu den verschiedenen Gruppen wird in Zweifelsfällen nicht die Tarifgruppe, nach der sie bezahlt werden, sondern die Art der Tätigkeit (die Tätigkeitsmerkmale) zugrunde gelegt.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis zum 30.6.1978 rechneten zu den Facharbeitern die in der Rentenversicherung der Angestellten versicherungspflichtigen Poliere, Schachtmeister und Meister sowie die in den Tarifverträgen für das Baugewerbe festgelegten Berufsgruppen I - III c. Dazu zählen Hilfspolier, Hilfsmeister, Fachvorarbeiter (Tarifberufsgruppe I und II), Maurer, Betonbauer, Zimmerer, übrige Baufacharbeiter wie Dachdecker, Isolierer, Gipser, Stukkateure usw. sowie sonstige Facharbeiter nach Berufsgruppe III a - c (z.B. Kran- und Baggerführer). Die Vergleichbarkeit der Ergebnisse ist aber durch diese Änderung der Berufsgruppen nicht beeinträchtigt worden.

Begriffsbeziehungen:

Siehe unter 2.

Unterschiede zwischen Zahlen über Arbeiter in der Volks- und Berufszählung 1970 und den Zahlen über Facharbeiter in den o.g. Statistiken für das Baugewerbe ergeben sich u.a. auch daraus, daß Facharbeiter in mehreren Betrieben beschäftigt sein und deshalb mehrfach erfaßt und nachgewiesen werden können. In der Volks- und Berufszählung 1970 wird jeder Arbeiter nur einmal erfaßt, da die einzelne Person und nicht der Betrieb die Erhebungseinheit ist.

2. Beschäftigtenstatistik

Datennachweis: ab 1974

Begriffsinhalt:

Facharbeiter sind >>> Beschäftigte, die aufgrund ihrer Lehr-/ Anlernausbildung bzw. auch ohne abgeschlossene Lehr- und Anlernausbildung aber durch ihre Berufspraxis als solche beschäftigt werden. Zu den Facharbeitern zählen auch Meister/ Poliere, sofern sie in der Arbeiterrentenversicherung pflichtversichert sind. Meister/ Poliere sind Arbeitnehmer, die aufgrund ihrer Prüfung bzw. ihrer beruflichen Qualifikation als solche eingesetzt sind.

Begriffsbeziehungen:

Während zu den Facharbeitern Personen mit abgeschlossener Lehre oder mit durch mehrjährige Tätigkeit erworbenen Kenntnissen zählen, rechnen zu den >>> Fachwerkern und Werkern (Monatlicher Baubericht, Monatsbericht einschl. Fertigteilbau) vor allem Arbeiter, die angelernte Spezialtätigkeiten ausüben oder bestimmte Tätigkeitsmerkmale solcher Tätigkeiten erfüllen sowie Arbeiter, die einfache Bauarbeiten verrichten.

Zu den >>> Arbeitern (Volks- und Berufszählung 1970, Beschäftigtenstatistik, Arbeitsstättenzählung 1970, Monatlicher Industriebericht, Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen, Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen, Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeughängerbestandes) rechnen neben den Facharbeitern u.a. auch angelernte und ungelernte Arbeiter sowie Hilfsarbeiter.

Für die Zuordnung von Personen zu den Arbeitern ist in der Volks- und Berufszählung 1970 die Art der ausgeübten Tätigkeit und nicht, wie in den anderen oben genannten Statistiken, die Beitragspflicht zur Arbeiterrentenversicherung maßgebend.

Facheinzelhandelsunternehmen mit 1 bis 4 Verkaufsstellen (übrige Betriebsformen)

Einzelhandelsstatistik

Datennachweis: ab 1963

Begriffsinhalt:

Unternehmen des Einzelhandels mit weniger als fünf Verkaufsstellen, sofern sie weder >>> Konsumgenossenschaften (einschl. der sonstigen Verbraucherorganisationen) noch >>> Versandhandelsunternehmen oder >>> Warenhausunternehmen sind.

Als Unternehmen gilt die kleinste rechtlich selbständige Einheit, die eigene Bücher zu führen und gesonderte Abschlüsse aufzustellen hat. Hierzu zählen auch rechtlich selbständige Tochtergesellschaften. Die Unternehmen werden in ihrer Gesamtheit erfaßt, einschl. bereichsfremder Teile und Tätigkeiten, aber ohne land- und forstwirtschaftliche Nebenbetriebe und ohne Zweigniederlassungen im Ausland.

Zum Einzelhandel wird ein Unternehmen gerechnet, wenn seine wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Handelsware zu beziehen und in eigenem Namen entweder an private Haushalte oder in einer sonst nur im Einzelhandel üblichen Form oder in kleinen Mengen an andere als Wiederverkäufer abzusetzen. Die Waren dürfen dabei nicht oder nur in handelsüblichem Maße be- oder verarbeitet werden. Nicht zum Einzelhandel zählen die rechtlich unselbständigen offenen Verkaufsstellen der Industrie.

Zu den übrigen Betriebsformen gehören im wesentlichen die Unternehmen des Facheinzelhandels mit weniger als fünf Einzelhandelsverkaufsstellen sowie die Unternehmen des Markt-, Straßen- und Hausiererhandels.

Dazu rechnen auch sonstige Verbraucherorganisationen, sofern sie andere Sortimente als "Waren verschiedener Art" und "Nahrungs- und Genußmittel verschiedener Art" führen und weder zu den Versandhandelsunternehmen noch zu den Filialunternehmen gehören.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1968 wurden Facheinzelhandelsunternehmen mit 1 bis 4 Verkaufsstellen als "übrige Betriebsformen" der Unternehmen des Facheinzelhandels nachgewiesen.

Begriffsbeziehungen:

Die übrigen Betriebsformen unterscheiden sich von den anderen Betriebsformen des Einzelhandels durch die Rechtsform des Unternehmens, die Vertriebsform, die Unternehmensgröße und die Anzahl der Verkaufsstellen. Im einzelnen bestehen folgende Zusammenhänge: Schätzt ein Unternehmen des Einzelhandels sich selbst als Konsumgenossenschaft oder als sonstige Verbraucherorganisation ein, so gilt es in der Einzelhandelsstatistik, unabhängig von seinen sonstigen Merkmalen, als Konsumgenossenschaft. Erzielt von den verbleibenden Unternehmen eines seinen Umsatz überwiegend durch den Versand von Waren auf Bestellung, so gilt es als Versandhandelsunternehmen. Betreibt eines der danach verbleibenden Unternehmen Einzelhandel mit Waren verschiedener Art in der Hauptrichtung Nahrungsmittel und beschäftigt in mindestens einer Niederlassung mindestens 25 Personen und erzielt in dieser(n) Niederlassung(en) mindestens 50 % seines Gesamtumsatzes, so gilt es als Warenhausunternehmen. Unterhält eines der danach verbleibenden Unternehmen fünf oder mehr Verkaufsstellen, so gilt es als >>> Facheinzelhandelsunternehmen mit 5 und mehr Verkaufsstellen (Filialunternehmen). Die danach verbleibenden Unternehmen des Einzelhandels werden als Facheinzelhandelsunternehmen mit 1 bis 4 Verkaufsstellen (übrige Betriebsformen) zusammengefaßt.

Facheinzelhandelsunternehmen mit 5 und mehr Verkaufsstellen (Filialunternehmen)

Einzelhandelsstatistik

Datennachweis: ab 1963

Begriffsinhalt:

Unternehmen des Einzelhandels mit fünf oder mehr Verkaufsstellen, sofern sie weder >>> Konsumgenossenschaften (einschl. der sonstigen Verbraucherorganisationen) noch >>> Versandhandelsunternehmen oder >>> Warenhausunternehmen sind.

Als Unternehmen gilt die kleinste rechtlich selbständige Einheit, die eigene Bücher zu führen und gesonderte Abschlüsse aufzustellen hat. Hierzu zählen auch rechtlich selbständige Tochtergesellschaften. Die Unternehmen werden in ihrer Gesamtheit erfaßt, einschl. bereichsfremder Teile und Tätigkeiten, aber ohne land- und forstwirtschaftliche Nebenbetriebe und ohne Zweigniederlassungen im Ausland.

Zum Einzelhandel wird ein Unternehmen gerechnet, wenn seine wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Handelsware zu beziehen und in eigenem Namen entweder an private Haushalte oder in einer sonst nur im Einzelhandel üblichen Form oder in kleinen Mengen an andere als Wiederverkäufer abzusetzen. Die Waren dürfen dabei nicht oder nur in handelsüblichem Maße be- oder verarbeitet werden. Nicht zum Einzelhandel zählen die rechtlich unselbständigen offenen Verkaufsstellen der Industrie.

Als Verkaufsstelle gilt jede >>> Arbeitsstätte eines Unternehmens des Einzelhandels, in der Einzelhandelstätigkeit ausgeübt wird.

Als Arbeitsstätte wird eine räumliche Einheit (Grundstück oder abgegrenzte Räumlichkeit) aufgefaßt, in der mindestens eine Person oder - unter einheitlicher Leitung - mehrere Personen regelmäßig erwerbstätig sind.

Zu den Filialunternehmen rechnen auch sonstige Verbraucherorganisationen, sofern sie andere Sortimente führen als "Waren verschiedener Art" und "Nahrungs- und Genußmittel verschiedener Art" und fünf oder mehr Verkaufsstellen unterhalten.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1969 wurden Facheinzelhandelsunternehmen mit 5 und mehr Verkaufsstellen als Filialunternehmen nachgewiesen.

Begriffsbeziehungen:

Die Filialunternehmen unterscheiden sich von den anderen Betriebsformen des Einzelhandels durch die Rechtsform des Unternehmens, die Vertriebsform, das Warensortiment und die Anzahl der Verkaufsstellen. Im einzelnen bestehen folgende Zusammenhänge: Schätzt ein Unternehmen des Einzelhandels sich selbst als Konsumgenossenschaft oder als sonstige Verbraucherorganisation ein, so gilt es in der Einzelhandelsstatistik, unabhängig von seinen sonstigen Merkmalen, als Konsumgenossenschaft. Erzielt von den verbleibenden Unternehmen eines seinen Umsatz überwiegend durch den Versand von Waren auf Bestellung, so gilt es als Ver-

sandhandelsunternehmen. Betreibt eines der danach verbleibenden Unternehmen Einzelhandel mit Waren verschiedener Art in der Hauptrichtung Nichtnahrungsmittel und beschäftigt in mindestens einer Niederlassung mindestens 25 Personen und erzielt in dieser(n) Niederlassung(en) mindestens 50 % seines Gesamtumsatzes, so gilt es als >>> Warenhausunternehmen. Unterhält eines der danach verbleibenden Unternehmen fünf oder mehr Einzelhandelsverkaufsstellen, so gilt es als Facheinzelhandelsunternehmen mit 5 und mehr Verkaufsstellen (Filialunternehmen). Die danach verbleibenden Unternehmen des Einzelhandels werden als >>> Facheinzelhandelsunternehmen mit 1 bis 4 Verkaufsstellen (übrige Betriebsformen) zusammengefaßt.

Fachgymnasien

Statistik des beruflichen Schulwesens

Datennachweis: ab 1967

Begriffsinhalt:

Schulen, die mit der >>> Hochschulreife abschließen (berufsbezogene Gymnasien).

Der Besuch eines Fachgymnasiums setzt den >>> Realschulabschluß oder einen gleichwertigen Abschluß voraus. Die Fachgymnasien werden in der Regel in Vollzeitform geführt. Die Schulbesuchsdauer beträgt in der Regel 3 Jahre.

Einbezogen werden private und öffentliche Fachgymnasien. Zu den Fachgymnasien rechnen auch die Wirtschaftsaufbaugymnasien in Baden-Württemberg.

Nicht zu den Fachgymnasien rechnen die Wirtschaftsgymnasien in Abendform, die Berufsoberschulen in Bayern und die Technischen Oberschulen in Baden-Württemberg; sie werden den Einrichtungen des allgemeinen Schulwesens zu geordnet.

Änderungen im Zeitablauf:

In Baden-Württemberg wurden die Wirtschaftsaufbaugymnasien bis einschl. 1975 nicht einbezogen; 1976 wurden die Daten der 11. bis 13. Klassenstufe, ab 1977 werden alle Daten den Fachgymnasien zugeordnet.

Fachhochschulen

Studentenstatistik

Datennachweis: ab Sommersemester 1972

Begriffsinhalt:

Fachhochschulen umfassen größtenteils die früheren >>> Ingenieurschulen und höheren Fachschulen. Ihr Besuch setzt die >>> Fachhochschulreife voraus. Bei erfolgreichem Abschluß wird die allgemeine >>> Hochschulreife erworben.

Fachhochschulreife

1. Statistik des allgemeinen Schulwesens

Datennachweis: ab 1967

2. Statistik des beruflichen Schulwesens

Datennachweis: ab 1967

Begriffsinhalt:

Als Fachhochschulreife gilt ein Abschlußzeugnis, das in der Regel an >>> Fachoberschulen erworben wird.

Unter bestimmten Voraussetzungen kann die Fachhochschulreife im beruflichen Schulwesen auch an >>> Berufsschulen, >>> Berufsfachschulen, >>> Fachgymnasien und an >>> Fachschulen, im allgemeinen Schulwesen an >>> Gymnasien, >>> Gesamtschulen, >>> Abendgymnasien und >>> Kollegs (u.U. auch an Sonderschulen) erworben werden.

Nachgewiesen werden >>> Schüler und >>> Schulabgänger mit Fachhochschulreife. Schulabgänger mit Fachhochschulreife sind zum Studium an einer >>> Fachhochschule berechtigt.

Fachliche Betriebs-/ Unternehmensteile

Monatsbericht bei Betrieben der Energie- und Wasserversorgung

Datennachweis: ab 1977

Begriffsinhalt:

Wirtschaftsbereiche, in denen >>> Betriebe bzw. >>> Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung tätig sind. Es werden die Tätigkeitsbereiche Elektrizitätsversorgung, Gasversorgung, Fernwärmeversorgung, Wasserversorgung und übrige Wirtschaftsbereiche (Baugewerbe, Verkehr, Häfen, Bäder) unterschieden.

Fachoberschulen

Statistik des beruflichen Schulwesens

Datennachweis: ab 1967

Begriffsinhalt:

Schulen, die zur >>> Fachhochschulreife führen. Der Besuch einer Fachoberschule setzt den >>> Realschulabschluß oder einen gleichwertigen Abschluß voraus. Die Fachoberschulen werden in der Regel in Vollzeitform geführt. Die Schulbesuchsdauer beträgt zwei Jahre. Einbezogen werden private und öffentliche Fachoberschulen. Zu den Fachoberschulen rechnen auch die Vorbereitungskurse an Fachhochschulen in Baden-Württemberg.

Fachschulen

1. Volks- und Berufszählung 1987

Begriffsinhalt:

Fachschulen sind berufsfortbildende Schulen, die freiwillig nach einer bereits erworbenen Berufsausbildung oder -erfahrung von nicht mehr berufsschulpflichtigen Jugendlichen nach vollendetem 18. Lebensjahr besucht werden. Es gehören dazu u.a. Technikerschulen (z.B. für Maschinenbau, Elektrotechnik, Bautechnik), Landwirtschaftsschulen, Meisterschulen.

2. Statistik des beruflichen Schulwesens

Datennachweis: ab 1967

Begriffsinhalt:

Schulen, die nach einer bereits erworbenen Berufsausbildung und praktischen Berufserfahrung, teilweise auch nach langjähriger praktischer Arbeitserfahrung oder mit dem Nachweis einer fachspezifischen Begabung besucht werden und eine weitgehende fachliche Fortbildung im Beruf vermitteln.

Die Schulbesuchsdauer beträgt zwischen 6 Monaten und 4 Jahren je nachdem, ob es sich um Vollzeit- oder Teilzeitschulen handelt und welcher Abschluß vermittelt wird.

Zu den Fachschulen rechnen z.B. Technikerschulen, Berufsakademien, Fachakademien, noch nicht in Fachhochschulen umgewandelte Höhere Fachschulen, Meisterschulen, die privaten Wirtschaftsakademien in Hamburg, die privaten Bergingenieurschulen im Saarland.

Die Technischen Oberschulen in Baden-Württemberg und die Berufsoberschulen in Bayern rechnen nicht zu den Fachschulen.

Erfasst werden öffentliche und private Fachschulen.

Änderungen im Zeitablauf:

Die privaten Wirtschaftsakademien in Hamburg gibt es erst seit dem Schuljahr 1978/79.

Fachschulreife

Statistik des beruflichen Schulwesens

Datennachweis: ab 1967

Begriffsinhalt:

Als Fachschulreife gilt ein Abschlußzeugnis, das in der Regel an >>> Berufsaufbauschulen erworben wird, oder ein gleichwertiger Abschluß.

Die Fachschulreife kann teilweise auch zusätzlich zu einem anderen beruflichen Bildungsabschluß (z.B. an >>> Berufsfachschulen, >>> Berufsschulen, >>> Fachoberschulen, >>> Fachgymnasien und an >>> Fachschulen) erworben werden.

Nachgewiesen werden >>> Schüler und >>> Schulabgänger mit Fachschulreife.

Fachsemester

Studentenstatistik

Datennachweis: ab Wintersemester 1976

Begriffsinhalt:

Semester, die im Hinblick auf die im Erhebungssemester angestrebte Abschlußprüfung im Studienfach verbracht worden sind; dazu können auch einzelne Semester aus einem anderen Studienfach oder Studiengang gehören, wenn sie angerechnet werden.

Nachgewiesen werden >>> Studenten gegliedert nach Fachsemestern.

Begriffsbeziehungen:

Während bei den Fachsemestern nur die im Hinblick auf den im Erhebungssemester angestrebten Abschluß absolvierten Semester erfaßt werden, umfassen die >>> Hochschulsemester (Studentenstatistik) alle im Hochschulbereich verbrachten Semester.

Fachwerker und Werker

1. Monatlicher Baubericht

Datennachweis: 1950 bis 1977

2. Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau)

Datennachweis: ab 1977; für die neuen Länder und Berlin - Ost ab 1991/92

Begriffsinhalt:

Personen, die in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen und den Berufsgruppen IV 4, V 2, VI, VII, M IV 2 und 3, M V und M VI des Anhangs zum Bundesrahmentarifvertrag für das Baugewerbe zugeordnet sind.

Zu ihnen zählen >>> Arbeiter, die angelernte Spezialtätigkeiten ausüben oder bestimmte Tätigkeitsmerkmale solcher Tätigkeiten erfüllen; ferner Kraftfahrer, die lediglich über Fahrpraxis verfügen, Baumaschinisten und Maschinenfachwerker sowie Arbeiter, die einfache Bauarbeiten verrichten.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. März 1971 wurden die Fachwerker und Werker als Helfer und Hilfsarbeiter bezeichnet.

Bis zum 30.6.1978 rechneten zu den Fachwerkern und Werkern Personen, die den Berufsgruppen IV und V der Tarifverträge für das Baugewerbe zugeordnet waren.

Die Vergleichbarkeit der Ergebnisse ist aber durch die beiden Änderungen der Berufsgruppen nicht beeinträchtigt worden.

Zu den Fachwerkern (Tarifberufsgruppe V) rechneten Arbeiter, die mindestens 22 Jahre alt waren und im Rahmen der betrieblichen Aufsteckungsmöglichkeiten aufgrund ihrer Eignung aus der Gruppe V (Werker) ausgewählt wurden. Sie hatten die Fertigkeiten und Kenntnisse für einen bestimmten Beruf während einer vorgeschriebenen Einarbeitungszeit erworben. Zu ihnen zählten z.B. Mörtelbereiter, Eisenbieger und -flechter, Einschalier im Beton- und Eisenbetonbau, Baumaschinisten und Verputzer.

Begriffsbeziehungen:

Während zu den Fachwerkern und Werkern vor allem Arbeiter rechnen, die angelernte Spezialtätigkeiten ausüben oder bestimmte Tätigkeitsmerkmale solcher Tätigkeiten erfüllen, sowie Arbeiter, die einfache Bauarbeiten verrichten, zählen zu den >>> Facharbeitern (Monatlicher Baubericht, Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau)) Personen mit abgeschlossener Lehre oder mit durch mehrjährige Tätigkeit erworbenen Kenntnissen.

Zu den >>> Arbeitern (Volks- und Berufszählung 1987, Arbeitsstättenzählung 1987, Monatlicher Industriebericht, Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen, Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen, Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeuganhängerbestandes) rechnen neben Fachwerkern und Werkern u.a. auch die Facharbeiter. Für die Zuordnung zu den Arbeitern ist in der Volks- und Berufszählung 1987 die Art der ausgeübten Tätigkeit, in den anderen oben genannten Statistiken die Beitragspflicht zur Arbeiterrentenversicherung maßgebend.

Unterschiede zwischen Zahlen über Arbeiter in der Volks- und Berufszählung 1970 und den Zahlen über Fachwerker und Werker in den o.g. Statistiken für das Baugewerbe ergeben sich u.a. auch daraus, daß Fachwerker und Werker in mehreren Betrieben beschäftigt sein und deshalb mehrfach erfaßt und nachgewiesen werden können. In der Volks- und Berufszählung 1970 wird jeder Arbeiter nur einmal erfaßt, da die einzelne Person und nicht der Betrieb die Erhebungseinheit ist.

Fähr-, Förde- und Baderschiffe

Statistik des Bestandes an Seeschiffen

Datennachweis: 1951 bis 1970

Begriffsinhalt:

In die Seeschiffsregister eingetragene Schiffe, die dem Transport von Personen und/ oder zum Übersetzen von Fahrzeugen aller Art gegen Entgelt dienen, ohne >>> Fahrgastschiffe mit Kabinen.

In die Seeschiffsregister werden Schiffe eingetragen, die für die Schifffahrt außerhalb von Binnengewässern (Flüssen, Kanälen und geschlossenen Seen) bestimmt sind und einen Raumgehalt von mehr als 17,65 BRT haben.

Zu den Fähr-, Förde- und Baderschiffen zählen neben den Fähren und Fahrgastschiffen ohne Kabinen auch Ausflugsboote und Sportangelfahrzeuge.

Begriffsbeziehungen:

Im Unterschied zu den Fähr-, Förde- und Baderschiffen werden bei den Fahrgastschiffen (Statistik des Bestandes an Seeschiffen) ausschließlich Fahrgastschiffe mit Kabinen nachgewiesen.

Fahrgastschiffe

Alle folgenden Statistiken der Binnen- und Seeschifffahrt

Begriffsinhalt:

Binnen- oder Seeschiffe, auf denen Personen befördert werden.

1. Statistik des Bestandes an Binnenschiffen

Datennachweis: ab 1961

Begriffsinhalt:

Erfaßt werden die Fahrgastschiffe, die in die Binnenschiffsregister eingetragen sind.

Die Schiffe müssen über mindestens 37 KW (50 PS) Maschinenleistung verfügen und für die Schifffahrt auf Binnengewässern (Flüssen, Kanälen und geschlossenen Seen) bestimmt sein.

Änderungen im Zeitablauf:

Seit 1973 sind in der Position Fahrgastschiffe auch die Schiffe aufgeschlossenen Seen enthalten.

Begriffsbeziehungen:

Siehe unter 2. und 3.

2. Statistik über die Unternehmen in der Binnenschifffahrt

Datennachweis: ab 1970

Begriffsinhalt:

Erfasst werden die Fahrgastschiffe, die zum verfügbaren Bestand der Unternehmen der Binnenschifffahrt gehören.

Der verfügbare Bestand umfaßt die eigenen Schiffe, zuzüglich der gemieteten und abzüglich der vermieteten Fahrgastschiffe.

Zu den Unternehmen der Binnenschifffahrt zählen hier alle Unternehmen, die in irgendeiner Form Binnenschifffahrt betreiben, gleichgültig ob ihr wirtschaftlicher Schwerpunkt in der gewerblichen Binnenschifffahrt liegt oder nicht oder ob die Unternehmen Binnenschifffahrt nur im Werkverkehr betreiben.

Begriffsbeziehungen:

Der Bestand an Fahrgastschiffen in der Unternehmensstatistik der Binnenschifffahrt ist nicht unmittelbar vergleichbar mit dem der Bestandsstatistik: Zum einen werden die Erhebungen an verschiedenen Stichtagen durchgeführt, zum anderen erfaßt die Bestandsstatistik - im Unterschied zur Unternehmensstatistik - auch die an das Ausland vermieteten, jedoch nicht die vom Ausland gemieteten Schiffe sowie Schiffe, die als endgültig verloren oder ausbesserungsunfähig anzusehen sind, aber nicht im Register gelöscht wurden.

Siehe auch unter 3.

3. Statistik des Bestandes an Seeschiffen

Datennachweis: ab 1951

Begriffsinhalt:

Erfasst werden Fahrgastschiffe, die unter der Flagge der Bundesrepublik Deutschland fahren und über mehr als 17,65 BRT Raumgehalt verfügen.

Unter der Flagge der Bundesrepublik Deutschland können u.a. auch Seeschiffe fahren, die von deutschen Reedern aus dem Ausland gechartert wurden. Entsprechend fahren an das Ausland vercharterte Schiffe im allgemeinen nicht unter deutscher Flagge.

Die Fahrgastschiffe umfassen im einzelnen Fahrgastschiffe mit und ohne Kabinen, Fahrgastschiffe mit Massenquartieren, Fracht-Fahrgastschiffe mit Kabinen für mindestens 12 Personen, Sportangelfahrzeuge und Ausflugsboote.

Änderungen im Zeitablauf:

Die Fahrgastschiffe umfassen bis einschl. 1970 lediglich Fahrgastschiffe mit Kabinen, Fahrgastschiffe mit Massenquartieren sowie Fracht-Fahrgastschiffe mit Kabinen für mindestens 12 Personen.

Bis einschl. 1973 wurden die Fahrgastschiffe erfaßt, die in die deutschen Seeschiffsregister eingetragen waren, unabhängig davon ob sie unter deutscher Flagge fuhren.

In die Seeschiffsregister werden Schiffe eingetragen, die für die Schifffahrt außerhalb von Binnengewässern (Flüssen, Kanälen und geschlossenen Seen) bestimmt sind, die einen Raumgehalt von mehr als 17,65 BRT haben und deren Eigentümer Deutsche sind (natürliche und juristische Personen).

Begriffsbeziehungen:

Die Fahrgastschiffe der Seeschifffahrt unterscheiden sich von denen der Binnenschifffahrt durch ihr Einsatzgebiet und die durch Vorschriften bedingte unterschiedliche technische Ausrüstung.

Außerdem werden in der Statistik des Bestandes an Seeschiffen Fahrgastschiffe erfaßt, die die Bundesflagge führen und in der Statistik des Bestandes an Binnenschiffen Fahrgastschiffe, die in dem Binnenschiffsregister eingetragen sind.

Im Unterschied zu den Fahrgastschiffen werden bei den >>> Fähr-, Förde- und Bäderschiffen (Statistik des Bestandes an Seeschiffen) ausschließlich Fahrgastschiffe ohne Kabinen nachgewiesen.

Fahrzeugbestand

1. Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeuganhängerbestandes

Datennachweis: ab 1952

Begriffsinhalt:

Zahl der zugelassenen oder nur vorübergehend, d.h. bis zu einem Jahr, abgemeldeten >>> Kraftfahrzeuge und >>> Kraftfahrzeuganhänger.

Die Zulassung erfolgt durch die Zuteilung eines amtlichen Kennzeichens sowie die Erteilung einer Betriebserlaubnis, die allerdings bei Serienfahrzeugen durch die allgemeine Betriebserlaubnis für den Fahrzeugtyp als bereits erteilt gilt.

Der Fahrzeugbestand wird nach Fahrzeughaltergruppen gegliedert. Als Fahrzeughalter gilt derjenige, auf den das Fahrzeug zugelassen wird. Halter und Eigentümer eines Fahrzeugs müssen nicht identisch sein.

2. Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr

Datennachweis: ab 1952

Begriffsinhalt:

Zahl der verfügbaren >>> Fahrzeuge bei zur Unternehmensstatistik auskunftspflichtigen >>> Unternehmen.

Als Fahrzeuge im Sinne dieser Statistik gelten: Trieb- und Beiwagen von >>> Straßenbahnen und >>> Stadtschnellbahnen, Obus - Triebwagen, >>> Kraftomnibusse sowie >>> Personenkraftwagen mit Genehmigung für den Linienverkehr und Personenkraftwagen mit genau 8 Fahrgastplätzen, soweit sie bei Unternehmen des Kraftomnibusverkehrs im >>> Gelegenheitsverkehr eingesetzt werden.

Als verfügbar gelten die eigenen zuzüglich der angemieteten und abzüglich der vermieteten Fahrzeuge. Jedes am Erhebungsstichtag auch nur stundenweise angemietete Fahrzeug wird einbezogen, während jedes am Stichtag - und sei es nur für Stunden - vermietete Fahrzeug von der Erfassung ausgeschlossen wird.

Änderungen im Zeitablauf:

Von 1952 bis 1968 galt als Stichtag der 30.6., ab 1969 der 30.9., ab Berichtsjahr 1984 sind Pkw nicht mehr erfaßt.

Fahrzeuge

Außenhandelsstatistik

Datennachweis: 1960 bis 1974

Begriffsinhalt:

Zu den Fahrzeugen im Rahmen der >>> Verbrauchsgüter rechnen im wesentlichen Personenkraftwagen bis 1,5 l Hubraum sowie Krafträder, Fahrräder, Krankenfahrstühle, Kinderwagen sowie Bereifungen für bestimmte Fahrzeuge (z.B. Fahrräder, Mopeds).

Begriffsbeziehungen:

Zur Abgrenzung der Fahrzeuge von den >>> Straßenfahrzeugen (Außenhandelsstatistik) siehe dort.

Familienarbeitskräfte

1. Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

Datennachweis: ab Wirtschaftsjahr 1964/65

Begriffsinhalt:

>>> Betriebsinhaber und ihre auf dem Betrieb lebenden Familienangehörigen im Alter von 15 Jahren und mehr, die im Berichtszeitraum mit betrieblichen Arbeiten beschäftigt waren.

Betriebsinhaber ist diejenige natürliche Person, für deren Rechnung der Betrieb bewirtschaftet wird.

Zu den Familienangehörigen rechnen

- alle Personen, die mit dem Betriebsinhaber verwandt oder verschwägert sind und die während des Berichtszeitraums, wenn auch nur vorübergehend, dem mit dem Betrieb räumlich verbundenen Haushalt des Betriebsinhabers angehören,
- ferner Verwandte und Verschwägte des Betriebsinhabers, die im Berichtsmonat einem anderen, räumlich mit dem Betrieb verbundenen Haushalt angehören, sofern ihre Verpflegung überwiegend vom Betrieb bezogen wird.

Zu den betrieblichen Arbeiten rechnen alle Arbeiten, die für den landwirtschaftlichen Betrieb (einschl. verarbeitenden Nebenbetrieb) geleistet werden, z.B. Feld-, Hof-, Stallarbeiten (einschl. Melken), Transport landwirtschaftlicher Produkte bzw. Bedarfserzeugnisse, Betriebsführung (einschl. Buchführung).

Nicht hierzu rechnen Familienarbeitskräfte, die ausschließlich im Haushalt des Betriebsinhabers (mit Arbeiten zur Beköstigung und Versorgung der auf dem Betrieb lebenden Personen) beschäftigt waren oder die in gewerblichen Betrieben des Betriebsinhabers oder anderer Eigentümer (z.B. Gaststätte, Metzgerei, Lohnmaschinenunternehmen, gleichgültig, ob diese Betriebe mit dem landwirtschaftlichen Betrieb räumlich verbunden sind oder nicht) oder die in Gemeinschaftsbetrieben, Staats-, Körperschafts- oder fremden Privatforsten usw. beschäftigt waren.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1976 wurden die Arbeitskräfte im Jahresdurchschnitt (Wirtschaftsjahr) nachgewiesen. Ab 1978 ist der Berichtszeitraum vier aufeinanderfolgende Berichtswochen.

Bis einschl. 1967 wurden auch Arbeitskräfte des genannten Personenkreises mitgezählt, die nur im Haushalt des Betriebsinhabers tätig waren.

Mindestalter für eine Arbeitskraft bis 1978: 14 Jahre; ab 1979: 15 Jahre.

Begriffsbeziehungen:

Siehe unter 2.

2. Landwirtschaftszählung 1971

Begriffsinhalt:

Wie unter 1., jedoch in der Landwirtschaftszählung 1971 unter "Familienarbeitskräfte, mit betrieblichen Arbeiten (ohne Haushalt des Betriebsinhabers) beschäftigt" nachgewiesen.

Die mit betrieblichen Arbeiten beschäftigten Familienarbeitskräfte werden in voll- und teilbeschäftigte Familienarbeitskräfte untergliedert. Eine mit betrieblichen Arbeiten beschäftigte Familienarbeitskraft gilt in der Landwirtschaftszählung 1971 als vollbeschäftigt, wenn sie im Berichtszeitraum im Arbeitsbereich "Betrieb" mindestens 47 Wochen mit durchschnittlich mindestens 45 Stunden je Woche beschäftigt war.

Eine mit betrieblichen Arbeiten beschäftigte Familienarbeitskraft gilt als teilbeschäftigt, wenn sie die o.g. Mindestzeiten für vollbeschäftigte Arbeitskräfte in der Zahl der Arbeitswochen und/ oder der Zahl der Arbeitsstunden im Durchschnitt je Woche nicht erreicht (einschl. der unregelmäßig Beschäftigten).

Die "Familienarbeitskräfte, mit betrieblichen Arbeiten (ohne Haushalt des Betriebsinhabers) beschäftigt" stellen eine Teilmenge der "Familienarbeitskräfte, im Betrieb einschl. Haushalt des Betriebsinhabers beschäftigt" dar, zu welchen auch die nur im Haushalt des Betriebsinhabers beschäftigten Familienarbeitskräfte rechnen.

Als Arbeiten für den Haushalt des Betriebsinhabers gelten alle Arbeiten für die Beköstigung und Versorgung der im Berichtszeitraum auf dem Betrieb lebenden Personen.

Nicht hierzu rechnen Familienarbeitskräfte, die ausschließlich in gewerblichen Betrieben des Betriebsinhabers oder anderer Eigentümer (z.B. Gaststätte, Metzgerei, Lohnmaschinenunternehmen, gleichgültig, ob diese Betriebe mit dem landwirtschaftlichen Betrieb räumlich verbunden sind oder nicht) oder die in Gemeinschaftsbetrieben, Staats-, Körperschafts- oder fremden Privatforsten usw. beschäftigt waren.

Gesondert nachgewiesen werden die im Betrieb einschl. Haushalt des Betriebsinhabers vollbeschäftigten Familienarbeitskräfte. Dazu zählen

- Familienarbeitskräfte, die in einem der beiden Arbeitsbereiche mindestens 47 Wochen mit durchschnittlich mindestens 45 Stunden je Woche beschäftigt waren;

- Familienarbeitskräfte, für die die Zusammenrechnung der Arbeitszeiten in beiden Arbeitsbereichen mindestens 2 115 Arbeitsstunden (regelmäßig beschäftigt: 47 Wochen mal 45 Stunden/ Woche; unregelmäßig beschäftigt: 1 Arbeitstag = 9 Stunden) ergibt, sofern sie in mindestens einem der beiden Arbeitsbereiche 47 Wochen tätig waren;
- Familienarbeitskräfte, für die die Zusammenrechnung der in beiden Arbeitsbereichen in unregelmäßiger Beschäftigung geleisteten Arbeitstage mindestens 275 Arbeitstage ergibt.

Begriffsbeziehungen:

Der Begriff Familienarbeitskräfte ist anders abgegrenzt als die Begriffe >>> Tätige Inhaber und >>> Mithelfende Familienangehörige (beide Arbeitsstättenzählung 1970, verschiedene Bereichsstatistiken) bzw. >>> Selbständige und Mithelfende Familienangehörige (beide Volks- und Berufszählung 1970, Mikrozensus): Entscheidend für die Zuordnung zu den hier dargestellten Familienarbeitskräften ist nicht nur, daß eine Person Familienangehöriger des Betriebsinhabers ist und in dessen landwirtschaftlichem Betrieb arbeitet, sondern auch, daß sie zu dem mit dem Betrieb räumlich verbundenen Haushalt des Betriebsinhabers rechnet. Für die Zuordnung zu den Mithelfenden Familienangehörigen ist dagegen neben der Familienzugehörigkeit die unentgeltliche Tätigkeit im Betrieb (im Unternehmen, in der Arbeitsstätte) maßgeblich. In den meisten Bereichsstatistiken - nicht aber in den Arbeitsstättenzählungen und Bevölkerungsstatistiken - rechnet zu den Mithelfenden Familienangehörigen ferner nur, wer mindestens ein Drittel der betrieblichen Arbeitszeit im Betrieb (im Unternehmen, in der Arbeitsstätte) tätig ist.

Zu beachten ist außerdem, daß sich Unterschiede aufgrund der unterschiedlichen Wahl der Erhebungseinheiten ergeben können: In der Bevölkerungsstatistik ist die einzelne Person bzw. der Haushalt Erhebungseinheit, in den Arbeitsstättenzählungen und den Bereichsstatistiken (einschl. der Landwirtschaftsstatistiken) dagegen die Arbeitsstätten, Betriebe oder Unternehmen. Zu Einzelheiten hierzu siehe unter >>> Erwerbstätige (Volks- und Berufszählung 1970, Mikrozensus).

Familienfremde Arbeitskräfte

1. Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

Datennachweis: ab Wirtschaftsjahr 1964/65

2. Landwirtschaftszählung 1971

Begriffsinhalt:

Bei Betrieben in der Hand von natürlichen Personen: im Betrieb beschäftigte Personen, die nicht mit dem Betriebsinhaber verwandt oder verschwägert sind, sowie im Betrieb beschäftigte Familienangehörige des Betriebsinhabers, die weder dem mit dem Betrieb räumlich verbundenen Haushalt des Betriebsinhabers angehören noch einem anderen Haushalt, der mit dem Betrieb räumlich verbunden ist und vom Betrieb überwiegend die Verpflegung bezieht.

Bei Betrieben in der Hand von juristischen Personen: alle auf dem Betrieb beschäftigten Personen.

Zu den betrieblichen Arbeiten rechnen alle im Berichtszeitraum für den >>> landwirtschaftlichen Betrieb geleisteten Arbeiten (z.B. Feld-, Hof-, Stallarbeiten (einschl. Melken)), Transportarbeiten (z.B. für den Absatz selbsterzeugter landwirtschaftlicher Produkte oder den Bezug von Betriebsmitteln), Betriebsführung, ferner Tätigkeiten in den zum Betrieb gehörenden Waldflächen und verarbeitenden Nebenbetrieben.

Nicht hierzu rechnen Arbeitskräfte, die ausschließlich im Haushalt des Betriebsinhabers (mit Arbeiten zur Beköstigung und Versorgung der auf dem Betrieb lebenden Personen) beschäftigt waren oder die in gewerblichen Betrieben des Betriebsinhabers oder anderer Eigentümer (z.B. Gaststätte, Metzgerei, Lohnmaschinenunternehmen, gleichgültig, ob diese Betriebe mit dem landwirtschaftlichen Betrieb räumlich verbunden sind oder nicht) oder die in Gemeinschaftsbetrieben, Staats-, Körperschafts- oder fremden Privatforsten usw. beschäftigt waren.

"Ständige familienfremde Arbeitskräfte" sind familienfremde Arbeitskräfte im Alter von 15 Jahren und mehr, die im Berichtszeitraum in einem unbefristeten oder auf mindestens drei Monate abgeschlossenen Arbeitsverhältnis zum Betrieb standen und dort mit betrieblichen Arbeiten beschäftigt waren, unabhängig von der Zahl der Wochenarbeitsstunden und der Zahl der Arbeitswochen.

"Nichtständige familienfremde Arbeitskräfte" sind familienfremde Personen, die mindestens 15 Jahre alt sind, in landwirtschaftlichen Betrieben mit betrieblichen Arbeiten beschäftigt sind und in einem auf weniger als drei Monate abgeschlossenen Arbeitsverhältnis zum Betrieb stehen.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1976 werden die >>> Familienarbeitskräfte und die ständigen familienfremden Arbeitskräfte unter "Familienarbeitskräfte und ständige familienfremde Arbeitskräfte (im Jahresdurchschnitt)" für das Wirtschaftsjahr nachgewiesen.

Bis einschl. 1967 wurden auch Arbeitskräfte der genannten Personenkreise mitgezählt, die nur im Haushalt des Betriebsinhabers tätig waren.

Bis einschl. 1978 zählten Personen im Mindestalter von 14 Jahren als Arbeitskraft, ab 1979 gilt das Mindestalter von 15 Jahren.

Begriffsbeziehungen:

Zwischen der Zusammenfassung der >>> Familienarbeitskräfte und der ständigen und nichtständigen familienfremden Arbeitskräfte einerseits und der Gruppe der >>> Tätigen Personen bzw. >>> Beschäftigten (beide verschiedene Bereichsstatistiken, Arbeitsstättenzählungen) andererseits bestehen verschiedene Unterschiede in der begrifflichen Abgrenzung: Die Tätigen Personen und Beschäftigten werden vorwiegend nach ihrer Stellung im Beruf/ Betrieb unterschieden (in Tätige Inhaber, Mithelfende Familienangehörige, Arbeiter, Angestellte, Beamte, Auszubildende), die Arbeitskräfte in den Landwirtschaftsstatistiken in Familien- und familienfremde Arbeitskräfte gegliedert. Im besonderen ist die Gruppe der Tätigen Inhaber/ Mithelfenden Familienangehörigen anders abgegrenzt als die der Familienarbeitskräfte. Zu Einzelheiten hierzu siehe unter Familienarbeitskräfte (im Erhebungsmonat).

Zur Abgrenzung der Familienarbeitskräfte und der familienfremden Arbeitskräfte gegenüber den >>> Erwerbstätigen (Volks- und Berufszählung 1987, Mikrozensus) siehe dort.

Familienmitglieder

Wohngeldstatistik

Datennachweis: ab 1965

Begriffsinhalt:

Familienmitglieder eines Wohngeldempfängerhaushalts sind der >>> Wohngeldempfänger selbst sowie seine Familienangehörigen, die bei der Gewährung von Wohngeld berücksichtigt werden.

Wohngeldempfänger sind Personen, die im Berichtszeitpunkt einen bewilligten Anspruch auf die Gewährung von Wohngeld haben.

Antragberechtigt für die Gewährung von Wohngeld sind im allgemeinen >>> Mieter und Nutzungsberechtigte von Wohnraum, Heimbewohner PiB sowie >>> Eigentümer im eigenen Haus, Eigentümer von >>> Eigentumswohnungen, und Inhaber eines eigentumsähnlichen Dauerwohnrechts.

Treffen die Voraussetzungen auf mehrere Haushaltsmitglieder zu, ist jeweils nur der Haushaltsvorstand antragberechtigt, d.i. dasjenige Familienmitglied, das im Zeitpunkt der Antragstellung den größten Teil der Unterhaltskosten für die zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder trägt. Ein zum Haushalt des Antragberechtigten rechnendes Familienmitglied ist selbst nicht antragberechtigt.

Als Familienmitglieder des Antragberechtigten gelten der Ehegatte, Verwandte und Verschwägte in gerader Linie, Verwandte und Verschwägte zweiten und dritten Grades in der Seitenlinie, Pflegekinder ohne Rücksicht auf ihr Alter sowie Pflegeeltern.

Familienmitglieder rechnen zum Haushalt des Antragberechtigten, wenn sie mit ihm eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft führen, d.h. Wohnraum gemeinsam bewohnen und sich ganz oder teilweise gemeinsam mit dem täglichen Lebensbedarf versorgen. Dies gilt auch dann, wenn sie vorübergehend abwesend sind. Vorübergehend abwesend sind Familienmitglieder, wenn der Familienhaushalt auch während der Abwesenheit Mittelpunkt ihrer Lebensbeziehungen bleibt (z.B. solange die abwesenden Angehörigen noch für ihre Lebenshaltung überwiegend von anderen zum Haushalt rechnenden Familienmitgliedern unterstützt werden).

Nachgewiesen werden Wohngeldempfängerhaushalte, gegliedert nach der Zahl der Familienmitglieder (Haushalte von >>> Alleinstehenden und mit 2, 3, 4 sowie 5 und mehr Familienmitgliedern).

Begriffsbeziehungen:

Da Wohngeld nur dem jeweils antragberechtigten Haushalts-(Familien-)Mitglied gewährt werden kann, können Wohngeldempfänger auch als Haushalte aufgefaßt werden, die Wohngeld beziehen; sie können daher nach der Größe des Haushalts (Zahl der Familienmitglieder) untergliedert werden. Jedoch bestehen zwischen einem Haushalt mit mehreren Familienmitgliedern, der Wohngeld bezieht, und einem >>> Mehrpersonenhaushalt

(Volks- und Berufszählung 1987) sowie einer >>> Mehrpersonenwohnpartei (Gebäude- und Wohnungszählung 1987) Unterschiede in der begrifflichen Abgrenzung: Zu einem Wohngeldempfängerhaushalt zählen neben dem Antragsteller nur solche Familienmitglieder, die gemäß den gesetzlichen Bestimmungen berücksichtigt werden; in der Bevölkerungs- und Wohnungsstatistik rechnen dagegen alle zusammenwohnenden und gemeinsam wirtschaftenden Personen zu einem Privathaushalt bzw. einer Wohnpartei, ohne Rücksicht auf eine verwandtschaftliche Beziehung. U.U. können daher zu einem Privathaushalt bzw. einer Wohnpartei mehrere Wohngeldempfängerhaushalte rechnen. Zu beachten ist jedoch, daß Wohngeld nur für jeweils eine Wohnung der Antragberechtigten gewährt werden kann, während zu den Personen in Privathaushalten auch Personen rechnen, für die der betreffende Haushalt ein zweiter Wohnsitz darstellt (z.B. bei Studenten mit zweiter Unterkunft am Studienort, bei Handlungsreisenden usw.).

Familienstand

1. Volks- und Berufszählung 1961, 1970, 1987

2. Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Datennachweis: ab 1971

3. Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung

Datennachweis: ab 1970

4. Mikrozensus

Datennachweis: ab 1964

Begriffsinhalt:

Zugehörigkeit von Personen zu einer der folgenden vier Gruppen: Ledige, Verheiratete, Verwitwete oder Geschiedene.

Personen, deren Ehegatte vermißt, aber noch nicht für tot erklärt worden ist, gelten als verheiratet, Personen, deren Ehegatte für tot erklärt worden ist, als verwitwet. Personen, deren Ehe durch ein Gerichtsurteil aufgehoben worden ist, gelten als geschieden. Personen, deren Ehe als nichtig erklärt worden ist, werden mit ihrem Familienstand vor der Eheschließung erfaßt.

Leben die Ehepartner getrennt, ohne daß eine gerichtliche Scheidung ausgesprochen ist, sind sie als verheiratet anzusehen, ebenso alle in Scheidung lebenden Personen, solange das Scheidungsurteil noch nicht vorliegt.

Familienzuschläge

Sozialbudget der Bundesrepublik Deutschland

Datennachweis: ab 1965

Begriffsinhalt:

Familienbezogene Teile der Dienstbezüge von Beamten, Richtern, Soldaten und deren Angehörigen nach den Beamtengesetzen.

Bei den familienbezogenen Teilen der Dienstbezüge handelt es sich um die Erhöhung des Ortszuschlages für Verheiratete und Kinder.

Anspruch auf familienbezogene Leistungen haben Beamte (einschl. Richter) des Bundes, der Bundesbahn und der Bundespost, der Länder und Gemeinden, Beamte sonstiger öffentlich-rechtlicher Körperschaften sowie die Hinterbliebenen von aktiven oder Ruhestandsbeamten, ferner gleichgestellte Bedienstete und ihre Hinterbliebenen der Träger der Renten-, Kranken- und Unfallversicherung, der landwirtschaftlichen Altershilfe und der Bundesanstalt für Arbeit, die unter Artikel 131 Grundgesetz fallenden Personen sowie Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit. Ebenfalls anspruchsberechtigt - Kraft eigenständiger Tarifregelungen - sind auch Angestellte und Arbeiter des öffentlichen Dienstes.

Die Leistungen werden unmittelbar von den Dienstherrn bzw. öffentlichen Arbeitgebern zur Verfügung gestellt und über den Personalhaushalt der jeweiligen Körperschaft finanziert.

Familienzuschläge werden auch von anderen Institutionen des Sozialbudgets, vor allem von den Trägern der Sozialversicherung, an ihre Bediensteten und ehemaligen Bediensteten gezahlt.

Um die Leistungen des beamtenrechtlichen Systems - hierzu gehören neben den Familienzuschlägen auch die >>> Pensionen und die >>> Beihilfen - vollständig darzustellen, werden auch die von diesen Institutionen gezahlten Beträge an das beamtenrechtliche System übertragen (unterstellte Verrechnungen).

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1974 umfaßten die Familienzuschläge zusätzlich auch die Kinderzuschläge in Höhe von 50 DM pro Kind und Monat. Seit 1975 wird stattdessen >>> Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz gezahlt.

Fangergebnis

Hochsee- und Küstenfischereistatistik - Nationale Anlandestatistik

Datennachweis: ab 1968

Begriffsinhalt:

Fanggewicht der von deutschen Hochsee- und Küstenfischereifahrzeugen unmittelbar vom Fangplatz aus im Bundesgebiet angelandeten Mengen an Fisch.

Dazu gehören u.a. die Mengen an angelandetem Hering, Kabeljau (Dorsch), Schellfisch, Seelachs (Köhler), Rotbarsch, Krabben und Krebsen.

Ausgewiesen wird das Fanggewicht der angelandeten Menge. Dazu wird das Anlandegewicht über Faktoren, die sich an der Fischart und der Fischverwendungsart orientieren, auf das Fanggewicht umgerechnet.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1967 wurde das Frischfischanlandegewicht anstelle des Fanggewichts berechnet:

Auch dieses Gewicht wurde über fischart- und bearbeitungsspezifische Faktoren aus dem tatsächlichen Anlandegewicht errechnet.

Allerdings lagen die Faktoren niedriger als jene zur Umrechnung des Anlandegewichts in das Fanggewicht, da nur bearbeitungsbedingte Verluste bis zur Anlandung, nicht jedoch anderweitige Verluste berücksichtigt wurden.

Feinkeramische Erzeugnisse

Index der Großhandelsverkaufspreise

Datennachweis: ab 1968

Begriffsinhalt:

Ausgewählte Waren (Warenarten) aus der Warengruppe 51 "Feinkeramische Erzeugnisse" des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1975 bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für die Produktionsstatistiken, Ausgabe 1982.

Einbezogen sind Haushalts- und Ziergegenstände aus Porzellan, Steingut und Ton, keramische Installationsgegenstände für sanitäre und hygienische Zwecke sowie technische und chemisch-technische Gegenstände.

Nicht berücksichtigt werden Dentalporzellan, Gegenstände aus Porelit und Steinzeug, Isolatoren und Isolierteile, Fliesen, Kacheln, Kachelöfen, baukeramische Erzeugnisse, Wirtschaftsgegenstände sowie feinkeramische Massen und Erzeugnisse a.n.g.

Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren

Index der Großhandelsverkaufspreise

Datennachweis: ab 1968

Begriffsinhalt:

Ausgewählte Waren (Warenarten) aus der Warengruppe 37 "Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren" des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1975 bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für die Produktionsstatistiken, Ausgabe 1982.

Einbezogen sind optische und medizinmechanische Erzeugnisse, foto-, projektions- und kinotechnische Erzeugnisse, Betriebskontroll- und Regelgeräte, Feinwaagen, Lehrmittel und Laborgeräte sowie Uhren.

Nicht berücksichtigt werden Geräte für Navigation, Hydrologie und Meteorologie, Zeichen- und mathematische Instrumente, geophysikalische Geräte, Schwingungsmeß- und Werkstoffprüfgeräte, Feinmeßinstrumente sowie andere feinmechanische Geräte und elektromedizinische Geräte und Einrichtungen.

Feinschnitttabak

Verbrauchssteuerstatistiken

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

Geschnittener oder anders zerkleinerter Tabak, wenn mehr als 10 v.H. des Gewichts der Tabakteile weniger als 1,4 mm lang oder breit sind. Zu Einzelheiten siehe Tabaksteuergesetz.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1979 zählte auch Kau-Feinschnitt, d.h. Tabak mit obigen Merkmalen, der so stark gesoßt ist, daß er sich ungetrocknet nicht zum Rauchen, sondern nur zum Kauen eignet, zum Feinschnitttabak.

Feldgemüse

Landwirtschaftszählung 1971**Begriffsinhalt:**

Zum Feldgemüse rechnet der Anbau von Gemüse, Spargeln und Erdbeeren, soweit diese Pflanzen im Wechsel mit landwirtschaftlichen Kulturen, also im Rahmen der Fruchtfolge angebaut werden.

Nachgewiesen wird das von >>> landwirtschaftlichen Betrieben bewirtschaftete >>> Ackerland, das mit Feldgemüse bestanden ist.

Ferienhäuser, Ferienwohnungen

1. Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr

Datennachweis: ab 1981

Begriffsinhalt:

Beherbergungsstätten, die jedermann zugänglich sind und in denen weder Speisen noch Getränke abgegeben werden, aber Kochgelegenheit vorhanden ist.

Erfaßt werden nur Ferienhäuser und Ferienwohnungen mit mindestens 9 Gästebetten und mehr.

2. Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten

Datennachweis: 1960 bis 1980

Begriffsinhalt:

Wie unter 1., jedoch Ferienhäuser und Ferienwohnungen unabhängig von der Anzahl der Gästebetten und nur in Gemeinden mit im allgemeinen mindestens 5 000 >>> Gästeübernachtungen im Jahr.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. März 1971 wurden Betriebe in Gemeinden mit im allgemeinen mindestens 3 000 Gästeübernachtungen im Jahr erfaßt.

Ferienziel-Reisen

Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr

Datennachweis: ab 1980

Begriffsinhalt:

Reisen zu Erholungsaufenthalten, die der Unternehmer mit Kraftomnibussen oder Personenkraftwagen nach einem bestimmten, von ihm aufgestellten Plan zu einem Gesamtentgelt für Beförderung und Unterkunft mit oder ohne Verpflegung anbietet und ausführt, durch zur Verkehrsstatistik auskunftspflichtige >>> Unternehmen.

Es dürfen nur Rückfahrtscheine und diese nur auf den Namen des Reisenden ausgegeben werden. Die Fahrgäste sind zu einem für alle Teilnehmer gleichen Reiseziel zu bringen und an den Ausgangspunkt der Reise zurückzubefördern. Auf der Rückfahrt dürfen nur Reisende befördert werden, die der Unternehmer zum Reiseziel gebracht hat. Die Genehmigung darf nur solchen Unternehmen erteilt werden, die auf dem Gebiet des Reiseverkehrs über ausreichende Erfahrungen verfügen.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis September 1984 war Gelegenheitsverkehr mit Pkw in den drei Verkehrsformen >>> Ausflugsfahrten, >>> Ferienziel-Reisen und >>> Verkehr mit Mietomnibussen eingeschlossen, soweit die PKW 8 Fahrgastplätze hatten und von Unternehmen des Kraftomnibusverkehrs eingesetzt wurden. Bis einschl. III. Quartal 1984 bzw. Berichtsjahr 1984 ist der Straßenpersonenverkehr mit PKW enthalten. Weitere Änderungen durch Änderungen des Berichtskreises der zur Verkehrsstatistik auskunftspflichtigen Unternehmen (siehe auch unter: Unternehmen).

Fernsehgenehmigungen

1. Statistik der Hörfunk- und Fernsehgenehmigungen

Datennachweis: ab 1954

Begriffsinhalt:

Genehmigungen zur Errichtung und zum Betrieb einer Fernsehempfangsanlage. Erfaßt werden lediglich die Fernsehgenehmigungen, die gebührenpflichtigen Fernsehfunkeilnehmern erteilt wurden.

Ausgewiesen wird der Bestand an erteilten Fernsehgenehmigungen am Jahresende.

Begriffsbeziehungen:

Der Bestand an Fernsehgenehmigungen ist im Bestand an >>> Hörfunkgenehmigungen enthalten, da mit der Erteilung einer Fernsehgenehmigung zugleich eine Hörfunkgenehmigung als erteilt gilt.

Fernsprechhauptanschlüsse

Statistik der Deutschen Bundespost

Datennachweis: ab 1954

Begriffsinhalt:

Fernsprechstellen, die als Einzel- oder Gemeinschaftsanschlüsse mit den Vermittlungsstellen des öffentlichen Fernsprechnetzes unmittelbar verbunden sind.

Ausgewiesen wird die Zahl der Fernsprechhauptanschlüsse am Jahresende.

Öffentliche Fernsprechstellen und amtsberechtigte Fernsprechnebenanschlüsse werden nicht erfaßt.

Begriffsbeziehungen:

Im Unterschied zu den Fernsprechhauptanschlüssen sind die >>> amtsberechtigten Fernsprechnebenanschlüsse (Statistik der Deutschen Bundespost) nicht unmittelbar, sondern über eine andere Fernsprechstelle an das Fernsprechnetzt angeschlossen.

Fertige und unfertige Erzeugnisse aus eigener Produktion

1. Investitionserhebung bei Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes

Datennachweis: ab 1976

2. Investitionserhebung im Bergbau und in der Industrie (ohne Bauindustrie)

Datennachweis: 1964 bis 1975

Begriffsinhalt:

Wert der Produkte aus eigener Fertigung, die entweder verkauft oder im eigenen >>> Unternehmen be- oder verarbeitet oder verbraucht werden.

Dazu zählen neben den verkaufsfertigen Erzeugnissen auch geleistete und noch nicht abgerechnete Lohnarbeiten, Reparaturen, Instandhaltungen, Installationen, Montagen u.ä., ferner Bestände an Einzel-, Ersatz- und Einbauteilen, sofern sie im eigenen Unternehmen produziert wurden.

Fremdbezogene Materialien und Teile, die noch nicht be- oder verarbeitet wurden, rechnen nicht zu den Erzeugnissen aus eigener Produktion.

Die fertigen und unfertigen Erzeugnisse aus eigener Produktion werden zu Herstellungskosten bewertet.

Anzahlungen bzw. Abschlagszahlungen (z.B. im Stahlbau, Schiffsbau, Großapparatebau) werden nicht abgesetzt.

Nachgewiesen werden die >>> Vorräte an fertigen und unfertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion zu Beginn des Geschäftsjahres (Anfangsbestände) und zum Ende des Geschäftsjahres (Endbestände). Deckt sich bei Unternehmen das Geschäftsjahr nicht mit dem Kalenderjahr, so ist das Geschäftsjahr zugrunde gelegt, das im jeweiligen Berichtsjahr endet.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1967 war in den Herstellungskosten die Umsatzsteuer enthalten.

Bis einschl. 1975 wurden bei der Ermittlung der Vorräte grundsätzlich Bilanzwerte angesetzt.

Fertigteilbau

Statistik der Baugenehmigungen

Datennachweis: ab 1955; für die neuen Länder und Berlin-Ost 1991

Begriffsinhalt:

Errichtung eines >>> Bauwerkes mit vorgefertigten Bauteilen (Fertigteilen).

Ein Bauwerk gilt im >>> Hochbau als Fertigteilbau, wenn überwiegend geschoßhohe oder raumbreite Fertigteile, z.B. großformatige Wandtafeln für Außen- oder Innenwände, verwendet werden.

Hierbei ist es notwendig, daß der überwiegende Teil der tragenden Konstruktion (gemessen am >>> Rauminhalt) aus Fertigteilen besteht.

Die meist konventionell errichteten Fundamente oder Kellergeschosse sind für die Beurteilung zu berücksichtigen.

Fertigteile in diesem Sinne sind tragende, mit Anschlußmitteln versehene Bauteile, die in der Regel nicht an der Einbaustelle hergestellt werden.

Sie müssen mit Hilfe ihrer Anschlußmittel sowie ohne weitere Bearbeitung zum Bauwerk zusammengefügt oder mit örtlich (am Bau) hergestellten Bauteilen fest verbunden werden können.

Fertigware

Gemüseanbauerhebung

Datennachweis: ab 1960

Begriffsinhalt:

Als Fertigware im Sinne der Zierpflanzenerhebung gelten >>> Topf- oder Ballenpflanzen, die im gleichen Entwicklungszustand, den sie im Erzeugerbetrieb erreicht haben, dem Endverbraucher direkt oder über Wiederverkäufer verkauft werden.

Fertigwaren

1. Außenhandelsstatistik

Datennachweis: ab 1962

2. Index der Einfuhrpreise

Datennachweis: ab 1954

3. Index der Ausführpreise

Datennachweis: ab 1954

Begriffsinhalt:

Erzeugnisse, die im gewerblichen Produktionsprozeß stärker bearbeitet wurden.

Die Fertigwaren umfassen die >>> Vorerzeugnisse und die >>> Enderzeugnisse:

Als Vorerzeugnisse gelten Erzeugnisse, die im gewerblichen Produktionsprozeß stärker bearbeitet wurden, aber noch nicht die endgültige Verwendungsreife erlangt haben. Im wesentlichen zählen dazu textile Gewebe und Gewirke, Papier und Pappe, Furniere, Sperrholz, Steinzeug, Glas, Kunststoffe, Farbstoffe, chemische Vorerzeugnisse, Leder, Stangen, Bleche, Draht usw. aus Eisen und NE-Metallen.

Als Enderzeugnisse gelten Erzeugnisse, die im gewerblichen Produktionsprozeß stärker bearbeitet wurden und die endgültige Verwendungsreife erlangt haben. Im wesentlichen zählen dazu Textilwaren, Bekleidung, Lederwaren, Papierwaren, Holzwaren, Steinwaren, Glaswaren, Eisenwaren, Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Waren aus Kunststoffen, chemische Enderzeugnisse, Wasser-, Luft- und Kraftfahrzeuge, Stahlbauerzeugnisse, Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren, Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck und Füllhalter.

Fertigwaren abzüglich der Güter der Bundesregierung werden unter "Fertigwaren (ohne Güter der Bundesregierung)" gesondert nachgewiesen. Als Güter der Bundesregierung gelten im wesentlichen militärische Ausrüstungsgüter.

Feuerschutzsteuer

Finanzberichte des Bundesministeriums der Finanzen

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

>>> Landessteuer, die zur Förderung des Feuerlöschwesens und des vorbeugenden Brandschutzes nach dem Feuerschutzsteuergesetz erhoben wird.

Gegenstand der Feuerschutzsteuer, ist die Entgegennahme von Versicherungsentgelten (Prämien, Beiträge) aus Feuerversicherungen, wenn die versicherten Gegenstände im Inland sind. Berechnet wird die vom Versicherungsentgelt. Sie beträgt bei öffentlich rechtlichen Versicherungsunternehmen 12 v.H. des Versicherungsentgelts, wenn die Versicherung aufgrund eines gesetzlichen Zwangs oder Monopols entsteht, in den übrigen Fällen 5 v.H.

Die Versicherer haben die Feuerschutzsteuer selbst zu berechnen (Steueranmeldung) und an das zuständige Finanzamt zu entrichten.

Änderungen im Zeitablauf:

Aufgrund der Finanzreform von 1969 ist die Feuerschutzsteuer der konkurrierenden Gesetzgebung des Bundes unterstellt.

Fiktive Vermögensübertragungen

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Datennachweis: ab 1960

Begriffsinhalt:

Gruppe der >>> Vermögensübertragungen, bei denen kein Übergang auf eine andere rechtlich selbständige Einheit stattfindet, es werden vielmehr nur Vermögensteile einer rechtlich selbständigen Einheit in der konformenmäßigen Darstellung auf einen anderen Sektor übertragen (umgebucht).

Der Nachweis derartiger fiktiver Vermögensübertragungen ist erforderlich, wenn wirtschaftliche Tätigkeiten einer rechtlich selbständigen Einheit in verschiedenen Sektoren nachgewiesen werden. Dies gilt z.B. für die Wohnungsvermietung, die - bedingt durch das statistische Ausgangsmaterial vollständig im Unternehmenssektor (Produktionsunternehmen) dargestellt wird. Die von privaten Haushalten für den Wohnungsbau über Bausparkassen aufgewendeten Beträge (zugeteilte Bauspareinlagen und Tilgungen von Bauspardarlehen) erscheinen deshalb unter den (fiktiven) Vermögensübertragungen.

Finanzanlagen

Statistik der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe

Datennachweis: ab 1953

Begriffsinhalt:

Die Finanzanlagen der gewerblichen >>> Betriebe umfassen die Mineralgewinnungsrechte sowie das übrige nicht zu den Sachanlagen gehörende >>> Anlagevermögen, u.a. den Firmenwert und sonstige immaterielle Wirtschaftsgüter, die Beteiligungen und Wertpapiere des Anlagevermögens.

Die Finanzanlagen rechnen zu jenen Wirtschaftsgütern, die dauernd dem Geschäftsbetrieb des gewerblichen Betriebes dienen und nicht zur Veräußerung bestimmt sind.

Mineralgewinnungsrechte sind verliehene oder aufgrund staatlicher Erlaubnis überlassene Rechte, die zur Suche und Gewinnung bestimmter Bodenschätze berechtigen. Ihnen gleichgestellt ist die aus dem Eigentum am Grundstück fließende Berechtigung zur Gewinnung von Bodenschätzen. Es gehören daher nicht nur die Mineralien zu ihnen, die unter die einzelnen Berggesetze fallen, sondern ggf. auch Vorkommen von Steinen und Erden sowie Mineral und Heilquellen.

Neben den Mineralgewinnungsrechten sind noch weitere immaterielle Wirtschaftsgüter wie z.B. Patente, nichtgeschützte Erfindungen und Urheberrechte, soweit sie nicht nach dem Bewertungsgesetz außer Ansatz bleiben, ferner Brennrechte, Verlagsrechte, Wassernutzungsrechte, Wettbewerbsverbote, Optionsrechte u.a. dann bei den Finanzanlagen anzusetzen, wenn sie entgeltlich erworben wurden oder wenn die selbständige Bewertungsfähigkeit durch die allgemeine Verkehrsauffassung oder durch Aufwendungen anerkannt wird, die auf das Wirtschaftsgut gemacht worden sind. Dabei kommt es nicht darauf an, ob eine Aktivierung in der Steuerbilanz erfolgte. Ein Geschäft oder Firmenwert dagegen ist nur dann zu erfassen, wenn er entweder in der DM-Eröffnungsbilanz angesetzt oder nach dem 20. Juli 1948 für seinen Erwerb ein Entgelt gezahlt worden ist. Auch langfristige Darlehens- und Hypothekenforderungen gehören in der Regel zu den Finanzanlagen.

Für den Bestand und die Bewertung der Finanzanlagen gewerblicher Betriebe sind grundsätzlich die Verhältnisse im Hauptfeststellungszeitpunkt maßgebend. Bei Betrieben, die regelmäßig jährliche Abschlüsse am Schluß des Kalenderjahres machen, ist dieser Abschlußtag zugrunde zu legen. Auf Antrag kann für Betriebe, die regelmäßig jährliche Abschlüsse auf einen anderen Tag machen (Betriebe mit einem vom Kalenderjahr abweichenden Wirtschaftsjahr), als Bewertungsstichtag der Schluß des Wirtschaftsjahres zugrunde gelegt werden, das dem Feststellungszeitpunkt vorangeht. Die vorgenannten Ausnahmen gelten jedoch nicht für die Bewer-

tung von Wertpapieren, Anteilen und Genußscheinen an Kapitalgesellschaften sowie Beteiligungen an einer Personengesellschaft.

Bewertungsmaßstab für die einzelnen zu einem gewerblichen Betrieb gehören den Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens ist in der Regel der Teilwert. Dabei handelt es sich um den Betrag, den ein Erwerber des ganzen Unternehmens bei dessen Fortführung im Rahmen des Gesamtkaufpreises für das einzelne Wirtschaftsgut ansetzen würde.

Abweichend davon sind im Bereich der Finanzanlagen u.a. die Mineralgewinnungsrechte mit dem gemeinen Wert zu bewerten und dem sich daraus ergebenden Einheitswert anzusetzen. Obwohl rechtlich nicht die Bodenschätze, sondern das Recht, die Bodenschätze zu gewinnen und zu verwerten, zu bewerten ist, bildet der Wert der Bodenschätze die rechnerische Grundlage für die Bewertung des Rechts. Beteiligungen an Personengesellschaften werden mit dem für den Betrieb festgestellten Anteil am Einheitswert einbezogen. Wertpapiere, Anteile und Genußscheine an Kapitalgesellschaften sind in der Regel zu erfassen entweder:

- a) mit dem niedrigsten im amtlichen Handel notierten Kurs oder aber, falls kein Kurs besteht,
 - aa) mit dem gemeinen Wert, soweit die Wertpapiere Anteile an Kapitalgesellschaften verbriefen,
 - bb) mit dem Nennwert, soweit die Wertpapiere Forderungsrechte verbriefen, oder
- b) mit dem Rücknahmepreis, sofern die Wertpapiere Rechte der Einleger gegen eine Kapitalanlagegesellschaft oder einen sonstigen Fonds verbriefen.

Bei Kapitalforderungen ist grundsätzlich der Nennwert maßgebend, und die Bewertung von Rechten auf widerkehrende Nutzungen und Leistungen (z.B. Ansprüche aus Rentenversicherungen) erfolgt mit dem Kapitalwert.

Der gemeine Wert stellt den Einzelveräußerungspreis dar, der sich für das aus dem Betrieb herausgelöste Wirtschaftsgut im gewöhnlichen Geschäftsverkehr bei der Veräußerung erzielen läßt. Zu Einzelheiten der Bewertung siehe das Bewertungsgesetz sowie die Vermögensteuerrichtlinien in der jeweils geltenden Fassung.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1960 wurden alle Gewerbeberechtigungen mit dem Einheitswert angesetzt. Dies gilt ab 1963 nur noch für die Mineralgewinnungsrechte. Der Wertansatz für die übrigen Gewerbeberechtigungen erfolgt seitdem innerhalb der Finanzanlagen gemeinsam mit den anderen immateriellen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, für deren selbständige Bewertungsfähigkeit vor 1972 allein die diesbezügliche Verkehrsauffassung maßgebend war. Für die Mineralgewinnungsrechte wurde vor dem 1.1.1972 die letzte Hauptfeststellung - gemeinsam mit der für die übrigen o.g. Gewerbeberechtigungen - auf den 1.1.1935 durchgeführt. Bis dahin sind nur noch unter bestimmten Voraussetzungen Wertfortschreibungen oder Nachfeststellungen erfolgt, bei denen der Bestand und auch die Wertverhältnisse vom jeweiligen Bewertungsstichtag berücksichtigt wurden. Ab dem 1.1.1972 werden die Einheitswerte der Mineralgewinnungsrechte für den Zeitraum zwischen den jeweiligen Hauptfeststellungszeitpunkten alle 6 Jahre neu festgestellt.

Ferner galt vor 1963 insbesondere für die Festsetzung der Steuerkurse ein anderes Verfahren mit für den gesamten Bewertungszeitraum starr festgesetzten besonderen "Steuerkurswerten". Außerdem gehörten u.a. Dienstleistungen - auch wenn sie nicht in Lizenz vergeben worden waren - noch zum Betriebsvermögen (Finanzanlagen). Bezüglich näherer Einzelheiten und weiterer Änderungen wird auf die im Zeitablauf ergangenen steuerrechtlichen Vorschriften verwiesen.

Begriffsbeziehungen:

Im Unterschied zu den Finanzanlagen umfaßt das >>> Betriebskapital (Statistik der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe) neben den Barbeständen, den Bank- und Postscheckguthaben, den Forderungen sowie Wechselbeständen und aktiven Rechnungsabgrenzungsposten auch Geschäftsanteile, Wertpapiere, und Zero-Bonds die keinen Anlagecharakter haben.

Zum Betriebskapital rechnen also jene Wirtschaftsgüter, die im Gegensatz zu den Finanzanlagen nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb des gewerblichen Betriebes zu dienen, sondern umlaufenden Charakter haben und deshalb dem >>> Umlaufvermögen zuzurechnen sind.

Finanzhilfen aufgrund konjunktureller Sonderprogramme

Subventionsberichte

Datennachweis: 1975 bis 1978

Begriffsinhalt:

In den Subventionsberichten nachrichtlich erwähnte Finanzhilfen des Bundes aufgrund konjunktureller Sonderprogramme.

Im August 1967 beschloß die Bundesregierung im Rahmen eines konjunkturellen Sonderprogramms Maßnahmen zur Konjunkturbelebung durch Förderung des Wohnungsbaues sowie der Instandsetzung und Modernisierung von Wohngebäuden. Der Bundeshaushalt von 1976 wies letztmalig Mittel für dieses Sonderprogramm aus.

Im Rahmen eines einmaligen Sonderprogramms für Gebiete mit speziellen Strukturproblemen gewährte die Bundesregierung in den Jahren 1974 bis 1976 Darlehen an die Länder zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues.

Im Oktober 1974 beschloß die Bundesregierung ein Sonderprogramm zur regionalen und lokalen Abstützung der Beschäftigung. Das Sonderprogramm gliederte sich in zwei Teile. Der Teil A hatte einen Umfang von 700 Millionen DM und wurde je zur Hälfte von Bund und Ländern getragen. Die Mittel im Teil B in Höhe von 250 Millionen DM wurden vom Bund allein aufgebracht. Entsprechend der Zielsetzung des Programms hatte die Bundesregierung zusätzliche Maßnahmen insbesondere für den Hochbaubereich beschlossen. Die zusätzlichen Aufträge sollten in erster Linie in Gebieten mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit unter Berücksichtigung der Beschäftigungslage im Baubereich wirksam werden. Das Zonenrandgebiet wurde angemessen berücksichtigt. Grundsätzlich waren nur Hochbauprojekte vorgesehen; soweit dies für eine regional ausgewogene Verteilung der Mittel zweckmäßig erschien, waren jedoch auch in geringem Umfang Straßenbau- und Wasserstraßenbaumaßnahmen vorgesehen.

Das Programm wurde aus den Investitionssteuerrücklagen finanziert. Es umfaßte im Bereich Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

- Zuweisungen zur Förderung der Rationalisierung von Betrieben durch Verbesserung des Wohnteils,
- Zuweisungen zur Förderung von Wohnungen für Arbeitnehmer der Kleinen Hochsee- und Küstenfischerei,
- Zuweisungen zur Förderung von Investitionsmaßnahmen zur Verbesserung der Marktstruktur,
- Zuweisungen zur Förderung wasserwirtschaftlicher und kulturbautechnischer Maßnahmen.

Die Ausgaben ergänzten die für die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" veranschlagten Mittel.

Im Bereich des Wohnungswesens umfaßte das Sonderprogramm

- Darlehen an Länder zur Förderung von Altenwohnungen, Altenwohnheimen und Wohnungen für kinderreiche Familien,
- Darlehen an Länder zur Förderung der Instandsetzung und Modernisierung von Wohngebäuden des Althausbestandes,
- Zuweisungen an Länder für Maßnahmen zur Ergänzung städtebaulicher Förderungsprogramme in alten Stadtteilen und neuen Wohngebieten.

Im Dezember 1974 beschloß die Bundesregierung zusätzliche Bundesausgaben zur Förderung der Konjunktur. Für private Investitionen wurde eine zeitlich begrenzte Investitionszulage gewährt; durch zusätzliche Bundesausgaben sollte zusätzliche Nachfrage geschaffen und die Situation auf dem Arbeitsmarkt entlastet werden.

Mit den Investitionsausgaben des Bundes wurden Vorhaben verwirklicht, bei denen die Auftragsvergabe grundsätzlich bis zum 31. März 1975 erfolgte. Bei der Althausmodernisierung wurden die Aufträge spätestens 4 Wochen nach der bis zum 30. Juni 1975 befristeten Bewilligung vergeben.

Der Schwerpunkt der Investitionsausgaben lag bei der Verbesserung der Energieversorgung, insbesondere bei einmaligen Sonderhilfen für Investitionen im Steinkohlenbergbau.

Daneben beteiligte sich der Bund u. a. an den Förderungsmaßnahmen der Länder zur Modernisierung von Althauswohnungen. Die Ausgaben dienten der Aufstockung der finanziellen Beteiligung des Bundes an den Althausmodernisierungsprogrammen 1974 und 1975; sie wurden den Ländern in Form von Darlehen zur Verfügung gestellt.

Im Dezember 1974 beschloß der Bundestag ein Gesetz über Investitionszuschüsse für Mietwohnungen, Genossenschaftswohnungen und Wohnheime im sozialen Wohnungsbau. Danach erhielten Bauherren, die keinen Anspruch auf Gewährung einer Investitionszulage nach dem Investitionszulagengesetz hatten, auf Antrag Investitionszuschüsse für begünstigten Wohnraum in Gebäuden, für die der Antrag auf Baugenehmigung nach dem 30. November 1974 sowie vor dem 1. Juli 1975 gestellt wurde und die vor dem 1. Juli 1977 bezugsfertig wurden. War der Antrag auf Baugenehmigung vor dem 1. Dezember 1974 gestellt, so erhielt den Investitionszuschuß auch, wer mit den Bauarbeiten zwischen dem 1. Dezember 1974 und dem 1. Juli 1975 begonnen hatte. Als Beginn der Bauarbeiten galt die Erteilung des Bauauftrags an den Bauunternehmer oder der Beginn der

Erdarbeiten. Der Investitionszuschuß betrug 7,5 v.H. der nach den Vorschriften der Zweiten Berechnungsverordnung ermittelten Baukosten des begünstigten Wohnraums.

Im August 1975 beschloß die Bundesregierung ein Programm konjunkturunterstützender Maßnahmen, um insbesondere in der Bauwirtschaft die kurzfristigen Beschäftigungsrisiken zu vermindern und gleichzeitig die binnenwirtschaftlichen Voraussetzungen für einen Wiederanstieg von Produktion und Beschäftigung zu verbessern. Der Schwerpunkt des Gesamtprogramms lag bei einem Kommunalprogramm, das der Förderung der kommunalen Infrastruktur und der Stadtsanierung diene.

Mit dem Sonderprogramm Wohnungsmodernisierung beteiligte sich der Bund in Form von einmaligen Zuschüssen an die Länder an der Förderung von bestimmten Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen sowie damit unvermeidbar zusammenhängenden weiteren Baumaßnahmen in der Wohnung. Für die Förderung kamen alle bis Ende 1960 - bei bestimmten Maßnahmen zur Energieeinsparung alle bis Ende 1974 - bezugsfertig gewordenen Wohnungen in Betracht. Das Fördervolumen wurde jeweils zur Hälfte von Bund und Ländern getragen.

Mit dem Sonderprogramm Zwischenfinanzierung von Bausparverträgen beteiligte sich der Bund an der Verbilligung von Darlehen zur Zwischenfinanzierung von Bausparverträgen für den Bau von steuerbegünstigten Ein- und Zweifamilienhäusern und Eigentumswohnungen. Damit wurde kurzfristig realisierbare Baunachfrage vorgezogen. Das begünstigte Zwischenkreditvolumen je Haushalt betrug bis zu 50 000 DM zuzüglich 10 000 DM für jedes Kind. Die Zinsverbilligung um 2,5 v.H. wurde für die Zwischenfinanzierung von Bausparverträgen mit eingezahlter Mindestansparsumme bis zur Zahlung, längstens auf die Dauer von drei Jahren, und nach Maßgabe von Verwaltungsvereinbarungen mit den Ländern gewährt. Das Fördervolumen wird jeweils zur Hälfte von Bund und Ländern getragen. Das Programm enthielt auch Zuschüsse des Bundes an die Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Verbilligung von Zinsen für Darlehen.

Finanzhilfen des Bundes

Subventionsberichte

Datennachweis: ab 1975

Begriffsinhalt:

Finanzhilfen sind Geldleistungen des Bundes an Stellen außerhalb der Bundesverwaltung, um

- Produktionen oder Leistungen in Betrieben oder Wirtschaftszweigen zu erhalten oder an neue Bedingungen anzupassen;
- den Produktivitätsfortschritt und das Wachstum von Betrieben oder Wirtschaftszweigen zu fördern;
- in wichtigen Bereichen des volkswirtschaftlichen Marktprozesses für private Haushalte bestimmte Güter und Leistungen zu verbilligen und die Spartätigkeit anzuregen.

Als Finanzhilfen gelten also nicht nur Geldleistungen an Betriebe oder Wirtschaftszweige, sondern auch finanzielle Aufwendungen an private Haushalte, sofern sie den marktwirtschaftlichen Wirtschaftsvollzug in einem Ausmaß beeinflussen, das für die Zielsetzungen des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) von erheblicher Bedeutung ist. Dies trifft insbesondere auf die finanziellen Hilfen des Staates zu, die breiten Bevölkerungsschichten Wohnraum zu verbilligten Wohnkosten verschaffen oder diese Wohnkosten im Einzelfall tragbar gestalten sollen, aber auch auf die finanzielle Förderung der Sparkapital- und Vermögensbildung.

Die Finanzhilfen führen als offene Subventionen zu Mehrausgaben des Bundes. Zu unterscheiden sind die Finanzhilfen von den >>> Steuervergünstigungen, die als verdeckte Subventionen zu Mindereinnahmen des Bundes führen.

Die Finanzhilfen des Bundeshaushalts werden in Form von Zuschüssen, Schuldendiensthilfen und Darlehen gewährt. Garantien und Bürgschaften bleiben unberücksichtigt, weil sie nach der Abgrenzung des Subventionsberichts keine Subventionen darstellen.

Bei den Zuschüssen handelt es sich um finanzielle Hilfen, die hauptsächlich als verlorene Zuschüsse von den Empfängern nicht zurückzuzahlen sind (z.B. für Krankenversicherung und Unfallversicherung in der Landwirtschaft, Stilllegungsprämien sowie Förder- und Absatzbeihilfen im Steinkohlenbergbau, Frachthilfen, Betriebsbeihilfen für Verkehrsbetriebe usw.). Anders geartet sind Zuschüsse mit Erfolgsbeteiligung. Sie stellen Zuwendungen dar, bei denen eine bestimmte Rückzahlungspflicht für den Fall des wirtschaftlichen Erfolges besteht (z.B. Förderung der Luftfahrttechnik, Förderung der technologischen Innovation, Förderung marktnaher Vorhaben). Zu den Zuschüssen werden in den Subventionsberichten weiterhin auch Erstattungen gerechnet, die gesetzlich oder durch Verwaltungsabkommen geregelt sind. Es handelt sich hierbei um Leistungen, die

im Rahmen der Lastenverteilung vom Bund voll oder teilweise zu tragen und an einen vorläufigen oder mit der Aufgabenerfüllung beauftragten Träger zu ersetzen sind (z.B. Anteil des Bundes am Wohngeld).

Zu den in den Subventionsberichten ausgewiesenen Zuschüssen gehören auch Zuweisungen. Hier werden in der Hauptsache zweckgebundene Zahlungen gewährt, deren Bewilligung davon abhängig ist, daß sich die Länder - oder ein Land - an den Aufwendungen für die geförderte Maßnahme finanziell beteiligen (z.B. Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes", betriebliche Investitionen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"). Als Zuweisung gilt z.B. auch die Gasölverbilligung für die Landwirtschaft. Sie ist durch Bundesgesetz geregelt und wird von der nach Landesrecht zuständigen Behörde des Antragstellers festgesetzt und gewährt.

Als weitere Form der Zahlungen aus dem Bundeshaushalt sind die in den Subventionsberichten als Schuldendiensthilfen deklarierten finanziellen Hilfen aufzuführen. Hierbei geht es um Hilfen zur Erleichterung des Schuldendienstes für auf dem Kapitalmarkt aufgenommene Darlehen, indem Zinsanteile vom Bund durch Gewährung verlorener Zinszuschüsse übernommen und damit Zinsleistungen verbilligt werden (z.B. Zinsverbilligungsaktionen für die Landwirtschaft, Finanzierungshilfen für die Werftindustrie, die Förderung des Wohnungsbaues im Rahmen des Regionalprogramms, bei Förderung des Wohnungsbaues zugunsten von Flüchtlingen aus der ehem. DDR oder Berlin (Ost)).

Eine weitere Form von Finanzhilfen stellen die Darlehen dar. Sie werden nach bestimmten Konditionen (Zinssatz, Laufzeit, Höchstbetrag) gewährt. Den größeren Teil der Darlehen erhält der soziale Wohnungsbau.

Zuweisungen und Zuschüsse an die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost werden im Subventionsbericht nicht ausgewiesen, weil Bahn und Post trotz getrennter Haushaltswirtschaft ihrer Rechtsnatur nach nicht Stellen außerhalb der Bundesverwaltung sind, worauf § 12 StWG aber abstellt.

Auch spezielle Zahlungen des Bundes an Unternehmen, an denen dieser wesentlich beteiligt ist, bleiben insoweit außer Ansatz, als es sich um Finanzvorgänge im Bereich der Kapitalbeteiligung handelt, die zur Aufrechterhaltung angemessener Relationen zwischen Eigenkapital und Fremdkapital bei wachsender Unternehmenstätigkeit ebenso wie in schwierigen Unternehmensphasen erforderlich sind.

Ebenso wenig rechnen zu den Finanzhilfen finanzielle Aufwendungen des Bundes für allgemeine Staatsaufgaben, insbesondere zur allgemeinen Förderung von Bildung, Wissenschaft und Forschung, für kulturelle und militärische Zwecke sowie allgemeine Sozialleistungen.

Im Bereich Forschung und Entwicklung neuer Technologien werden nur solche Förderungsmaßnahmen als Finanzhilfen angesehen, die unmittelbar darauf gerichtet sind, die technische Leistungskraft der Unternehmen bei solchen Vorhaben zu stärken, deren Markteinführung und damit wirtschaftliche Verwertung in überschaubarem Zeitraum mit relativ großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist.

Im Vergleich dazu erfolgt die allgemeine Förderung von Forschung und Entwicklung nicht primär im Interesse der Unterstützung einzelner Unternehmen bzw. einzelner Betriebe oder Wirtschaftszweige, sondern zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der gesamten Volkswirtschaft sowie zur Lösung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben.

Bei solchen Förderungsmaßnahmen ist, soweit private Unternehmen daran teilhaben, nicht jegliches finanzielle Interesse auszuschließen, aber die finanziellen Hilfen werden vorwiegend aus übergeordneten Gesichtspunkten gewährt und betreffen eher marktferne Bereiche.

Aus dem Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie werden daher Förderungsmaßnahmen nur dann erfaßt, wenn sie Unternehmen im Rahmen von marktnahen Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsvorhaben zufließen.

Die besonderen wasserwirtschaftlichen und kulturbautechnischen Maßnahmen, die nur etwa zur Hälfte unmittelbar im Interesse landwirtschaftlicher Betriebe erfolgen, werden auch nur mit diesem Anteil als Finanzhilfen zugunsten der Landwirtschaft ausgewiesen.

Der nicht ausgewiesene Anteil dieser Haushaltsmittel dient im wesentlichen der Finanzierung von allgemeinen Infrastrukturmaßnahmen und wird deshalb nicht den Finanzhilfen, sondern den allgemeinen Staatsaufgaben zugeordnet. Nach § 12 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft werden die Finanzhilfen des Bundes für Betriebe oder Wirtschaftszweige untergliedert in >>> Erhaltungshilfen, >>> Anpassungshilfen und >>> Produktivitäts-(Wachstums-)hilfen. Da Erhaltungs-, Anpassungs- und Produktivitätshilfen begrifflich nur Hilfen für Betriebe oder Wirtschaftszweige darstellen, werden die übrigen finanziellen Hilfen, die vornehmlich privaten Haushalten zufließen, als "sonstige Finanzhilfen (einschl. privater Haushalte)" nachgewiesen.

Zu Einzelheiten über die in den Subventionsberichten ausgewiesenen Finanzhilfen siehe unter >>> Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, >>> Gewerbliche Wirtschaft (ohne Verkehr), >>> Verkehr, >>> Wohnungswesen sowie >>> Sparförderung und Vermögensbildung.

Finanzanteile der Europäischen Gemeinschaften

Rechnungsstatistik

Datennachweis: ab 1974

Begriffsinhalt:

Anteile der Bundesrepublik Deutschland an der Finanzierung der Europäischen Gemeinschaften (EG) und Zahlungen der EG an inländische nicht-öffentliche Haushalte.

Im Rahmen der Darstellung des erweiterten öffentlichen Gesamthaushalts sind ab Rechnungsjahr 1974 die Anteile der Bundesrepublik Deutschland an der Finanzierung der Europäischen Gemeinschaften und Zahlungen der EG an inländische nicht-öffentliche Haushalte als gesonderte Haushaltsebene dargestellt und in der Summe aller öffentlichen Haushalte mit einbezogen.

Folgende Finanzvorfälle sind davon berührt:

Einnahmen

bei den Steuern sind die der EG als eigene Einnahmen zustehenden Anteile an den Zöllen und der Umsatzsteuer, bei den steuerähnlichen Abgaben die Agrarabschöpfungen und sonstigen Abgaben (z.B. Produktionsabgabe Zucker, Lagerkostenausgleich) nachgewiesen;

Ausgaben

als Übertragungen an Unternehmen und Sonstige im Inland (andere Bereiche) werden die Erstattungen der EG für Marktordnungen (einschl. Nahrungsmittelhilfen) nachgewiesen. Der Differenzbetrag zwischen diesen Übertragungen und den vorgenannten Einnahmen der EG (= Nettobeitrag an die EG) gilt finanzstatistisch als Übertragung an das Ausland (andere Bereiche).

Finanzierungssaldo

1. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Datennachweis: ab 1960

Begriffsinhalt:

Abschließender Saldo der Vermögensveränderungskonten der Sektoren (bzw. der gesamten Volkswirtschaft).

Er mißt den Überschuß bzw. das Defizit der Veränderung der Forderungen gegenüber der Veränderung der Verbindlichkeiten (siehe unter >>> Forderungen/ Verbindlichkeiten).

Ein positiver Finanzierungssaldo bedeutet, daß Geldvermögensbildung über die Kreditaufnahme hinaus stattgefunden hat. Bei einem negativen Finanzierungssaldo ist die Zunahme der Verbindlichkeiten größer als die Zunahme der Forderungen.

Die Summe der Finanzierungssalden der Sektoren ergibt den Finanzierungssaldo der gesamten Volkswirtschaft gegenüber der übrigen Welt.

2. Rechnungsstatistik

Datennachweis: ab 1974

Begriffsinhalt:

Finanzstatistische Rechnungsgröße, die sich aus einer Gegenüberstellung der >>> bereinigten Einnahmen und der >>> bereinigten Ausgaben (unter Berücksichtigung des >>> Saldos der haushaltstechnischen Verrechnungen) ergibt.

Der Finanzierungssaldo weist aus, in welchem Umfang besondere Finanzierungsmittel (hauptsächlich >>> Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt und Mittel eigener Rücklagen) zur Deckung benötigt wurden.

Zu Einzelheiten bezüglich dieser besonderen Finanzierungsmittel siehe unter >>> Besondere Finanzierungsvorgänge.

Fischverwendung

Hochsee- und Küstenfischereistatistik - Nationale Anlandestatistik

Datennachweis: ab 1968

Begriffsinhalt:

Gefangener Seefisch als Fisch für Konsumzwecke bzw. als Rohware zur Fischmehlerzeugung.

Dazu gehören:

Frischfisch: Fisch der für Konsumzwecke frisch angelandet wird.

Salzfisch: Fisch der zur vorübergehenden Konservierung auf dem Fangschiff gesalzen wird.

Tiefkühlfisch: Fisch der für Konsumzwecke bis zur Anlandung auf dem Fangschiff tiefgekühlt gelagert wird.

Industriefisch: Fisch der die Rohware zur Fischmehlerzeugung darstellt.

Als gefangener Seefisch gilt die Menge des im Bundesgebiet angelandeten Seefisches. Fangschiffe sind deutsche Hochsee- und Küstenfischereifahrzeuge (Trawler, Kutter und kleinere Fangboote), für Tiefkühlfisch ausschließlich deutsche Hochseefischereifahrzeuge (Trawler), die eine Tiefkühlanlage haben.

Flächen anderer Nutzung

Flächenerhebung

Datennachweis: ab 1979; für die neuen Länder und Berlin-Ost mit den Ergebnissen aus der Erhebung 1993 vorgesehen

Begriffsinhalt:

Flächen, die nicht mit einer anderen, im Verzeichnis der flächenbezogenen Nutzungsarten im Liegenschaftskataster und ihren Begriffsbestimmungen (Nutzungsartenverzeichnis) genannten Nutzungsart bezeichnet werden können, d.h. alle Flächen, die nicht als >>> Gebäude- und Freifläche, >>> Betriebsfläche, >>> Erholungsfläche, >>> Verkehrsfläche, >>> Landwirtschaftsfläche, >>> Waldfläche oder >>> Wasserfläche nachgewiesen werden.

Hierzu gehört auch Unland, d.h. Flächen, die nicht geordnet genutzt werden (Felsen, Steinriegel, größere Böschungen, Dünen und stillgelegtes Abbauland).

Böschungen im Zusammenhang mit Straßen, Wegen oder Wasserflächen zählen zu den Verkehrs- bzw. Wasserflächen und werden jeweils dort nachgewiesen.

Heide- und Moorflächen werden bei der Landwirtschaftsfläche nachgewiesen.

Folgen politischer Ereignisse

Sozialbudget der Bundesrepublik Deutschland

Datennachweis: ab 1965

Begriffsinhalt:

Konsumtive Leistungen, die als Entschädigung für Folgen politischer Ereignisse, insbesondere Kriegsfolgeschäden, gezahlt werden.

Zu den Leistungen für Folgen politischer Ereignisse gehören in erster Linie die Kriegsfolgelasten und Entschädigungen der Folgen nationalsozialistischen Unrechts. Größte Einzelposten sind die Entschädigungsrenten und die Witwenrenten der >>> Kriegsopferversorgung. Auch die Belastung der Rentenversicherungsträger durch Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten wird, soweit sie auf Kriegsfolgen zurückgehen, pauschaliert diesen Leistungen zugeordnet. Ein Teil der Leistungen geht dabei ins Ausland, vor allem als >>> Wiedergutmachung.

Nicht enthalten sind Entschädigungen für Vermögensverluste.

Familienzuschläge zu Einkommensleistungen sind den Leistungen für >>> Kinder und für >>> Ehegatten, Renten an Personen über 60 Jahre (Frauen) bzw. 65 Jahre (Männer) den Leistungen bei >>> Alter zugeordnet.

Fonds "Deutsche Einheit"

Rechnungsstatistik

Kassenstatistik

Datennachweis: ab 1990

Begriffsinhalt:

Den Fonds "Deutsche Einheit" ist ab 1990 zusammen mit dem >>> ERP-Sondervermögen ab 1992 als gesonderte Haushaltsebene dargestellt und in die Summe aller Öffentlichen Haushalte einbezogen.

Folgende Finanzvorfälle sind davon berührt:

Einnahmen:

Zinseinnahmen vom anderen Bereich, sonstige laufende Zuweisungen vom Bund, Schuldenaufnahme am Kreditmarkt.

Ausgaben:

laufender Sachaufwand, laufende Zuweisungen und Zuschüsse an den öffentlichen Bereich, Zinsausgaben an andere Bereiche, Länderfinanzausgleich

Förderung des Bildungswesens

Rechnungsstatistik

Datennachweis: ab 1974

Begriffsinhalt:

Aufgabenbereich mit den Ausgaben für

- die individuelle Förderung im Schul- und Hochschulbereich (z.B. Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz und landesrechtlichen Regelungen, Graduiertenförderung, Unterkunft- und Verpflegungsbeihilfen, Zuschüsse zum Schüler- und Studentenaustausch, Zuschüsse und Darlehen an Studentenwerke, individuelle Beihilfen an Schüler für Lernmittelfreiheit);
- die Schülerbeförderung (eigene oder angemietete Schulbusse, Zuschüsse zu den Beförderungskosten);
- für Studentenwohnraumförderung;
- Sonstige Förderungsmaßnahmen.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis 1973 sind diese Ausgaben in den Aufgabenbereichen >>> Schulen und vorschulische Bildung sowie >>> Hochschulen nachgewiesen.

Förderung des sozialen Wohnungsbaus im Rahmen des Regionalprogramms (bis 1984 einschl. Eigentumsprogramm)

Subventionsberichte

Datennachweis: ab 1975

Begriffsinhalt:

>>> Finanzhilfen des Bundes zur Förderung des Wohnungsbaues im Rahmen des Regionalprogramms.

Das Regionalprogramm befindet sich seit 1978 in Abwicklung.

Im Regionalprogramm wurden den Bauherren bzw. den Erwerbern von Kaufeigenheimen oder Kaufeigentumswohnungen degressiv gestaffelte Aufwendungsdarlehen zur Verbilligung der Belastungen gewährt.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschließlich 1985 (Haushaltsansatz 1984) hat der Bund im Rahmen des Eigentumprogramms (Zweiter Förderungsweg) die Eigentumsbildung in Form von Eigenheimen und Eigentumswohnungen gefördert. Die Förderungsmittel wurden nach sozialen Kriterien und vorrangig in regionalen Schwerpunkten eingesetzt. In geeigneten Fällen wurde auch der Mietwohnungsbau in Stadtregionen gefördert.

Die im Zweiten Förderungsweg geförderten Wohnungen wurden in der Regel nur solchen Personen überlassen, die durch den Bezug der Wohnung eine öffentlich geförderte Wohnung freimachen oder deren Gesamteinkommen (Jahreseinkommen des Wohnungssuchenden und der zum Haushalt gehörenden Familienangehörigen) die für den Ersten Förderungsweg bestehende Einkommensgrenze nicht um mehr als 40 v.H. überstieg.

Förderung des sozialen Wohnungsbaus mit Bau- und Aufwendungsdarlehen (bis 1984 Sozialprogramm)

Subventionsberichte

Datennachweis: ab 1975

Begriffsinhalt:

>>> Finanzhilfen des Bundes zur Förderung des Erwerbs von selbstgenutztem Wohneigentum.

Der Bund gewährt den Ländern zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues Finanzhilfen für den Einsatz als Bau- und Aufwendungsdarlehen, die ausschließlich zur Förderung von Eigentumsmaßnahmen im 1. und 2. Förderweg (Familienheime und eigengenutzte Eigentumswohnungen) zu verwenden sind. Mietwohnungen werden nur durch die Länder gefördert.

Begünstigt werden Wohnungseigentumsuchende, deren jährliches Gesamteinkommen 21 600 DM nicht übersteigt. Für Familien mit zwei und mehr Kindern und bestimmte Personengruppen gelten erweiterte Grenzen.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschließlich 1985 (Haushaltsansatz 1984) hat der Bund den Ländern Finanzhilfen zur Finanzierung des Mietwohnungsbaues und der Eigentumsförderung für den öffentlich geförderten Wohnungsbau im Rahmen des Sozialprogramms (Erster Förderungsweg) gewährt.

Bei der Bewilligung der öffentlichen Mittel sind förderungsfähige Bauvorhaben von privaten Bauherren, gemeinnützigen und freien Wohnungsunternehmen, Organen der staatlichen Wohnungspolitik, Gemeinden, Gemeindeverbänden, anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts und sonstigen Bauherren in gleicher Weise ohne Bevorzugung bestimmter Gruppen von Bauherren berücksichtigt worden.

Vollgefordert wurden Bauvorhaben zur Einrichtung neuer Gebäude, die ausschließlich Wohneinheiten enthalten. Teilgefordert wurden Bauvorhaben, die außer den geförderten Wohneinheiten auch nichtgeforderte Wohneinheiten oder gewerblich oder landwirtschaftlich zu nutzende Räume enthalten oder die Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden betreffen. Hierzu zählten auch alle Bauvorhaben mit geförderten Wohneinheiten in Nichtwohngebäuden.

Von 1981 bis 1984 wurde der Wohnungsbau zugunsten von Aussiedlern aus den osteuropäischen Staaten und Zuwanderern aus der ehem. DDR und Berlin (Ost) sowie der ihnen gleichgestellten deutschstämmigen Personen aus dem Ausland im Rahmen des Sozialprogramms mitgefördert.

Förderung des Studentenwohnheimbaues

Subventionsberichte

Datennachweis: 1975 bis 1984

Begriffsinhalt:

Mitfinanzierung des Studentenwohnraumes durch den Bund zur nachhaltigen Sicherung eines ausreichenden Angebotes an bedarfsgerechten Wohnraumplätzen zu sozial tragbaren Mieten für Studenten.

Der Bund zieht sich aus der bisherigen Mitfinanzierung der Studentenwohnheimförderung zurück. Vorgesehen sind nur noch Ausgaben für die Erfüllung bereits eingegangener Verpflichtungen des Bundes.

Forderungen

Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren

Datennachweis: ab 1962

Begriffsinhalt:

Den Gläubigern seitens der zuständigen Gerichte anerkannte Forderungen in abgewickelten Konkursen (Konkursen mit Masse, Konkursen ohne Masse) sowie in >>> abgewickelten Erlaßvergleichen.

Ein Konkurs- oder Vergleichsverfahren gilt als abgewickelt, wenn der finanzielle Ausgang des Verfahrens feststeht. Einbezogen werden alle Verfahren, die bis zum Ende des auf das Jahr ihrer Eröffnung (Berichtsjahr) folgenden Jahres finanziell abgewickelt sind.

Das Konkursverfahren bezweckt eine gleichzeitige und gleichmäßige Verteilung des Vermögens eines zahlungsunfähigen und/ oder überschuldeten Schuldners (des >>> Gemeinschuldners) an die Gläubiger unter Leitung des Konkursgerichts.

Durch ein Vergleichsverfahren soll der Konkurs bei einem zahlungsunfähigen und/oder überschuldeten würdigen Schuldner abgewendet werden. Als Erlaßvergleich gilt ein das Vergleichsverfahren abschließender Vergleich, in dem der Vergleichsschuldner den Vergleichsgläubigern Zahlung ihrer Forderungen zu einem bestimmten Prozentsatz (mindestens 35 %) verspricht und dem Vergleichsschuldner die Restschuld erlassen wird.

Abgewickelte Konkurse ohne Masse sind Konkursverfahren, die nach Eröffnung mangels Masse eingestellt werden.

Forderungen/Verbindlichkeiten

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Datennachweis: ab 1960

Begriffsinhalt:

Zu den Forderungen bzw. Verbindlichkeiten rechnen - in der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendeten Gliederung der Deutschen Bundesbank -

Geldanlage bei Banken,

Bargeld und Sichteinlagen,

Termingelder (einschl. durchlaufender Gelder),

Spareinlagen,

Geldanlage bei Bausparkassen,

Geldanlage bei Versicherungen,

Geldmarktpapiere (einschl. zweckgebundener Emissionen von Schatzanweisungen),

festverzinsliche Wertpapiere,

Aktien,

Auslandsposition der Deutschen Bundesbank,

kurz- und längerfristige Bankkredite,

Darlehen der Bausparkassen,

Darlehen der Versicherungen und

sonstige Forderungen bzw. Verbindlichkeiten.

Die Angaben über die Veränderung der Forderungen und Verbindlichkeiten sind der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank entnommen. Neben der obengenannten Gliederung weist die Deutsche Bundesbank als "innersektorale" Forderungen bzw. Verbindlichkeiten im Sektor Kreditinstitute die Veränderungen der Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen der Bundesbank und den Geschäftsbanken, im Sektor Staat die Veränderungen der Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung sowie im Unternehmenssektor die Veränderungen bestimmter Forderungen bzw. Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit der Finanzierung von Wohnbauten nach. Die Veränderungen der "innersektoralen" Forderungen bzw. Verbindlichkeiten sind in den Summen für die stärker aggregierten Sektoren nicht enthalten (z.B. ist die Veränderung der Forderungen der Sozialversicherung an die Gebietskörperschaften nicht in den Anga-

ben für den gesamten Staatssektor enthalten). Stets einbezogen sind jedoch die Vorgänge zwischen Bausparkassen und den übrigen Kreditinstituten, da die Bundesbank die Bausparkassen als eigenen Sektor behandelt. Im übrigen werden die Veränderungen der Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Einheiten desselben Sektors nicht dargestellt. Eine Ausnahme bilden Geldmarktpapiere, festverzinsliche Wertpapiere und Aktien, bei denen auch Vorgänge zwischen Einheiten desselben Sektors erfaßt werden.

Inhalt und Abgrenzung der einzelnen Arten von Forderungen und Verbindlichkeiten sind in dem Sonderdruck der Bundesbank Nr. 4 "Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1960 bis 1982", 4. Auflage, Juli 1983 näher beschrieben.

Als "Veränderung" wird in der Finanzierungsrechnung die Zu- oder Abnahme der einzelnen Aktiva und Passiva zwischen dem Beginn und Ende des Berichtszeitraumes dargestellt. Zu- und Abgänge im Laufe der Periode sind somit bei den einzelnen Arten von Aktiva bzw. Passiva gegeneinander aufgerechnet (z.B. die in der Periode gewährten längerfristigen Kredite gegen die Tilgung von längerfristigen Krediten). Es wird jedoch nicht die Veränderung von Aktiva gegen die Veränderung von Passiva saldiert, also z.B. nicht die Veränderung der von einem Sektor an andere Sektoren gewährten längerfristigen Kredite gegen die Veränderung der von diesem Sektor aufgenommenen längerfristigen Kredite.

Bewertungsmaßstab sollen - um einen lückenlosen Anschluß an die Vermögensveränderungskonten zu gewährleisten - im Prinzip Transaktionswerte sein, d.h. die Werte, zu denen die einzelnen Transaktionen im Berichtszeitraum stattgefunden haben. Realisierte Kapitalgewinne und -verluste, die z.B. bei der Veräußerung von Aktien erzielt werden, kommen bei dieser Bewertungsgrundlage in den Angaben über die Veränderung der finanziellen Werte zum Ausdruck.

Forstbetriebe

1. Landwirtschaftszählung 1971

2. Bodennutzungsvorerhebung

Datennachweis: bis 1978

Begriffsinhalt:

Technisch-wirtschaftliche Einheiten, die für Rechnung eines Inhabers (des Betriebsinhabers) bewirtschaftet werden, einer einzigen Betriebsführung unterstehen, forstwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringen und deren >>> landwirtschaftlich genutzte Fläche weniger als 10 % ihrer >>> Waldfläche beträgt (Hauptproduktionsrichtung).

Kennzeichen einer Besitzeinheit als technisch-wirtschaftliche Einheit ist, daß für sie in der Regel dieselben Arbeitshilfsmittel (Gebäude, Maschinen) verwendet werden.

Besitzeinheiten, die aus steuerlichen oder anderen Gründen "nominell" auf mehrere Inhaber aufgeteilt sind, gelten als eine Einheit, sofern sie in betriebswirtschaftlicher Hinsicht eine organisatorische Einheit bilden. Mehrere Besitzeinheiten in der Hand eines Inhabers werden als ein Betrieb angesehen, wenn in der Regel dieselben Arbeitshilfsmittel verwendet werden.

Waldflächen, die gemeinsam mit landwirtschaftlich genutzten Flächen bewirtschaftet werden, bilden zusammen mit diesen eine Betriebseinheit. Eine Ausnahme hiervon bilden lediglich die von Gemeinden selbst bewirtschafteten landwirtschaftlich genutzten Flächen und Waldflächen, die generell als zwei getrennte Betriebseinheiten angesehen werden.

Betriebsinhaber ist diejenige natürliche oder juristische Person, für deren Rechnung der Betrieb bewirtschaftet wird, unabhängig von den Eigentumsverhältnissen.

In der Grunderhebung der Landwirtschaftszählung 1971 werden auch Besitzeinheiten als Betriebe nachgewiesen, die zwar über Bodenflächen oder Viehbestände, jedoch nicht über Arbeitskräfte oder Arbeitshilfsmittel (Gebäude und Maschinen) verfügen und insofern nicht bewirtschaftet werden.

Als Flächen der Betriebe gelten jeweils die selbstbewirtschafteten Flächen. Zugepachtete und unentgeltlich übernommene Flächen sind einbezogen, verpachtete und unentgeltlich abgegebene Flächen rechnen zur Fläche des sie bewirtschaftenden Betriebes.

Die Forstbetriebe sind mit allen ihren Angaben jeweils derjenigen regionalen Einheit (Gemeinde, Kreis, Land) zugeordnet, in der sich der Betriebssitz (die wichtigsten Wirtschaftsgebäude) befindet.

Staatsforsten werden am Sitz des zuständigen Forstamtes nachgewiesen. Zu weiteren Einzelheiten siehe unter >>> landwirtschaftliche Betriebe und Forstbetriebe.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1970 wurde in der Bodennutzungsvorerhebung die Hauptproduktionsrichtung der landwirtschaftlichen Betriebe und der Forstbetriebe nicht nach dem Flächenverhältnis von landwirtschaftlich genutzter Fläche und Waldfläche zueinander festgelegt, sondern über das Schwergewicht der Produktion, gemessen am Verkaufswert der eigenen Erzeugnisse (einschließlich des Eigenverbrauchs), erfragt.

Bis einschl. 1969 wurde in der Bodennutzungsvorerhebung statt der landwirtschaftlich genutzten Fläche die landwirtschaftliche Nutzfläche verwendet.

Begriffsbeziehungen:

Die Forstbetriebe zählen zu den landwirtschaftlichen Betrieben und Forstbetrieben (Landwirtschaftszählung 1971), welche neben den Forstbetrieben auch die landwirtschaftlichen Betriebe umfassen.

Forstbetriebe und >>> landwirtschaftliche Betriebe (Landwirtschaftszählung 1971, Bodennutzungsvorerhebung) unterscheiden sich durch die Hauptproduktionsrichtung: Der Hauptproduktionsrichtung Forstbetriebe wird ein landwirtschaftliche Flächen und/ oder Waldflächen bewirtschaftender Betrieb dann zugeordnet, wenn seine landwirtschaftlich genutzte Fläche weniger als 10 % seiner Waldfläche beträgt; der Hauptproduktionsrichtung landwirtschaftliche Betriebe wird er entsprechend dann zugeordnet, wenn seine landwirtschaftlich genutzte Fläche mindestens 10 % seiner Waldfläche beträgt.

Forstbetriebe und >>> Forstwirtschaft (Landwirtschaftszählung 1971) sind beide Untergliederungen der landwirtschaftlichen Betriebe und Forstbetriebe, sind aber unterschiedlich abgegrenzt: Forstbetriebe sind Betriebe

mit der Hauptproduktionsrichtung Forstwirtschaft, wobei die Hauptproduktionsrichtung durch das Flächenverhältnis zwischen der landwirtschaftlich genutzten Fläche und der Waldfläche eines Betriebes bestimmt wird. Zur Forstwirtschaft rechnen dagegen Betriebe mit wirtschaftlichem Schwerpunkt in der Forstwirtschaft (in der Abgrenzung der Betriebssystematik); der wirtschaftliche Schwerpunkt wird bestimmt durch das Verhältnis der von den verschiedenen Produktionsbereichen des Betriebes erwirtschafteten Standarddeckungsbeiträge zum Standarddeckungsbeitrag des Betriebes.

Forstpflanzen

Baumschulerhebung

Datennachweis: ab 1964

Begriffsinhalt:

Laub- oder Nadelholzpflanzen, die zu Zwecken der Aufforstung herangezogen werden.

Die Forstpflanzen werden nach Arten, Alter und Anzuchtverfahren (Sämlinge, verschulte Pflanzen) erfasst.

Als Sämlinge gelten Pflanzen, die aus Samen gezogen und bis zum Verkauf nicht verpflanzt (verschult) worden sind.

Als verschulte Pflanzen gelten solche, die im Verlauf der Anzucht ein- oder mehrmals auf einen anderen Standort verpflanzt wurden. Sie können aus Samen oder Steckholz gezogen sein.

Begriffsbeziehungen:

Laub- oder Nadelholzpflanzen, die für Pflanzungen in Ziergärten, Parkanlagen oder für sonstige nichtforstliche Zwecke herangezogen werden, sind nicht unter Forstpflanzen sondern unter >>> Ziergehölzen erfasst.

Forstwirtschaft

Landwirtschaftszählung 1971

Begriffsinhalt:

>>> Landwirtschaftliche Betriebe und Forstbetriebe, die in ihrem Produktionsbereich Forstwirtschaft einen Standarddeckungsbeitrag erwirtschaften, der gleich oder größer als 75 % des Standarddeckungsbeitrages des Betriebes ist.

Der Produktionsbereich Forstwirtschaft umfaßt die Waldflächen, Forsten, Holzungen sowie die Korbweidenanlagen, Pappelanlagen und Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes.

Landwirtschaftliche Betriebe und Forstbetriebe sind technisch-wirtschaftliche Einheiten, die für Rechnung eines Inhabers (des Betriebsinhabers) bewirtschaftet werden, einer einzigen Betriebsführung unterstehen und land und/oder forstwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringen.

Zu Einzelheiten der Zuordnung von Frucht- bzw. Vieharten zu den Produktionszweigen und -bereichen sowie zur Berechnung der Standarddeckungsbeiträge siehe unter >>> Betriebssystematik.

Begriffsbeziehungen:

Forstwirtschaft und >>> Forstbetriebe (Landwirtschaftszählung 1971, Bodennutzungsvorerhebung) sind beide Untergliederungen der landwirtschaftlichen Betriebe und Forstbetriebe (Landwirtschaftszählung 1971), sind aber unterschiedlich abgegrenzt:

Zur Forstwirtschaft rechnen Betriebe mit wirtschaftlichem Schwerpunkt in der Forstwirtschaft (in der Abgrenzung der Betriebssystematik); der wirtschaftliche Schwerpunkt wird bestimmt durch das Verhältnis der von den verschiedenen Produktionsbereichen des Betriebes erwirtschafteten Standarddeckungsbeiträge zum Standarddeckungsbeitrag des Betriebes.

Forstbetriebe sind dagegen Betriebe mit der Hauptproduktionsrichtung Forstwirtschaft; die Hauptproduktionsrichtung wird bestimmt durch das Flächenverhältnis zwischen der landwirtschaftlich genutzten Fläche und der Waldfläche eines Betriebes:

Ist die landwirtschaftlich genutzte Fläche eines Betriebes kleiner als 10 % seiner Waldfläche, dann gilt der Betrieb als Forstbetrieb.

Fortzüge

Wanderungsstatistik

Datennachweis: ab 1957

Begriffsinhalt:

Behördliche Abmeldungen von Personen, die in einer Gemeinde ihre Hauptwohnung aufgegeben haben und sich in einer anderen Gemeinde mit Hauptwohnung angemeldet haben und dort als >>> Zuzüge erfaßt werden.

Einbezogen werden nur Personen, die zur >>> Bevölkerung gehören. Gezählt wird jeder Fortzug einer Person innerhalb des Berichtszeitraums. Wohnungswechsel innerhalb einer Gemeinde (Ortsumzüge) werden nicht erfaßt.

Gäste in Beherbergungsstätten u.ä. und Besucher bei Verwandten und Bekannten werden nur erfaßt, wenn ihr Aufenthalt in der betreffenden Gemeinde gemäß den jeweiligen landesrechtlichen Meldebestimmungen von längerer Dauer ist und sie der Meldebehörde tatsächlich gemeldet werden.

Soldaten im Grundwehrdienst und auf Wehrübung und Ersatzdienstleistende bleiben, da für sie keine Meldepflicht besteht, unberücksichtigt.

Nicht erfaßt werden auch bestimmte in Anstalten untergebrachte Personen (z.B. Patienten in Krankenhäusern usw.), Angehörige des konsularischen Dienstes und der ausländischen Stationierungstreitkräfte, Seeleute und Binnenschiffer, Zeit- und Berufssoldaten bei vorübergehender Abwesenheit vom Standort und ähnliche Sonderfälle (vgl. auch Bevölkerung).

Jede Person, die ihre Hauptwohnung von einer im Bundesgebiet gelegenen Gemeinde in eine andere verlegt, wird in der neuen Gemeinde als Zuzug und in der bisherigen als Fortzug gezählt (Binnenwanderung).

Personen, die ins Ausland ziehen, werden abweichend von dieser Regelung nur dann gezählt, wenn sie ihren im Bundesgebiet gelegenen Wohnsitz aufgeben; sie werden dann lediglich als Fortzug gezählt. Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebietes werden als Bundesaußenwanderung bezeichnet.

Ein >>> Ausländer, der sich von seiner Hauptwohnung nach "Unbekannt" abmeldet, wird nur als Fortzug erfaßt und daher zur Bundesaußenwanderung gerechnet.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1964 rechneten auch die Wanderungen zwischen Berlin (West) und dem übrigen Bundesgebiet zur Bundesaußenwanderung.

Bis April 1983 galt auch die Abmeldung von einer Nebenwohnung als Fortzug. Meldete sich jemand von seiner Nebenwohnung nach "Unbekannt" ab, wurde er gleichfalls als Fortzug und damit als Zuzug in der Gemeinde, in der seine Hauptwohnung lag, berücksichtigt.

Begriffsbeziehungen:

Der Unterschied zwischen der Zahl der Fortzüge und der Zuzüge (Wanderungsstatistik) stellt für jede Gemeinde den Wanderungssaldo dar.

Bei den Binnenwanderungen stimmen die im Zielland ermittelten Zuzüge mit den im Herkunftsland ermittelten Fortzügen nicht vollständig überein.

Der Saldo dieser Abweichungen - dieser ist z.T. technisch bedingt, z.T. ergeben sich die Abweichungen durch unterschiedliche definitorische Abgrenzungen in den Landesmeldegesetzen - wird als "Binnenwanderungsdifferenz" nachgewiesen.

Frachteinnahmen des deutschen gewerblichen Güterfernverkehrs

Statistiken des gewerblichen Fernverkehrs und des Werkfernverkehrs

Datennachweis: ab 1964

Begriffsinhalt:

Entgelte für Beförderungsleistungen deutscher Lastfahrzeuge im >>> gewerblichen Güterfernverkehr.

Erfasst werden nur Frachteinnahmen aus dem Binnenfernverkehr. Er umfaßt den Verkehr innerhalb des Bundesgebietes einschl. Berlin (West) und den Wechselverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik, sofern diese Fahrten mit Fahrzeugen durchgeführt werden, die ihren Standort im Bundesgebiet haben.

Als Entgelte werden die in den Frachtbriefen ausgewiesenen Einnahmen einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer angesetzt.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. Oktober 1971 waren neben den Frachteinnahmen aus dem Binnenfernverkehr auch Frachteinnahmen aus dem grenzüberschreitenden gewerblichen Fernverkehr deutscher Fahrzeuge enthalten.

Begriffsbeziehungen:

Frachteinnahmen des deutschen gewerblichen Güterfernverkehrs sind vergleichbar abgegrenzt wie die >>> Verkehrseinnahmen (>>> Expresgut-, Güterverkehr) (Eisenbahnstatistik (Statistik der Personen- und Güterbeförderung auf Eisenbahnen)).

Freie Berufe

Berufsbildungsstatistik

Datennachweis: ab 1967

Begriffsinhalt:

Der Ausbildungsbereich Freie Berufe umfaßt die Berufsausbildung der

- Rechtsanwalts-, Rechtsbeistands-, Patentanwalts- und Notargehilfen (zuständige Stellen: Rechtsanwalts-, Patentanwalts-, Notarkammern),
- Gehilfen in wirtschafts- und steuerberatenden Berufen (zuständige Stellen: Steuerberaterkammern, Wirtschaftsprüfkammern),
- Arzt-, Zahnarzt-, Tierarzt- und Apothekenhelfer (zuständige Stellen: Ärzte-, Zahnärzte-, Tierärzte- und Apothekerkammern).

Die Gliederung der Ausbildungsbereiche deckt sich nicht voll mit der Wirtschaftsgliederung nach der Systematik der Wirtschaftszweige, da sich nach dem Berufsbildungsgesetz die Zuständigkeit vielfach nach der Art des Ausbildungsberufs und nicht nach der Zugehörigkeit des Ausbildungsbetriebs zu einem Wirtschaftsbereich richtet.

Freifahrausweise

Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr

Datennachweis: ab 1980

Begriffsinhalt:

Von Unternehmen unentgeltlich ausgegebene Fahrausweise (z.B. für Betriebsangehörige).

>>> Schwerbehindertenausweise, die zur unentgeltlichen Beförderung berechtigen, sind nicht Freifahrausweise im Sinne dieser Statistik.

Freiflächen

Statistik der Kaufwerte für Bauland

Datennachweis: ab 1962; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 3/1991

Begriffsinhalt:

Unbebaute Grundstücke, die als Gartenanlagen, Spielplätze, Erholungsplätze u.ä. dem öffentlichen Gebrauch dienen oder die von den Gemeinden als Freiflächen ausgewiesen sind.

Land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen, die auch weiterhin für diese Verwendung vorgesehen sind, rechnen nicht zu den Freiflächen.

Nachgewiesen werden Kaufwerte für Freiflächen (zu Einzelheiten siehe >>> Kaufwerte für Bauland).

Freigestellter Schülerverkehr

Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr

Datennachweis: ab 1980

Begriffsinhalt:

Für die Fahrgäste unentgeltlich durchgeführte Beförderungen mit Kraftfahrzeugen zum und vom Unterricht durch zur Verkehrsstatistik auskunftspflichtige >>> Unternehmen.

Änderungen im Zeitablauf:

Ab IV. Quartal 1984 und Berichtsjahr 1985 ist Freigestellter Schülerverkehr mit Personenkraftwagen nicht mehr enthalten. Weitere Änderungen ergeben sich durch Änderungen im Berichtskreis der zur Verkehrsstatistik auskunftspflichtigen Unternehmen (siehe auch unter: Unternehmen).

Begriffsbeziehungen:

Der Freigestellte Schülerverkehr unterscheidet sich von den >>> Schülerfahrten im wesentlichen durch die Unentgeltlichkeit der Beförderungen für die Beförderten.

Freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung

Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte

Datennachweis: ab 1965

Begriffsinhalt:

Je Haushalt und Monat gezahlte freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung, einschl. etwaiger Arbeitgeberanteile.

Enthalten sind freiwillige Beiträge an die Ortskrankenkassen, an die Landkrankenkassen, an Betriebskrankenkassen, an Innungskrankenkassen, an die Seekrankenkasse, an die Bundesknappschaft und an die Ersatzkran-

kenkassen für Arbeiter und Angestellte. Nicht enthalten sind >>> Prämien für private Krankenversicherung, die gesondert nachgewiesen werden.

Freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung

Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte

Datennachweis: ab 1965

Begriffsinhalt:

Je Haushalt und Monat gezahlte freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung (Höherversicherungsbeiträge sowie Beiträge nicht versicherungspflichtiger Personen), einschl. etwaiger Arbeitgeberanteile sowie Beiträge für Pensions-, Alters- und Sterbekassen.

Zur gesetzlichen Rentenversicherung rechnen hier die Rentenversicherung der Arbeiter, die Rentenversicherung der Angestellten, die knappschaftliche Rentenversicherung sowie die Zusatzversorgungskassen im öffentlichen Dienst sowie Beiträge für Pensions-, Alters- und Sterbekassen.

Freizeitwohneinheiten/ -wohnungen

Gebäude- und Wohnungszählung 1987

Begriffsinhalt:

Wohnungen/ sonstige Wohneinheiten, die vom Eigentümer oder Mieter als "Zweitwohnung" primär für Erholungszwecke oder über das Wochenende oder im Urlaub (Ferien) bewohnt werden.

Nicht als Freizeitwohneinheiten gelten Wohneinheiten, die ähnlich wie ein Hotelzimmer nur kurzfristig von einem Haushalt gemietet werden und in die anschließend andere Haushalte in stetem Wechsel einziehen.

Fremdenheime und Pensionen

1. Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr

Datennachweis: ab 1981

Begriffsinhalt:

Beherbergungsstätten die jedermann zugänglich sind und in denen Speisen und Getränke nur an Hausgäste abgegeben werden.

Erfasst werden nur Fremdenheime und Pensionen mit mindestens 9 Gästebetten und mehr.

2. Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten

Datennachweis: 1960 bis 1980

Begriffsinhalt:

Wie unter 1., jedoch unabhängig von der Anzahl der Gästebetten und nur in Gemeinden mit im allgemeinen mindestens 5 000 >>> Gästeübernachtungen im Jahr.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. März 1971 wurden den Fremdenheimen und Pensionen auch >>> Hotelsgarnis zugerechnet.

Ebenfalls bis zu diesem Zeitpunkt wurden Betriebe in Gemeinden mit im allgemeinen mindestens 3 000 Gästeübernachtungen im Jahr erfasst.

Fremdenübernachtungen

Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten

Datennachweis: 1960 bis 1980

Begriffsinhalt:

Übernachtungen von Gästen in Beherbergungsstätten in Gemeinden mit im allgemeinen mindestens 5 000 Übernachtungen von Reisenden im Jahr.

Erfasst werden nur Übernachtungen während eines vorübergehenden, jedoch im allgemeinen nicht länger als zwei Monate dauernden und keinen (Zweit-)Wohnsitz begründenden Aufenthaltes.

Zu den Beherbergungsstätten rechnen >>> Hotels, >>> Gasthöfe, >>> Fremdenheime und Pensionen, >>> Hotels garnis, >>> Erholungs- und Ferienheime, >>> Heilstätten und Sanatorien, >>> Ferienhäuser und Ferienwohnungen. Ebenso zählen hierzu >>> Privatquartiere, in denen gegen Entgelt Unterkunft gewährt wird. Privatquartiere in Großstädten (mit 100 000 oder mehr Einwohnern) werden jedoch nicht dargestellt. Hier nicht dargestellt werden Übernachtungen in Jugendherbergen, Kinderheimen und auf Campingplätzen.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. März 1971 wurden die Fremdenübernachtungen in Gemeinden mit im allgemeinen mindestens 3 000 Übernachtungen im Jahr erfasst.

Ab April 1971 werden die Hotels garnis aus den Hotels, Fremdenheimen und Pensionen ausgegliedert und als gesonderte Betriebsart dargestellt.

Begriffsbeziehungen:

In der Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr ab 1981 sind die >>> Gästeübernachtungen gleich abgegrenzt, werden jedoch für das gesamte Bundesgebiet und nur bei Beherbergungsstätten mit mindestens 9 Gästebetten und mehr erfasst. Näheres siehe dort.

Fremdwährungsschulden

1. Vierteljährliche Schuldenstatistik

Datennachweis: ab 1974

2. Jährliche Schuldenstatistik

Datennachweis: ab 1953

Begriffsinhalt:

Als Fremdwährungsschulden werden Schulden nachgewiesen, die gegenüber Gläubigern außerhalb des Währungsgebietes entstanden und in fremder Währung zurückzuzahlen sind. Dazu rechnen auch die Darlehen, die bei internationalen Einrichtungen aufgenommen werden.

Bei den Fremdwährungsschulden wird zwischen Vorkriegs- und Nachkriegsschulden unterschieden.

Vorkriegsschulden sind bis zum 7.5.1945 entstandene Fremdwährungsschulden. Dazu rechnen auch die Anteile an im Ausland aufgenommenen Sammelanleihen sowie die Entschädigungen für Auslandsbonds nach dem Auslandsbondsentschädigungsgesetz und fundierte Zinsrückstände. Der Inlandsumlauf an Auslandsbonds wird hier mit nachgewiesen, da die >>> Gebietskörperschaften nicht in der Lage sind, eine entsprechende Trennung vorzunehmen.

Nachkriegsschulden sind alle seit dem 1.5.1945 aufgenommenen Fremdwährungsschulden. Schulden bei ausländischen Kreditinstituten und sonst. ausländischen Stellen, die in DM-Währung aufgenommen und zurückzuzahlen sind, rechnen zu den >>> Schulden aus Kreditmarktmitteln.

Änderungen im Zeitablauf:

In früheren Darstellungen werden die Fremdwährungsschulden als Auslandsschulden bezeichnet. Ab 1970 sind die Treasury Notes, die vom Bund zur vorläufigen Abdeckung von Einzahlungsverpflichtungen für den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank hinterlegt werden, nicht mehr in den Auslandsschulden des Bundes enthalten.

Die Fremdwährungsschulden werden zu festen Paritäten in DM umgerechnet.

Fundierte Schulden

1. Vierteljährliche Schuldenstatistik

Datennachweis: ab 1974

2. Jährliche Schuldenstatistik

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

Alle Verbindlichkeiten aus Darlehensaufnahmen, soweit sie durch Übernahme einer besonderen Schuldverpflichtung, durch Schuldurkunde oder Eintragung in das Schuldbuch bzw. Wertrechtsregister fundiert und haushaltsmäßig vereinnahmt werden. Die fundierten Schulden umfassen die >>> Schulden aus Kreditmarktmitteln, die >>> Ausgleichsforderungen und sonstigen Altverbindlichkeiten, die >>> Fremdwährungsschulden, die >>> kreditähnlichen Rechtsgeschäfte und die >>> Schulden beim öffentlichen Bereich.

Änderungen im Zeitablauf:

Ab 1.1.1974 sind die nach dem neuen Gemeindehaushaltsrecht von den >>> Gemeinden/Gemeindeverbände für die Eigenbetriebe aufgenommenen Schulden nicht mehr in den fundierten Schulden der Gemeinden/Gemeindeverbände enthalten.

Begriffsbeziehungen:

Im Unterschied zu den fundierten Schulden sind >>> schwebende Schulden (Vierteljährliche Schuldenstatistik, Jährliche Schuldenstatistik) kurzfristige Verbindlichkeiten, die zur Überbrückung vorübergehender Kassenanspannungen dienen (z.B. Kassenkredite der Deutschen Bundesbank). Sie müssen nicht durch Übernahme einer besonderen Schuldverpflichtung, durch Schuldurkunde oder Eintragung in das Schuldbuch fundiert und dürfen nicht haushaltsmäßig vereinnahmt werden.

Futterbaubetriebe

Landwirtschaftszählung 1971

Begriffsinhalt:

>>> Landwirtschaftliche Betriebe und Forstbetriebe mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Produktionsbereich >>> Landwirtschaft, die in ihren Produktionszweigen Milchvieh und Rindermast Standarddeckungsbeiträge erwirtschaften, die zusammengekommen gleich oder größer als 50 % des Standarddeckungsbeitrages des Betriebes sind. Der wirtschaftliche Schwerpunkt der landwirtschaftlichen Betriebe und Forstbetriebe liegt im Produktionsbereich Landwirtschaft, wenn sie im Produktionsbereich Landwirtschaft einen Standarddeckungsbeitrag erwirtschaften, der gleich oder größer als 75 % des Standarddeckungsbeitrages des Betriebes ist. Zum Produktionsbereich Landwirtschaft rechnen die Produktionszweige Intensivfrüchte, Extensivfrüchte, Milchvieh, Rindermast, Schweine, Geflügel, Weinbau, Hopfenbau und Obstbau. Der Produktionszweig Milchvieh umfaßt die Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe). Zum Produktionszweig Rindermast zählen alle anderen Rinder, Schafe und andere Pferde (nicht Arbeitspferde). Landwirtschaftliche Betriebe und Forstbetriebe sind technisch-wirtschaftliche Einheiten, die für Rechnung eines Inhabers (des Betriebsinhabers) bewirtschaftet werden, einer einzigen Betriebsführung unterstehen und land und/ oder forstwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringen. Zu Einzelheiten der Zuordnung von Frucht- bzw. Vieharten zu den Produktionszweigen und -bereichen sowie zur Berechnung der Standarddeckungsbeiträge siehe unter >>> Betriebssystematik. Für die Anbauflächen von Futterpflanzen und für das >>> Dauergrünland werden keine eigenen Standarddeckungsbeiträge berechnet, da in der Regel das wirtschaftseigene Futter an das betriebeigene Vieh verfüttert wird. Die Erträge aus Futterpflanzen und Dauergrünland sind daher in den für das Milchvieh und die Rindermast errechneten Standarddeckungsbeiträgen berücksichtigt.

Futterpflanzen

Landwirtschaftszählung 1971

Begriffsinhalt:

Zu den Futterpflanzen rechnen Klee und Klee gras, Kleebrache, Luzerne, Ackerwiesen und -weiden, Grün- und Silomais sowie Serradella, Esparssette, Wicken, Süßlupinen und alle übrigen zur Grünfütter-, Gärfutter- oder Heugewinnung angebauten Arten. Nachgewiesen wird das von >>> landwirtschaftlichen Betrieben bewirtschaftete >>> Ackerland, das mit Futterpflanzen bestanden ist. Dazu rechnen auch Flächen mit in grünem Zustand abgeerntetem Getreide, Hülsenfrüchten und Ölfrüchten.

Gartenbau

Landwirtschaftszählung 1971

Begriffsinhalt:

>>> Landwirtschaftliche Betriebe und Forstbetriebe, die in ihrem Produktionsbereich Gartenbau einen Standarddeckungsbeitrag erwirtschaften, der gleich oder größer als 75 % des Standarddeckungsbeitrages des Betriebes ist.

Der Produktionsbereich Gartenbau umfaßt die Produktionszweige Freilandgemüse, Unterglasgemüse, Freilandzierpflanzen, Unterglaszierpflanzen und Baumschulen.

Landwirtschaftliche Betriebe und Forstbetriebe sind technisch-wirtschaftliche Einheiten, die für Rechnung eines Inhabers (des Betriebsinhabers) bewirtschaftet werden, einer einzigen Betriebsführung unterstehen und land- und/oder forstwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringen.

Zu Einzelheiten der Zuordnung von Frucht- bzw. Vieharten zu den Produktionszweigen und -bereichen sowie zur Berechnung der Standarddeckungsbeiträge siehe unter >>> Betriebssystematik.

Gartengewächse

Landwirtschaftszählung 1971

Begriffsinhalt:

Zu den Gartengewächsen rechnen der gärtnerische Anbau von Gemüse, Spargeln und Erdbeeren, soweit diese Pflanzen im Wechsel mit anderen Gartengewächsen im Freiland oder unter Glas angebaut werden, der Blumen- und Zierpflanzenanbau im Freiland und unter Glas sowie der Vermehrungsanbau von Blumenzwiebeln und -knollen.

Nachgewiesen wird das von >>> landwirtschaftlichen Betrieben bewirtschaftete >>> Ackerland, das mit Gartengewächsen bestanden ist.

Gasabgabe an Letztverbraucher

Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen

Datennachweis: 1950 bis 1974

Begriffsinhalt:

Von >>> Gasversorgungsunternehmen an Letztverbraucher abgegebenes Gas.

Als Gasversorgungsunternehmen gelten Unternehmen bzw. fachliche Teile von Unternehmen, die entsprechend den Bestimmungen nach dem Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft vom 13.12.1935 (RGBl. I S. 1451) andere Wirtschaftseinheiten mit Gas versorgen und dafür eine staatliche Genehmigung haben. Im einzelnen zählen dazu die Ortsgasversorgungsunternehmen, die Ferngasgesellschaften sowie die Kokereien und die Erdgas- und Erdölgasgewinnungsunternehmen, soweit sie Gas an Letztverbraucher abgeben.

Zu den Letztverbrauchern an Gas rechnen die Industrie, die öffentlichen Kraftwerke, die Haushalte, der Handel und das Kleingewerbe, die Landwirtschaft, öffentliche Einrichtungen sowie sonstige Abnehmer.

Die Gasabgabe an Letztverbraucher umfaßt den Absatz der Ortsgasversorgungsunternehmen und der Ferngasgesellschaften sowie den Teil des Absatzes von Kokereien, Erdgas- und Erdölgasgewinnungsunternehmen, den diese an Letztverbraucher abgeben.

Nicht in die Gasabgabe einbezogen sind der Eigenverbrauch der Gasversorgungsunternehmen, die Verluste und die Abgabe von Gas an Wiederverkäufer. Die Gasabgabe an Letztverbraucher wird auf der Basis eines Heizwertes von 8 400 kcal/cbm berechnet.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1972 wurde die Gasabgabe an Letztverbraucher auf der Basis eines Heizwertes von 4 300 kcal/cbm berechnet.

Begriffsbeziehungen:

Zur Abgrenzung gegenüber der >>> Erzeugung von Gas (Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen) siehe dort.

Gästeübernachtungen

Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr

Datennachweis: ab 1981

Begriffsinhalt:

Übernachtungen von Gästen in Beherbergungsstätten. Erfasst werden nur Übernachtungen in Verbindung mit einem vorübergehenden Aufenthalt, der im allgemeinen nicht länger als 2 Monate dauert und durch den kein (Zweit-)Wohnsitz begründet wird.

Zu den Beherbergungsstätten rechnen alle gewerblichen und nicht gewerblichen Unterkünfte im Bundesgebiet mit 9 Gästebetten und mehr, unabhängig davon, ob die Gästebeherbergung Haupt- oder nur Nebenzweck ist.

Als Betriebsarten von Beherbergungsstätten werden unterschieden: >>> Hotels, >>> Hotels garnis, >>> Gasthöfe, >>> Fremdenheime und Pensionen, >>> Erholungs- und Ferienheime, >>> Ferienhäuser und Ferienwohnungen sowie >>> Heilstätten und Sanatorien.

Hier nicht dargestellt werden Übernachtungen in Jugendherbergen, Kinderheimen und auf Campingplätzen. >>> Privatquartiere sind nicht in die Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr einbezogen.

Begriffsbeziehungen:

In der Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten von 1960 bis 1980 sind die >>> Fremdenübernachtungen gleich abgegrenzt, wurden jedoch unabhängig von der Anzahl der Gästebetten je Betrieb nur in Gemeinden mit im allgemeinen mindestens 5 000 (bis einschl. März 1971 3 000) Übernachtungen jährlich erfaßt. Näheres siehe dort.

Gastgewerbe

1. Handels- und Gaststättenzählung 1979, 1985**2. Gastgewerbestatistik**

Datennachweis: ab 1963

Begriffsinhalt:

Das Gastgewerbe umfaßt sowohl die Beherbergung als auch die Bewirtung von Gästen.

Unter Beherbergung versteht man das Anbieten von Übernachtungsmöglichkeiten zum vorübergehenden Aufenthalt von Gästen. Charakteristisch für die Bewirtung im >>> Gaststättengewerbe ist, daß Speisen oder Getränke angeboten werden, deren Verzehr üblicherweise an Ort und Stelle stattfindet.

Zum Gastgewerbe rechnen >>> Hotels, >>> Gasthöfe, Pensionen, >>> Hotels garnis, >>> Erholungs- und Ferienheime, Feriencentren, Ferienwohnungen, Hütten, Campingplätze, >>> Privatquartiere, Speisewirtschaften, Bars, Tanzlokale u.ä., Cafes, Eisdien, Trinkhallen und Kantinen. Eine als Motel bezeichnete Beherbergungsstätte wird als Hotel garnis nachgewiesen, wenn sie jedermann zugänglich ist und an die Hausgäste nur Frühstück abgegeben wird.

Nicht einbezogen werden Schlaf- und Speisewagenbetriebe.

Die Begriffe Gastgewerbe und "Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe" (Gastgewerbestatistik) sind gleich abgegrenzt.

Änderungen im Zeitablauf:

In der Gastgewerbestatistik waren bis einschl. 1969 (Basis 1962 = 100) Erholungs- und Ferienheime, Kantinen, Eisdien, Trink- und Imbißhallen und bis einschl. 1979 Campingplätze, alle Heime, die nicht als Unternehmen betrieben werden, sowie Heime, die als Unternehmen betrieben werden, jedoch nicht zu den o.g. Fremden-, Erholungs- und Ferienheimen rechnen, nicht einbezogen.

Gastgewerbeleistungen

Preisindizes für die Lebenshaltung

Datennachweis: ab 1962

Begriffsinhalt:

Leistungen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes, die von privaten Haushalten in Anspruch genommen werden.

Die Gastgewerbeleistungen umfassen im einzelnen den Verzehr von Speisen und Getränken in Gaststätten und Übernachtungen mit Frühstück.

Gasthöfe

1. Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr

Datennachweis: ab 1981

Begriffsinhalt:

Beherbergungs- und Bewirtschaftungsstätten, die jedermann zugänglich sind und in denen außer dem Gastraum keine weiteren Aufenthaltsräume zur Verfügung stehen.

Erfasst werden nur Gasthöfe mit mindestens 9 Gästebetten und mehr.

Nicht mit einbezogen werden Speise- und Schankwirtschaften, >>> Erholungs und Ferienheime sowie Hütten, die nicht als Gasthof betrieben werden, sondern die vorwiegend Angehörige bestimmter Personenkreise (z.B. Mitglieder eines Vereines oder einer Organisation) zu meist kurzfristigem Aufenthalt aufnehmen und in denen Speisen und Getränke nur an Hausgäste abgegeben werden.

2. Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten

Datennachweis: 1960 bis 1980

Begriffsinhalt:

Wie unter 1., jedoch unabhängig von der Anzahl der Gästebetten und nur in Gemeinden mit im allgemeinen 5 000 Gästeübernachtungen im Jahr.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. März 1971 wurden Betriebe in Gemeinden mit im allgemeinen mindestens 3 000 Gästeübernachtungen im Jahr erfaßt.

Gaststätten

Statistik der Baugenehmigungen

Datennachweis: ab 1962; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

Begriffsinhalt:

>>> Nichtwohngebäude, in denen primär Speisen und Getränke an jedermann ausgegeben werden, ohne daß jedoch eine Übernachtungsmöglichkeit besteht.

Hierzu gehören u.a., sofern keine Beherbergungsmöglichkeit besteht, Rasthäuser und -stätten, Kaffeehäuser und Eisdiele, Imbiß- und Trinkhallen, Gastwirtschaften und -häuser, Bars, Berg- und Skihütten sowie Strandrestaurants.

Imbißhallen als behelfsmäßige Nichtwohngebäude, Filmtheater, Spielbanken, Beherbergungsstätten u. dgl. zählen nicht zu den Gaststätten.

Gaststättengewerbe

Gastgewerbestatistik

Datennachweis: ab 1963

Begriffsinhalt:

Zum Gaststättengewerbe rechnen Gast- und Speisewirtschaften, Bahnhofswirtschaften, Cafés, Bars, Tanz- und Vergnügungslokale, Kantinen, Eisdielen sowie Trink- und Imbißhallen.

Nicht einbezogen werden Schlaf- und Speisewagenbetriebe.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1969 (Basis 1962 = 100) waren Kantinen, Eisdielen, Trink- und Imbißhallen nicht einbezogen.

Gasverbrauch

Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe

Datennachweis: ab 1977

Begriffsinhalt:

Verbrauch von Orts-, Kokerei- und Ferngas sowie Erdgas im Berichtszeitraum, unabhängig davon, ob es zur Erzeugung von Wärme oder als Rohstoff für die Produktion eingesetzt wurde.

Zum Orts-, Kokerei- und Ferngas rechnen sämtliche Bezüge von Gasversorgungsunternehmen und Kokereien einschl. Mischungen aus Erdgas und anderen Gasarten, jedoch ohne reines Erdgas.

Zum Erdgas rechnen reines Erdgas und Erdölgas.

Nicht berücksichtigt sind die Verbrauchsmengen an Generatorgas, Methangas, Flüssiggas, Raffineriegas, Gichtgas und alle übrigen Gase, sofern diese selbst erzeugt oder in unveränderter Form bezogen wurden.

Seit 1985 wird der Gasverbrauch nicht mehr monatlich, sondern nur noch vierteljährlich nachgewiesen.

Gasversorgungsunternehmen / fachliche Unternehmensteile

Investitionserhebung in der öffentlichen Energieversorgung

Datennachweis: 1961 bis 1974

Begriffsinhalt:

Unternehmen, die entsprechend den Bestimmungen nach dem Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft vom 13.12.1935 (RGBl. I S. 1451) als Unternehmen der öffentlichen Gasversorgung gelten.

Als Unternehmen der öffentlichen Gasversorgung gelten nach den gesetzlichen Bestimmungen Unternehmen, die andere Wirtschaftseinheiten(>>> Unternehmen, Haushalte u.a.) mit Gas versorgen und dafür eine staatliche Genehmigung haben. Sie stehen hinsichtlich ihrer Investitionen und der Gestaltung der Tarife und der allgemeinen Geschäftsbedingungen unter staatlicher Aufsicht und unterliegen der allgemeinen Anschluß- und Versorgungspflicht.

Im einzelnen zählen dazu die Ortsgasversorgungsunternehmen, die Ferngasgesellschaften, die Kokereien und die Erdgas- und die Erdölgasgewinnungsunternehmen.

Unternehmen, die nur teilweise oder im Nebenbetrieb öffentliche Gasversorgung betreiben, gelten mit ihrem fachlichen Unternehmensteil als Unternehmen der öffentlichen Gasversorgung, auch wenn der wirtschaftliche Schwerpunkt des gesamten Unternehmens außerhalb der Gasversorgung liegt.

Die vorwiegend auf Deckung des Eigenbedarfs gerichtete Gaserzeugung in der Industrie und die Erzeugung technischer Industriegase rechnen nicht zur öffentlichen Gasversorgung.

Die Entscheidung, ob ein Unternehmen als öffentliches Gasversorgungsunternehmen anzusehen ist, steht im Einzelfall dem Bundeswirtschaftsminister zu.

Änderungen im Zeitablauf:

Vor 1965 waren die Erdgas- und Erdölgewinnungsunternehmen nicht in die öffentliche Gasversorgung einbezogen.

Gebäude

1.1 Statistik der Baugenehmigungen

Datennachweis: ab 1955; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

1.2 Statistik der Baufertigstellungen

Datennachweis: ab 1955; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

1.3 Statistik des Bauüberhanges

Datennachweis: ab 1955; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

Begriffsinhalt:

Selbständig benutzbare, überdachte >>> Bauwerke, die auf Dauer errichtet sind und die von Menschen betreten werden können und geeignet oder bestimmt sind, dem Schutz von Menschen, Tieren oder Sachen zu dienen.

Dabei kommt es auf die Umschließung durch Wände nicht an. Die Überdachung allein ist ausreichend. Gebäude müssen jedoch eine selbständige baukörperhafte Begrenzung aufweisen und für sich benutzbar sein.

Als einzelnes Gebäude gilt jedes freistehende Gebäude oder bei zusammenhängender Bebauung, z.B. Doppel-, Gruppen- und Reihenhäuser, jedes Gebäude, das durch eine vom Dach bis zum Keller reichende Brandmauer von anderen Gebäuden getrennt ist. Sofern eine Brandmauer nicht vorhanden ist, gelten die zusammenhängenden Gebäudeeinheiten als einzelne Gebäude, wenn sie ein eigenes Erschließungssystem (eigener Zugang und eigenes Treppenhaus) und ein eigenes Ver- und Entsorgungssystem besitzen und für sich benutzbar sind.

Auch selbständig benutzbare unterirdische Bauwerke, die von Menschen betreten werden können und geeignet oder bestimmt sind, dem Schutz von Menschen, Tieren oder Sachen zu dienen, gehören zu den Gebäuden.

Die Gebäude werden unterschieden nach >>> Wohn- und >>> Nichtwohngebäuden.

Nicht als Gebäude gelten Unterkünfte, behelfsmäßige Nichtwohngebäude, freistehende selbständige Konstruktionen, Schacht- und Stollenbauten des Bergbaus.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1964 galten Gebäude mit weniger als 100 cbm umbauten Raum bzw. weniger als 5 000 DM veranschlagten reinen Baukosten als Bagatellbauten und wurden als solche nicht erfaßt.

Gebäude mit Wohnraum

Gebäude- und Wohnungszählung 1987

Begriffsinhalt:

Gebäude sind für längere Dauer errichtete Bauwerke und enthalten Wohn-, Aufenthaltsräume und/ oder Räume für Arbeitsstätten und andere Nutzungen. Gebäude, die ausschließlich administrativen oder gewerblichen Zwecken dienten, wurden durch die Gebäude- und Wohnungszählung 1987 jedoch nicht erfaßt. Als ein (einzelnes) Gebäude gilt jedes freistehende Gebäude oder bei zusammenhängender Bebauung - z.B. Doppel-, Gruppen- und Reihenhäuser - jedes Gebäude, das durch eine vom Dach bis zum Keller reichende Brandmauer von anderen Gebäuden getrennt ist.

Dient das Gebäude im Bereich der Gemeinschafts- und Anstaltsunterkunft ausschließlich administrativen bzw. gewerblichen Zwecken oder sind dort nur Personen ohne eigene Haushaltsführung untergebracht, so wurde das Gebäude nicht erhoben.

Unter dem Begriff "Gebäude" werden alle >>> Wohngebäude und alle >>> sonstigen Gebäude mit Wohnraum nachgewiesen.

>>> Unterkünfte gelten nicht als Gebäude.

Gebäude- und Freifläche

Flächenerhebung

Datennachweis: ab 1979; für die neuen Länder und Berlin-Ost mit den Ergebnissen aus der Erhebung 1993 vorgesehen

Begriffsinhalt:

Flächen mit Gebäuden und baulichen Anlagen sowie unbebaute Flächen (>>> Freiflächen), die Zwecken der Gebäude untergeordnet sind.

Hierbei wird u.a. unterschieden zwischen Gebäude- und Freiflächen, die vorherrschend Wohnzwecken und solchen, die vorherrschend gewerblichen und industriellen Zwecken dienen.

Bei einem Betriebsgelände gehören auch Verwaltungsgebäude, betriebliche Sozialeinrichtungen, Wohngebäude für Betriebsinhaber, Hausmeister, Pförtner usw., Stellplätze und Garagen, soweit sie mit den eigentlichen Betriebsanlagen räumlich zusammenliegen, ferner Werkstraßen, Gleisanlagen, Lagerplätze und Verladerampen zu den Gebäude- und Freiflächen für Gewerbe und Industrie.

Zu den unbebauten Flächen zählen Vorgärten, Hausgärten, Spielplätze, Stellplätze und andere Flächen, soweit sie nicht wegen eigenständiger Verwendung nach ihrer tatsächlichen Nutzung auszuweisen sind.

Unbebaute Flächen gelten gewöhnlich als der Bebauung untergeordnet, wenn sie das 10-fache der bebauten Fläche nicht überschreiten. Flächen bis zu 0,2 ha gelten bei der o.g. Nutzung als der Bebauung untergeordnet.

Gebäude- und Hoffläche

Bodennutzungsvorerhebung

Datennachweis: 1950 bis 1976

Begriffsinhalt:

Die Gebäude- und Hoffläche umfaßt neben der eigentlichen Gebäude- und Hoffläche auch Industriegelände, Lager- und Stapelplätze u.ä. Bei der Gebäude- und Hoffläche handelt es sich weitgehend um die im Reichskataster unter "Hof- und Gebäudeflächen" und "Betriebsgelände" ausgewiesenen Flächen.

Gebietskörperschaften

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Datennachweis: ab 1960

Begriffsinhalt:

Zu den Gebietskörperschaften rechnen der Bund einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, die Länder einschließlich Stadtstaaten und die Gemeinden einschl. der Gemeindeverbände (Ämter, Kreise, Bezirks-, Landschaftsverbände usw.) sowie der kommunalen Zweckverbände. Bei den zuletzt genannten Institutionen und den ihnen gleichgestellten Organisationen zwischengemeindlicher Zusammenschlüsse handelt es sich um Körperschaften des öffentlichen Rechts, denen mindestens eine Gemeinde oder ein Gemeindeverband als Mitglied angehört und die den Zweckverbandsgesetzen oder entsprechenden Landesgesetzen unterliegen.

Nicht zu den Gebietskörperschaften gehören die im Eigentum der Gebietskörperschaften befindlichen Unternehmen unabhängig von ihrer Rechtsform. Die Abgrenzung gegenüber den >>> Unternehmen folgt der in der deutschen Finanzstatistik üblichen Trennungslinie. Danach rechnen u.a. zu den Einrichtungen der Gebietskörperschaften: Öffentliche Einrichtungen der Sozialhilfe (Altenheime, Blindenheime, Obdachlosenheime u.ä.), Einrichtungen der Jugendhilfe (Erziehungsheime, Jugendbildungsheime u.ä.), Einrichtungen des Gesundheitswesens (Krankenhäuser für Akutkranke einschl. der kaufmännisch buchenden Krankenhäuser u.ä.), ferner sonstige Einrichtungen, wie Vieh- und Schlachthöfe, Markthallen, Feuerwehren, Bestattungseinrichtungen u.a.m. Nicht zum Sektor Staat, sondern zu den >>> Produktionsunternehmen zählen u.a. die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein, die Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung (bis 30.6.76 Einfuhr- und

Vorratsstellen), kommunale Versorgungs- und Verkehrsunternehmen sowie Hafenbetriebe. Zu den >>> Kreditinstituten gehören u.a. Wohnungsbauförderungsanstalten der Länder.

Die Gebietskörperschaften bilden - neben der >>> Sozialversicherung - einen der Teilsektoren des >>> Staates.

Gebietskörperschaften, Sozialversicherung

Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeuganhängerbestandes

Datennachweis: ab 1952

Begriffsinhalt:

>>> Bund, >>> Länder und >>> Gemeinden/ Gemeindeverbände zuzüglich der >>> Sozialversicherung.

Zu den Gebietskörperschaften, Sozialversicherung, rechnen auch ausländische diplomatische Vertretungen und Konsularbeamte.

In der Statistik des Kraftfahrzeug- und des Kraftfahrzeuganhängerbestandes werden Fahrzeugbestände nachgewiesen, die von Gebietskörperschaften, Sozialversicherung gehalten werden. Als Fahrzeughalter gilt derjenige, für den das Fahrzeug zugelassen wird. Halter und Eigentümer eines Fahrzeugs müssen nicht identisch sein.

Änderungen im Zeitablauf:

Im Jahre 1954 sind die Krafträder der Gebietskörperschaften in die Angaben für die Beamten einbezogen. Bis einschl. 1962 wurde die Sozialversicherung nicht zu den Gebietskörperschaften, Sozialversicherung, gerechnet. Die Einbeziehung ab 1963 berührt aus erhebungstechnischen Gründen die Angaben für mehrere nachfolgende Jahre.

Gebühren, sonstige Entgelte

1. Rechnungsstatistik

Datennachweis: 1950 bis 1973

2. Haushaltsansatzstatistik

Datennachweis: ab 1970

3. Kassenstatistik

Datennachweis: ab 1974

Begriffsinhalt:

Einnahmeart mit den Einnahmen aus

- öffentlich-rechtlichen Entgelten für die Inanspruchnahme von Verwaltungsleistungen im engeren Sinne (Verwaltungsgebühren),
- Entgelten für die Benutzung von öffentlichen Einrichtungen und die Inanspruchnahme wirtschaftlicher Dienstleistungen (Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte),
- zweckgebundenen Abgaben (z.B. Kurtaxe).

Änderungen im Zeitablauf:

In der Rechnungsstatistik sind die Einnahmen aus Gebühren und sonstigen Entgelten bis zum Rechnungsjahr 1973 als eigene Einnahmeart nachgewiesen, während sie ab dem Rechnungsjahr 1974 bei den >>> sonstigen laufenden Einnahmen mit enthalten sind. Unterschiede im Nachweis der Gebühren, sonstigen Entgelten und damit auch der sonstigen laufenden Einnahmen ergeben sich dadurch, daß

- Benutzungsgebühren und sonstige Entgelte für Leistungen der Wirtschaftsunternehmen bei den Gemeinden/Gemeindeverbände in den Rechnungsjahren bis 1973 und bei Bund und Ländern in den Rechnungsjahren bis 1969 nicht hier, sondern unter den >>> Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit nachgewiesen sind;
- die Einnahmen der Gemeinden/ Gemeindeverbände aus Geldbußen und Geldstrafen in den Rechnungsjahren bis 1973 hier und ab 1974 bei den Zuschüssen und Schuldendiensthilfen von anderen Bereichen enthalten sind;

- die Einnahmen der Gemeinden/ Gemeindeverbände aus Erschließungsbeiträgen und anderen Abgaben für Investitionen in den Rechnungsjahren bis 1973 hier und ab 1974 bei den >>> Zuschüssen für Investitionen, sonstige Vermögensübertragungen von anderen Bereichen nachgewiesen sind.

In der Haushaltsansatzstatistik sind in den Jahren bis 1973 hier auch die Einnahmen aus Geldstrafen und Geldbußen generell und die Einnahmen aus Erschließungsbeiträgen der Gemeinden/ Gemeindeverbände nachgewiesen. In der Kassenstatistik sind die Gebühren und sonstigen Entgelte der Gemeinden/ Gemeindeverbände erst ab 1982 gesondert nachgewiesen, davor jedoch bei den >>> sonstigen laufenden Einnahmen mit enthalten.

Gehaltene Tiere

Viehzählungen

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

Bestände an Vieh im unmittelbaren Besitz eines Viehhalters ohne Rücksicht auf das Eigentum oder die sonstigen Rechtsgründe des Besitzverhältnisses.

Dazu rechnet alles Vieh, das in den Ställen und auf den Flächen von Viehhaltungen landwirtschaftlicher oder gewerblicher Art, z.B. in >>> landwirtschaftlichen Betrieben oder bei Händlern und Schlachtern steht einschl. der auf dem Transport befindlichen Tiere. Krankes Vieh ist miteinbezogen, auch wenn mit seinem Eingehen gerechnet wird.

Nach der Tierart werden >>> Pferde, >>> Rindvieh (darunter: Milchkühe), >>> Schweine (darunter: Zuchtsauen), >>> Schafe, >>> Hühner insgesamt (darunter: Legehennen) und sonstiges Geflügel ausgewiesen.

Milchkühe sind Tiere, die zur Erzeugung von Kuhmilch für den Verkauf oder für die eigene Ernährung gehalten werden einschl. der trockenstehenden und abgemolkenen Milchkühe aber ausschl. der Ammen- und Mütterkühe.

Zuchtsauen umfassen trächtige und nicht trächtige jedoch zur Zucht bestimmte Sauen mit einem Lebendgewicht von 50 kg und mehr ausschl. der ausgemerzten Zuchttiere.

Als Legehennen werden nur solche Tiere erfaßt, die ein halbes Jahr alt oder älter sind, nicht aber die zur Aufzucht als Legehennen bestimmten Küken und Junghennen unter einem halben Jahr.

Gehaltsumme

1. Monatlicher Industriebericht

Datennachweis: 1950 bis 1976

2. Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe

Datennachweis: ab 1970

Begriffsinhalt:

Summe der Bruttobezüge (Bar- und Sachbezüge) der Angestellten einschließlich der kaufmännischen und technischen Auszubildenden ohne die Pflichtanteile des Arbeitgebers zur Sozialversicherung.

In die Gehaltsumme einbezogen sind u.a. Gehaltzuschläge, Vergütungen für Urlaub und Feiertage, Gehaltfortzahlungen im Krankheitsfalle einschl. Zuschüsse zum Krankengeld, vermögenswirksame Leistungen des Arbeitgebers, Gratifikationen, Provisionen, Tantiemen sowie die Bezüge von leitenden Angestellten, Gesellschaftern und Vorstandsmitgliedern soweit sie steuerlich als >>> Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit anzusehen sind.

Nicht einbezogen sind u.a. allgemeine soziale Aufwendungen (z.B. Zuschüsse für Kantinen), Vergütungen, die als Spesenersatz (z.B. Trennungsentschädigung) anzusehen sind, Ruhegelder, Betriebspensionen sowie Aufwendungen zur betrieblichen Altersversorgung.

Zu den Angestellten zählen alle Personen, die der Versicherungspflicht in der Angestelltenrentenversicherung unterliegen einschl. der kaufmännischen und technischen Auszubildenden. Zu den kaufmännischen und technischen Auszubildenden rechnen Personen, die aufgrund eines Ausbildungsvertrages nach dem Berufsbildungsgesetz in anerkannten kaufmännischen oder technischen Ausbildungsberufen ausgebildet werden. Normalerweise mündet die Ausbildung dieser Personen in einen Angestelltenberuf ein.

Änderungen im Zeitablauf:

Die vermögenswirksamen Leistungen sind seit 1962 in der Gehaltsumme enthalten.

Begriffsbeziehungen:

Die Begriffe Gehaltsumme und >>> Bruttogehaltsumme (Monatlicher Baubericht, Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe, Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen, Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen) bezeichnen annähernd gleiche Begriffe. Zu berücksichtigen ist jedoch, daß für die Zuordnung zu den Angestellten bei der Ermittlung der Bruttogehaltsumme im Monatlichen Baubericht und im Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe nicht die Beitragspflicht in der Angestelltenrentenversicherung sondern die Art der ausgeübten Tätigkeit maßgebend ist. Die Bruttogehaltsumme umfaßt in diesen Statistiken deshalb nicht die Gehälter der angestelltenversicherungspflichtigen Poliere, Schachtmeister und Meister. Im Unterschied zur Gehaltsumme umfaßt die >>> Lohnsumme (Monatlicher Industriebericht, Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe) bzw. die >>> Bruttolohnsumme (Monatlicher Baubericht, Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe, Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen, Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen) die entsprechende Summe der Bruttobezüge der Arbeiter einschl. der gewerblichen Auszubildenden.

Addiert man die Lohnsumme und Gehaltsumme bzw. die Bruttolohnsumme und Bruttogehaltsumme so sind diese Summen vergleichbar abgegrenzt wie die Löhne und Gehälter für 1969 (Arbeitsstättenzählung 1970) und die >>> Bruttolohn- und Gehaltsumme (Jahreserhebung einschl. Investitionserhebung bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes). Zu beachten ist jedoch, daß in den Löhnen und Gehältern für 1969 auch die Dienstbezüge der Beamten enthalten sind.

Geistes- und Sprachwissenschaften

Statistik der Studien- und Berufswünsche

Datennachweis: 1972 bis 1979

Begriffsinhalt:

Zusammenfassung folgender Studienbereiche an Hochschulen:

- Philosophie,
- Geschichte,
- Bibliothekswesen, Dokumentation, Publizistik,
- Altphilologie (Klass. Philologie, Neugriechisch),
- Germanistik (Deutsch, germanische Sprachen, ohne Anglistik),
- Anglistik, Amerikanistik,
- Romanistik,
- Slawistik, Baltistik, Finno-Ugristik,
- Außereuropäische Sprach- und Kulturwissenschaften,
- Psychologie,
- Erziehungswissenschaften,
- Sprach- und Kulturwissenschaften allgemein,
- Sport,
- Lehrerstudium für Grundschulen und Sonderschulen, sofern nicht bestimmten Fächern oder Studienbereichen zuzuordnen.

Nachgewiesen werden >>> Abiturienten und Schüler der Abschlußklassen der 12. Klassenstufe, die beabsichtigen, Geistes- und Sprachwissenschaften zu studieren.

Begriffsbeziehungen:

Die Fächergruppe Geistes- und Sprachwissenschaften umfaßt im Unterschied zur Fächergruppe >>> Sprach- und Kulturwissenschaften (Statistik der Studien und Berufswünsche, ab 1976) zusätzlich den Studienbereich Sport. Dagegen ist der Studienbereich Theologie nur bei der Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften enthalten.

Geldspenden, Übertragungen an andere private Haushalte, sonstige Ausgaben

Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte

Datennachweis: ab 1965

Begriffsinhalt:

Je Haushalt und Monat geleistete Geldspenden und sonstige einmalige Übertragungen an private Organisationen ohne Erwerbscharakter, Zahlungen an andere private Haushalte sowie sonstige geleistete Übertragungen.

Zu den privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter zählen insbesondere kirchliche, kulturelle und ähnliche Einrichtungen; einbezogen sind auch Geldspenden bei Straßensammlungen. Zu den Übertragungen an andere Haushalte rechnen Unterstützungs- und Unterhaltszahlungen an nicht im Haushalt lebende Familienangehörige (z.B. Studierende), an geschiedene Ehepartner sowie Alimentenzahlungen usw., ferner Geldgeschenke, Aussteuer in Bargeld, Schadenersatz, Spielverluste und andere Zahlungen an nicht zum Haushalt gehörende Personen.

Die sonstigen geleisteten Übertragungen umfassen Spieleinsätze für Lotto, Toto, Turf u.ä., Rückzahlungen von Sozialleistungen, Geldstrafen, Bußgelder, Finderlohn und sonstige Ausgaben, die anderen Positionen nicht zugeordnet werden können.

Gelegenheitsverkehr

Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr

Datennachweis: ab 1952

Begriffsinhalt:

Gelegenheitsverkehr im Sinne der Statistik des Straßenpersonenverkehrs sind >>> Ausflugsfahrten, >>> Ferienziel-Reisen und >>> Verkehr mit Mietomnibussen der zur Verkehrsstatistik auskunftspflichtigen Unternehmen.

Der Verkehr mit Kraftdroschken wird nicht erfaßt.

Änderungen im Zeitablauf:

Ab 1980 ist der Gelegenheitsverkehr der Unternehmen mit weniger als 4 Bussen in den Vierteljahresergebnissen nicht mehr enthalten. Bis September 1984 war Gelegenheitsverkehr mit Pkw in den drei Verkehrsformen Ausflugsfahrten, Ferienziel-Reisen und Mietomnibusverkehr eingeschlossen, soweit die Pkw 8 Fahrgastplätze hatten und von Unternehmen des Kraftomnibusverkehrs eingesetzt wurden. Ab IV. Quartal 1984 bzw. Berichtsjahr 1985 ist Pkw-Verkehr in den Ergebnissen nicht mehr enthalten. Weitere Änderungen ergeben sich durch Änderungen des Berichtskreises der zur Verkehrsstatistik auskunftspflichtigen Unternehmen (siehe auch unter: Unternehmen).

Begriffsbeziehungen:

Im Unterschied zum Gelegenheitsverkehr wird beim >>> Linienverkehr (Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr) neben dem regelmäßigen Verkehr mit >>> Kraftomnibussen und Personenkraftwagen auch der Verkehr mit >>> Stadtbahnen, >>> Obussen und >>> Straßenbahnen einbezogen.

Geleistete Arbeiterstunden

1. Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe

Datennachweis: ab 1970

2. Monatlicher Industriebericht

Datennachweis: 1950 bis 1976

3. Monatsbericht bei Betrieben der Energie- und Wasserversorgung

Datennachweis: ab 1977

4. Jahreserhebung bei Unternehmen, Investitionserhebung bei Unternehmen und Betrieben der Energie- und Wasserversorgung
Datennachweis: ab 1976

5. Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen
Datennachweis: 1950 bis 1974

6. Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen
Datennachweis: 1950 bis 1974

Begriffsinhalt:

Arbeitsstunden, die von >>> Beschäftigten bzw. >>> Tätigen Personen, die der Versicherungspflicht in der Arbeiterrentenversicherung unterliegen, im Berichtszeitraum tatsächlich geleistet wurden.

Beim Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe werden außerdem auch die Arbeiterstunden von Beschäftigten bzw. Tätigen Personen, die auf einer Lohnliste geführt werden, mit einbezogen.

Einbezogen werden auch geleistete Über-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsstunden; bei Schichtbetrieb wird die Summe der geleisteten Stunden aus allen Schichten zugrunde gelegt.

Nicht als Arbeiterstunden zählen alle ausgefallenen Arbeiterstunden, auch wenn sie bezahlt wurden (z.B. Ausfälle wegen gesetzlichen Urlaubs, Arbeitsbefreiung, Krankheit, Arbeitsversäumnis, Ausfälle aus betrieblichen Gründen wie z.B. Materialmangel, Absatzstockung, Kurzarbeit, Betriebsferien, Ausfälle durch Unfälle, Streiks und Aussperrungen).

Der Versicherungspflicht in der Arbeiterrentenversicherung unterliegen Arbeiter sowie gewerbliche Auszubildende. Gewerbliche Auszubildende sind Personen, die aufgrund eines Ausbildungsvertrages nach dem Berufsbildungsgesetz in anerkannten gewerblichen Ausbildungsberufen ausgebildet werden, einschl. der Praktikanten, Volontäre und Umschüler.

Einbezogen werden auch die geleisteten Arbeiterstunden von Arbeitskräften, die von anderen Unternehmen gegen Entgelt zur Arbeitsleistung überlassen werden z.B. (Leiharbeiternehmer gemäß dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz). Nicht enthalten sind Arbeiterstunden von (längerfristig) im Ausland Beschäftigten, Heimarbeitern, unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen sowie von Arbeitskräften, die als Beauftragte anderer Betriebe (Unternehmen) im meldenden Betrieb (Unternehmen) Montage- und Reparaturarbeiten durchführen.

In den Statistiken der Energie- und Wasserversorgung werden geleistete Arbeiterstunden von Arbeitskräften, die in keinem festen Lohnverhältnis zum befragten Unternehmen (Betrieb) stehen und nur regelmäßig zeitweise bestimmte Arbeiten durchführen (z.B. als Pumpenwärter), ebenso von Arbeitern von sog. Bruttounternehmen, die im Unternehmen (Betrieb) nur nebenbei stundenweise tätig sind, nicht einbezogen. Bruttounternehmen sind Versorgungsunternehmen, die nicht in eigener Rechtsform betrieben und mit allen ihren Einnahmen und Ausgaben brutto in der gemeindlichen Haushaltsrechnung geführt werden.

Sind im Bereich der Energie- und Wasserversorgung Arbeiter in mehreren fachlichen Unternehmensteilen bzw. in mehreren Betrieben oder fachlichen Betriebsteilen tätig, werden die geleisteten Arbeiterstunden auf diese anteilmäßig aufgegliedert.

Begriffsbeziehungen:

Im Unterschied zu den geleisteten Arbeiterstunden umfassen die >>> geleisteten Arbeitsstunden (Statistiken im Baugewerbe) die auf Baustellen und Bauhöfen im Inland tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden, jedoch auch von Personen, die nicht zur Arbeiterrentenversicherung beitragspflichtig sind. Dazu rechnen z.B. die geleisteten Arbeitsstunden der Poliere, Schachtmeister und Meister im Angestelltenverhältnis sowie die geleisteten Arbeitsstunden des Betriebsinhabers.

Geleistete Arbeitsstunden

1. Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau)
Datennachweis: ab 1962; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991/92

2. Monatlicher Baubericht
Datennachweis: 1950 bis 1977

3. Totalerhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau)

Datennachweis: ab 1976

4. Totalerhebung im Bauhauptgewerbe

Datennachweis: 1955 bis 1976

5. Monatsbericht im Ausbaugewerbe

Datennachweis: ab 1978

6. Jährliche Erhebung im Ausbaugewerbe

Datennachweis: ab 1979

Begriffsinhalt:

Arbeitsstunden, die von Arbeitern (einschl. Polieren, Schachtmeistern und Meistern), Tätigen Inhabern und Mitinhabern, mithelfenden Familienangehörigen und Auszubildenden auf Baustellen und Bauhöfen im Bundesgebiet im Berichtszeitraum tatsächlich geleistet werden. Die geleisteten Arbeitsstunden von mithelfenden Familienangehörigen werden einbezogen, sofern diese mindestens 1/3 der üblichen Arbeitszeit im Unternehmen bzw. Betrieb tätig sind. Einbezogen werden auch die Arbeitsstunden solcher Arbeitskräfte, die von anderen Unternehmen gegen Entgelt zur Arbeitsleistung überlassen werden sowie etwa geleistete Mehr-, Über-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsstunden. Bezahlte, aber nicht geleistete Stunden sowie Berufsschulstunden sind abgesetzt. Nicht einbezogen sind ferner die für Bürotätigkeiten geleisteten Arbeitsstunden.

Begriffsbeziehungen:

Im Unterschied zu den geleisteten Arbeitsstunden umfassen die >>> geleisteten Arbeiterstunden (Statistiken im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, Statistiken in der Energie- und Wasserversorgung) die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden nur der Personen, die zur Arbeiterrentenversicherung beitragspflichtig sind. Daraus folgt, daß z.B. die Arbeitsstunden von Meistern im Angestelltenverhältnis sowie die Arbeitsstunden des Betriebsinhabers nicht in den geleisteten Arbeiterstunden enthalten sind.

Geleistete Personenkilometer

1. Eisenbahnstatistik (Statistik der Personen- und Güterbeförderung auf Eisenbahnen)

Datennachweis: ab 1966

Begriffsinhalt:

Summe der Fahrtstrecken, über die Fahrgäste von Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs innerhalb des Bundesgebietes befördert werden.

Die im Eisenbahnverkehr berechneten geleisteten Personenkilometer innerhalb des Bundesgebietes werden von den Eisenbahnunternehmen für die einzelnen Fahrkartengattungen (Normaltarif, Zeitkarten, Netzkarten usw.) getrennt ermittelt, ausgehend von den Einnahmen in den Fahrkartengattungen, die durch den Einheitssatz für einen Kilometer geteilt werden. Bei Zeit- und Netzkarten werden entsprechend modifizierte Verfahren angewandt.

Beim Reiseverkehr vom Ausland, ins Ausland und beim Durchgangsverkehr werden nur die innerhalb des Bundesgebietes geleisteten Personenkilometer einbezogen. Der nur durch Berlin (West) führende Durchgangsverkehr wird dabei jedoch nicht berücksichtigt.

Begriffsbeziehungen:

Siehe unter 3.

2. Statistik des gewerblichen Luftverkehrs auf ausgewählten Flugplätzen

Datennachweis: ab 1962

Begriffsinhalt:

Summe der Flugstrecken, über die Fluggäste mit Luftfahrzeugen im gewerblichen Luftverkehr über dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland bzw. zum Streckenziel im Ausland befördert werden.

Die im Luftverkehr ausgewiesenen geleisteten Personenkilometer werden mit Hilfe von Großkreis-Entfernungen ermittelt. Großkreis-Entfernungen sind standardisierte Flugentfernungen zwischen den ausge-

wählten Flugplätzen im Bundesgebiet oder zwischen diesen Flugplätzen und der Grenze der Bundesrepublik Deutschland bzw. dem Streckenzielflugplatz im Ausland.

Beim Flugverkehr vom Ausland, ins Ausland und beim Durchgangsverkehr werden nur die über dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) zurückgelegten Personenkilometer einbezogen.

Begriffsbeziehungen:

Siehe unter 3.

3. Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr

Datennachweis: ab 1952

Begriffsinhalt:

Summe der Fahrstrecken, über die Fahrgäste von Straßenverkehrsunternehmen im Stadtschnellbahn-, Straßenbahn- und Obusverkehr sowie Kraftomnibusverkehr durch zur Verkehrsstatistik auskunftspflichtige

>>> Unternehmen befördert werden.

Die im Straßenverkehr berechneten geleisteten Personenkilometer werden im >>> Gelegenheitsverkehr fahrtenweise direkt berechnet, indem die Anzahl der auf einer Fahrt >>> beförderten Personen mit den zurückgelegten Kilometern multipliziert wird. Bei den Sonderformen des Linienverkehrs wird ähnlich verfahren. Dagegen werden die Personenkilometer im allgemeinen >>> Linienverkehr durch Multiplikation der errechneten Zahl beförderter Personen (Zahl der verkauften Fahrausweise x Kennzahl "Fahrtenhäufigkeit") mit der Kennzahl "mittlere Reiseweite der Fahrgäste" berechnet. Die Kennzahlen werden von jedem auskunftspflichtigen Unternehmen individuell je Verkehrsform (allgemeiner Linienverkehr, Berufsverkehr, Schülerfahrten, >>> Markt- und Theaterfahrten, >>> freigestellter Schülerverkehr) bestimmt.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1968 waren die im freigestellten Schülerverkehr geleisteten Personenkilometer nicht einbezogen.

Ab IV. Quartal 1984 bzw. ab Berichtsjahr 1985 ist Straßenpersonenverkehr mit Pkw nicht mehr enthalten.

Weitere Änderungen ergeben sich durch Änderungen im Berichtskreis der zur Verkehrsstatistik auskunftspflichtigen Unternehmen (siehe auch unter: Unternehmen).

Begriffsbeziehungen:

Geleistete Personenkilometer innerhalb des Bundesgebietes (Eisenbahnstatistik) und geleistete Personenkilometer über dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland (Statistik des gewerblichen Luftverkehrs auf ausgewählten Flugplätzen) sowie geleistete Personenkilometer (Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr) bezeichnen gleichartige Tatbestände.

In der Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr werden jedoch im Gegensatz zur Eisenbahnstatistik und zur Statistik des gewerblichen Luftverkehrs auf ausgewählten Flugplätzen auch die im Ausland geleisteten Personenkilometer einbezogen.

Geleistete Tonnenkilometer (Effektiv-Tonnenkilometer)

1. Statistik des Schiffs- und Güterverkehrs auf den Binnenwasserstraßen

Datennachweis: ab 1962

Begriffsinhalt:

Produkt aus dem Tonnengewicht der im Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen beförderten Güter und den tatsächlich zurückgelegten Entfernungen.

Das Gewicht der beförderten Güter umfaßt das Bruttogewicht, jedoch ohne ggf. verwendete Container oder sonstige Ladehilfsmittel.

Beim Gütertransport auf Binnenwasserstraßen im grenzüberschreitenden Verkehr und im Durchgangsverkehr werden lediglich die innerhalb des Bundesgebietes und innerhalb Berlins (West) geleisteten Tonnenkilometer berücksichtigt, sofern es sich um den Nachweis der tonnenkilometrischen Leistung auf den Binnenwasserstraßen des Bundesgebietes handelt.

2. Rohrfernleitungsstatistik

Datennachweis: ab 1958

Begriffsinhalt:

Produkt aus dem Tonnengewicht des beförderten, rohen Erdöls und den tatsächlich zurückgelegten Entfernungen.

Das rohe Erdöl ist mit seinem effektiven Tonnengewicht angesetzt.

Die geleisteten Tonnenkilometer innerhalb des Bundesgebietes umfassen die geleisteten Tonnenkilometer zwischen Einspeisungsort und Entnahmeort, sofern beide im Bundesgebiet liegen, sowie zwischen Grenzübergangsstelle und Entnahmeort, sofern das beförderte rohe Erdöl aus dem Ausland ins Bundesgebiet transportiert wird.

Geleistete Tonnenkilometer (Tarif-Tonnenkilometer)

1. Eisenbahnstatistik (Statistik der Personen- und Güterbeförderung auf Eisenbahnen)

Datennachweis: ab 1962

Begriffsinhalt:

Produkt aus dem Tonnengewicht der >>> beförderten Güter und der Tarifentfernung.

Die im Eisenbahnverkehr ausgewiesenen geleisteten Tonnenkilometer innerhalb des Bundesgebietes basieren auf dem Bruttogewicht der beförderten Güter und den Tarifentfernungen.

Im Güterverkehr vom Ausland, ins Ausland und beim Durchgangsverkehr werden nur die innerhalb des Bundesgebietes geleisteten Tonnenkilometer einbezogen.

Die geleisteten Tonnenkilometer (Tarif-Tkm) werden in der Eisenbahnstatistik z.T. als "Geleistete Tonnenkilometer (Tarif-Tkm) innerhalb des Bundesgebiets", z.T. als "Geleistete Tonnenkilometer (Tarif-Tkm) (einschl. Stück und Dienstgut)" nachgewiesen.

Begriffsbeziehungen:

Siehe unter 3.

2. Statistiken des gewerblichen Fernverkehrs und des Werkfernverkehrs

Datennachweis: ab 1962

Begriffsinhalt:

Produkt aus dem Tonnengewicht der >>> beförderten Güter und der Entfernung.

Die beförderten Güter sind mit ihrem Bruttogewicht angesetzt.

Beim gewerblichen Fernverkehr deutscher Lastkraftfahrzeuge werden als Entfernungen Tarifentfernungen, beim gewerblichen Fernverkehr ausländischer Lastkraftfahrzeuge sowie beim Werkfernverkehr Kreismittelpunktentfernungen zugrunde gelegt. Tarifentfernungen sind die in den Frachtbriefen verzeichneten Entfernungen. Bei den Kreismittelpunktentfernungen handelt es sich um die Tarifentfernungen zwischen dem Mittelpunkt des Kreises des Beladeortes und dem Mittelpunkt des Kreises des Entladeortes (Binnenverkehr), zwischen diesen Kreismittelpunkten und den Grenzzollstellen (grenzüberschreitender Verkehr) bzw. zwischen den Grenzzollstellen (Durchgangsverkehr).

Im Fernverkehr vom Ausland, ins Ausland und beim >>> Durchgangsverkehr werden nur die innerhalb des Bundesgebietes geleisteten Tonnenkilometer berücksichtigt.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. Juni 1973 wurden für den Werkfernverkehr deutscher Lastkraftfahrzeuge ebenfalls Tarifentfernungen angesetzt.

Begriffsbeziehungen:

Siehe unter 3

3. Statistik des gewerblichen Luftverkehrs auf ausgewählten Flugplätzen

Datennachweis: ab 1962

Begriffsinhalt:

Produkt aus dem Tonnengewicht der >>> beförderten Güter und der Entfernung.

Die in der Statistik des gewerblichen Luftverkehrs auf ausgewählten Flugplätzen ausgewiesenen "geleisteten Tonnenkilometer über dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland" basieren auf dem Bruttogewicht der beförderten Güter.

Als Entfernungen werden standardisierte Flugentfernungen (Großkreis-Entfernungen) zugrunde gelegt.

Beim Flugverkehr vom Ausland, ins Ausland und beim Durchgangsverkehr werden nur die über dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) zurückgelegten Tonnenkilometer einbezogen.

Begriffsbeziehungen:

Geleistete Tonnenkilometer (Tarif-Tkm) innerhalb des Bundesgebietes in den Statistiken des gewerblichen Fernverkehrs und des Werkfernverkehrs und in der Eisenbahnstatistik bezeichnen den gleichen Tatbestand. Allerdings basieren geleistete Tonnenkilometer in der Eisenbahnstatistik einheitlich auf Tarifentfernungen, während in den Statistiken des gewerblichen Fernverkehrs und des Werkfernverkehrs für einen Teil Tarifentfernungen, für einen anderen Teil Kreismittelpunktentfernungen angesetzt sind. Ferner sind die Tonnenkilometer, die im Berlinverkehr in der Deutschen Demokratischen Republik geleistet werden, in den Statistiken des gewerblichen Fernverkehrs und des Werkfernverkehrs enthalten, in der Eisenbahnstatistik nicht.

Geleistete Tonnenkilometer über dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland (Statistik des gewerblichen Luftverkehrs auf ausgewählten Flugplätzen) und >>> geleistete Tonnenkilometer (Tarif-Tkm) innerhalb des Bundesgebietes (Statistiken des gewerblichen Fernverkehrs und des Werkfernverkehrs) bezeichnen den gleichen Tatbestand. Allerdings basieren geleistete Tonnenkilometer im Güterfernverkehr teils auf Tarifentfernungen, teils auf Kreismittelpunktentfernungen, im Luftverkehr einheitlich auf Großkreisentfernungen. Hinzu kommt, daß die im Berlinverkehr in der Deutschen Demokratischen Republik geleisteten Tonnenkilometer, die im Güterfernverkehr enthalten sind, im Luftverkehr außer Ansatz bleiben.

Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer

1. Statistik über den Steuerhaushalt

Datennachweis: ab 1972

2. Finanzberichte des Bundesministeriums der Finanzen

Datennachweis: ab 1970

Begriffsinhalt:

Anteil an der in einem Bundesland jährlich aufgekomenen >>> Lohnsteuer und >>> veranlagten Einkommensteuer, der den Gemeinden dieses Bundeslandes nach dem Gemeindefinanzreformgesetz zusteht. Er beträgt gegenwärtig 15 v.H.

Der Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer wird für jedes Bundesland aus den Lohn- und Einkommensteuerbeträgen ermittelt, die von den Finanzbehörden in diesem Gebiet - unter Berücksichtigung der Zerlegung nach Artikel 107 Abs. 1 des Grundgesetzes - vereinnahmt werden.

Der Anteil jeder einzelnen Gemeinde bestimmt sich in den alten Bundesländern nach ihrem Anteil an der Summe der im Rahmen der Bundesstatistiken über die Lohnsteuer und veranlagte Einkommensteuer ermittelten Einkommensteuerbeträge. Dabei werden nur Steuerbeträge bis zu der Höhe zugrunde gelegt, die auf einen zu versteuernden Einkommensbetrag (sog. Höchstbetrag) von derzeit 40 000 DM bei Nicht-Zusammenveranlagten und von 80 000 DM bei Zusammenveranlagten entfallen. In den neuen Bundesländern ist für die Verteilung auf die einzelnen Gemeinden die Einwohnerzahl entscheidend.

Der Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer ist den Gemeinden jährlich bis zum 1.2. des auf das Erhebungsjahr folgenden Jahres - unter Anrechnung der geleisteten Abschlags-/ Vorauszahlungen (Schlußabrechnung) - zuzuweisen. Die kassenmäßigen Zuflüsse (Abschlagszahlungen) erfolgen vierteljährlich zum 1.5., 1.8. und 1.11. des Erhebungsjahres - unter Zugrundelegung des Lohn- und Einkommensteuer-Istaufkommens des jeweils vorangegangenen Quartals. Im Dezember erfolgt eine Vorauszahlung auf die Schlußabrechnung in Höhe der Abschlagszahlung für das 3. Quartal. Der Restbetrag ist bis zum 1.2. des folgenden Jahres zu entrichten.

Änderungen im Zeitablauf:

Der der Gesamtheit der Gemeinden eines Landes zustehende Einkommensteueranteil betrug bis 1979 14 v.H.

Die Höchstbeträge des zu versteuernden Einkommens beliefen sich für Nicht-Zusammenveranlagte/ Zusammenveranlagte

- 1970,1971 auf 8 000 / 16 000 DM
- 1972 - 1978 auf 16 000 / 32 000 DM
- 1979 - 1984 auf 25 000 / 50 000 DM
- 1985 - 1993 auf 32 000 / 64 000 DM
- 1994 auf 40 000 / 80 000 DM.

In den Jahren 1974 und 1975 waren im Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer auch Beträge des aufgelösten Stabilitätzuschlags in Höhe von 15,327 Mill. DM bzw. 307,686 Mill. DM enthalten.

Begriffsbeziehungen:

Im statistischen Nachweis der Steuereinnahmen des Bundes und der Länder wird der Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer für die Berechnung der >>> Einkommen- und Körperschaftsteuer (Statistik über den Steuerhaushalt) ohne zeitliche Verzögerung in Höhe von 14 bzw. 15 v.H. des Aufkommens an Lohn- und veranlagter Einkommensteuer abgesetzt; dabei bleibt auch der aufgelöste Stabilitätzuschlag außer Ansatz.

Gemeinden/Gemeindeverbände

1. Tiefbaustatistik

Datennachweis: 1962 bis 1978

Begriffsinhalt:

Öffentlich-rechtliche Gebietskörperschaften auf kommunaler Ebene und alle öffentlichen Institutionen, zu denen sich Gemeinden zusammenschließen.

Als Gemeindeverbände gelten u.a. Ämter, Landkreise und Bezirksverbände; die Zweckverbände sind mit einbezogen.

Nicht mit einbezogen sind die juristischen Personen des öffentlichen sowie des privaten Rechts, an denen Gemeinden bzw. Gemeindeverbände maßgeblich beteiligt sind.

Nachgewiesen werden Tiefbauaufträge für Gemeinden und für Gemeindeverbände.

2.1 Rechnungsstatistik

Datennachweis: ab 1950

2.2 Haushaltsansatzstatistik

Datennachweis: ab 1970

2.3 Kassenstatistik

Datennachweis: ab 1970

2.4 Jährliche Schuldenstatistik

Datennachweis: ab 1950

2.5 Vierteljährliche Schuldenstatistik

Datennachweis: ab 1974

2.6 Statistik über den Personalstand des öffentlichen Dienstes

Datennachweis: ab 1960

Begriffsinhalt:

Öffentlich-rechtliche Gebietskörperschaften auf lokaler, regionaler und z.T. auch überregionaler Ebene.

Als Gemeinden gelten finanzstatistisch: die kreisangehörigen Gemeinden und die kreisfreien Städte.

Als Gemeindeverbände gelten: die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe, der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk, der Bezirksverband Pfalz, die Landeswohlfahrtsverbände Hessen, Baden, Württemberg-Hohenzollern, die Bezirke in Bayern und die Regionalverbände in Baden-Württemberg, die Landkreise, die Ämter in Schleswig-Holstein, die Samtgemeinden in Niedersachsen und die Verbandsgemeinden in Rheinland-Pfalz.

Nicht den Gemeinden/ Gemeindeverbänden zugerechnet werden die Stadtstaaten, die kommunalen Zweckverbände und sonstige juristische Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit sowie die rechtlich selbständigen Wirtschaftsunternehmen und Stiftungen.

In den Finanzstatistiken rechnen außerdem die rechtlich unselbständigen Sondervermögen (wie z.B. Eigenbetriebe), die außerhalb der Haushalte der Gemeinden/ Gemeindeverbände geführt werden, nicht zu den Gemeinden/ Gv. In der Personalstandstatistik werden diese rechtlich unselbständigen Sondervermögen dagegen einbezogen.

Nachgewiesen werden in der Rechnungsstatistik und in der Kassenstatistik die Ausgaben und Einnahmen aller Gemeinden und Gemeindeverbände nach den Jahresrechnungen und den vierteljährlichen Kassenabschlüssen, in der Haushaltsansatzstatistik die Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und der Gemeindeverbände nach den Haushaltsplänen bzw. Finanzplanungen, in den Schuldenstatistiken der >>> Schuldenstand und in der Personalstandstatistik der Personalstand der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Änderungen im Zeitablauf:

Die Gemeinden/ Gv. des Saarlandes sind ab 1961 in den Datenreihen berücksichtigt.

Ab dem Jahr 1976 sind in zunehmendem Umfang die Finanzen derjenigen kommunalen Krankenhäuser, die aufgrund des Krankenhausfinanzierungsgesetzes, der Bundespflegesatzverordnung, der Krankenhaus-Buchführungsverordnung sowie ergänzender Ländervorschriften ihr Rechnungswesen auf die kaufmännische doppelte Buchführung umgestellt haben, aus dem finanzstatistischen Berichtskreis ausgeschieden, da keine bundesweit geltende Rechtsgrundlage für ihre Erfassung existierte. Durch eine Novelle zum Finanzstatistischen Gesetz können die Finanzen dieser Krankenhäuser ab dem Jahr 1979 wenigstens in der Jahresrechnungsstatistik wieder erfaßt werden.

Die Datenreihen über die Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden/ Gv. nach der Haushaltsansatz- und Kassenstatistik weisen daher in den Jahren 1976 bis 1981 z.T. deutliche Brüche auf.

In den Datenreihen der Rechnungsstatistik über die Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden/ Gv. sind die Krankenhausfinanzen hingegen durchgehend integriert (für die Jahre 1976 bis 1978 schätzungsweise).

In der Haushaltsansatzstatistik sind Plandaten für die Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern, die Ämter, Samtgemeinden und Verbandsgemeinden erst ab dem Haushaltsjahr 1978 berücksichtigt und zwar teilweise geschätzt, teilweise aus der kommunalen Finanzplanungsstatistik entnommen. Ab dem Haushaltsjahr 1982 stammen die kommunalen Plandaten generell aus der Finanzplanungsstatistik, da diese die Haushaltsansatzstatistik der Gemeinden/ Gv. abgelöst hat.

In der Kassenstatistik sind die Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern, die Ämter, Samtgemeinden und Verbandsgemeinden erst ab 1974 erfaßt. In der Schuldenstatistik bis 1973 sind in den Daten der Gemeinden/ Gv. auch die Schulden der kommunalen Eigenbetriebe enthalten, da sie nach damals geltendem Haushaltsrecht im Haushalt der Trägergemeinde nachzuweisen waren. Nach dem novellierten kommunalen Haushaltsrecht (Rheinland-Pfalz und Saarland 1975, übrige Flächenländer 1974) gelten sie haushaltsmäßig nicht mehr als Schulden der Gemeinden/ Gv. und sind daher in den Datenreihen auch nicht mehr enthalten.

Gemeindesteuern

1. Statistik über den Steuerhaushalt

Datennachweis: ab 1972

2. Finanzberichte des Bundesministeriums der Finanzen

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

Steuern, deren Aufkommen gemäß Artikel 106 Abs. 6 Grundgesetz den Gemeinden (Gemeindeverbänden) zusteht. Dazu gehören die sog. Realsteuern (>>> Grundsteuer A und >>> Grundsteuer B, >>> Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital sowie bis einschl. 1979 >>> Lohnsummensteuer), die Grunderwerbsteuer bzw. der Zuschlag zur >>> Grunderwerbsteuer (ab 1983 in mehreren Bundesländern nur noch Beteiligung der Gemeinden am staatlichen Steueraufkommen vom Grundbesitzwechsel als Zuweisung) sowie die örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern (wie >>> Schankerlaubnis-, Jagd- und Fischerei-, >>> Getränke-, Hunde- und Vergnügungsteuer).

In Bundesländern ohne Gemeinden (Hamburg und Berlin (West)) steht das Aufkommen an Gemeindesteuern dem Land zu (Artikel 106 Abs. 6 Satz 3 Grundgesetz), in der Statistik des Steuerhaushalts und in den Finanzberichten des BMF wird der Nachweis jedoch unter Gemeindesteuern geführt.

Änderungen im Zeitablauf

Die Schankerlaubnissteuer, die Vergnügungssteuer und die Getränkesteuer wurden in den Finanzberichten bis einschließlich 1973 nicht unter den Sonstigen Gemeindesteuern, sondern einzeln nachgewiesen.

In den Jahren 1961 und 1962 wurde die Baulandsteuer, eine Form der Grundsteuer (Typ C), erhoben. Durch sie wurden unbebaute, aber baureife Grundstücke stärker belastet, um auf ein erhöhtes Angebot an Bauland hinzuwirken.

Die Speiseeissteuer wurde letztmalig 1971 in Bayern erhoben. Steuerpflichtig war die entgeltliche Abgabe von Speiseeis zu unmittelbarem Verzehr an Ort und Stelle. Der Steuersatz betrug im allgemeinen 10 v.H. vom Verkaufspreis.

Durch die Gemeindefinanzreform steht ab 1970 das Aufkommen aus der >Gewerbsteuer nicht mehr ausschließlich den Gemeinden zu. Sie müssen Teile des Aufkommens als sog. Gewerbesteuerumlage je zur Hälfte an Bund und Länder abführen.

Im Gegenzug dazu erhalten die Gemeinden ab 1970 einen Anteil am Aufkommen der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer.

Gemeinschaftsteuern

1. Statistik über den Steuerhaushalt

Datennachweis: ab 1972

2. Finanzberichte des Bundesministeriums der Finanzen

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

Steuern, deren Aufkommen gemäß Artikel 106 Abs. 3 Grundgesetz dem Bund und den Ländern gemeinsam zusteht.

Die Gemeinschaftsteuern umfassen >>> Lohnsteuer, >>> veranlagte Einkommensteuer, >>> Kapitalertragssteuer, >>> Körperschaftsteuer (sie bilden zusammen die sog. >>> Einkommen- und Körperschaftsteuer), >>> Umsatzsteuer und >>> Einfuhrumsatzsteuer.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1969 rechneten die Umsatzsteuer und die Einfuhrumsatzsteuer zu den >>> Bundessteuern, ab 1970, seit Inkrafttreten des Finanzreformgesetzes, gehören sie zu den Gemeinschaftsteuern.

Zur Beteiligung von Bund und Ländern an den Gemeinschaftsteuern siehe unter Einkommen- und Körperschaftsteuer und Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer.

Gemeinschuldner

Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren

Datennachweis: ab 1962

Begriffsinhalt:

Wirtschaftseinheiten, deren Vermögen Gegenstand eines Konkurs- oder Vergleichsverfahrens ist.

Unternehmen, freie Berufe und übrige Gemeinschuldner werden getrennt nachgewiesen.

Zu den übrigen Gemeinschuldnern gehören natürliche Personen, Nachlässe (hinterlassene Vermögen in ihrer Gesamtheit mit allen Aktiva und Passiva) und sonstige, nicht anderweitig zuzuordnende Gemeinschuldner.

Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen

1. Statistik der Baugenehmigungen

Datennachweis: ab 1955

2. Statistik der Baufertigstellungen

Datennachweis: ab 1955

Begriffsinhalt:

Wohnungs- und Siedlungsunternehmen, die nach dem Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz oder nach dem Reichssiedlungsgesetz als gemeinnützig anerkannt sind. Baugenossenschaften, die >>> Wohnungen herstellen und an die Mitglieder vermieten oder veräußern, gelten in der Regel als Gemeinnützige Wohnungsunternehmen. Dazu rechnen auch Organe der staatlichen Wohnungspolitik wie z.B. das Heimstättenwesen. Die ebenfalls gemeinnützigen ländlichen Siedlungsunternehmen dienen u.a. der Schaffung neuer Ansiedlungen und der Vergrößerung bereits bestehender Kleinbetriebe auf dem Lande. Durchgeführt wird die ländliche Siedlung unter Mitwirkung staatlicher Siedlungsbehörden. Wohnungsunternehmen, die nicht als gemeinnützig anerkannt sind, werden unter "Sonstige Wohnungsunternehmen" nachgewiesen. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie einem Verband freier oder privater Wohnungsunternehmen angeschlossen sind. Maßgeblich für die Einordnung als Wohnungsunternehmen ist der wirtschaftliche Schwerpunkt des Unternehmens und nicht eine einmalige Funktion als Bauträger im Rahmen des Wohnungsbaus.

Änderung im Zeitablauf:

Die Gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen existieren aufgrund veränderter gesetzlicher Regelungen ab 1.1. 1990 nicht mehr.

Gemischtgenutzte Gebäude

Preisindizes für Bauwerke

Datennachweis: ab 1958

Begriffsinhalt:

>>> Gebäude, deren gesamte >>> Nutzfläche mindestens zur Hälfte Wohnzwecken gewidmet ist. Hierzu gehören Wohngebäude mit Läden, Büroräumen, nichtstörenden Handwerksbetrieben u.ä.

Generalhandel

Außenhandelsstatistik

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

Der Generalhandel enthält alle in das Erhebungsgebiet eingehenden und alle aus ihm ausgehenden Waren mit Ausnahme der Waren der Durchfuhr und des Zwischenauslandsverkehrs.

Änderungen im Zeitablauf:

Von 1962 bis 1973 waren die offenen Zollager (bis 1969 Zollaufschublager) dem freien Verkehr zugeordnet. Ab 1974 wurden diese Lager wieder wie vor 1962 in den Lagerverkehr einbezogen. Von diesem Zeitpunkt an werden Einfuhren auf offene Zollager und Ausfuhren aus offenen Zollagern nicht mehr im Spezialhandel, sondern nur im Generalhandel nachgewiesen.

Begriffsbeziehungen:

Generalhandel und >>> Spezialhandel (Außenhandelsstatistik) unterscheiden sich in der unterschiedlichen Einbeziehung des Lagerverkehrs. Gegenstand des Lagerverkehrs sind die auf Freihafen- und Zollager eingeführten ausländischen Waren einschließlich einiger Sonderfälle (z.B. Einfuhr zur vorübergehenden Zollgutverwendung).

Vom Lagerverkehr umfaßt der Generalhandel die Einfuhr auf Lager sowie die Ausfuhr aus Lager. Der Spezialhandel bezieht dagegen nur die Einfuhr aus Lager mit ein.

Mithin ergibt sich:

Einfuhr im Spezialhandel		Ausfuhr im Spezialhandel	
-	Einfuhr aus Lager		
+	Einfuhr auf Lager	+	Ausfuhr aus Lager
=	Einfuhr im Generalhandel	=	Ausfuhr im Generalhandel

Genußmittel

Außenhandelsstatistik

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

Ausgewählte Waren (Warennummern) des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik.

Im wesentlichen zählen dazu:

Hopfen, Kaffee, Tee, Rohtabak, Tabakerzeugnisse, Bier, Branntwein und Wein. Zu weiteren Einzelheiten siehe Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 3, Außenhandel nach Ländern und Warengruppen, Anhang 2: Gegenüberstellung der Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft und der Nummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik.

Begriffsbeziehungen:

Die Zusammenfassung der Positionen Genußmittel und >>> Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs (Außenhandelsstatistik) entspricht der Position >>> Ernährungsgüter pflanzlichen Ursprungs (Index der Einfuhrpreise, Index der Ausfuhrpreise).

Gesamtbetrag der Einkünfte

1. Einkommensteuerstatistik

Datennachweis: ab 1961

Begriffsinhalt:

Summe der Einkünfte der veranlagten unbeschränkt >>> Einkommensteuerpflichtigen aus den 7 Einkunftsarten, zuzüglich des nachzuversteuernden Betrages nach § 10a Einkommensteuergesetz (EStG) und des Hinzurechnungsbetrages nach § 2 Abs. 1 Satz 3 Auslandsinvestitionsgesetz sowie abzüglich des Altersentlastungsbetrages (§ 24 a EStG), des Ausbildungsplatz-Abzugsbetrages (§ 24 b EStG), des Freibetrages für Land- und Forstwirte (§ 13 Abs. 3 EStG), der ausländischen Verluste nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Auslandsinvestitionsgesetz und der ausländischen Steuern vom Einkommen nach § 34 c Abs. 2, 3 und 6 EStG (Stand: 1989).

Bei den Einkunftsarten handelt es sich im einzelnen um >>> Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, >>> Einkünfte aus Gewerbebetrieb, >>> Einkünfte aus selbständiger Arbeit, >>> Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, >>> Einkünfte aus Kapitalvermögen, >>> Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung und >>> sonstige Einkünfte.

Einkünfte im Sinne des Einkommensteuergesetzes sind bei den Einkunftsarten Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und selbständige Arbeit der Gewinn, bei den anderen Einkunftsarten der Überschuß der Einnahmen über die Werbungskosten.

Änderungen im Zeitablauf:

In den Erhebungsjahren 1961 und 1965 errechnete sich der Gesamtbetrag der Einkünfte nur aus der Summe der sieben Einkunftsarten unter Berücksichtigung ausgleichender Verluste (negativer Einkünfte) in einer oder mehreren Einkunftsart(en), wobei 1965 außerdem der Freibetrag für Land- und Forstwirte abgezogen werden konnte. Den weiteren Erhebungsjahren lagen die nachfolgenden Berechnungen zugrunde:

Berichtsjahr 1968

Summe der Einkünfte aus den Einkunftsarten

- + nachzuversteuernder Betrag (§ 10 a EStG)
 - + ein Drittel/Viertel der von einem Dritten zugunsten des Steuerpflichtigen bewirkten Leistungen auf die Vermögensabgabe (§ 211 Abs. 1 Nr. 1 LAG)
 - Freibetrag für Land- und Forstwirte (§ 13 Abs. 3 EStG)
- = Gesamtbetrag der Einkünfte (§ 2 Abs. 3 EStG)

Berichtsjahre 1971 und 1974

Summe der Einkünfte aus den Einkunftsarten

- + nachzuversteuernder Betrag (§ 10a EStG)
 - + ein Drittel/ Viertel der von einem Dritten zugunsten des Steuerpflichtigen bewirkten Leistungen auf die Vermögensabgaben (§ 211 Abs. 1 Nr. 1 LAG)
 - + Hinzurechnungsbetrag (§ 2 Abs. 1 Satz 3 Auslandsinvestitionsgesetz)
 - Verlustabzugsbetrag (§ 2 Abs. 1 Satz 1 Auslandsinvestitionsgesetz)
 - Freibetrag für Land- und Forstwirte (§ 13 Abs. 3 EStG)
- = Gesamtbetrag der Einkünfte (§ 2 Abs. 3 EStG)

Berichtsjahr 1977

Summe der Einkünfte aus den Einkunftsarten

- + nachzuversteuernder Betrag (§ 10a EStG)
 - + ein Drittel/Viertel der von einem Dritten zugunsten des Steuerpflichtigen bewirkten Leistungen auf die Vermögensabgabe (§ 211 Abs. 1 Nr. 1 LAG)
 - Verlustabzugsbetrag (§ 2 Abs. 1 Satz 1 Auslandsinvestitionsgesetz)
 - + Hinzurechnungsbetrag (§ 2 Abs. 1 Satz 3 Auslandsinvestitionsgesetz)
 - Altersentlastungsbetrag (§ 24a EStG)
 - Freibetrag für Land- und Forstwirte (§ 13 Abs. 3 EStG)
- = Gesamtbetrag der Einkünfte (§ 2 Abs. 3 EStG)

Berichtsjahr 1980

Summe der Einkünfte aus den Einkunftsarten

- + nachzuversteuernder Betrag (§ 10a EStG)
 - + ein Drittel/ Viertel der von einem Dritten zugunsten des Steuerpflichtigen bewirkten Leistungen auf die Vermögensabgabe (§ 211 Abs. 1 Nr. 1 LAG)
 - + Hinzurechnungsbetrag (§ 2 Abs. 1 Satz 3 Auslandsinvestitionsgesetz)
 - Verlustabzugsbetrag (§ 2 Abs. 1 Satz 1 Auslandsinvestitionsgesetz)
 - Altersentlastungsbetrag (§ 24 b EStG)
 - Ausbildungsplatz - Abzugsbetrag (§ 24a EStG)
 - Freibetrag für Land- u. Forstwirte (§ 13 Abs. 3 EStG)
 - ausländische Steuern vom Einkommen (§ 34 c Abs. 2 u. 3 EStG)
- = Gesamtbetrag der Einkünfte (§ 2 Abs. 3 EStG)

Berichtsjahre 1983 bis 1989

Summe der Einkünfte aus den Einkunftsarten

- + nachzuversteuernder Betrag (§ 10 a EStG)
- + Hinzurechnungsbetrag (§ 12 Abs.1 Satz 3 Auslandsinvestitionsgesetz)
- Verlustabzugsbetrag (§ 2 Abs.1 Satz 1 Auslandsinvestitionsgesetz)
- Altersentlastungsbetrag (§ 24 b EStG)
- Ausbildungsplatz - Abzugsbetrag (§ 24 a EStG)
- Freibetrag für Land- und Forstwirte (§ 13 Abs. 3 EStG)

- ausländische Steuern vom Einkommen (§ 34 c Abs. 2, 3 und 6 EStG)
- = Gesamtbetrag der Einkünfte (§ 2 Abs. 3 EStG)

2. Körperschaftsteuerstatistik

Datennachweis: ab 1961

Begriffsinhalt:

Summe der Einkünfte der unbeschränkt >>> Steuerpflichtigen, die sich - je nachdem, ob es sich um buchführungspflichtige oder um nichtbuchführungspflichtige Körperschaftsteuerpflichtige handelt - auf unterschiedliche Weise errechnen läßt.

Der Gesamtbetrag der Einkünfte der Körperschaftsteuerstatistik ist inhaltlich der Definition des Gesamtbetrags der Einkünfte im Einkommensteuergesetz angepaßt.

D.h. er ist im Gegensatz zur Definition im Körperschaftsteuerrecht (Abschnitt 26 a der KStR 1986 ff.) nicht um die Spenden und Beiträge nach § 9 Nr.3 KStG und die inländischen Kapitalerträge mit 30 v.H. Kapitalsteuerabzug gemindert.

Bei buchführungspflichtigen Körperschaftsteuerpflichtigen errechnet sich der Gesamtbetrag der Einkünfte aus dem Bilanzgewinn (Gewinn der Steuerbilanz oder korrigierter Gewinn der Handelsbilanz) unter Hinzurechnung und Abzug verschiedener Beträge:

Hinzugerechnet werden verschiedene Beträge, soweit diese den Bilanzgewinn geschmälert bzw. nicht erhöht haben, z.B. nichtabziehbare Steuern (einschl. Nebenleistungen) (wie Körperschaftsteuer, ausländische Steuern vom Einkommen, Vermögensteuer, Umsatzsteuer auf den Eigenverbrauch u.a.), Zuführungen zu Rücklagen, verdeckte Gewinnausschüttungen und Spenden. Abgezogen werden nicht der Körperschaftsteuer unterliegende Vermögensmehrungen, soweit diese den Bilanzgewinn erhöht haben (z.B. steuerfreie Einnahmen i.S. des Einkommensteuergesetzes, Investitionszulagen) sowie sonstige, nicht im Bilanzgewinn bereits berücksichtigte Kürzungen (z.B. Zuführungen zu Rückstellungen von Versicherungsunternehmen, Sanierungsgewinne). Ferner werden Kürzungen bzw. Hinzurechnungen nach § 2 Abs. 1 Sätze 1 und 3 Auslandsinvestitionsgesetz (soweit nicht bereits im Bilanzgewinn berücksichtigt) vorgenommen sowie u.a. ein Drittel (Viertel) der von einem Dritten zugunsten der(s) Steuerpflichtigen bewirkten Leistungen auf die Vermögensabgabe hinzugerechnet.

Weiterhin abgezogen werden die "ausländischen Steuern vom Einkommen" gemäß § 26 Abs. 6 KStG in Verbindung mit § 34 c Abs. 2, 3 und 6 EStG.

Vom Bilanzgewinn bereits abgesetzt sind außerdem gesetzlich zulässige Absetzungen für Abnutzung oder Substanzverringerung, Abschreibungen, Abschläge, Abzüge, Rückstellungen und Rücklagen.

Bei den buchführungspflichtigen Steuerpflichtigen ist die Art der Einkünfte bedeutungslos, da gemäß dem Körperschaftsteuergesetz alle Einkünfte als Einkünfte aus Gewerbebetrieb zu behandeln sind.

Bei nichtbuchführungspflichtigen Körperschaftsteuerpflichtigen dagegen ergibt sich der Gesamtbetrag der Einkünfte als Summe der Einkünfte aus den Einkunftsarten Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb, selbständige Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung und sonstige Einkünfte.

Als Einkünfte gelten bei Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und selbständige Arbeit der Gewinn, bei den übrigen Einkunftsarten der Überschuß der Einnahmen über die Werbungskosten.

Die Summe aus den Einkünften aus den genannten Einkunftsarten wird bei den nichtbuchführungspflichtigen Steuerpflichtigen um verschiedene Beträge gekürzt bzw. erhöht. Hinzugerechnet wird ein Drittel (Viertel) der von einem Dritten zugunsten des Steuerpflichtigen bewirkten Leistungen auf die Vermögensabgabe, hinzuge-rechnet bzw. abgezogen werden Beträge nach § 2 Abs. 1 Sätze 1 und 3 Auslandsinvestitionsgesetz, abgezogen wird der Freibetrag für Land- und Forstwirte.

Das Wirtschaftsjahr kann ein vom Kalenderjahr abweichender Erhebungszeitraum sein. Bei buchführungs-pflichtigen Steuerpflichtigen gilt der Gewinn aus Gewerbebetrieb als in dem Kalenderjahr bezogen, in dem das Wirtschaftsjahr endet, für das sie regelmäßig Abschlüsse erstellen. Bei nichtbuchführungspflichtigen Steuer-pflichtigen wird der Gewinn eines vom Kalenderjahr abweichenden Wirtschaftsjahres anteilig, sofern er für ein Wirtschaftsjahr ermittelt werden darf, auf die betreffenden Kalenderjahre aufgeteilt.

Änderungen im Zeitablauf:

Es sind im Zeitablauf häufige Änderungen des Körperschaft- und Einkommensteuerrechts eingetreten, die sich auf die Berechnung des Gesamtbetrags der Einkünfte ausgewirkt haben, insbesondere auf den Ansatz von Zu- und Abschlägen, die auf den bzw. von dem Gewinn der Steuerpflichtigen vorgenommen werden.

Die von einem Dritten zugunsten des Steuerpflichtigen bewirkten Leistungen auf die Vermögensabgabe werden erst seit 1968 bereits bei der Errechnung des Gesamtbetrags der Einkünfte hinzugerechnet, vorher dagegen wurden sie erst bei der Ermittlung des zu versteuernden Einkommens berücksichtigt.

Die für den Erhebungszeitraum 1971 erstmals durch Gesetz geregelte Erfassung der Einkommen von Organgesellschaften hat sich insofern ausgewirkt, als seit 1971 mit Ausnahme von Ausgleichszahlungen das gesamte Einkommen dem Organträger zuzurechnen ist.

Gesamte Industrie (ohne öffentliche Energiewirtschaft und ohne Bauindustrie)

Index der industriellen Nettoproduktion

Datennachweis: 1962 bis 1976

Begriffsinhalt:

Wirtschaftsbereich, der die Industriebauptgruppen

- >>> Bergbau,
- >>> Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien,
- >>> Investitionsgüterindustrien,
- >>> Verbrauchsgüterindustrien,
- >>> Nahrungs- und Genußmittelindustrien

in der Abgrenzung nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht, Ausgabe 1972, umfaßt.

Im einzelnen rechnen dazu die Industriegruppen

Bergbau	IB-Nr. 21
Mineralölverarbeitung	" 22
Industrie der Steine und Erden	" 25
Eisenschaffende Industrie	" 27
NE-Metallindustrie	" 28
Gießerei-Industrie	" 29
Ziehereien und Kaltwalzwerke, Stahlverformung	" 30
Stahl- und Leichtmetallbau	" 31
Maschinenbau	" 32
Straßenfahrzeugbau	" 33
Schiffbau	" 34
Elektrotechnische Industrie	" 36
Feinmechanische und optische sowie Uhrenindustrie	" 37
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	" 38
Musikinstrumenten-, Spiel-, Schmuckwaren- und Sportgeräte Industrie	" 39
Chemische Industrie einschl. Kohlenwertstoffindustrie	" 40, 42
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	" 50
Feinkeramische Industrie	" 51
Glasindustrie	" 52
Sägewerke und holzbearbeitende Industrie	" 53
Holzverarbeitende Industrie	" 54
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe erzeugende Industrie	" 55
Papier- und pappeverarbeitende Industrie	" 56
Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	" 57
Kunststoffverarbeitende Industrie	" 58
Gummi- und asbestverarbeitende Industrie	" 59
Ledererzeugende Industrie	" 61
Lederverarbeitende und Schuhindustrie	" 62
Textilindustrie	" 63
Bekleidungsindustrie	" 64
Ernährungsindustrie	" 68
Tabakverarbeitende Industrie	" 69

Handwerksunternehmen und -betriebe, die in diesen Industriegruppen tätig sind, rechnen in der Regel nicht zur Industrie.

Nachgewiesen werden der >>> Index der industriellen Nettoproduktion und der >>> Index der Arbeitsproduktivität für die gesamte Industrie (ohne öffentliche Energiewirtschaft und ohne Bauindustrie).

Änderungen im Zeitablauf:

Zwischen den verschiedenen Ausgaben der Systematik ergaben sich geringfügige Änderungen.

Begriffsbeziehungen:

Im Unterschied zum Wirtschaftsbereich gesamte Industrie ohne öffentliche Energiewirtschaft und ohne Bauindustrie ist beim Wirtschaftsbereich >>> Verarbeitende Industrie (Index der industriellen Nettoproduktion) der Bergbau nicht einbezogen.

Die gesamte Industrie (ohne öffentliche Energiewirtschaft und ohne Bauindustrie) und >>> Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe) sind vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede entstehen im wesentlichen dadurch, daß zur gesamten Industrie Industriezweige nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht zusammengefaßt werden, zum Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe dagegen Wirtschaftszweige nach der SYPRO. Nur im Wirtschaftsbereich Gesamte Industrie (ohne öffentliche Energiewirtschaft und ohne Bauindustrie) sind im wesentlichen die folgenden Wirtschaftszweige berücksichtigt: Herstellung und Montage von Fertigteilbauten aus Beton sowie aus Holz im Hochbau, Bautischlerei, Installation von Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und gesundheitstechnischen Anlagen. Nur im Wirtschaftsbereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe sind im wesentlichen enthalten: Steinbildhauerei, Steinmetzerei, Reparatur von Kraftfahrzeugen, Fahrrädern, Lackierung von Straßenfahrzeugen, Möbel- und Matratzenpolsterei, Maßanfertigung von Schuhen und Bekleidung (einschl. Reparatur), Maßschneiderei, Bäckerei, Fleischerei, Schlachthäuser (ohne kommunale Schlachthöfe) sowie Fabrikschiffe, die Fische und andere Meerestiere be- und verarbeiten, soweit sie als selbstständige Einheiten anzusehen sind.

Ferner zählen zum Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe auch Handwerksbetriebe und -unternehmen, die in den einbezogenen Wirtschaftszweigen tätig sind; dagegen rechnen diese Betriebe und Unternehmen in der Regel nicht zur Industrie.

Gesamthochschulen

Studentenstatistik

Datennachweis: ab Wintersemester 1971/72

Begriffsinhalt:

Gesamthochschulen umfassen Ausbildungseinrichtungen von wissenschaftlichen und >>> Fachhochschulen, z.T. auch von >>> Kunsthochschulen.

Die Studiengänge können integriert (Kurz- und Langzeitstudiengänge mit gemeinsamer Grundausbildung) oder nach Hochschulbereichen getrennt sein (kooperative Gesamthochschulen).

Voraussetzung für den Besuch der Gesamthochschulen ist mindestens die >>> Fachhochschulreife, bei künstlerischen Fächern ggf. ein Begabtennachweis oder eine Eignungsprüfung. In den wissenschaftlichen Studiengängen der Gesamthochschulen wird die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife vor ausgesetzt.

Gesamtleistung

Jahreserhebung einschl. Investitionserhebung bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes (einschl. Fertigteilbau)

Datennachweis: ab 1977

Begriffsinhalt:

Jahresbauleistung zuzüglich des Umsatzes aus sonstigen eigenen Erzeugnissen, aus industriellen/ handwerklichen Dienstleistungen, aus Handelsware und aus sonstigen nichtindustriellen/ nichthandwerklichen Tätigkeiten sowie zuzüglich der Bestandsveränderung an unfertigen und fertigen Erzeugnissen aus sonstiger eigener Produktion und zuzüglich der selbsterstellten Maschinen.

Die >>> Jahresbauleistung umfaßt den Wert aller vom Unternehmen im Geschäftsjahr erbrachten Bauleistungen im Inland.

Zu den sonstigen eigenen Erzeugnissen rechnen Erzeugnisse, die aus einer sonstigen Produktionstätigkeit des Unternehmens entstehen.

Zu den selbsterstellten Maschinen rechnen von eigenen Arbeitskräften erstellte Maschinen und Werkzeuge u.a.

Begriffsbeziehungen:

Zwischen den Begriffen Gesamtleistung, >>> Jahresbauleistung, sonstiger Umsatz und Jahresbauleistung (Jahreserhebung einschl. Investitionserhebung bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes einschl. Fertigteilbau) besteht folgende Beziehung:

Gesamtleistung

- selbsterstellte Maschinen
- Bestandsveränderungen an sonstigen eigenen Erzeugnissen

= Jahresbauleistung, sonstiger Umsatz

- Umsatz aus Handelsware und aus sonstigen nichtindustriellen/ nichthandwerklichen Tätigkeiten
- Umsatz aus sonstigen eigenen Erzeugnissen und aus industriellen/ handwerklichen Dienstleistungen

= Jahresbauleistung.

Gesamtproduktion

Vierteljährliche Produktionserhebung

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

Die >>> zum Absatz bestimmte Produktion zuzüglich der >>> zur Weiterverarbeitung bestimmten Produktion, d.h. der gesamte Ausstoß an Erzeugnissen im Berichtszeitraum.

Ein Erzeugnis rechnet dann zum Ausstoß, wenn es fertiggestellt ist. Davon abweichend werden bei Stahlbauten, Dampfkesselanlagen und ähnlichen Großerzeugnissen nicht die fertiggestellten Gesamtobjekte, sondern der Ausstoß des Betriebes im Berichtszeitraum zugrundegelegt.

Zur Gesamtproduktion des herstellenden Betriebes rechnen auch Lohnarbeiten (vom Auftraggeber geliefertes Material wird be- oder verarbeitet), nicht jedoch Lohnveredlungen, Reparaturen und Montagen.

Gesamtschlachtmenge

Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

Produkt aus dem Lebendgewicht der >>> geschlachteten Tiere und dem Ausbeutesatz.

Der Ausbeutesatz wird berechnet als Quotient aus Schlachtgewicht und Lebendgewicht:

Das Schlachtgewicht ist das Warmgewicht des geschlachteten und ausgeweideten Tieres; bei Rindern, Kälbern und Schafen ausschl. der Haut, des Kopfes zwischen Hinterhauptbein und erstem Halswirbel ab und der im Karpal und Tarsalgelenk abgetrennten Gliedmaßen sowie der Organe in der Brust- und Bauchhöhle, bei Kälbern und Schafen jedoch einschl. der Nieren und des Nierenfettes, bei Rindern ausschl. der Nieren und des Nierenfettes sowie des Beckenfettes, des Saumfleisches, der Nierenzapfen, des zwischen dem letzten Kreuzbein- und dem ersten Schwanzwirbel, rechtwinklig zum Wirbel abgetrennten Schwanzes, des Rückenmarks, des Sackfettes, des Gesäuges und Euterfettes, des Oberschalenkranzfettes sowie der Halsvene und des anhaftenden Fettgewebes (Halsfett). Bei Schweinen ausschl. der Zunge, der Geschlechtsorgane, des Rückenmarks und der zwischen Phalanx media und Phalanx distalis (Zehengelenk) abgetrennten Klauen; das Gehirn muß entfernt werden, sofern der Kopf gespalten wird; bei Sauen, die mindestens einmal geferkelt haben, Ebern und Altschneidern ohne die im Karpal- und Tarsalgelenk abgetrennten Spitzbeine.

Für die einzelne Erhebung ist der Ausbeutesatz je Tierart und Handelsklasse eine feststehende Größe.

Als geschlachtete Tiere gelten die in öffentlichen Schlacht- und Viehhöfen, in Versandschlachtereien und Fleischwarenfabriken sowie in privaten Schlachthäusern, Landschlachtereien (>>> gewerbliche Schlachtungen) und bei >>> Hausschlachtungen geschlachteten Rinder, Kälber, Schweine, Schafe und übrige Tiere (Ziegen und Pferde).

Gesamtschulen

Statistik des allgemeinen Schulwesens

Datennachweis: ab 1967

Begriffsinhalt:

Pädagogische oder organisatorische Zusammenfassungen verschiedener Schularten zu Schuleinheiten.

Ausgewiesen werden integrierte Gesamtschulen, d.h. Gesamtschulen, bei denen die Unterscheidung nach den herkömmlichen Schularten (>>> Grundschulen, >>> Hauptschulen, >>> Realschulen, >>> Gymnasien) aufgehoben ist.

Additive bzw. kooperative Gesamtschulen, bei denen lediglich eine organisatorische Zusammenfassung der herkömmlichen Schularten erfolgt, werden - soweit möglich - auf die entsprechenden Schularten aufgeteilt.

Erfasst werden sowohl öffentliche als auch private Gesamtschulen. Zu den privaten Gesamtschulen rechnen z.B. die Freien Waldorfschulen.

Die Gesamtschulen werden in drei Bereiche unterteilt: Primarbereich (Grundstufe), Sekundarbereich I (Mittelstufe) und Sekundarbereich II (Oberstufe). Der Primarbereich umfaßt die 1. bis 4., der Sekundarbereich I die 5. bis 10. und der Sekundarbereich II die 11. bis 13. Klassenstufe.

Für Gesamtschulen mit reformierter Oberstufe können keine Angaben über die Zahl der Klassen in der Oberstufe gemacht werden.

Gesamtumsatz

1. Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau)

Datennachweis: ab 1977, für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991/92

2. Monatsbericht im Ausbaugewerbe

Datennachweis: ab 1978

3. Jährliche Erhebung im Ausbaugewerbe

Datennachweis: ab 1979

Begriffsinhalt:

Baugewerblicher Umsatz zuzüglich Umsatz aus sonstigen eigenen Erzeugnissen und aus industriellen/ handwerklichen Dienstleistungen und zuzüglich Umsatz aus >>> Handelsware und aus sonstigen nichtindustriellen/ nichthandwerklichen Tätigkeiten, einschl. Anzahlungen für Teilleistungen und Vorauszahlungen vor Ausführung der entsprechenden Lieferungen oder Leistungen ab 10 000 DM.

Der >>> baugewerbliche Umsatz umfaßt Entgelte für >>> Bauleistungen im Inland, die als steuerbare (steuerpflichtige und steuerfreie) Beträge zur Festsetzung der Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) zu melden sind.

Zu den Umsätzen aus sonstigen eigenen Erzeugnissen und aus industriellen/ handwerklichen Dienstleistungen rechnen Umsätze (Gesamtbetrag der abgerechneten Lieferungen) aus allen im Rahmen einer sonstigen Produktionstätigkeit des Betriebes entstandenen Erzeugnissen (z.B. Baustoffe, Betonwaren, Kies, Zimmereierzeugnisse), soweit sie nicht in der eigenen Bauleistung abgerechnet sind, sowie Umsätze aus industriellen/handwerklichen Dienstleistungen (z.B. Gerätereparaturen für Dritte). Ferner rechnen dazu Erlöse für verkaufsfähige Produktionsrückstände und ähnliche Materialien (z.B. bei der Produktion anfallender Schrott und Material, das bei Abbrucharbeiten anfällt).

Zu den Umsätzen aus Handelsware und aus sonstigen nichtindustriellen/ nichthandwerklichen Tätigkeiten rechnen Umsätze aus nichtbaugewerblichen Tätigkeiten. Hierzu zählen insbesondere:

- Umsätze aus Handelsware, d.h. aus fremden Erzeugnissen, die im allgemeinen unbearbeitet und ohne fertigungstechnische Verbindung mit eigenen Erzeugnissen weiterverkauft werden,
- Umsätze aus Vermietung und Verpachtung von Geräten, betrieblichen Anlagen und Einrichtungen (einschl. Leasing),
- Erlöse aus Wohnungsvermietung von betrieblich und nichtbetrieblich genutzten Wohngebäuden, jedoch ohne Erlöse aus Grundstücksverpachtung,

- Honorare für Architekten- und Ingenieurleistungen sowie für Gutachtertätigkeit,
- Erlöse aus der Veräußerung von Patenten und der Vergabe von Lizenzen,
- Provisionseinnahmen,
- Erlöse aus Transportleistungen für Dritte (Lohnfahren),
- Erlöse aus Belegschaftseinrichtungen (z.B. aus einer vom Betrieb auf eigene Rechnung betriebenen Kantine).

Getrennt in Rechnung gestellte Kosten (z.B. für Fracht, Porto und Verpackung) sind im Gesamtumsatz enthalten. Nicht enthalten ist die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer). Preisnachlässe (Rabatte, Boni, Skonti, Abzüge, die auf begründeten Beanstandungen beruhen u. dgl.) sowie Retouren werden abgesetzt.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1979 rechneten Anzahlungen für Teilleistungen und Vorauszahlungen vor Ausführung der entsprechenden Lieferungen oder Leistungen nicht zum Umsatz.

Gesamtvermögen

Vermögensteuerstatistik

Datennachweis: ab 1953

Begriffsinhalt:

Wert des gesamten Vermögens, das bei der Veranlagung zur Vermögensteuer der unbeschränkt >>> vermögensteuerpflichtigen natürlichen bzw. nichtnatürlichen Personen ermittelt wird.

Das Gesamtvermögen der unbeschränkt vermögensteuerpflichtigen natürlichen Personen wird ermittelt, indem die >>> Schulden und sonstigen Abzüge einschl. der Ausgleichsabgaben nach dem Lastenausgleichsgesetz sowie ggf. eines Abzugs für im Rahmen eines Betriebs der Land- und Forstwirtschaft geleisteter Entwicklungshilfe vom >>> Rohvermögen (der Summe aus >>> land- und forstwirtschaftlichem Vermögen, >>> Grundvermögen, >>> Betriebsvermögen und >>> sonstigem Vermögen) abgezogen werden.

Bei der überwiegenden Anzahl der unbeschränkt vermögensteuerpflichtigen nichtnatürlichen Personen stellt dagegen das Vermögen kraft Rechtsform Betriebs(rein)vermögen dar. Das Gesamtvermögen ergibt sich in diesen Fällen aus dem Betriebsvermögen durch Abzug des Zeitwerts der Vermögensabgabe nach dem Lastenausgleichsgesetz zuzüglich etwaiger Zahlungsrückstände. Bei den übrigen nichtnatürlichen Personen, für die auch Vermögen aus anderen Vermögensarten (z.B. Grundvermögen) möglich ist, wird das Gesamtvermögen wie bei den natürlichen Personen ermittelt.

Bei der Ermittlung des Gesamtvermögens ist jedoch nur das vermögensteuerpflichtige Betriebsvermögen anzusetzen, d.h. Befreiungsbeträge für Krankenanstalten, Versorgungsunternehmen sowie Verkehrs-, Hafen- oder Flughafenbetriebe sind außer Acht zu lassen; sie sind im nachgewiesenen Betriebsvermögen bereits berücksichtigt worden. Der Wert des Gesamtvermögens wird zwar nach dem Vermögensteuergesetz auf volle 1 000 Deutsche Mark nach unten abgerundet, aus aufbereitungstechnischen Gründen aber vor der Abrundung erfaßt.

Änderungen im Zeitablauf:

1960/63 wurde bei der Bildung des Gesamtvermögens ggf. ein Abzug nach dem Einführungsgesetz-Saarland berücksichtigt. Bei den Erhebungen 1966 und 1969 konnte bei der Ermittlung des Gesamtvermögens ggf. ein Freibetrag für Entwicklungshilfe durch Kapitalanlagen in Entwicklungsländern abgesetzt werden; das Verfahren wurde jedoch durch das Entwicklungshilfe-Steuergesetz und ab 1974 durch das Entwicklungsländer-Steuergesetz geändert.

Begriffsbeziehungen:

Das (abgerundete) Gesamtvermögen und das >>> steuerpflichtige Vermögen (Vermögensteuerstatistik) entsprechen sich bei den unbeschränkt vermögensteuerpflichtigen nichtnatürlichen Personen. Bei den unbeschränkt vermögensteuerpflichtigen natürlichen Personen besteht folgende Beziehung:

abgerundetes Gesamtvermögen

- Freibeträge für den Steuerpflichtigen, seine Ehefrau und die Kinder einschl. der Freibeträge wegen Alters oder Erwerbsunfähigkeit

= steuerpflichtiges Vermögen.

Geschäftsgebiet

Statistik der Kaufwerte für Bauland

Datennachweis: ab 1962; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 3/1991

Begriffsinhalt:

Gebiete, die vorwiegend der Unterbringung von Gewerbebetrieben einschl. Handelsbetrieben und von zentralen Einrichtungen der Wirtschaft und der Verwaltung dienen.

In Geschäftsgebieten sind nur Gewerbebetriebe zulässig, die für die Umgebung keine erheblichen Nachteile oder Belästigungen zur Folge haben.

Nachgewiesen werden >>> Kaufwerte für Bauland in Geschäftsgebieten.

Geschäftsgebiet und Wohngebiet gemischt

Statistik der Kaufwerte für Bauland

Datennachweis: ab 1962; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 3/1991

Begriffsinhalt:

Gebiete, die dem Wohnen dienen und in denen sich zugleich Gewerbebetriebe befinden, die das Wohnen nicht wesentlich stören.

In gemischten Geschäfts- und Wohngebieten stehen Wohngebäude, Geschäfts und Bürogebäude und gemischtgenutzte Gebäude.

Dazu rechnen z.B. auch Gebäude, in denen sich Einzelhandelsbetriebe, Restaurations- und Beherbergungsbetriebe befinden.

Nachgewiesen werden >>> Kaufwerte für Bauland in gemischten Geschäfts- und Wohngebieten.

Geschlachtete Tiere

Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

In öffentlichen Schlacht- und Viehhöfen, in Versandschlachtereien und Fleischwarenfabriken sowie in privaten Schlachthäusern, Landschlachtereien und bei Hausschlachtungen geschlachtete Rinder, Kälber, Schweine, Schafe und übrige Tiere (Ziegen und Pferde).

Kälber sind Rinder mit einem Lebendgewicht bis zu 220 kg, die noch keine zweiten Zähne haben oder unter einem halben Jahr alt sind.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1973 wurden als Kälber alle Rinder unter 3 Monaten bezeichnet.

Bis einschl. September 1984 wurden geschlachtete Tiere getrennt nach ihrer Herkunft (inländische und ausländische Tiere) nachgewiesen, bis 3. Oktober 1990 als ausländische Tiere auch die aus der Deutschen Demokratischen Republik. Inländische Tiere stammen aus dem Bundesgebiet, ausländische Tiere werden aus dem Ausland importiert.

Geschlachtetes Geflügel

Geflügelstatistik

Datennachweis: ab 1965

Begriffsinhalt:

Jungmasthühner, Suppenhühner, Enten, Gänse, Truthühner und Perlhühner ohne Kopf oder ohne Kopf und Hals und ohne Ständer oder Paddeln.

Einbezogen sind Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren im Monat.

Änderungen im Zeitablauf:

Vor 1972 wurden Perlhühner nicht nachgewiesen.

Bis 1986 wurden nur Schlachtungen von Geflügel inländischer Herkunft nachgewiesen.

Geschlüpfte Küken

Geflügelstatistik

Datennachweis: ab 1965

Begriffsinhalt:

Lebendes Hausgeflügel mit einem Stückgewicht von höchstens 185 g untergliedert nach Art, Kategorie und Nutzungszweck.

Einbezogen sind Brütereien, deren Tätigkeit im Einlegen und Bebrüten von Bruteiern sowie in der Lieferung von Küken besteht. Brütereien mit einem Fassungsvermögen von weniger als 1 000 Eiern ausschließlich des Schlupfraumes sind nicht einbezogen.

Erfasst wird die größtmögliche Zahl Bruteier, die gleichzeitig in die Brutschränke ausschließlich der Schlupfräume eingelegt werden kann.

Bei den geschlüpften Küken wird unterschieden zwischen Hühner-, Enten-, Gänse-, Truthühner- und Perlhühnerküken, den Kategorien Gebrauchsküken (Schlachtküken, Legeküken, Küken gemischter Verwendbarkeit), Vermehrungsküken (Küken für die Erzeugung von Gebrauchsküken) und Zuchtküken (Küken für die Erzeugung von Vermehrungsküken) und dem Nutzungszweck >>> Legerassen oder >>> Mastrassen.

Änderungen im Zeitablauf:

Vor 1973 wurden Enten-, Gänse-, Trut- und Perlhühnerküken zur Zucht und Vermehrung sowie Perlhühnerküken zur Gebrauchsschlachtung nicht nachgewiesen. Vor 1972 waren zur Mast aussortierte Hahnenküken und vor 1970 Legehennen und Schlachthühner zur Zucht und Vermehrung nicht enthalten.

Gesellen und sonstige Facharbeiter

Handwerkszählung 1977**Begriffsinhalt:**

Arbeiter, die aufgrund einer abgeschlossenen Lehre oder von Fachkenntnissen, die sie in mehrjähriger Tätigkeit erworben haben, mit allen Arbeiten eines bestimmten Arbeitsgebietes vertraut sind und beschäftigt werden können.

Hierzu rechnen Personen, die aufgrund ihrer Fachkenntnisse und Fähigkeiten mit Arbeiten beschäftigt werden, die als besonders schwierig, verantwortungsvoll oder vielgestaltig anzusehen sind.

Für die Abgrenzung der Gesellen und sonstigen Facharbeiter von den >>> kaufmännischen und technischen Angestellten ist im allgemeinen die Versicherungspflicht in der Arbeiterrentenversicherung maßgebend. Den Gesellen und sonstigen Facharbeitern sind im Baugewerbe jedoch in jedem Fall die Poliere, Schachtmeister und Meister zuzurechnen.

Begriffsbeziehungen:

Unterschiede zwischen den Gesellen und sonstigen Facharbeitern und den >>> Facharbeitern (Monatlicher Baubericht, Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau)) ergeben sich im wesentlichen nur daraus, daß für die Zuordnung zu den Gesellen und sonstigen Facharbeitern auch die Versicherungspflicht in der Arbeiterrentenversicherung maßgebend ist.

Gesellschaften mit beschränkter Haftung

1. Statistik der Kapitalgesellschaften

Datennachweis: ab 1953

2. Körperschaftsteuerstatistik

Datennachweis: ab 1961

3. Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren

Datennachweis: ab 1962

Begriffsinhalt:

>>> Kapitalgesellschaften, die in der vom Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung vom 20. April 1892 (RGBl. S. 477) festgelegten Rechtsform geführt werden.

Gesellschaften mit beschränkter Haftung sind Handelsgesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit, die durch die Eintragung ins Handelsregister entstehen. Die Gesellschafter sind mit Einlagen auf das in Stammeinlagen zerlegte Stammkapital beteiligt. Das Stammkapital muß mindestens 50 000 DM (bis einschl. 1980 20 000 DM) betragen, der Anteil jedes Gesellschafters mindestens 500 DM. Es ist jedoch zulässig, daß sich alle Gesellschaftsanteile in einer Hand befinden und somit eine "Einmanngesellschaft" besteht.

Die Vertretung erfolgt durch einen oder mehrere Geschäftsführer. Die Gesellschaften mit beschränkter Haftung haften selbst unbeschränkt mit ihrem Vermögen. Die Gesellschafter haften dagegen nur gegenüber der Gesellschaft (Erbringung der Einlage und etwaiger Nachschüsse), nicht jedoch persönlich für Verbindlichkeiten der Gesellschaft.

In der Statistik der Kapitalgesellschaften rechnen zum Bestand am 31. Dezember die Gesellschaften, die zu diesem Zeitpunkt in den Handelsregistern eingetragen sind. Nicht dazu rechnen Gesellschaften, deren Nennkapital nicht auf einen Betrag in Deutscher Mark lautet, sowie Gesellschaften, die aufgelöst sind. Dazu rechnen aber Gesellschaften, die sich in einem Vergleichsverfahren befinden.

Der Abgang zwischen dem 1.1. und dem 31.12. eines Jahres beruht im wesentlichen darauf, daß Gesellschaften mit anderen Gesellschaften verschmelzen, in andere Rechtsformen umgewandelt werden oder aufgelöst werden. Eine Gesellschaft wird u.a. aufgelöst durch Beschluß der Gesellschafter (Eröffnung der Abwicklung) oder durch die Eröffnung eines Konkursverfahrens. Die Eröffnung eines Vergleichsverfahrens wirkt sich nicht als Abgang aus.

Der Zugang zwischen dem 1.1. und dem 31.12. eines Jahres beruht im wesentlichen darauf, daß Gesellschaften gegründet, aus einer anderen Rechtsform in eine GmbH umgewandelt oder nach Auflösung fortgesetzt werden. Die Fortsetzung einer aufgelösten Gesellschaft ist in bestimmten Fällen möglich, solange noch nicht damit begonnen wurde, das Vermögen auf die Gesellschafter zu verteilen.

Als Gesellschaft gilt die kleinste rechtlich selbständige Einheit, die eigene Bücher zu führen und gesonderte Abschlüsse aufzustellen hat. Dazu zählen auch rechtlich selbständige Unternehmen, die mittelbar oder unmittelbar von einem anderen Unternehmen abhängig sind (Tochtergesellschaften), auch wenn solche Tochtergesellschaften zusammen mit dem sie beherrschenden Unternehmen einheitlich geleitet werden (Konzerngesellschaften).

In der Körperschaftsteuerstatistik werden Daten über Gesellschaften mit beschränkter Haftung nachgewiesen, die körperschaftsteuerpflichtig und nicht von der Körperschaftsteuer befreit sind, jedoch im Gegensatz zur Statistik der Kapitalgesellschaften auch über solche Gesellschaften, die bereits aufgelöst sind. In der Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren werden Gesellschaften mit beschränkter Haftung nachgewiesen, deren Vermögen Gegenstand eines Konkurs- oder Vergleichsverfahrens ist, jedoch im Gegensatz zur Statistik der Kapitalgesellschaften auch solche Gesellschaften, die bereits aufgelöst sind.

Begriffsbeziehungen:

Die Gesellschaften mit beschränkter Haftung zählen zu den Kapitalgesellschaften (Statistik der Kapitalgesellschaften). Die Kapitalgesellschaften umfassen außerdem noch die >>> Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien (Statistik der Kapitalgesellschaften).

Gesellschaften mit beschränkter Haftung und >>> Unternehmen in der Rechtsform der GmbH (Arbeitsstättenzählung 1987) sind ähnlich abgegrenzt:

Nur in der Statistik der Kapitalgesellschaften werden Gesellschaften mit beschränkter Haftung erfaßt, die zwar im Handelsregister eingetragen und nicht aufgelöst sind, aber keine eigenen Beschäftigten haben (ruhende oder

Mantelgesellschaften). Nur in der Arbeitsstättenzählung werden Unternehmen erfaßt, deren Eintragung in das Handelsregister als Gesellschaft mit beschränkter Haftung vorgesehen, aber noch nicht erfolgt ist und die schon eigene Beschäftigte haben, sowie Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die schon aufgelöst sind, aber noch über eigene Beschäftigte verfügen.

Gesellschaftsteuer

Finanzberichte des Bundesministeriums der Finanzen

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

>>> Bundessteuer, die Kapitalzuführungen an inländische Kapitalgesellschaften erfaßt.

Die Gesellschaftsteuer gehört mit der >>> Börsenumsatzsteuer zu den Kapitalverkehrsteuern. Ihr unterliegen insbesondere der erste Erwerb von Gesellschaftsrechten, der sich bei der Gründung von inländischen >>> Kapitalgesellschaften und bei Kapitalerhöhungen vollzieht, sowie vertragliche und freiwillige Leistungen von Gesellschaftern wie weitere Einzahlungen, Nachschüsse, Zuschüsse, Forderungsverzichte und Verlustübernahmen. Bei ausländischen Kapitalgesellschaften (ausgenommen solche aus Mitgliedstaaten der EG) ist die Zuführung von Anlage- und Betriebskapital an inländische Niederlassungen steuerpflichtig. Von der Besteuerung ausgenommen sind u.a. Rechtsvorgänge bei inländischen Kapitalgesellschaften, die gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken dienen, sowie bei öffentlichen Versorgungsbetrieben.

Kapitalgesellschaften sind in erster Linie >>> Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und >>> Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Außerdem gelten auch bestimmte andere Gesellschaften als Kapitalgesellschaften, so z.B. auch die GmbH & Co KG.

Berechnet wird die Gesellschaftsteuer beim Erwerb von Gesellschaftsrechten vom Wert der Gegenleistung oder vom Wert der Gesellschaftsrechte, bei Leistungen der Gesellschafter vom Wert der Leistung. Die Steuer beträgt grundsätzlich 1 v.H.

Die Gesellschaftsteuer wird durch schriftlichen Steuerbescheid festgesetzt, wobei die dieser Steuer unterliegenden Vorgänge bei den für die Verwaltung der Steuer zuständigen Finanzämtern (sog. Kapitalverkehrsteuerämter) angemeldet werden müssen. Zur Sicherung des Steueraufkommens dürfen Kapitalgesellschaften und ihre Kapitalerhöhungen (Ausnahmen ab 1.1.1981: GmbH und GmbH & Co KG) erst in das Handelsregister eingetragen werden, wenn eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Kapitalverkehrsteueramtes vorgelegt wird.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis zum 31.12.1980 mußten auch Gesellschaften mit beschränkter Haftung - GmbH - und GmbH & Co KG vor dem Eintrag in das Handelsregister eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Kapitalverkehrsteueramtes vorlegen.

Das Aufkommen aus der Gesellschaftsteuer stand bis zur Finanzreform 1969 den Ländern zu.

Durch das Finanzmarktförderungsgesetz vom 22. Februar 1990 BGBl. I S. 266) wird die Gesellschaftsteuer ab 1. Januar 1992 abgeschafft

Gestorbene

1. Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung

Datennachweis: ab 1950

2. Todesursachenstatistik

Datennachweis: ab 1968

Begriffsinhalt:

Verstorbene Personen ohne nachträglich beurkundete Sterbefälle aus früheren Jahren (Kriegssterbefälle) und ohne die gerichtlichen Todeserklärungen.

>>> Totgeborene sind nicht enthalten.

In der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung werden Kinder, die nach ihrer Geburt innerhalb eines Zeitraums von bis zu sieben Tagen gestorben sind unter "Gestorbene in den ersten 7 Lebenstagen" und Kinder, die vor Vollendung des ersten Lebensjahres gestorben sind unter "Gestorbene im 1. Lebensjahr" nachgewiesen.

Begriffsbeziehungen:

Die Begriffe Gestorbene und >>> Sterbefälle (Todesursachenstatistik, Bevölkerungsvorausschätzung) unterscheiden sich nicht. In der 5. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung wird jedoch nur die Untergruppe der Gestorbenen mit deutscher Staatsangehörigkeit berücksichtigt.

Im Unterschied zu den Gestorbenen in den ersten 7 Lebenstagen gelten als >>> Totgeborene (Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung) solche Geborene, bei denen nach der Scheidung vom Mutterleib weder das Herz geschlagen, noch die Nabelschnur pulsiert, noch die natürliche Lungenatmung eingesetzt hat und deren Körpergewicht mindestens 1 000 g beträgt.

Gesundheit, Sport und Erholung

1. Rechnungsstatistik

Datennachweis: ab 1950

2. Haushaltsansatzstatistik

Datennachweis: ab 1970

Begriffsinhalt:

Aufgabenbereich mit den Ausgaben

- für >>> Akut- und >>> Sonderkrankenhäuser, Kliniken, Kur-, Heil- und Genesungsheime, den Krankenhäusern angeschlossene Wäschereien, Schwesternwohnheime und -schulen, Hebammen- und Krankenpflegeschulen, Apotheken;
- für die Kostenbeteiligung an Krankenhäusern anderer Träger;
- für Zuweisungen und Zuschüsse an Krankenhäuser mit Sonderrechnung;
- für die Krankenhausfinanzierung nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz;
- für Gesundheitsbehörden sowie für Maßnahmen und sonstige >>> Einrichtungen des Gesundheitswesens (z.B. Impfwesen, Seuchenbekämpfung, Hebammenwesen, Schulgesundheitspflege, Bekämpfung der Suchtgefahren, Gesundheitliche Aufklärung, Schulen und Ausbildungseinrichtungen des Gesundheitswesens, Untersuchungsämter, Beratungsstellen, Ambulatorien, Schirmbildstellen, Hygiene Institute.)
- für Sport und Erholung (z.B. Park- und Gartenanlagen, Badeanstalten, Sportämter, Sportplätze, Turn- und Sporthallen (ohne Schulsport), Sportflugplätze, allgemeine Förderung der Sportverbände, Kleingartenwesen);
- zur Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen zur Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, zur Lärmbekämpfung, der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes - soweit nicht Forschung (z.B. Förderung des Baus von Meßstationen, Förderung der Aus- und Fortbildung von Fachkräften, Rat der Sachverständigen für Umweltfragen, Umweltbundesamt, Umweltschutzbeauftragter, Lärmschutzbeauftragter, Fluglärmm Kommission).

Ausgaben der Abwasser- und Fäkalienbeseitigung werden nicht hier, sondern bei den Aufgabenbereichen >>> Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau sowie >>> Kommunale Gemeinschaftsdienste nachgewiesen.

Die Ausgaben für die Hochschulkliniken sind nicht hier, sondern im Aufgabenbereich >>> Hochschulen nachgewiesen.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis 1962 sind hier auch Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände für die Jugendpflege (z.B. Jugendpfleger, Erholungslager, Jugendherbergen, Jugendberatungsstellen u.ä.) enthalten, die seit 1963 im Aufgabenbereich >>> Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung nachgewiesen werden.

Die Ausgaben für die Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen zur Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, Lärmbekämpfung, Reaktorsicherheit und Strahlenschutz werden erst seit dem Rechnungsjahr 1970 hier nachgewiesen, während sie bis 1969 hauptsächlich im Aufgabenbereich >>> Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen enthalten sind.

Bis 1973 sind die Ausgaben der Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern und Ämter für Park- und Gartenanlagen sowie Badeanstalten nicht hier, sondern im Aufgabenbereich Kommunale Gemeinschaftsdienste enthalten.

In der Haushaltsansatzstatistik liegen im kommunalen Bereich Angaben nur für Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und die Gemeindeverbände in den Jahren 1970 bis 1973 vor.

Die Finanzen der Krankenhäuser, die seit 1976 wegen der Umstellung ihres Rechnungswesens auf die kaufmännische doppelte Buchführung aus dem Berichtskreis der Finanzstatistik ausgeschieden sind, wurden für die Jahresrechnungsstatistik von 1976 bis 1978 schätzungsweise ermittelt und sind in den Ausgaben enthalten. Ab dem Rechnungsjahr 1979 werden sie aufgrund einer Erweiterung des finanzstatistischen Gesetzes wieder direkt in der Jahresrechnungsstatistik erfaßt und nachgewiesen.

Getötete Personen

1. Statistik der Straßenverkehrsunfälle

Datennachweis: ab 1953

Begriffsinhalt:

Personen, die bei Unfällen im Fahrverkehr auf öffentlichen Wegen und Plätzen am Unfallort ums Leben kommen oder innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen sterben.

Unfälle, die Fußgänger allein betreffen (z.B. Sturz bei Glatteis) und Unfälle, die sich auf Privatgrundstücken ereignen, werden nicht erfaßt.

Einbezogen werden aber Unfälle, bei denen Teilnehmer am Straßenverkehr im Bereich von Eisenbahnen getötet werden. Bei Unfällen, die sowohl dem Straßen- als auch dem Bahnverkehr zuzurechnen sind (hauptsächlich Unfälle, bei denen Personen oder Fahrzeuge auf schienengleichen Bahnübergängen von Zügen erfaßt werden), werden z.B. die getöteten Zugreisenden sowohl in der Statistik der Straßenverkehrsunfälle als auch in der Eisenbahnunfallstatistik berücksichtigt.

2. Eisenbahnunfallstatistik

Datennachweis: ab 1966

Begriffsinhalt:

Reisende, Bedienstete und bahnfremde Personen, die bei Bahnunfällen am Unfallort ums Leben kommen oder innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen sterben.

Erfaßt werden Personen, die bei Zugentgleisungen, Zugzusammenstößen oder durch persönliche Unfälle im Bereich von Eisenbahnen getötet werden, ebenso Wegebeneutzer aller Art, die durch den Zugverkehr ums Leben kommen.

Nicht in der Eisenbahnunfallstatistik, sondern in der Statistik der Straßenverkehrsunfälle werden Personen erfaßt, die im Bereich von Stadtschnellbahnen, die nicht von der Deutschen Bundesbahn betrieben werden, von Straßenbahnen o.ä. verunglücken.

Einbezogen werden aber Unfälle, bei denen Teilnehmer im Straßenverkehr im Bereich von Eisenbahnen getötet werden. Bei Unfällen, die sowohl dem Straßen- als auch dem Bahnverkehr zuzurechnen sind (hauptsächlich Unfälle, bei denen Personen oder Fahrzeuge auf schienengleichen Bahnübergängen von Zügen erfaßt werden), werden z.B. die getöteten Insassen von Kraftfahrzeugen sowohl in der Eisenbahnunfallstatistik als auch in der Statistik der Straßenverkehrsunfälle berücksichtigt.

3. Statistik der Luftverkehrsunfälle

Datennachweis: ab 1962

Begriffsinhalt:

Personen, die bei Flugverkehrs- oder Flugbetriebsunfällen ziviler Luftfahrzeuge ums Leben kommen.

Einbezogen werden alle Unfälle im gewerblichen und nichtgewerblichen Luftverkehr, also auch Unfälle im privaten Reise-, Sportmotor- und Segelflugbetrieb, im Werksverkehr und Schulflugbetrieb, bei denen Menschen (Fahrgäste, Piloten, Angehörige des Flug- und Bodenpersonals oder sonstige Personen) unmittelbar ums Leben kommen.

Berücksichtigt werden auch Unfälle bei der Abfertigung auf dem Vorfeld sowie Unfälle beim Rollen der Flugzeuge, nicht aber Unfälle bei Wartungs- und Überholungsarbeiten in Werften und Reparaturhallen.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1968 wurden zu den getöteten Personen auch diejenigen gerechnet, die innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen starben.

4. Statistik der Unfälle auf den Binnenwasserstraßen

Datennachweis: ab 1959

Begriffsinhalt:

Personen, die bei Verkehrsunfällen auf den Binnenwasserstraßen oder in den Binnenhäfen noch am Unfallort getötet werden oder vor Abschluß der Untersuchungen an den Unfallfolgen sterben.

Einbezogen werden nur Unfälle im Schiffsverkehr (z.B. Zusammenstöße, Auflaufen), bei denen Mitglieder der Besatzung, Fahrgäste oder sonstige Personen getötet werden. Nicht einbezogen werden Schiffsbetriebsunfälle (z.B. Feuer, Explosionen) und andere Unfälle.

5. Statistik der Seeunfälle

Datennachweis: 1950 bis 1975

Begriffsinhalt:

Personen, die bei Seeunfällen im Bereich von unter deutscher Flagge fahrenden Schiffen umkommen.

Es werden alle Personen erfaßt, die noch am Unfallort oder vor Abschluß der seeamtlichen Untersuchung an den Unfallfolgen sterben. Einbezogen werden Unfälle im Schiffsverkehr (z.B. Zusammenstöße, Grundberührungen) und Schiffsbetrieb (z.B. Feuer, Explosionen), bei denen Mitglieder der Besatzung, Fahrgäste oder sonstige Personen getötet werden, soweit diese Unfälle seeamtlich untersucht werden. Nicht erfaßt werden die vermißten Personen sowie die reinen Personenunfälle (z.B. auch Freitodfälle).

Getränkesteuer

Finanzberichte des Bundesministeriums der Finanzen

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

Örtliche Steuer, die überwiegend aus fiskalischen Erwägungen erhoben wird und deren Rechtsgrundlage überwiegend die Kommunalabgabengesetze der Bundesländer sind.

Mit der Getränkesteuer soll die Steuerkraft abgeschöpft werden, die in den Schankbetrieben durch den Getränkeumsatz entsteht.

Gegenstand der Besteuerung ist die entgeltliche Abgabe bestimmter alkoholischer und nicht alkoholischer Getränke. Die Steuer wird mit einem von der Gemeinde festzusetzenden Prozentsatz des Einzelhandelspreises erhoben, wo bei derjenige, der die Getränke entgeltlich abgibt, der Steuerschuldner ist.

Änderungen im Zeitablauf:

Die Getränkesteuer wird zur Zeit nur noch in den Ländern Niedersachsen, Hessen und Hamburg erhoben.

Die Getränkesteuer wird seit 1974 im Finanzbericht nicht mehr gesondert, sondern unter sonstige >>> Gemeindesteuern nachgewiesen.

Getreide

Landwirtschaftszählung 1971

Begriffsinhalt:

Zum Getreide rechnet der Anbau von Weizen einschl. Spelz, Roggen, Sommer und Wintermenggetreide, Sommer- und Wintergerste, Hafer und Körnermais.

Nachgewiesen wird das von >>> landwirtschaftlichen Betrieben bewirtschaftete >>> Ackerland, das mit Getreide bestanden ist.

Gewerbsteuer (Ertrag und Kapital)

1. Statistik über den Steuerhaushalt

Datennachweis: ab 1972

2. Finanzberichte des Bundesministeriums der Finanzen

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

Realsteuer, der jeder stehende Gewerbebetrieb unterliegt, soweit dieser im Inland betrieben wird.

Unter Gewerbebetrieb ist ein gewerbliches Unternehmen im Sinne des Einkommensteuergesetzes zu verstehen. Als Gewerbebetrieb gilt stets und in vollem Umfang die Tätigkeit der Offenen Handelsgesellschaften, der Kommanditgesellschaften und anderer Gesellschaften, bei denen die Gesellschafter als Unternehmer (Mitunternehmer) anzusehen sind, der Kapitalgesellschaften, der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit sowie der sonstigen juristischen Personen des privaten Rechts und der nichtrechtsfähigen Vereine, soweit sie einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb unterhalten. Der Gewerbesteuer unterliegt nicht eine Betätigung, die als Ausübung von Land- und Forstwirtschaft oder als Ausübung eines freien Berufs oder als eine andere selbständige Arbeit anzusehen ist. Von der Gewerbesteuer befreit sind u.a. die Deutsche Bundespost, die Deutsche Bundesbahn, die Deutsche Bundesbank und andere im Gewerbesteuergesetz aufgeführte öffentliche Banken sowie Unternehmen, die gemäß ihrer Satzung ausschließlich gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken dienen.

Besteuerungsgrundlagen für die Gewerbesteuer sind der Gewerbeertrag und das Gewerbekapital. Ausgangspunkt für die Ermittlung des Gewerbeertrags ist der nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes oder des Körperschaftsteuergesetzes ermittelte Gewinn aus dem Gewerbebetrieb, der um bestimmte Hinzurechnungen (z.B. Schuldzinsen für Dauerschulden) erhöht und um bestimmte Kürzungen (z.B. 1,2 v.H. des Einheitswerts des zum Betriebsvermögen des Unternehmens gehörenden Grundbesitzes) vermindert wird. Berücksichtigung des Gewerbesteuerverlustes erfolgt gem. § 10 a GewStG.

Bei der Berechnung der Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag wird von einem Steuermeßbetrag ausgegangen. Der Steuermeßbetrag wird durch Anwendung eines Hundertsatzes von regelmäßig 5 v.H. (Steuermeßzahl) auf den Gewerbeertrag ermittelt. Bei natürlichen Personen und Personengesellschaften ist ein Freibetrag von 36 000 DM zu berücksichtigen. Ermäßigte Steuermeßzahlen (2,5 v.H.) gelten für Hausgewerbetreibende und ihnen gleichgestellten Personen sowie für Unternehmen, soweit sie den Betrieb von Schiffen im internationalen Verkehr zum Gegenstand haben.

Als Gewerbekapital gilt der Einheitswert des gewerblichen Betriebes im Sinne des Bewertungsgesetzes zuzüglich bestimmter Hinzurechnungen (z.B. Dauerschulden) und abzüglich bestimmter Kürzungen (z.B. Einheitswert der Betriebsgrundstücke).

Bei der Berechnung der Gewerbesteuer nach dem Gewerbekapital wird von einem Steuermeßbetrag ausgegangen, der durch Anwendung eines Tausendsatzes (Steuermeßzahl) auf das um 120 000 DM (Freibetrag) verminderte Gewerbekapital ermittelt wird.

Die Steuermeßzahl für das Gewerbekapital beträgt 2 v.T.; eine ermäßigte Steuermeßzahl von 1 v.T. gilt für Unternehmen, soweit sie den Betrieb von Schiffen im internationalen Verkehr zum Gegenstand haben.

Durch Zusammenrechnung der Steuermeßbeträge nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital setzt das veranlagende Finanzamt nach Ablauf des Kalenderjahres den sog. einheitlichen Steuermeßbetrag fest.

Sind im Erhebungszeitraum Betriebsstätten zur Ausübung des Gewerbes in mehreren Gemeinden unterhalten worden oder erstreckt sich eine Betriebsstätte über mehrere Gemeinden, so ist der einheitliche Steuermeßbetrag in die auf die einzelnen Gemeinden entfallenden Anteile (Zerlegungsanteile) zu zerlegen. Zerlegungsmaßstab sind die Arbeitslöhne; bei Wareneinzelhandelsunternehmen hingegen die Betriebseinnahmen und die Arbeitslöhne je zur Hälfte.

Durch Anwendung eines durch Gemeindegesetz festgesetzten Hebesatzes auf den einheitlichen Steuermeßbetrag/Zerlegungsanteil wird die Gewerbesteuer ermittelt und von den Gemeinden erhoben. Der Hebesatz ist für alle in der Gemeinde vorhandenen Unternehmen gleich hoch; er differiert jedoch von Gemeinde zu Gemeinde.

Für die Feststellung der Besteuerungsgrundlagen, die Festsetzung und Zerlegung des Meßbetrags sind die Finanzämter zuständig (die einheitlichen Steuermeßbeträge sind grundsätzlich in einem Arbeitsgang mit der Veranlagung zur Einkommen- oder Körperschaftsteuer, der einheitlichen Gewinnfeststellung oder der gesonderten Feststellung des Gewinns aus dem gewerblichen Betrieb festzusetzen), für die Festsetzung des Hebesatzes und die Erhebung der Steuer dagegen die Gemeinden.

Vorauszahlungen zur Gewerbesteuer sind am 15.2., 15.5., 15.8. und 15.11. zu entrichten. Die Höhe der Vorauszahlungen beträgt grundsätzlich ein Viertel der Gewerbesteuer, die sich bei der letzten Veranlagung ergeben hat; die Gemeinde kann die Vorauszahlungen an die sich voraussichtlich ergebende Steuer anpassen. Abschlußzahlungen zur Gewerbesteuer erfolgen nach Festsetzung der Steuer durch die Gemeinde. Die Gewerbesteuer folgt damit dem Wirtschaftsverlauf durchschnittlich mit ein- bis zweijähriger Verzögerung.

Die Gewerbesteuer ist eine Gemeindesteuer, durch die >>> Gewerbesteuerumlage sind der Bund und die Länder am Aufkommen beteiligt.

Änderungen im Zeitablauf:

Das Gewerbesteuerrecht wurde häufig geändert; von den Änderungen waren vor allem die Meßzahlen, Freibeträge und Hinzurechnungen/ Kürzungen betroffen.

Für natürliche Personen und Personengesellschaften, wobei die folgenden Ausführungen über die Stufen- und Freibetragsregelung bei der Gewerbeertragsteuer nur für diesen Steuerpflichtigenkreis gelten, waren die Steuermeßzahlen für den Gewerbeertrag so gestaffelt, daß sie für

die ersten 7 200 DM (Erhebungszeitraum 1962 bis 1974)

die ersten 15 000 DM (Erhebungszeitraum 1975 bis 1977)

des Gewerbeertrags 0 v.H. betragen; für vier weitere Ertragsstufen von je 2 400 DM (1962 bis 1974) bzw. 3 600 DM (1975 bis 1977) des Gewerbeertrages beliefen sie sich auf 1, 2, 3 und 4 v.H. Erst ab einem Gewerbeertrag von 16 800 bzw. 29 400 DM wurde die "normale" Steuermeßzahl von 5 v.H. angewandt. Ab Erhebungszeitraum 1978: Wegfall der Stufenregelung bei gleichzeitiger Heraufsetzung des Freibetrags von 15 000 auf 24 000 DM; ab 1981 weitere Anhebung auf 36 000 DM.

Beim Gewerbekapital wurde ab Erhebungszeitraum 1978 die Freigrenze von 6 000 DM in einen Freibetrag von 60 000 DM umgewandelt und erhöht. Ab 1981 Anhebung des Freibetrags auf 120 000 DM und Einführung eines Freibetrags von 50 000 DM für die (dem Gewinn hinzuzurechnenden) Dauerschulden. Ab 1983 wird der 50 000 DM übersteigende Betrag der Dauerschulden nur noch in Höhe von 60 v.H. (ab 1984: 50 v.H.) hinzuge-rechnet.

Ab 1980 wurde die Mindestgewerbesteuer abgeschafft.

Im Jahre 1968 wurde die besondere Steuermeßzahl für den Gewerbeertrag öffentlicher Sparkassen usw. in Höhe von 3,5 v.H. eingeführt; sie betrug seit 1974 4,25 v.H., ab 1981 (Artikel 13 Subventionsabbaugesetz vom 26.6.1981, BGBl. I S. 537) Erhöhung auf 5,0 v.H.

Zu beachten ist ferner eine zunehmende Hebesatzanspannung im Laufe der Jahre. Besonders der Wegfall der Lohnsummensteuer (1980) löste bei den betroffenen Gemeinden kräftige Hebesatzerhöhungen aus; z.T. Hebesatzsenkungen bei den übrigen Kommunen.

Auf das Gewerbesteueraufkommen hatte außerdem die Erhebungspraxis der Gemeinden einen spürbaren Einfluß: im Hinblick auf die Ermäßigung der Gewerbesteuerumlage zum 1.1.1980 und 1983 hat eine Reihe von ihnen das der Umlage als Bemessungsgrundlage dienende Gewerbesteueraufkommen insbesondere im letzten Vierteljahr 1979 bzw. 1982 im Rahmen ihrer Möglichkeiten niedrig gehalten und damit in das jeweils folgende Jahr verlagert. Für die Einführung der Gewerbesteuerumlage zum 1.1.1970 gilt mit umgekehrten Vorzeichen entsprechendes.

In den neuen Bundesländern wird die Gewerbesteuer nach dem Gewerbekapital zunächst nicht erhoben. Außerdem gelten in den neuen Bundesländern für 1991 und 1992 für Gewerbeerträge bis 84 000 DM ermäßigte Steuermeßzahlen

Gewerbesteuerumlage

1. Statistik über den Steuerhaushalt

Datennachweis: ab 1972

2. Finanzberichte des Bundesministeriums der Finanzen

Datennachweis: ab 1970

Begriffsinhalt:

Umlage, die auf der Grundlage der >>> Gewerbesteuer berechnet und von den Gemeinden je zur Hälfte an Bund und Länder abgeführt wird.

Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuerumlage ist der sog. Grundbetrag der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital, der für jede einzelne Gemeinde nach der Formel "Istaufkommen dividiert durch den Hebesatz mal 100" für das Kalenderjahr ermittelt wird; auf den Grundbetrag wird ein Vervielfältiger von z.Zt. 52 v.H. angewandt.

Die Gewerbesteuerumlage ist jährlich bis zum 1.2. des auf das Erhebungsjahr folgenden Jahres - unter Anrechnung der geleisteten Abschlags-/Vorauszahlungen - von den Gemeinden abzuführen (Schlußabrechnung). Die kassenmäßigen Abflüsse (Abschlagszahlungen) erfolgen vierteljährlich bis zum 1.5., 1.8. und 1.11. entsprechend der Höhe des Gewerbesteuer-Istaufkommens des jeweils vorangegangenen Quartals. Im Dezember erfolgt eine Vorauszahlung auf die Schlußabrechnung in Höhe der Abschlagszahlung für das 3. Quartal (im Einzelfall jedoch höchstens bis zur Höhe der Vorauszahlung auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer). Der Restbetrag ist bis zum 1.2. des folgenden Jahres zu entrichten.

Zu Einzelheiten siehe Gemeindefinanzreformgesetz.

Änderungen im Zeitablauf:

Die Höhe des Vervielfältigers ist im Zeitablauf mehrfach geändert worden:

1970 - 1979	120 v.H.
1980 - 1982	80 v.H.
1983	58 v.H.
1984 -	52 v.H.

1991 und 1992 haben die Gemeinden in den neuen Bundesländern keine Gewerbesteuerumlage abzuführen. Für die Gemeinden im früheren Bundesgebiet wird der Vervielfältiger 1991 um 2 Prozentpunkte auf 54% und 1992 um 5 Prozentpunkte auf 57% erhöht.

Die erhöhte Gewerbesteuerumlage, die die Beteiligung der Gemeinden an der Finanzierung des Fonds "Deutsche Einheit" sicherstellen soll, steht im Gegensatz zu der "normalen" Gewerbesteuerumlage ausschließlich den Ländern zu.

Gewerbliche Auszubildende

1. Monatlicher Baubericht

Datennachweis: 1950 bis 1977

2. Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau)

Datennachweis: ab 1977; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991/92

3. Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen

Datennachweis: 1950 bis 1974

4. Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen

Datennachweis: 1950 bis 1974

5. Handwerkszählung 1977

6. Mikrozensus

Datennachweis: ab 1972

Begriffsinhalt:

Personen, die aufgrund eines Ausbildungsvertrages nach dem Berufsbildungsgesetz in anerkannten gewerblichen Ausbildungsberufen ausgebildet werden.

Als gewerbliche Ausbildungsberufe gelten solche, die normalerweise in einen Arbeiterberuf einmünden.

Zu den gewerblichen Auszubildenden rechnen auch Praktikanten, Volontäre sowie Umschüler mit entsprechenden Tätigkeiten.

Nicht zu den gewerblichen Auszubildenden zählen Personen, deren berufliche Ausbildung ausschließlich an Schulen der beruflichen Ausbildung (z.B. Lehre ersetzende Berufsfachschulen) erfolgt sowie Personen im öffentlichen Dienst, die im technischen oder nichttechnischen Vorbereitungsdienst den Beamtenstatus anstreben.

Begriffsbeziehungen:

Im Unterschied zu den gewerblichen Auszubildenden handelt es sich bei den >>> kaufmännischen und technischen Auszubildenden (Handwerkszählung 1977, Mikrozensus) um Personen, die in anerkannten kaufmännischen oder technischen Ausbildungsberufen ausgebildet werden. Die Ausbildung dieser Personen mündet normalerweise in einen Angestelltenberuf ein.

In den Zahlen der >>> Auszubildenden (Statistik der beruflichen Bildung) und der >>> Nachwuchskräfte (Arbeitsstättenzählung 1970) sind im Unterschied zu den gewerblichen Auszubildenden alle Auszubildenden enthalten, deren Ausbildung normalerweise in einen Arbeiter- oder Angestelltenberuf einmündet. Zu beachten ist ferner, daß die Auszubildenden im Unterschied zu allen übrigen Begriffen nicht die Praktikanten, Volontäre und Umschüler mit entsprechenden Tätigkeiten umfassen.

Unterschiede in den Zahlen über Auszubildende zwischen dem Mikrozensus einerseits sowie den Bereichsstatistiken und der Arbeitsstättenzählung andererseits ergeben sich auch daraus, daß z.B. Praktikanten in mehreren Betrieben, Unternehmen oder Arbeitsstätten beschäftigt sind und daher in den Bereichsstatistiken und der Arbeitsstättenzählung mehrfach erfaßt und nachgewiesen werden können. Im Mikrozensus wird jeder Auszubildende nur einmal erfaßt, da die einzelne Person bzw. der Haushalt und nicht der Betrieb, das Unternehmen oder die Arbeitsstätte Erhebungseinheit ist. Außerdem können die befragten Personen häufig nur ungenauere Angaben über den Wirtschaftszweig machen als die befragten Betriebe, Unternehmen oder Arbeitsstätten.

Gewerbliche Betriebsgebäude

Preisindizes für Bauwerke

Datennachweis: ab 1958

Begriffsinhalt:

>>> Nichtwohngebäude, die den Zwecken der gewerblichen Wirtschaft dienen und nicht anderen Gebäudegruppen zugeordnet werden können.

Erfaßt werden Gebäude in Stahl- und Stahlbetonskelettbauweise.

Dazu rechnen z.B. >>> Fabrik- und Werkstattgebäude, >>> Handels- und Lagergebäude und Verkehrsgebäude (sofern sie überdacht und von Wänden umschlossen sind).

Nicht zu den gewerblichen Betriebsgebäuden zählen >>> Büro- und Verwaltungsgebäude, >>> Gaststätten, Heilbäder, Lichtspielhäuser, Wäschereien, >>> Hotels und Pensionen.

Begriffsbeziehungen:

Im Unterschied zu den gewerblichen Betriebsgebäuden werden beim >>> gewerblichen und industriellen Bau (Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau), Monatlicher Baubericht) auch Bürogebäude sowie der gesamte Bereich des gewerblichen Tiefbaus erfaßt.

Die Begriffe "gewerbliche Betriebsgebäude" und >>> nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude (Statistik der Baugenehmigungen und Statistik der Baufertigstellungen) sind synonym.

Gewerblicher Fernverkehr

Statistiken des gewerblichen Fernverkehrs und des Werkfernverkehrs

Datennachweis: ab 1964

Begriffsinhalt:

Beförderung von Gütern mit Lastkraftfahrzeugen für andere gegen Entgelt über die Grenzen der Nahzone hinaus oder außerhalb dieser Grenzen.

Der gewerbliche Fernverkehr umfaßt den gewerblichen Güterfernverkehr und den Umzugsverkehr im Fernbereich.

Gemeinden, deren Ortsmittelpunkt innerhalb dieses Umkreises liegt, zählen vollständig zur Nahzone.

Man unterscheidet zwischen gewerblichem Fernverkehr deutscher Fahrzeuge und gewerblichem Fernverkehr ausländischer Fahrzeuge. Entscheidend für diese Zuordnung ist das Heimatland des Fahrzeugs, d.h. das Land, in dem das Fahrzeug zugelassen ist. Zu den deutschen Fahrzeugen zählen alle Fahrzeuge, die in der Bundesrepublik Deutschland (Gebietsstand ab dem 3.10.1990) beheimatet sind.

Begriffsbeziehungen:

Im Unterschied zum gewerblichen Fernverkehr erfolgt der >>> Werkfernverkehr (Statistiken des gewerblichen Fernverkehrs und des Werkfernverkehrs) nicht für andere gegen Entgelt, sondern dient eigenen Zwecken des Unternehmens und stellt im Rahmen seiner gesamten Tätigkeit lediglich eine Hilfstätigkeit dar.

Änderungen im Zeitablauf:

Nicht erfaßt wurden bis 1990 Transporte mit Fahrzeugen aus der ehem. DDR im innerdeutschen Verkehr.

Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen

1. Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau)

Datennachweis: ab 1967; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991/92

2. Monatlicher Baubericht

Datennachweis: 1950 bis 1977

3. Index des Auftragseingangs für das Bauhauptgewerbe

Datennachweis: ab 1977

4. Index des Auftragsbestands für das Bauhauptgewerbe

Datennachweis: ab 1977

Begriffsinhalt:

Errichtung von Hoch- und/oder Tiefbauten, die überwiegend gewerblichen oder industriellen Zwecken dienen.

Je nach Statistik und Nachweis ist unter dem gewerblichen und industriellen Bau für Unternehmen Hochbau, Tiefbau oder Hoch- und Tiefbau zusammen zu verstehen, der im Auftrag von Unternehmen oder Betrieben der privaten Wirtschaft (freie Berufe, Industrie, Handwerk, Handel, Banken, Versicherungen, Verkehrs und Dienstleistungsgewerbe) in Auftrag gegeben wird bzw. wurde.

Zum gewerblichen und industriellen Hochbau rechnen z.B. Industriebauwerken und -anlagen, Bürogebäude, Gas- und Elektrizitätswerke, Sparkassen- und Bankgebäude, Gebäude für Versicherungsunternehmen (ohne Sozialversicherung), Mühlen, Sägewerke, Ziegeleien (auch wenn sie Nebenbetriebe landwirtschaftlicher Betriebe darstellen), Lager- und Kühlhäuser, Markthallen, Messegebäude, Garagen (auch Tiefgaragen), Parkhäuser, Tankstellen, Hotels, Kinos usw.

Der Bau von Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerken zählt ebenfalls zum gewerblichen Bau, auch wenn diese im Auftrag eines Versorgungsbetriebes öffentlich-rechtlicher Körperschaften erstellt werden.

Zum gewerblichen und industriellen Tiefbau rechnen z.B. Bauten für den Transport in Rohrleitungen - sofern sie nicht Bestandteil von Gebäuden oder Industrieanlagen sind -, Kanalanlagen - soweit sie der Wasserzufuhr von Elektrizitätswerken dienen -, ferner Tiefbauten für die Elektrizitätsverteilung (Gruben und Schächte für die Aufnahme von Kabeln und sonstigen Verteilungsleitungen, Freiluftumspannwerke, Maste, verlegte Leitungen), nichtlandwirtschaftliche Wasserbauten (soweit sie nicht öffentlichen Zwecken dienen), bergbauliche Schachtanlagen, unterirdische Tankanlagen und Lager. Straßen- und Brückenbauten mit privatem Auftraggeber (z.B. auf einem Industriegelände) zählen nicht zum gewerblichen Tiefbau, sondern zum >>> Straßenbau (Straßen) bzw. zum sonstigen Tiefbau (Brücken).

Nachgewiesen werden, neben absoluten Werten und Meßzahlen, auch der >>> Index des Auftragseingangs und der >>> Index des Auftragsbestands.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1976 zählten Tiefgaragen nicht zum gewerblichen und industriellen Hochbau, sondern zum gewerblichen und industriellen Tiefbau.

Begriffsbeziehungen:

Im Unterschied zum gewerblichen und industriellen Bau (soweit Hochbau) umfassen die >>> gewerblichen Betriebsgebäude in der Statistik der Baugenehmigungen und der Statistik der Baufertigstellungen im wesentlichen keine Bürogebäude. In den gewerblichen Betriebsgebäuden in der Statistik der Baupreise sind im wesentlichen nur industrielle u.ä. Bauten berücksichtigt.

Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen sowie landwirtschaftlicher Bau

1. Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau)

Datennachweis: ab 1971; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991/92

2. Index des Auftragseingangs für das Bauhauptgewerbe

Datennachweis: 1971 bis 1976

3. Index des Auftragseingangs für das Bauhauptgewerbe

Datennachweis: ab 1977

4. Index des Auftragsbestands für das Bauhauptgewerbe

Datennachweis: 1971 bis 1976

5. Index des Auftragsbestands für das Bauhauptgewerbe

Datennachweis: ab 1977

Begriffsinhalt:

Errichtung von Hoch- bzw. Tiefbauten, die überwiegend gewerblichen bzw. überwiegend land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken dienen.

Nicht hierzu rechnen der >>> Wohnungsbau bzw. der >>> Straßenbau, der im Auftrag von gewerblichen, industriellen und land- oder forstwirtschaftlichen Unternehmen oder Betrieben in Auftrag gegeben wird bzw. wurde.

In den unter 2. und 4. genannten Indizes des Auftragseingangs und des Auftragsbestands für das Bauhauptgewerbe rechnen zum gewerblichen und industriellen Bau für Unternehmen sowie landwirtschaftlichen Bau im Bereich des >>> Hochbaus (bzw. des >>> Tiefbaus) der gewerbliche und industrielle Hochbau (bzw. Tiefbau) sowie der landwirtschaftliche Hochbau (bzw. Tiefbau). Zu Einzelheiten bezüglich der Auftraggeber und jeweils einbezogenen Bauten siehe die Erläuterungen zum gewerblichen und industriellen Hochbau (bzw. Tiefbau) unter >>> gewerblicher und industrieller Bau, zum landwirtschaftlichen Hochbau (bzw. Tiefbau) unter >>> landwirtschaftlicher Bau.

In den unter 3. und 5. genannten Indizes des Auftragseingangs und des Auftragsbestands für das Bauhauptgewerbe rechnet zum gewerblichen und industriellen Bau für Unternehmen sowie landwirtschaftlichen Bau im Bereich des Hochbaus der gesamte landwirtschaftliche Hoch- und Tiefbau. Zu Einzelheiten bezüglich der Auftraggeber und einbezogenen Bauten siehe die Erläuterungen zum gewerblichen und industriellen Hochbau unter >>> gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen, zum landwirtschaftlichen Hoch- und Tiefbau unter landwirtschaftlicher Bau.

Gewerbliche Schlachtungen

Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

Schlachtungen auf den öffentlichen Schlacht- und Viehhöfen, in den Versandschlachtereien und Fleischwarenfabriken sowie in privaten Schlachthäusern und Landschlachtereien.

Begriffsbeziehungen:

Gewerbliche Schlachtungen sind zu unterscheiden von >>> Hausschlachtungen (Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik). Letztere umfassen die Schlachtungen von Selbstversorgern, in aller Regel den Haltern von Tieren, erstere umfassen die Schlachtungen gewerblicher Art, bei denen die >>> geschlachteten Tiere nicht für den Selbstverbrauch bestimmt sind.

Gewerbliche Wirtschaft

1. Außenhandelsstatistik

Datennachweis: ab 1962

2. Index der Einfuhrpreise

Datennachweis: ab 1950

3. Index der Ausfuhrpreise

Datennachweis: ab 1954

Begriffsinhalt:

Warenposition, die >>> Rohstoffe, >>> Halbwaren und >>> Fertigwaren umfaßt.

Als Rohstoffe gelten Erzeugnisse der gewerblichen und der landwirtschaftlichen Urproduktion, die überwiegend zur gewerblichen Verarbeitung bestimmt sind und nicht der Ernährung von Menschen und Tiere dienen. Im wesentlichen zählen dazu Erdöl, Kohle, Erze, Steine und Erden, Kautschuk, Rohholz, Spinnstoffe, Rohphosphate.

Als Halbwaren gelten Erzeugnisse, die einem gewerblichen Bearbeitungsprozeß unterliegen, aber noch verhältnismäßig gering bearbeitet sind. Im wesentlichen zählen dazu Kraftstoffe, Schmieröle, Erdgas, Garne, Schnittholz, Zellstoff, mineralische Baustoffe, Ferrolegierungen, Eisenhalbzeug, NE-Metalle, Koks, Teer, Düngemittel, sonstige chemische Halbwaren.

Die Fertigwaren umfassen die >>> Vorerzeugnisse und die >>> Enderzeugnisse.

Als Vorerzeugnisse gelten Erzeugnisse, die im gewerblichen Produktionsprozeß stärker bearbeitet wurden, aber noch nicht die endgültige Verwendungsreife erlangt haben. Im wesentlichen zählen dazu textile Gewebe und Gewirke, Leder, Papier und Pappe, Furniere, Sperrholz, Steinzeug, Glas, Kunststoffe, Farbstoffe, chemische Vorerzeugnisse, Stangen, Bleche, Draht usw. aus Eisen und NE-Metallen.

Als Enderzeugnisse gelten Erzeugnisse, die im gewerblichen Produktionsprozeß stärker bearbeitet wurden und die endgültige Verwendungsreife erlangt haben. Im wesentlichen zählen dazu Textilwaren, Bekleidung, Papierwaren, Holzwaren, Steinwaren, Glaswaren, Eisenwaren, Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Waren aus Kunststoffen, chemische Enderzeugnisse, Wasser-, Luft- und Kraftfahrzeuge.

Die Güter der Gewerblichen Wirtschaft abzüglich der Güter der Bundesregierung werden unter "Gewerbliche Wirtschaft (ohne Güter der Bundesregierung)" gesondert nachgewiesen. Als Güter der Bundesregierung gelten im wesentlichen militärische Ausrüstungsgüter.

Beim Index der Ein- und Ausfuhrpreise werden die Daten unter "Güter der gewerblichen Wirtschaft" nachgewiesen.

Änderungen im Zeitablauf:

Vor 1976 wurde der elektrische Strom in der Außenhandelsstatistik nicht nachgewiesen. Für die Außenhandelspreise werden z.Z. keine Preise für elektrischen Strom, Wasser- und Luftfahrzeuge und "Güter der Bundesregierung" erhoben.

Gewerbliche Wirtschaft (ohne Verkehr)

Subventionsberichte

Datennachweis: ab 1966

Begriffsinhalt:

In den Subventionsberichten ausgewiesene Finanzhilfen und Steuervergünstigungen für die gewerbliche Wirtschaft ohne >>> Verkehr.

1. Finanzhilfen

Zu Einzelheiten über Finanzhilfen für die gewerbliche Wirtschaft (ohne Verkehr) siehe unter

>>> Bergbau,

>>> Energie- und Rohstoffversorgung,

>>> Technologie- und Innovationsförderung, Hilfen für bestimmte Industriebereiche sowie

>>> regionale Strukturmaßnahmen

Soweit es sich bei den Finanzhilfen zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft nicht um Finanzhilfen für den Bergbau, für die Energie- und Rohstoffversorgung, für regionale Strukturmaßnahmen oder um Finanzhilfen für Technologie- und Innovationsförderung, Hilfen für bestimmte Industriebereiche handelt, werden sie unter "sonstige Maßnahmen" nachgewiesen.

An Finanzhilfen für sonstige Maßnahmen werden gezahlt

- Zuschüsse zur Förderung der Leistungsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen in Handwerk, Handel- und Gaststättengewerbe, Verkehrsgewerbe, Industrie und sonstigem Dienstleistungsgewerbe durch finanzielle Hilfen zum Auf- und Ausbau des Beratungs- und Informationswesens einschließlich des Messewesens, der Unternehmerfortbildung, für Maßnahmen zur Anpassung der personellen Leistungsfähigkeit an die fortschreitende, insbesondere technische Entwicklung, und für Kooperationszwecke;
- Förderung von branchenübergreifenden Maßnahmen zur Leistungssteigerung in kleinen und mittleren Unternehmen; die Maßnahmen werden im allgemeinen vom Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft (RKW) e. V. und vergleichbaren Fachorganisationen durchgeführt;
- seit 1982 Förderung von Informations- und Schulungsveranstaltungen zur Erleichterung der Existenzgründung und des Existenzaufbaus freiberuflich Tätiger nach dem Grundsatz der "Hilfe zur Selbsthilfe"; die Förderung besteht in einem pauschalen Zuschuß zu den gesamten Veranstaltungskosten und beträgt je Veranstaltungstag bis zu 50 v.H. der Veranstaltungskosten, höchstens 750,- DM;
- seit 1979 Zinszuschüsse im Rahmen des Eigenkapitalhilfeprogramms zur Gründung selbständiger Existenzen; zur Verbesserung ihrer Eigenkapitalsituation können Existenzgründer, die 12 v.H. Eigenkapital nachweisen, langfristige zinsverbilligte Darlehen (die ersten beiden Jahre zinslos) der Lastenausgleichsbank (LAB) erhalten, die mit Ausnahme der persönlichen Haftung des Darlehensnehmers nicht banküblich abgesichert zu werden brauchen und im Konkursfall unbeschränkt haften; das Ausfallrisiko wird durch eine globale Bundesgarantie abgedeckt;
- seit 1950 Zuschuß an das Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft (RKW) als Träger staatlicher Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung; das RKW wendet sich mit seiner auf betriebliche Leistungssteigerungen abzielenden Arbeit (Entwicklung neuer und Sammlung bewährter Rationalisierungsmethoden; Verbreitung von Führungs- und Rationalisierungswissen durch Beratung, Information, Schulung und Herausgabe einschlägiger Schriften) vor allem an kleine und mittlere Unternehmen insbesondere der Industrie;
- Zuschüsse zur Pflege der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland an Auslandshandelskammern und Delegierte der deutschen Wirtschaft im Ausland, an neu zu gründende Auslandshandelskammern sowie zur Förderung von Wirtschaftskontakten mit dem Ausland;
- Jahresleistung an die "Stiftung Warentest", damit diese ihre satzungsmäßige Aufgabe, nämlich die Öffentlichkeit über objektivierbare Merkmale des Nutz- und Gebrauchswertes von Waren und Dienstleistungen zu unterrichten, möglichst umfassend erfüllen kann;
- Aufbau- und Eingliederungsdarlehen an Berechtigte nach Abschnitt I des Flüchtlingshilfegesetzes (einschl. der Verwaltungs- und sonstigen Kosten der Kreditinstitute); im einzelnen handelt es sich um Aufbaudarlehen für den Wohnungsbau, zum Bau eines Familienheimes oder einer sonstigen Wohnung, um Aufbaudarlehen für die gewerbliche Wirtschaft und die freien Berufe zur Begründung oder Festigung einer selbständigen Existenz und um Aufbaudarlehen für die Landwirtschaft sowie Darlehen und Zuschüsse zur Eingliederung in die Landwirtschaft.

2. Steuervergünstigungen

Zu Einzelheiten über Steuervergünstigungen für die gewerbliche Wirtschaft (ohne Verkehr) siehe unter

>>> Bergbau,

>>> regionale Strukturmaßnahmen

Soweit es sich bei den Steuervergünstigungen zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft nicht um Steuervergünstigungen für den Bergbau oder für regionale Strukturmaßnahmen handelt, werden sie unter "Gewerbliche Wirtschaft allgemein" nachgewiesen.

An Steuervergünstigungen für die gewerbliche Wirtschaft allgemein werden gewährt im Rahmen der Einkommen- und Körperschaftsteuer

- Übertragungsmöglichkeit für stille Reserven, die bei der Veräußerung bestimmter Wirtschaftsgüter aufgedeckt werden zur Erleichterung der Anpassung an regionale, technische oder wirtschaftliche Strukturänderungen (§§ 6 b und 6 c EStG);

- seit 1971 Übertragungsmöglichkeit für stille Reserven, die bei der Übertragung bestimmter Anlagegüter auf Dritte zur Vorbereitung oder Durchführung von Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen aufgedeckt werden zur Beseitigung von steuerlichen Hemmnissen für die Durchführung von städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen (§ 82 Städtebauförderungsgesetz);
- seit 1982 Rücklage bei Erwerb von Betrieben, die stillgelegt oder von der Stilllegung bedroht sind, zur Eindämmung der Insolvenzswelle;
- Bewertungsfreiheit für Fabrikgebäude, Lagerhäuser und landwirtschaftliche Betriebsgebäude bei Vertriebenen, Flüchtlingen und Verfolgten (§ 7 e EStG);
- seit 1983 Sonderabschreibung zur Förderung kleiner und mittlerer Betriebe in Höhe von 10 v.H. der Anschaffungs- oder Herstellungskosten, die im Jahr der Anschaffung oder Herstellung neuer beweglicher Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens in Anspruch genommen werden kann (§ 7 g EStG);
- Steuerbegünstigung des nicht entnommenen Gewinns für Vertriebene, Flüchtlinge und Verfolgte (§ 10 a EStG);
- Freibetrag von 30 000 DM für Veräußerungsgewinne bis 100 000 DM (mit Härteklause) und Verdoppelung dieser Beträge für Alters- und Invaliditätsfälle (§ 16 Abs. 4 EStG);
- erhöhte Absetzungen bei Wirtschaftsgütern, die dem Umweltschutz dienen (§ 7 d EStG);
- nach § 4 der Verordnung über die steuerliche Begünstigung von Wasserkraftwerken vom 26. Oktober 1944 i.V.m. Artikel 14 StÄndG 1977 vom 16. August 1977 Ermäßigung der Einkommensteuer, die auf den Gewinn aus den steuerbegünstigten Anlagen entfällt, ab Betriebsbeginn für die Dauer von 20 Jahren auf die Hälfte der gesetzlichen Beträge;
- Bewertungsabschlag für Importwaren mit wesentlichen Preisschwankungen (§ 80 Abs. 1 EStDV);
- seit 1983 Bewertungsfreiheit für abnutzbare Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die der Forschung und Entwicklung dienen (§ 82 d EStDV); - seit 1977 Freibetrag für kleinere Körperschaften (§ 24 KStG);
- seit 1970 Gewährung einer Investitionszulage für betriebliche Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen in Höhe von 20 v.H. der begünstigten Investitionsaufwendungen bis zu 500 000 DM jährlich und von 7,5 v.H. der diesen Betrag übersteigenden Investitionsaufwendungen (§ 4 Investitionszulagengesetz);
- seit 1974 Gewährung einer Investitionszulage von 7,5 v.H. für bestimmte Investitionen im Bereich der Energieerzeugung und -verteilung (§ 4a Investitionszulagengesetz);
- Rücklage für bevorratungspflichtige Erdölzeugnisse, um die Finanzierung von bevorratungspflichtigen Erdölzeugnissen zu erleichtern (§ 18 des Gesetzes über Mindestvorräte an Erdölzeugnissen);

im Rahmen der Vermögensteuer

- Steuerbegünstigung für Kapitalanlagen in Entwicklungsländern (§ 7 EntwLStG);
- seit 1975 nach § 5 der Verordnung über die steuerliche Begünstigung von Wasserkraftwerken vom 26. Oktober 1944 i.V.m. Artikel 14 StÄndG 1977 vom 16. August 1977 Befreiung von Wasserkraftwerken während der Bauzeit voll und ab Betriebsbeginn für 20 Jahre von der halben Vermögensteuer;

im Rahmen der Gewerbesteuer

- Ermäßigung der auf die steuerbegünstigten Anlagen entfallenden einheitlichen Gewerbesteuermeßbeträge für die Dauer von 20 Jahren auf die Hälfte der gesetzlichen Beträge nach § 6 der Verordnung über die steuerliche Begünstigung von Wasserkraftwerken vom 26. Oktober 1944 i.V.m. Artikel 14 StÄndG 1977 vom 16. August 1977;

im Rahmen der Verbrauchsteuern

- Befreiung für Tabakwaren, die der Hersteller an seine Arbeitnehmer als Deputate ohne Entgelt abgibt, von der Tabaksteuer (§ 11 Abs. 2 TabStG 1980);
- zum Schutz der mittelständischen Brauereien Staffelung der Biersteuersätze nach der Höhe des Bierausstoßes (Mengenstaffel) (§ 3 BierStG);
- Steuervergünstigung für Hausbrauer durch Ermäßigung des niedrigsten Steuerstaffelsatzes um 40 v.H. (§ 3 BierStG);
- Begünstigung für Haustrunk nach § 7 Abs. 1 BierStG;
- Mineralölsteuerbefreiung der bei der Mineralölherstellung zur Aufrechterhaltung des Betriebes verwendeten Mineralöle (§ 3 MinöStG);
- Steuerbegünstigung (Steuerfreiheit oder Steuerermäßigung) im Verwaltungswege zu Versuchszwecken auch bei unmittelbarer oder mittelbarer Verwendung von Mineralöl als Treibstoff oder Schmierstoff (§ 8 Abs. 6 MinöStG); ab 1975 werden Versuche durch Mineralölsteuerbegünstigung gefördert, wenn sie dem Ziel dienen, Schadstoffe in Abgasen zu mindern, einen besseren Wirkungsgrad von Kraftstoffen zu erreichen oder neue ölsparende Kraftstoffe zu entwickeln.

Änderungen im Zeitablauf:

zu 1.:

Von 1977 bis 1980 gewährte der Bund Finanzhilfen für Investitionen zum Schutz vorhandener gewerblich genutzter Anlagen in Häfen und entsprechender gewerblich genutzter Grundstücke vor Sturmfluten (u.a. Erhöhung der Kaimauern, Isolation von Lagerräumen gegen Hochwasser) sowie 1976 und 1977 eine finanzielle Beteiligung an den Aufwendungen aus Anlaß der Sturmfluten im Januar 1976.

Bis einschl. 1976 gewährte der Bund Zuschüsse zu den Produktionskosten der Wochenschauen.

Von 1970 bis 1973 gewährte der Bund Übergangshilfe zum Ausgleich der Arbeitgeberaufwendungen für Kleinbetriebe nach dem Lohnfortzahlungsgesetz; Kleinbetriebe (mit bis zu zwanzig Arbeitnehmern) erhielten von den gesetzlichen Krankenkassen 80 v.H. der von ihnen geleisteten Aufwendungen für die Lohnfortzahlung in Krankheitsfällen erstattet.

1982 wurden Zinszuschüsse im Rahmen des Sonderprogramms an die Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Verbilligung von Investitionskrediten gezahlt, zum Zweck der Energie- und Rohstoffeinsparung, der Prozeß- und Produktinnovation sowie der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen.

Bis einschl. 1981 gewährte der Bund Zuschüsse zur Verbilligung von Zinsen für Darlehen zur Gründung oder Tilgung einer selbständigen freiberuflichen Existenz einschließlich Verwaltungskosten der dieses Programm im Auftrag des Bundes durchführenden Lastenausgleichsbank.

Von 1975 bis 1981 erhielten kleine und mittlere Tageszeitungsverlage Zinszuschüsse zur Erhaltung einer stabilen Meinungsvielfalt im Bereich der Tagespresse.

zu 2.:

Bis 1982 wurde kleineren Betrieben der Tabakindustrie unter bestimmten Voraussetzungen ein Teil der abgeführten Tabaksteuer vergütet.

Bis einschl. 1974 galt eine Bewertungsfreiheit für Abwasserbehandlungsanlagen zur Verhinderung von Schädigungen durch Abwasser, für Luftreinigungsanlagen sowie für Wirtschaftsgüter, die dazu dienen, Lärm oder Erschütterungen zu verhindern, zu beseitigen oder zu verringern (§§ 79, 82, 82 e EStDV); ferner galt eine Bewertungsfreiheit für Wirtschaftsgüter, die der Forschung und Entwicklung dienen (§ 82 d EStDV).

Bis 1981 waren Rücklagen für Kapitalanlagen in Entwicklungsländern, gestaffelt nach Ländergruppen in Höhe von 40 v.H. (im Rohstoff- und Energiebereich in Höhe von 60 v.H.) bzw. 100 v.H. steuerfrei.

Von 1982 bis 1985 wurde eine Investitionszulage für Investitionen der Eisen- und Stahlindustrie in Höhe von 10 v.H. als Hilfe bei der notwendigen Umstrukturierung der Eisen- und Stahlindustrie gewährt; das Programm ist bis 1985 befristet (Gesetz über eine Investitionszulage für Investitionen in der Eisen- und Stahlindustrie).

Von 1975 bis 1981 wurden die für Probeläufe von Ausfuhrmotoren verwendeten Mineralöle (§ 8 Abs. 3 Nr. 1 MinMStG) zur Förderung des Exports von Motoren von der Mineralölsteuer befreit.

Bis einschl. 1980 wurden Steuervergünstigungen für die Kreditwirtschaft nicht unter "Gewerbliche Wirtschaft allgemein", sondern gesondert unter "Kreditwirtschaft" ausgewiesen.

Aufgrund des Inkrafttretens des Subventionsabbaugesetzes vom 26. Juni 1981 fielen folgende dieser Steuervergünstigungen fort:

- Ermäßigung der Körperschaftsteuer für Einkünfte aus langfristigen Kreditgeschäften bei bestimmten Kreditanstalten nach § 23 Abs. 4 Nr. 1, 3 bis 7 UStG; hierdurch sollten die geringeren Gewinnmöglichkeiten dieser Institute berücksichtigt werden;
- Berücksichtigungen der besonderen Aufgabenstellung der Sparkassen (Förderung des Sparsinns unter Verzicht auf größtmögliche Gewinne u.a.) durch Ermäßigung der Körperschaftsteuer für Gewinne der Sparkassen nach § 23 Abs. 5 KStG, durch Ansatz des Betriebsvermögens der Sparkassen mit nur 85 v.H. nach § 109 a Bewertungsgesetz sowie durch Ermäßigung der Steuermeßzahl für den Gewerbeertrag der Sparkassen auf 4,25 v.H. nach § 11 Abs. 4 Nr. 1 GewStG; um die Kreditgenossenschaften und die Zentralkassen mit den Sparkassen gleichzustellen, wurde auch diesen Instituten eine Ermäßigung der Körperschaftsteuer in gleicher Höhe (§ 23 Abs. 4 Nr. 8 und 9 KStG) gewährt und ebenfalls die Steuermeßzahl für den Gewerbeertrag auf 4,25 v.H. ermäßigt (§ 11 Abs. 4 Nr. 2 GewStG); das Betriebsvermögen von Kreditgenossenschaften wurde um die Hälfte der Geschäftsguthaben der Genossen gekürzt (§ 104 a Abs. 2 BewG).

Gezahltes Wohngeld (im Jahr) - Kassenbuchungen der Bewilligungsstellen

Wohngeldstatistik

Datennachweis: ab 1965

Begriffsinhalt:

Von den Bewilligungsstellen im Berichtsjahr tatsächlich ausgezahlte Wohngeldbeträge.

In den Wohngeldzahlungen sind die Bewilligungen für das jeweilige Kalenderjahr enthalten, daneben aber auch Beträge, die noch im zurückliegenden Jahr bewilligt, aber erst im Berichtsjahr ausgezahlt wurden, sowie nachträglich rückwirkend anerkannte Ansprüche. Eventuelle Rückforderungen zuviel gezahlter Wohngeldbeträge werden abgesetzt.

Wohngeld wird bei Erfüllung der Voraussetzungen auf Antrag als verllorener Zuschuß des Staates zur wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens gewährt. Auf Wohngeld besteht bei Erfüllung der Voraussetzungen ein Rechtsanspruch. Es wird in der Regel für einen Zeitraum von zwölf Monaten bewilligt, beginnend mit dem Ersten des Monats, in dem der Antrag gestellt wird. Falls die Voraussetzungen für die Bewilligung jedoch erst in einem späteren Monat eintreten, beginnt der Bewilligungszeitraum in diesem Monat. Auch eine rückwirkende Bewilligung ist möglich.

Wohngeld wird entweder in Form des >>> Mietzuschusses oder des >>> Lastenzuschusses gewährt. Die Höhe des >>> Wohngeldanspruchs richtet sich nach der Höhe der zuschufähigen Miete oder Belastung, der Höhe des Familieneinkommens und der Zahl der zum Haushalt des Antragstellers rechnenden Familienmitglieder. Für die berücksichtigungsfähige Miete oder Belastung bestehen Höchstgrenzen, die sich nach der Zahl der zum Haushalt des Antragstellers rechnenden Familienmitglieder, der Mietenstufe der jeweiligen Gemeinde (>>> regionales Mietenniveau) sowie der Ausstattung und dem Zeitpunkt der Bezugsfertigkeit des Wohnraums richten.

Das Familieneinkommen wird nur berücksichtigt, soweit es bestimmte, nach der Familiengröße gestaffelte Höchstgrenzen nicht übersteigt. Familieneinkommen ist der Gesamtbetrag der Jahreseinkommen, die von allen zum Haushalt des Antragstellers rechnenden Familienmitgliedern in Geld oder Geldeswert erzielt werden, jedoch abzüglich der nach den §§ 12 bis 17 Wohngeldgesetz nicht zu berücksichtigenden Beträge. Zum Jahreseinkommen zählen z.B. Gehälter, Löhne, Arbeitslosengeld, Krankengeld, Renten, Unterhaltszahlungen, Kindergeld und der Mietwert des eigengenutzten Wohnraums im eigenen Haus.

Abgesetzt werden die zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen notwendigen Aufwendungen, Aufwendungen zur Erfüllung gesetzlicher Unterhaltsverpflichtungen, Beiträge Dritter zur Verringerung der Miete oder Belastung, Familienfreibeträge, Freibeträge für bestimmte Personengruppen (z.B. Schwerbehinderte). Außer Betracht bleiben ferner bestimmte steuerfreie und nicht zur Deckung des Lebensunterhalts bestimmte Einnahmen und vom Arbeitgeber über das Arbeitsentgelt hinaus erbrachte vermögenswirksame Leistungen.

Schließlich wird zur Feststellung des Jahreseinkommens ein pauschaler Abzug vorgenommen. Die Höhe des pauschalen Abzugs hängt davon ab, ob das Familienmitglied Steuern vom Einkommen bzw. Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung entrichtet. Ab dem 1.7.1983 gilt folgende Regelung:

- 12,5% Abzug, wenn das Familienmitglied Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung oder zur gesetzlichen Rentenversicherung oder Steuern vom Einkommen entrichtet.
- 20% Abzug, wenn das Familienmitglied
 - Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung und zur gesetzlichen Rentenversicherung oder
 - Steuern vom Einkommen und Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung oder gesetzlichen Rentenversicherung entrichtet.
- 30% Abzug, wenn das Familienmitglied Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung und gesetzlichen Rentenversicherung und Steuern vom Einkommen zahlt.

In allen übrigen Fällen wird ein pauschaler Abzug von 6% vorgenommen. Kein Wohngeld wird bewilligt, wenn mit dem Wohngeld vergleichbare Leistungen aus öffentlichen Kassen gewährt werden oder wenn für eine von mehreren Wohnungen schon Wohngeld oder eine vergleichbare Leistung gewährt wird, wenn ein Familienmitglied im Jahr der Antragstellung Vermögensteuer entrichten mußte oder wenn die Inanspruchnahme mißbräuchlich wäre.

Wohngeld wird auch nicht gewährt für Wohnraum, der von Personen während der Zeit benutzt wird, in der sie vom Familienhaushalt vorübergehend abwesend sind, ferner soweit ein Antragberechtigter, der mit Personen, die keine Familienmitglieder sind, eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft führt, bessergestellt wäre als im Rahmen eines Familienhaushalts entsprechender Größe.

Die Höhe des Wohngeldanspruchs kann sich im laufenden Bewilligungszeitraum ändern, wenn sich die Zahl der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder erhöht (z.B. durch Geburt eines Kindes) oder sich die zuschufähigen Wohnkosten um mehr als 15 % erhöhen oder sich das Familieneinkommen um mehr als 15% verringert. Zu Einzelheiten siehe Wohngeldgesetz. Die Wohngeldzahlungen werden vom Bund und den Ländern je zur Hälfte aufgebracht.

Änderungen im Zeitablauf:

Die Höhe der Wohngeldzahlungen ist im Zeitablauf wiederholt von verschiedenen Änderungen der zugrundeliegenden Rechtsvorschriften beeinflusst worden: Diese haben vor allem die Höhe des jeweiligen Wohngeldes, die Höchstgrenzen der zuschufähigen Miete oder Belastung und des zu berücksichtigenden Familieneinkommens betroffen.

So wurden zum 1.1.1971 die gesetzlichen Bestimmungen grundlegend neu gefasst und die Leistungen wesentlich verbessert. Es wurden hierbei u.a. die absoluten Höchstbeträge der zuschufähigen Miete oder Belastung eingeführt; bis einschl. 1970 wurde die anrechenbare Miete oder Belastung durch Höchstgrenzen der benötigten Wohnfläche, die sich nach der Zahl der Familienmitglieder richtete, und durch Obergrenzen der zu berücksichtigenden monatlichen Miete oder Belastung je Quadratmeter Wohnfläche beschränkt. 1971 wurden ebenfalls das Verfahren zur Ermittlung des Einkommens und der Miete bzw. Belastung vereinfacht und der anspruchsberechtigte Personenkreis durch die Erhöhung der Einkommensgrenzen erweitert, die grundsätzliche Gleichbehandlung aller Wohnungsarten eingeführt und verschiedene Gründe für eine Versagung des Wohngeldes gestrichen oder beschränkt.

Vor 1971 hatten Mieter von Sozialwohnungen eine Sonderstellung eingenommen, da es für diese Wohnungen keine festen Mietobergrenzen gab, sondern die jeweilige Kostenmiete zuschufähig war. Seit 1971 sind auch Empfänger von Sozialhilfe und Kriegsofferfürsorge in die Wohngeldförderung einbezogen.

Bis einschl. 1970 wurden keine pauschalen Freibeträge gewährt, sondern z.B. nur besondere Freibeträge für die Empfänger niedriger Einkommen und Pauschbeträge für Steuern und Versicherungsleistungen.

An Stelle dieser Regelungen trat 1971 ein allgemeiner Freibetrag in Höhe von 20 v.H. und 1974 in Höhe von 30 v.H. der ermittelten jährlichen Einnahmen. Dieser Betrag wurde 1978 durch einen gestaffelten Freibetrag ersetzt, dessen Höhe 1981, 1982 und 1983 modifiziert wurde.

Wiederholt wurde auch die Liste der bei der Ermittlung des Jahreseinkommens außer Betracht bleibenden Einnahmen geändert und erweitert.

Ferner werden seit 1974 Aufwendungen zur Erfüllung gesetzlicher Unterhaltsverpflichtungen bis zu bestimmten Beträgen bei der Ermittlung des Jahreseinkommens abgesetzt.

1978 wurden wiederum die Höchstbeträge der zuschufähigen Miete bzw. Belastung erhöht.

1981 wurden die Höchstbeträge für die bei der Gewährung des Wohngeldes zu berücksichtigende Miete bzw. Belastung, die Einkommensgrenzen der Wohngeldförderung sowie die monatlichen Wohngeldbeträge erneut angehoben sowie verschiedene Anspruchsvoraussetzungen modifiziert und z.T. eingeschränkt.

Im Rahmen des Haushaltbegleitgesetzes 1983 wurden auch im Wohngeld Einschränkungen vorgenommen. U.a. wurden Vergünstigungen für bestimmte Personengruppen (Freibeträge) abgebaut; außerdem erfolgte eine Umstellung des Systems der pauschalen Freibeträge.

1986 traten mit der 6. Wohngeldnovelle folgende Rechtsänderungen in Kraft:

- Die Beträge in den Wohngeldtabellen und die Familieneinkommen, bis zu denen Wohngeld gewährt wird, wurden erhöht. Ebenfalls angehoben wurden die Höchstbeträge für die zuschufähige Miete und Belastung.
- Die bisherige Differenzierung der zuschufähigen Höchstbeträge für Miete und Belastung nach drei Gemeindegrößenklassen wurde ersetzt, und zwar durch fünf Mietenstufen - im Januar 1990 wurde eine 6. Mietstufe eingeführt - die auf das tatsächliche >>> regionale Mietenniveau abstellen.
- Durch einen neu eingeführten Familienfreibetrag soll das Zusammenwohnen mehrerer Generationen gefördert werden.

Wieder aufgenommen wurde ferner ein Familienfreibetrag für Kinder mit eigenen Einnahmen, der durch das Haushaltbegleitgesetz 1983 aufgehoben worden war.

Begriffsbeziehungen:

Während unter dem gezahlten Wohngeld die im Berichtsjahr tatsächlich ausgezahlten Wohngeldbeträge (Kassenabrechnungen der Bewilligungsstellen) nachgewiesen werden, ist unter dem >>> Wohngeldanspruch (Wohngeldstatistik) die durchschnittliche monatliche Höhe der Ansprüche zu verstehen, die in den bewilligten Wohngeldanträgen geltend gemacht werden.

Gießereierzeugnisse

Index der Großhandelsverkaufspreise

Datennachweis: ab 1968

Begriffsinhalt:

Ausgewählte Waren (Warenarten) aus der Warengruppe 29 "Gießereierzeugnisse" des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1975 bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für die Produktionsstatistiken, Ausgabe 1982. Einbezogen sind Eisenguß, NE-Metallguß sowie Abfälle aus der Produktion von Temper- und NE-Metallguß. Nicht berücksichtigt sind Stahl-, Temper- und Edelmetallguß sowie Abfälle aus der Produktion von Eisen- und Stahlguß.

Glas und Glaswaren

Index der Großhandelsverkaufspreise

Datennachweis: ab 1968

Begriffsinhalt:

Waren (Warenarten) der Warengruppe 52 "Glas und Glaswaren" des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1975 bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für die Produktionsstatistiken, Ausgabe 1982.

Dazu rechnen Flachglas, Hohlglas, verarbeitetes und veredeltes Glas sowie Glasfaser.

Globale Mehr- oder Minderausgaben bzw. Mehr- oder Mindereinnahmen

Haushaltsansatzstatistik

Datennachweis: ab 1970

Begriffsinhalt:

Ausgaben bzw. Einnahmen, die für den Gesamthaushalt vorsorglich veranschlagt werden.

Globale Mehrausgaben sind vorsorglich veranschlagte Mittel, die für den Gesamthaushalt erwartet werden.

Globale Minderausgaben sind vorgesehene, globale Einsparungen, die dem Ausgleich des Haushaltsplans dienen sollen.

Globale Mehreinnahmen sind veranschlagte Mittel, die zum Ausgleich des Haushaltsplans erwartet werden.

Globale Mindereinnahmen sind vorsorglich veranschlagte Mittel, wenn in verschiedenen Bereichen des Haushalts die veranschlagten Einnahmen nicht in voller Höhe erwartet werden.

Große Hochseefischerei

Hochsee- und Küstenfischereistatistik - Nationale Anlandestatistik

Datennachweis: ab 1968

Begriffsinhalt:

Meeresfischerei mit Verarbeitungsschiffen oder Frischfischfängern.

Die Verarbeitungsschiffe und Frischfischfänger haben zwischen 500 und 4 000 Bruttoregistertonnen und ihre Eigner sind zumeist Reedereien und/ oder fischverarbeitende Unternehmen.

Änderungen im Zeitablauf:

Die bis einschließlich 1978 als "Große Heringsfischerei" nachgewiesene Meeresfischerei mit Loggern wurde von 1979 bis 1985 der Großen Hochseefischerei zugerechnet. Ende 1985 wurde die Loggerfischerei eingestellt.

Großhandel

1. Handels- und Gaststättenzählung 1979, 1985

2. Großhandelsstatistik

Datennachweis: ab 1964

Begriffsinhalt

Großhandel betreibt, wer Handelsware im eigenen Namen für eigene Rechnung oder für fremde Rechnung (Kommissionshandel) an andere Abnehmer als private Haushalte absetzt.

Zum Großhandel rechnet außer dem Absatz an Unternehmen auch der Absatz z.B. an Gebietskörperschaften, Bundesbahn, Bundespost, öffentlich-rechtliche Sparkassen, Handwerkskammern sowie an Abnehmer, die die bezogenen Waren verarbeiten oder für betriebliche Zwecke (z.B. als Treibstoffe, als Büromaterial oder für Investitionen) oder zur Berufsausübung verwenden.

Handelswaren sind bewegliche Sachgüter, die fertig bezogen und ohne wesentliche, d.h. nicht mehr als handelsübliche Be- oder Verarbeitung weiterveräußert werden.

Wird Handelsware in einer für den >>> Einzelhandel typischen Form und in verhältnismäßig kleinen Mengen verkauft, so wird dieser Umsatzanteil bei Nettopreisauszeichnung (= ohne >>> Umsatz-(Mehrwert-)steuer) dem Großhandel, bei Bruttopreisauszeichnung (= einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer) dem Einzelhandel zugeordnet.

Der Erlös aus dem Verkauf von Eigenerzeugnissen, z.B. von selbstgewonnenem Kies in einer Baustoffgroßhandlung, zählt zum Umsatz aus Herstellung, Reparatur und Verarbeitung.

Zu den Absatzformen des Großhandels zählen der Streckengroßhandel und der Lagergroßhandel. Beim Streckengroßhandel entfallen mehr als 50% von den Großhandelsumsätzen auf Streckengeschäfte (Eigengeschäfte), bei denen die Ware vom Vorlieferanten zum Abnehmer befördert wird, ohne daß sie - obgleich vom Handelsunternehmen als Wareneingang verbucht - von diesem eingelagert wurde. Zollager sowie Lager im Freihafen und im Ausland gelten hierbei nicht als Lager. Lagergroßhandel liegt vor, wenn von den Großhandelsumsätzen höchstens 50% auf Streckengeschäfte entfallen.

Bei den Bedienungsformen des Großhandels ist zwischen Selbstbedienungsgroßhandel (Cash-and-Carry) und Liefergroßhandel zu unterscheiden. Während der Selbstbedienungsgroßhandel überwiegend in der Form Selbstbedienung (bei mehreren Arbeitsstätten müssen mehr als die Hälfte des Unternehmensumsatzes auf Cash-and-Carry Märkte entfallen) betrieben wird, handelt es sich beim Liefergroßhandel um Großhandel in herkömmlicher Form.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1967 war in den Umsätzen der Großhandelsunternehmen (Großhandelsstatistik) die Umsatz-(Mehrwert-)steuer enthalten.

Von 1963 bis 1971 wird in einigen Segmenten des Statistischen Informationssystems des Bundes der Großhandel nach Gruppen der Systematik nach Wirtschaftszweigen (WZ), Ausgabe 1961 nachgewiesen.

Der "Großhandel mit Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren" umfaßt die Gruppe 401 der WZ (Getreide, Saaten, Futter- und Düngemittel; Blumen, Pflanzen, Blumenbindereibedarf, lebendes Vieh; sonstige lebende Tiere sowie zoologischer Bedarf).

Der "Großhandel mit sonstigen Rohstoffen und Halbwaren" umfaßt die Gruppen 402-408 der WZ (textile Rohstoffe und Halbwaren, Häute, Felle; technische Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk und Kunstgummi; Kohle, sonstige feste Brennstoffe, Mineralölerzeugnisse; Erze, Eisen, NE-Metalle und Halbzeug; Holz, Holzwaren, Baustoffe, Installationsbedarf, Schrott und sonstige Abfallstoffe).

Der "Großhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln" umfaßt die Gruppe 411 der WZ (Nahrungs- und Genußmittel verschiedener Art (o.a.S.); Speise- und Industriekartoffeln, Gemüse, Obst, Früchte, Gewürze; Mehl, Zucker, Süßwaren; Milcherzeugnisse, Fettwaren, Eier, lebendes Geflügel; Fische und Fischerzeugnisse, Wild, geschlachtetes Geflügel, Fleisch und Fleischwaren; sonstige Nahrungsmittel; Kaffee, Tee, Rohkakao; Getränke sowie Tabak und Tabakwaren).

Der "Großhandel mit Textilien, Schuhen" umfaßt die Gruppe 412 der WZ (Textilien verschiedener Art (o.a.S.); Tuche, Futterstoffe und Meterware, Schneidereibedarf, Oberbekleidung, Wäsche, Wirk-, Strick- und Textilkurzwaren; Hüte, Mützen, Schirme, Bekleidungszubehör; Kürschnerwaren; Heimtextilien, Innendekorations-, Polsterer- und Sattlerbedarf, Bettwaren; Sport- und Campingartikel sowie Schuhe und Schuhwaren).

Der "Großhandel mit sonstigen Fertigwaren" umfaßt die Gruppen 413-419 der WZ (Eisen- und Metallwaren, Fertigwaren aus Kunststoffen, Glas, Feinkeramik, Holz (a.n.g.); elektrotechnische-, feinmechanische- und optische Erzeugnisse, Schmuck-, Leder-, Galanterie- und Spielwaren, Musikinstrumente; Fahrzeuge, Maschinen; technischer Bedarf und Spezialbedarf verschiedener Wirtschaftszweige; pharmazeutische- und kosmetische Erzeugnisse, Dental-, Labor-, Krankenpflege- und Friseurbedarf sowie Papier, Papierwaren und Druckereierzeugnisse).

Grunderwerbsteuer

Finanzberichte des Bundesministeriums der Finanzen

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

Durch das Grunderwerbsteuergesetz bundesrechtlich geregelte Steuer, deren Aufkommen den Ländern zusteht.

Der Grunderwerbsteuer unterliegen Erwerbsvorgänge an inländischen Grundstücken, wozu außer Kaufverträgen z.B. andere Rechtsgeschäfte, die einen Anspruch auf Übereignung begründen, das Meistgebot im Zwangsversteigerungsverfahren, der Übergang der rechtlichen oder wirtschaftlichen Verfügungsmacht und die Vereinigung aller Anteile an einer grundstückbesitzenden Gesellschaft in einer Hand zählen. Erbbaurechte und Gebäude auf fremdem Boden stehen den Grundstücken gleich. Ausnahmen von der Besteuerung gelten unter anderem für den Grundstückserwerb von Todes wegen, durch den Ehegatten des Veräußerers oder durch ausländische Staaten.

Die Steuer bemißt sich in der Regel nach dem Wert der Gegenleistung, in Sonderfällen, z.B. wenn eine Gegenleistung nicht vorhanden oder nicht zu ermitteln ist, nach dem Wert des Grundstücks. Das Gesetz führt im einzelnen auf, was als Gegenleistung (z.B. bei einem Kauf der Kaufpreis einschl. der vom Käufer übernommenen sonstigen Leistungen und der dem Verkäufer vorbehaltenen Nutzungen) und als Wert des Grundstücks zu verstehen ist. Der Steuersatz beträgt 2%.

Alle Vorgänge, die der Grunderwerbsteuer unterliegen, müssen dem zuständigen Finanzamt angezeigt werden. Dieses setzt dann die Grunderwerbsteuer durch schriftlichen Steuerbescheid fest.

Nach Entrichtung der Steuer erteilt das Finanzamt eine sog. Unbedenklichkeitsbescheinigung, ohne die der Erwerber eines Grundstückes nicht in das Grundbuch eingetragen werden darf.

Änderungen im Zeitablauf:

1919 reichseinheitliches Grunderwerbsteuergesetz, dessen Erträge mit mehrmals wechselnden Steuer- und Zuschlagsätzen dem Reich, den Ländern und Gemeinden zufließen.

1940 Neufassung des Gesetzes, das in seiner Grundkonzeption in die landesrechtlichen Regelungen nach 1945 einging. Unterschiedliche Entwicklung in den Ländern; vielfältige Änderungen, Ergänzungen und Befreiungsvorschriften.

Bei der Finanzreform 1969 ging die bis dahin ausschließliche Gesetzgebung der Länder in die konkurrierende Gesetzgebung des Bundes über; der Bund hat mit dem Grunderwerbsteuergesetz 1983 von seinem Gesetzgebungsrecht Gebrauch gemacht.

Zielsetzung der Grunderwerbsteuerreform war, das bisherige stark zersplitterte und durch ein Übermaß an Befreiungsvorschriften ausgehöhltete Grunderwerbsteuerrecht zu vereinheitlichen und zu vereinfachen.

Die Steuerbelastung betrug bis 1982 in allen Ländern 7%, wovon die meisten Länder 3% oder 2,5% als Landesanteil und die Landkreise und kreisfreien Städte 4% oder 4,5% als sog. Zuschlag zur Grunderwerbsteuer vereinnahmten.

In Rheinland-Pfalz fließt das gesamte Aufkommen den kommunalen Körperschaften zu.

Als Ausgleich für den Wegfall des Zuschlags zur Grunderwerbsteuer, der bisher den kreisfreien Städten und Landkreisen zustand, geben die Länder den kommunalen Körperschaften einen bestimmten Anteil am Aufkommen der Grunderwerbsteuer in Form von Zuweisungen weiter.

Grundkapital am 31.12.

Statistik der Kapitalgesellschaften

Datennachweis: ab 1951

Begriffsinhalt:

Nennkapital von >>> Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien am 31. Dezember jedes Jahres.

Das Grundkapital (Aktienkapital) einer Aktiengesellschaft oder Kommanditgesellschaft auf Aktien ist die Summe aus den Nennbeträgen der Aktien. Die ausstehenden Einlagen auf das Grundkapital und die durch die Gesellschaft erworbenen eigenen Aktien sind vom Grundkapital nicht abgesetzt. Die Statistik der Kapitalgesellschaften erfaßt das Grundkapital der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, deren Grundkapital auf einen Nennbetrag in Deutscher Mark lautet. Von den Kommanditgesellschaften auf Aktien erfaßt die Statistik der Kapitalgesellschaften nur das Grundkapital, nicht aber die Kapitalanteile der persönlich haftenden Gesellschafter.

Der "Zugang an Grundkapital zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember" jeden Jahres ist u.a. auf Gründungen, auf Verschmelzungen, auf Umwandlungen aus anderen Rechtsformen, auf Kapitalerhöhungen oder auf Fortsetzungen von aufgelösten Gesellschaften zurückzuführen. Eine Gesellschaft wird u.a. aufgelöst durch Beschluß der Hauptversammlung (Eröffnung der Abwicklung) oder durch Eröffnung des Konkursverfahrens. Die Fortsetzung einer aufgelösten Gesellschaft ist in bestimmten Fällen möglich, solange noch nicht mit der Verteilung des Vermögens unter die Aktionäre begonnen worden ist.

Der "Abgang an Grundkapital zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember" jeden Jahres ist u.a. auf Verschmelzungen, auf Umwandlungen in andere Rechtsformen, auf Kapitalherabsetzungen oder auf Auflösungen zurückzuführen. Eine Gesellschaft wird u.a. aufgelöst durch Beschluß der Hauptversammlung (Eröffnung der Abwicklung) oder durch Eröffnung des Konkursverfahrens.

Begriffsbeziehungen:

Dem Grundkapital am 31.12. bei den Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien entspricht bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung das >>> Stammkapital am 31.12. (Statistik der Kapitalgesellschaften).

Im Unterschied zum Grundkapital umfaßt das Kapital (einschl. offene Rücklagen gemäß § 10 KWG) (Bilanzstatistik) der inländischen Kreditinstitute auch die offenen (gesetzlichen und sonstigen) Rücklagen gemäß § 10 des Gesetzes über das Kreditwesen sowie die Kapitalanteile der persönlich haftenden Gesellschafter von Kommanditgesellschaften auf Aktien.

Im Grundkapital und (den) Rücklagen (Ausweis der Deutschen Bundesbank) der Deutschen Bundesbank sind das Grundkapital der Deutschen Bundesbank sowie die gesetzlichen und die sonstigen (freien) Rücklagen enthalten.

Das Kapital und (die) Rücklagen (Konsolidierte Bilanz des Bankensystems) des Bankensystems umfassen neben dem Grundkapital der Deutschen Bundesbank und dem Kapital der inländischen Kreditinstitute auch die offenen Rücklagen gemäß § 10 des Gesetzes über das Kreditwesen. Zu beachten ist, daß im Unterschied zum Grundkapital die von den Kreditinstituten erworbenen eigenen Anteile und das nichteingezahlte Kapital vom Kapital und den Rücklagen abgesetzt worden sind.

Grundschulen

Statistik des allgemeinen Schulwesens

Datennachweis: ab 1967

Begriffsinhalt:

Schulen, die Grundkenntnisse und Grundfertigkeiten in einem gemeinsamen Bildungsgang vermitteln.

Die Grundschulen umfassen vier, teilweise auch sechs Schuljahrgänge. Im Anschluß an die Grundschule erfolgt der Übergang auf >>> Hauptschulen, >>> Realschulen, >>> Gymnasien oder >>> Gesamtschulen.

Den Grundschulen angegliederte Sonderschulklassen werden nicht bei den Grundschulen, sondern bei den >>> Sonderschulen einbezogen.

Erfaßt werden öffentliche und private Grundschulen.

Grundsteuer A

1. Statistik über den Steuerhaushalt

Datennachweis: ab 1972

2. Finanzberichte des Bundesministeriums der Finanzen

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

Realsteuer, die auf inländisches >>> land- und forstwirtschaftliches Vermögen, dem die >>> Betriebsgrundstücke gem. § 99 Abs. 1 Nr. 2 des Bewertungsgesetzes gleichzusetzen sind, erhoben wird.

Steuergegenstand der Grundsteuer A ist das land- und forstwirtschaftliche Vermögen. Es umfaßt alle Wirtschaftsgüter, die einem Betrieb der Land- und Forstwirtschaft dauernd zu dienen bestimmt sind. Dazu gehören der Grund und Boden, die Wohn- und Wirtschaftsgebäude sowie stehende und umlaufende Betriebsmittel. Bei den Betriebsgrundstücken nach § 99 Abs. 1 Nr. 2 BewG handelt es sich um den zu einem Gewerbebetrieb gehörigen Grundbesitz, soweit er losgelöst von seiner Zugehörigkeit zum Gewerbebetrieb einen Betrieb der Land- und Forstwirtschaft bilden würde. Zu Einzelheiten siehe Grundsteuergesetz.

Grundsteuerbefreiungen erfolgen nach Maßgabe der §§ 3 und 4 des Grundsteuergesetzes.

Bei der Berechnung der Grundsteuer A wird von einem Steuermeßbetrag ausgegangen, der durch Anwendung eines Tausendsatzes (Steuermeßzahl) auf den Einheitswert zu ermitteln ist. Maßgebend für die Grundsteuer A sind der nach dem Bewertungsgesetz festgestellte Einheitswert des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens und die Steuermeßzahl 6 v.T. Durch Anwendung der durch Gemeindegesetz festgesetzten Hebesätze auf den Steuermeßbetrag wird die Grundsteuer A ermittelt und von den Gemeinden erhoben. Die Höhe der Hebesätze differiert von Gemeinde zu Gemeinde.

Die Grundsteuer A wird für das Kalenderjahr festgesetzt und zu einem Viertel ihres Jahresbetrages am 15.2., 15.5., 15.8. und 15.11. fällig. Bei Kleinbeträgen oder bei Antrag des Steuerschuldners können die Gemeinden andere Fälligkeitstermine bestimmen.

Bei der Grundsteuer A handelt es sich um eine >>> Gemeindesteuer, deren Aufkommen den Gemeinden verbleibt.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1973 wurde der Einheitswert des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens auf der Grundlage der Wertverhältnisse vom 1.1.1935 festgestellt. Die allgemeine Steuermeßzahl betrug bis einschl. 1973 10 v.T., bei einem Einheitswert von weniger als 10 000 DM 8 v.T. Zunehmende Hebesatzanspannung im Laufe der Jahre jedoch ohne entsprechende Aufkommensteigerung, da gleichzeitig Rückgang der Besteuerungsobjekte.

In den neuen Bundesländern wird in einem vereinfachten Verfahren auf der Grundlage der Ergebnisse von Bodenschätzungen ein Ersatzwirtschaftswert ermittelt.

Begriffsbeziehungen:

Die Grundsteuer A unterscheidet sich von der >>> Grundsteuer B (Statistik über den Steuerhaushalt, Finanzberichte des Bundesministeriums der Finanzen) im wesentlichen nur im Steuergegenstand. Unterschiede ergeben sich ferner in der Höhe der Steuermeßzahlen.

Grundsteuer B

1. Statistik über den Steuerhaushalt

Datennachweis: ab 1972

2. Finanzberichte des Bundesministeriums der Finanzen

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

Realsteuer, die auf inländisches >>> Grundvermögen (ohne >>> land- und forstwirtschaftliches Vermögen) erhoben wird; ihm sind die >>> Betriebsgrundstücke gemäß § 99 Abs. 1 Nr. 1 Bewertungsgesetz gleichzusetzen.

Zum Grundvermögen rechnen u.a. der Grund und Boden, die Gebäude sowie deren Bestandteile und Zubehör (nicht jedoch Maschinen und Betriebsvorrichtungen, auch wenn sie wesentliche Bestandteile des Grund und Bodens oder der Gebäude sind), das Erbbaurecht und das Wohneigentum. Bei den Betriebsgrundstücken nach § 99 Abs.1 Nr.1 BewG handelt es sich um den zu einem gewerblichen Betrieb gehörigen Grundbesitz, soweit er losgelöst von seiner Zugehörigkeit zum Gewerbebetrieb, zum Grundvermögen gehören würde. Zu Einzelheiten siehe Grundsteuergesetz.

Steuerbefreiungen erfolgen nach Maßgabe der §§ 3 und 4 Grundsteuergesetz (z. B. Grundbesitz der öffentlichen Hand und der Religionsgemeinschaften, ferner Grundbesitz, der gemeinnützigen, mildtätigen oder Zwecken der Wissenschaft, der Erziehung oder des Unterrichts dient).

Bei der Berechnung der Grundsteuer B wird von einem Steuermeßbetrag ausgegangen, der durch Anwendung eines Tausendsatzes (Steuermeßzahl) auf den Einheitswert zu ermitteln ist. Maßgebend für die Grundsteuer B sind die nach dem Bewertungsgesetz festgestellten Einheitswerte des Grundvermögens, die auf den Wertverhältnissen vom 1.1.1964 beruhen, und folgende Steuermeßzahlen:

- für Einfamilienhäuser für die ersten 75 000 DM 2,6 v.T.; für den Rest des Einheitswertes 3,5 v.T.,
- für Zweifamilienhäuser 3,1 v.T.,
- für alle übrigen bebauten oder unbebauten Grundstücke 3,5 v.T.

Durch Anwendung der durch Gemeindegesetz festgesetzten Hebesätze auf die Steuermeßbeträge wird die Grundsteuer B ermittelt und von den Gemeinden erhoben. Die Höhe der Hebesätze differiert von Gemeinde zu Gemeinde. Die Grundsteuer B wird für das Kalenderjahr festgesetzt und zu einem Viertel ihres Jahresbetrages am 15.2., 15.5., 15.8. und 15.11. fällig. Bei Kleinbeträgen oder auf Antrag des Steuerschuldners können die Gemeinden andere Fälligkeitstermine bestimmen. Bei der Grundsteuer B handelt es sich um eine Gemeindesteuer, deren Aufkommen den Gemeinden verbleibt.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1973 wurden die Einheitswerte des Grundvermögens und der Betriebsgrundstücke auf der Grundlage der Wertverhältnisse vom 1.1.1935 festgestellt. Die Steuermeßzahlen, die zur Berechnung der Steuermeßbeträge anzuwenden waren, betrugen bis einschl. 1973 zwischen 5 und 10 v.T. Die Höhe der Steuermeßzahlen war dabei von der Nutzungsart und vom Alter der Grundstücke bzw. Gebäude, von der Höhe der Einheitswerte und von der Gemeindegröße abhängig. Zu Einzelheiten siehe Grundsteuer-Durchführungsverordnung i.d.F. v. 29.1.1952 (BGBl. I S. 79) §§ 29 - 33. Außerdem ist eine zunehmende Hebesatzanspannung im Laufe der Jahre zu berücksichtigen.

In den neuen Bundesländern ist Besteuerungsgrundlage für

- Grundstücke, für die nach dem Bewertungsgesetz ein Einheitswert nach den Wertverhältnissen 1935 festgestellt oder festzustellen ist, der Einheitswert 1935,
- für Mietwohnungsgrundstücke und Einfamilienhäuser, für die kein Einheitswert 1935 festgestellt ist, die Ersatzbemessungsgrundlage Wohn- oder Nutzfläche nach Maßgabe des § 42 GrStG.

Die Steuermeßzahlen betragen für Grundstücke im Beitrittsgebiet - abgestimmt auf die deutlich niedrigeren Einheitswerte 1935 - je nach Art und Gemeindegruppe zwischen 5 und 10 v.T.

Bei neugeschaffenem Wohnraum in den alten Bundesländern ist aufgrund des II. Wohnbaugesetzes während der ersten 10 Jahre nur der Wert des Grund und Bodens steuerpflichtig, wenn bestimmte Voraussetzungen (insbesondere die Wohnflächengrenzen) beachtet werden. Diese 1950 in der Zeit größten Wohnraummangels eingeführte Grundsteuervergünstigung wurde durch das Steuerreformgesetz 1990 auf Wohnungen beschränkt, die vor dem 1. Januar 1990 bezugsfertig geworden sind. Für Grundstücke in den neuen Bundesländern mit neugeschaffenen Wohnungen, die nach dem 31. Dezember 1990 und vor dem 1. Januar 1992 bezugsfertig geworden sind, wird eine Steuerbefreiung für die Dauer von 10 Jahren gewährt.

Begriffsbeziehungen:

Die Grundsteuer B unterscheidet sich von der >>> Grundsteuer A (Statistik über den Steuerhaushalt, Finanzberichte des Bundesministeriums der Finanzen) im wesentlichen nur im Steuergegenstand. Unterschiede ergeben sich ferner in der Höhe der Steuermeßzahlen.

Grundstoff- und Produktionsgüter

1. Index der Einfuhrpreise

Datennachweis: ab 1950

2. Index der Ausführpreise

Datennachweis: ab 1954

Begriffsinhalt:

Bei den Grundstoff- und Produktionsgütern handelt es sich um Güter, die für eine weitere Be- oder Verarbeitung im Produktionsprozeß bestimmt sind (z.B. Rohstoffe, unfertige Erzeugnisse, Einzelteile) bzw. die laufend verbraucht werden, um den Produktionsprozeß in Gang zu halten (z.B. Energie, Schmiermittel).

Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe

1. Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe

Datennachweis: ab 1970

2. Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes für das Verarbeitende Gewerbe

Datennachweis: ab 1977

Begriffsinhalt:

Hauptgruppe des >>> Verarbeitenden Gewerbes, welche die Wirtschaftsgruppen bzw. -zweige

Mineralölverarbeitung	SYPRO-Nr.	22
Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	"	24
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	"	25
Eisenschaffende Industrie	"	27
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke	"	28
Gießerei	"	29
Ziehereien, Kaltwalzwerke, Mechanik, a.n.g.	"	3011, 3015, (3030)
Chemische Industrie	"	40
Holzbearbeitung	"	53
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	"	55
Gummiverarbeitung	"	59

in der Abgrenzung nach der SYPRO, Ausgabe 1979, umfaßt.

Zum Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe rechnen auch Handwerksunternehmen und -betriebe, die in den genannten Wirtschaftsgruppen bzw. -zweigen tätig sind.

Bei der Ermittlung des >>> Index des Auftragseingangs und des >>> Index des Umsatzes werden nur ausgewählte Wirtschaftsgruppen und -zweige des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes einbezogen (in Klammern die jeweilige SYPRO-Nummer).

Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (und zwar: Gewinnung von Natursteinen, a.n.g. (2512), Gewinnung von Kalkstein, Gips, Kreide (2514), Verarbeitung von Natursteinen, a.n.g. (2525), Herstellung von Zement (2531), Herstellung von Kalk, Mörtel (2535), Herstellung von gebranntem Gips (2536), Ziegelei (2541), Herstellung von feuerfester Grobkeramik (2543), Herstellung von Kalksandsteinen (2551), Herstellung von großformatigen Fertigbauteilen aus Beton für den Hochbau (nur bei Basis 1980) (2555), Herstellung von Betonerzeugnissen (ohne Baustoffe aus Bims, großformatige Fertigbauteile) (2559), Herstellung von Gipszeugnissen, Dämm und Leichtbauplatten (2563)); SYPRO 2514, 2535, 2536 und 2551 (nur bis Basis 1980)

Hochofen-, Stahl- und Warmwalzwerke (ohne Herstellung von Stahlrohren (2711), Herstellung von Stahlrohren (ohne Präzisionsstahlrohre) (2715) (ab Basis 1976); H.V. Präzisionsstahlrohre (ab Basis 1985);

NE-Metallhalbzeugwerke (2850);

Eisen-, Stahl- und Tempergießerei (2910);

Stabziehereien, Kaltwalzwerke (3011), Drahtziehereien (einschl. Herstellung von Drahterzeugnissen) (3015);

Chemische Industrie (40);

Holzbearbeitung (53) (ab Basis 1976);

Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung (55);

Gummiverarbeitung (59) (ab Basis 1976).

Begriffsbeziehungen:

Das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe im Zusammenhang mit dem Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe und die >>> Grundstoff und Produktionsgüterindustrien (Index des Auftragseingangs in der Industrie) sind ähnlich abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich im wesentlichen daraus, daß zum Grund-

stoff- und Produktionsgütergewerbe Wirtschaftszweige nach der SYPRO, zu den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien dagegen Industriezweige nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht zusammengefaßt werden. Nur im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe enthalten sind - soweit Indizes auf Basis 1976 und 1980 berechnet sind - im wesentlichen die Wirtschaftsgruppen Holzbearbeitung und Gummiverarbeitung und die Hochofenwerke. Nur in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien enthalten

sind im wesentlichen Herstellung und Montage von Fertigteilbauten aus Beton im Hochbau sowie - nur 1976 - die Kohlenwertstoffindustrie.

Ferner zählen zum Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe auch Handwerksunternehmen und -betriebe, die in dieser Wirtschaftshauptgruppe tätig sind; dagegen rechnen solche Unternehmen und Betriebe in der Regel nicht zur Industrie.

Zur Abgrenzung gegenüber dem Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe im Index des Auftragsbestands für das Verarbeitende Gewerbe siehe unter 3.

3. Index des Auftragsbestands für das Verarbeitende Gewerbe

Datennachweis: 1977 bis 1984

Begriffsinhalt:

Hauptgruppe des >>> Verarbeitenden Gewerbes, welche die Wirtschaftsgruppen bzw. -zweige

Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	SYPRO-Nr.	25
Hochofen-, Stahl- und Warmwalzwerke (ohne Herstellung von Stahlrohren)	"	2711
Herstellung von Präzisionsstahlrohren	"	2720
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	"	2910
Ziehereien, Kaltwalzwerke	"	3011, 3015
Papier- und Pappeerzeugung"	"	T.a. 55

in der Abgrenzung nach der SYPRO, Ausgabe 1979, umfaßt.

Nachgewiesen wird der >>> Index des Auftragsbestands für das Grundstoff und Produktionsgütergewerbe.

Zum Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe rechnen auch Handwerksunternehmen, die in den genannten Wirtschaftsgruppen bzw. -zweigen tätig sind.

Begriffsbeziehungen:

Die Begriffe Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe und >>> ausgewählte Zweige der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien (Index des Auftragsbestands in der Industrie) sind vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich im wesentlichen daraus, daß zum Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe Wirtschaftszweige nach der SYPRO, zu den ausgewählten Zweigen der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien dagegen Industriezweige nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht zusammengefaßt werden. Nur zum Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe rechnen die Wirtschaftszweige Herstellung von Schleifmitteln und Verarbeitung von Asbest und die Hochofenwerke. Nur zu den ausgewählten Zweigen der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien rechnen Herstellung und Montage von Fertigteilbauten aus Beton im Hochbau und Herstellung von Stahlrohren.

Ferner zählen zum Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe auch Handwerksunternehmen, die in dieser Wirtschaftshauptgruppe tätig sind; dagegen rechnen solche Unternehmen in der Regel nicht zur Industrie.

Das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe im Index des Auftragsbestands für das Verarbeitende Gewerbe einerseits und im Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe andererseits sind unterschiedlich abgegrenzt.

Nur zum Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe beim Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe rechnen - soweit Indizes auf Basis 1976 und 1980 berechnet sind - im wesentlichen Herstellung von Stahlrohren (ohne Präzisionsstahlrohre), ab Basis 1985 (mit Präzisionsstahlrohren), NE-Metallhalbzeugwerke, Chemische Industrie, Holzbearbeitung, Zellstoff- und Holzschlifferzeugung und Gummiverarbeitung. Nur zum Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe in der Statistik des Auftragsbestands im Verarbeitenden Gewerbe rechnet im wesentlichen die Herstellung von Präzisionsstahlrohren.

Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien

1.1 Index der industriellen Nettoproduktion

Datennachweis: 1962 bis 1976

1.2 Index der Arbeitsproduktivität

Datennachweis: 1962 bis 1976

Begriffsinhalt:

Hauptgruppe der >>> Verarbeitenden Industrie, welche die Industriegruppen bzw. -zweige

Industrie der Steine und Erden	IB-Nr.	25
Eisenschaffende Industrie	"	27
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	"	2910
Ziehereien und Kaltwalzwerke	"	3010
NE-Metallindustrie	"	28
NE-Metallgießerei	"	2950
Mineralölverarbeitung	"	22
Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoffindustrie)	"	40, 42
Sägewerke und holzbearbeitende Industrie	"	53
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe erzeugende Industrie	"	55
Gummi- und asbestverarbeitende Industrie	"	59

in der Abgrenzung nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht, Ausgabe 1972, umfaßt.

Nachgewiesen werden der >>> Index der industriellen Nettoproduktion sowie der >>> Index der Arbeitsproduktivität. Bei der Berechnung des Index der industriellen Nettoproduktion wird neben den o.g. Industriegruppen bzw. -zweigen auch die Flachglas erzeugende und veredelnde Industrie (T.a. IB-Nr. 52) einbezogen.

Handwerksunternehmen und -betriebe, die in diesen Industriegruppen bzw. -zweigen tätig sind, rechnen in der Regel nicht zu den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien.

Änderungen im Zeitablauf:

Zwischen den verschiedenen Ausgaben der Systematik ergaben sich geringfügige Änderungen.

Begriffsbeziehungen:

Die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien und das >>> Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe sind, soweit Indizes der (industriellen) Nettoproduktion nachgewiesen werden, vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich im wesentlichen daraus, daß zu den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien Industriezweige nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht, zum Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe dagegen Wirtschaftszweige nach der SYPRO zusammengefaßt werden. Nur zu den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien rechnen im wesentlichen die Herstellung und Montage von Fertigteilbauten aus Beton im Hochbau. Nur zum Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe rechnen im wesentlichen die Wirtschaftszweige Herstellung von Schleifmitteln sowie Mechanik, a.n.g. (Schlosserei, Schweißerei, Schmiederei, Schleiferei u.ä.).

Ferner zählen zum Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe auch Handwerksunternehmen und -betriebe, die in dieser Wirtschaftshauptgruppe tätig sind; dagegen zählen solche Unternehmen und Betriebe in der Regel nicht zur Industrie.

Zur Abgrenzung gegenüber den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien in der Statistik des Auftragseingangs in der Industrie siehe unter 2.

2. Index des Auftragseingangs in der Industrie

Datennachweis: 1962 bis 1976

Begriffsinhalt:

Hauptgruppe der Verarbeitenden Industrie, welche die Industriegruppen bzw. -zweige

Industrie der Steine und Erden	IB-Nr.	25
Stahl- und Warmwalzwerke	"	T.a. 2710
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	"	2910
NE-Metallhalbzeugwerke	"	2850
Ziehereien und Kaltwalzwerke	"	3010
Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoffindustrie)	"	40, 42
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappeerzeugende Industrie	"	55

in der Abgrenzung nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht, Ausgabe 1971, umfaßt.

Nachgewiesen werden der >>> Index des Auftragseingangs, der >>> Index des Umsatzes und der >>> Anteil des Auftragseingangs am Umsatz.

Handwerksunternehmen und -betriebe, die in diesen Industriegruppen bzw. -zweigen tätig sind, rechnen in der Regel nicht zu den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien.

Änderungen im Zeitablauf:

Die Kohlenwertstoffindustrie ist nur 1976 einbezogen. Ferner ergaben sich zwischen den verschiedenen Ausgaben der Systematik geringfügige Änderungen.

Begriffsbeziehungen:

Die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien und das >>> Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe im Zusammenhang mit dem Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe sind ähnlich abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich im wesentlichen daraus, daß zu den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien Industriezweige nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht, zum Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe dagegen Wirtschaftszweige nach der SYPRO zusammengefaßt werden. Nur in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien sind im wesentlichen die Herstellung und Montage von Fertigteilbauten aus Beton im Hochbau sowie - nur 1976 - die Kohlenwertstoffindustrie enthalten. Nur im Grundstoff- und Produktionsgewerbe enthalten sind - soweit Indizes auf Basis 1976 1980 und 1985 berechnet sind - im wesentlichen die Wirtschaftsgruppen Holzbearbeitung und Gummiverarbeitung und die Hochofenwerke.

Ferner zählen zum Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe auch Handwerksunternehmen und -betriebe, die in dieser Wirtschaftshauptgruppe tätig sind; dagegen rechnen solche Unternehmen und Betriebe in der Regel nicht zur Industrie.

Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien in der Statistik des Auftragseingangs in der Industrie und Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien im Index der industriellen Nettoproduktion sind unterschiedlich abgegrenzt. Zu den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien rechnen im Index der industriellen Nettoproduktion alle die für die Statistik des Auftragseingangs in der Industrie zusammengefaßten Industriezweige, darüber hinaus aber noch die Industriezweige Hochofenwerke, Schmiede-, Preß- und Hammerwerke, NE-Metallhütten, -umschmelzwerke und -scheideanstalten, NE-Metallgießerei, Mineralölverarbeitung, Kohlenwertstoffindustrie (außer für 1976), Sägewerke und holzbearbeitende Industrie und gummi- und asbestverarbeitende Industrie. Außerdem ist im Index der industriellen Nettoproduktion noch die Flachglaserzeugende und veredelnde Industrie einbezogen.

Zur Abgrenzung gegenüber den >>> ausgewählten Zweigen der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien (Index des Auftragsbestands in der Industrie) siehe dort.

Grundstücke ohne/ mit Bauten

1. Investitionserhebung bei Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes

Datennachweis: ab 1976

2. Investitionserhebung im Bergbau und in der Industrie (ohne Bauindustrie)

Datennachweis: 1962 bis 1975

3. Jahreseerhebung einschl. Investitionserhebung bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes (einschl. Fertigteilbau)

Datennachweis: ab 1976

4. Unternehmens- und Investitionserhebung im Bauhauptgewerbe

Datennachweis: 1962 bis 1975

5. Jahreseerhebung bei Unternehmen, Investitionserhebung bei Unternehmen und Betrieben der Energie- und Wasserversorgung

Datennachweis: ab 1975

6. Investitionserhebung in der öffentlichen Energieversorgung

Datennachweis: 1962 bis 1974

7. Investitionserhebung im Produzierenden Handwerk (ohne Bauhauptgewerbe)

Datennachweis: 1967 bis 1975

Begriffsinhalt:

Bruttozugänge an erworbenen Grundstücken ohne Bauten einschließlich der Grundstücksaufschließungskosten u.ä. an erworbenen und selbsterstellten Bauten, einschließlich der dazugehörigen erworbenen Grundstücke.

Zu Grundstücken mit Bauten gehören alle Grundstücke mit Geschäfts-, Fabrik-, Wohn- und anderen Bauten (einschl. Gleisanlagen, Kanalbauten, Parkplätze usw.) sowie alle Bauarbeiten auf noch nicht bebauten sowie auf bereits bebauten Grundstücken und alle Eigenbauten auf fremden Grundstücken.

Die Zugänge an Grundstücken ohne Bauten werden zu Anschaffungskosten bewertet, die Zugänge an Grundstücken mit Bauten zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, Investitionssteuer ist, soweit sie erhoben wurde, einbezogen.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis 1967 war die Umsatzsteuer in den Wertansätzen für Grundstücke mit Bauten enthalten.

Grundvermögen

Vermögensteuerstatistik

Datennachweis: ab 1953

Begriffsinhalt:

Das Grundvermögen umfaßt den Grund und Boden, die Gebäude, die sonstigen Bestandteile und das Zubehör sowie das Erbbaurecht und sonstige grundstücksgleiche Rechte (z.B. Wohnungseigentum, Teileigentum, Wohnungserbbaurecht und Teilerbbaurecht nach dem Wohnungseigentumsgesetz), sofern es sich dabei nicht um >>> land- und forstwirtschaftliche Vermögen oder um >>> Betriebsgrundstücke handelt. Als Grundstück gilt auch ein Gebäude, das auf fremden Grund und Boden errichtet ist, selbst wenn es wesentlicher Bestandteil des Grund und Bodens geworden ist.

Nicht ins Grundvermögen einbezogen sind die Mineralgewinnungsrechte und die Maschinen und sonstigen Vorrichtungen aller Art, die zu einer Betriebsanlage gehören (Betriebsvorrichtungen), auch wenn sie wesentliche Bestandteile des Grund und Bodens oder der Gebäude sind.

Land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen werden nur dann dem Grundvermögen und nicht dem land- und forstwirtschaftlichen Vermögen zugerechnet, wenn nach ihrer Lage, den im Feststellungszeitpunkt bestehenden Verwertungsmöglichkeiten oder den sonstigen Umständen anzunehmen ist, daß sie in absehbarer Zeit anderen als land- und forstwirtschaftlichen Zwecken, z.B. als Bauland, Industrieland oder Land für Verkehrszwecke, dienen werden.

Die Bewertung der bebauten Grundstücke erfolgte bis einschl. 1973 für Mietwohngrundstücke und gemischtgenutzte Grundstücke grundsätzlich nach dem Rohmietverfahren (d.h. mit einem Vielfachen der Jahresrohmiete, das beim Vorliegen bestimmter Umstände ggf. noch zu erhöhen bzw. zu ermäßigen war) und für alle übrigen bebauten Grundstücke sowie die unbebauten Grundstücke mit dem gemeinen Wert (d.h. dem Wert der durch den Preis bestimmt wird, der im gewöhnlichen Geschäftsverkehr bei einer Veräußerung normalerweise zu erzielen wäre). Dies geschah bei den bebauten Grundstücken nach dem Sachwertverfahren, wobei zunächst der Bodenwert, der Gebäudewert und der Wert der Außenanlagen getrennt ermittelt und zum Ausgangswert zusammengefaßt werden. Der für bebaute Grundstücke anzusetzende Wert durfte jedoch nicht geringer sein als der gemeine Wert, mit dem der Grund und Boden allein als unbebautes Grundstück zu bewerten wäre.

Das inländische Grundvermögen wird ab 1974 mit 140 v.H. des im Veranlagungszeitpunkt geltenden Einheitswerts nach den Wertverhältnissen am 1. Januar 1964 angesetzt. Die Wertermittlung der Mietwohngrundstücke, Geschäftsgrundstücke, gemischtgenutzten Grundstücke und der Ein- und Zweifamilienhäuser erfolgt in der Regel nach dem Ertragswertverfahren, sonst nach dem Sachwertverfahren. Beide Verfahren stimmen im Prinzip mit dem alten Recht überein. Die Abgrenzung zum land- und forstwirtschaftlichen Vermögen wurde geändert, indem Baulandflächen in größerem Umfang ab 1974 dem Grundvermögen zugerechnet werden.

Im Falle eines Erbbaurechts wird zunächst der Gesamtwert für den Grund und Boden einschl. der Gebäude ermittelt und dieser sofern das Erbbaurecht noch mindestens fünfzig Jahre besteht und dem Erbbauberechtigten zugeschrieben. Besteht das Recht nur noch kürzere Zeit, so wird der Gesamtwert geteilt und ein mit Ablauf des Rechts zunehmender Anteil am Wert des Grund und Bodens dem Eigentümer zugerechnet - gilt unter besonderen Umständen auch für einen Anteil am Wert des Gebäudes -. Im Einheitswert für die Vermögensteuer sind

ggf. auch die Kosten für im Bau befindliche Gebäude bzw. Gebäudeteile enthalten. Der Bewertung selbst sind die Verhältnisse im Feststellungszeitpunkt d.h. zu Beginn des betreffenden Kalenderjahres zugrunde zu legen. Zu Einzelheiten siehe Bewertungsgesetz und jeweilige Änderungsgesetze.

Nachgewiesen wird das Grundvermögen von unbeschränkt >>> Vermögensteuerpflichtigen (natürliche Personen) mit der Summe der nach den Wertverhältnissen vom 1.1.1964 festgestellten, fortgeschriebenen oder nachfestgestellten Einheitswerte und/oder - im Falle steuerrelevanten Besitzes ausländischen Grundvermögens - gemeinen Werte.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis 1972 wurde das Grundvermögen von unbeschränkt Vermögensteuerpflichtigen (natürliche Personen) mit der Summe der nach den Wertverhältnissen vom 1.1.1935 (Saarland 1936) festgestellten, fortgeschriebenen oder nachfestgestellten Einheitswerte nachgewiesen.

Begriffsbeziehungen:

Unterschiede zwischen dem Grundvermögen und den Betriebsgrundstücken (Statistik der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe) ergeben sich im wesentlichen durch die unterschiedlichen Nutzungszwecke, denen diese Vermögensgüter dienen. Während die Betriebsgrundstücke die Grundstücke umfassen, die zu mehr als der Hälfte ihres Wertes einem eigenen gewerblichen Betrieb dienen, rechnen zum Grundvermögen in der Regel jene Grundstücke, die weder einem gewerblichen noch einem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb dienen. Das Grundvermögen umfaßt also Vermögensgüter, die überwiegend für "private Zwecke" genutzt werden.

Nicht zum Grundvermögen, sondern zum land- und forstwirtschaftlichen Vermögen gehört der Grund und Boden mit Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, der einem Betrieb der Land- und Forstwirtschaft dauernd zu dienen bestimmt ist. Von dieser grundsätzlichen Regelung sind unter bestimmten Voraussetzungen solche Fälle ausgenommen, bei denen in Zukunft mit einer Verwendung für andere als land- und forstwirtschaftliche Zwecke zu rechnen ist.

Gültige Stimmen

1. Bundestagswahlstatistik

Datennachweis: ab 1949

Begriffsinhalt:

Von Wählern abgegebene Stimmen, ab 1953 >>> Erststimmen und >>> Zweitstimmen, aus denen unzweifelhaft zu ersehen ist, für welchen Wahlvorschlag sich der >>> Wähler entschieden hat und die Gültigkeit von einem Wahlvorstand festgestellt wurde.

2. Europawahlstatistik

Datennachweis: ab 1979

Begriffsinhalt:

Von Wählern abgegebene Stimmen, aus denen unzweifelhaft zu ersehen ist, für welchen Wahlvorschlag sich der >>> Wähler entschieden hat und die Gültigkeit von einem Wahlvorstand festgestellt wurde.

Gummiwaren

Index der Großhandelsverkaufspreise

Datennachweis: ab 1968

Begriffsinhalt:

Ausgewählte Waren (Warenarten) aus der Warengruppe 59 "Gummiwaren" des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1975 bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für die Produktionsstatistiken, Ausgabe 1982.

Einbezogen sind Bereifungen aller Art sowie Weichgummiwaren.

Nicht berücksichtigt werden Hartgummiwaren, Altgummi, Regenerat und Mahlgut.

Güterschiffe

Statistiken der Binnenschifffahrt

Begriffsinhalt:

Binnenschiffe, auf denen flüssige oder feste (trockene) Güter befördert werden.

1. Statistik des Bestandes an Binnenschiffen

Datennachweis: ab 1961

Begriffsinhalt:

Erfasst werden Güterschiffe, die in die Binnenschiffsregister eingetragen sind.

Die Schiffe müssen über mindestens 20 t Tragfähigkeit oder 37 kW (50 PS) Maschinenleistung verfügen und für die Schifffahrt auf Binnengewässern (Flüssen, Kanälen und geschlossenen Seen) bestimmt sein.

Zu den Güterschiffen zählen auch die Schubleichter, nicht jedoch die >>> Schuten und sonstigen Leichter.

Begriffsbeziehungen:

Siehe unter 2.

2. Statistik über die Unternehmen in der Binnenschifffahrt

Datennachweis: ab 1970

Begriffsinhalt:

Erfasst wird der verfügbare Bestand an Güterschiffen bei Unternehmen, die Binnenschifffahrt betreiben, gleichgültig ob im gewerblichen oder im Werkverkehr.

Als verfügbar gelten die Schiffe im Eigentum der >>> Unternehmen, zuzüglich der von ihnen gemieteten und abzüglich der vermieteten Schiffe.

Begriffsbeziehungen:

Der Bestand an Güterschiffen in der Unternehmensstatistik der Binnenschifffahrt ist nicht unmittelbar vergleichbar mit dem der Bestandsstatistik: Zum einen werden die Erhebungen an verschiedenen Stichtagen durchgeführt, zum anderen erfasst die Bestandsstatistik - im Unterschied zur Unternehmensstatistik - auch die an das Ausland vermieteten, jedoch nicht die vom Ausland gemieteten Schiffe sowie Schiffe, die als endgültig verloren oder ausbesserungsunfähig anzusehen sind, aber noch nicht im Register gelöscht wurden.

Güterwagen

Eisenbahnstatistik (Bestandsstatistik)

Datennachweis: ab 1966

Begriffsinhalt:

Schienenfahrzeuge, die zur Beförderung von Gütern, Vieh und Dienstgütern bestimmt sind, einschließlich der entsprechenden Triebwagen, aber ohne Gepäckwagen.

Zum Eigentumsbestand zählen Güterwagen mit und ohne eigenen Antrieb, die sich im Eigentum der Eisenbahnverwaltung befinden, d.h. einschließlich der vermieteten und ohne die angemieteten Fahrzeuge.

Bahneigene Wagen sind Güterwagen im Eigentum des jeweiligen Eisenbahnunternehmens mit Ausnahme der Dienstgüterwagen.

Als Dienstgüterwagen gelten Güterwagen, die ausschließlich zum Transport von Dienstgut benutzt werden und sich im Eigentum des jeweiligen Eisenbahnunternehmens befinden.

Privatwagen sind Güterwagen, die in den Wagenpark der entsprechenden Eisenbahnverwaltung eingestellt sind, jedoch nicht zu ihrem Eigentumsbestand gehören (z.B. Güterwagen einer Tankwagensgesellschaft).

Zu den Wagen besonderer Bauart zählen bahneigene Wagen mit besonderen Vorrichtungen zum Transport bestimmter Güter (z.B. Kesselwagen, Wärmeschutz oder Kühlwagen, Viehwagen).

Gymnasien

1. Statistik des allgemeinen Schulwesens

Datennachweis: ab 1967

Begriffsinhalt:

Allgemeinbildende Schulen, die den Besuch einer Grundschule voraussetzen und mit der Hochschulreife (Abitur) abschließen.

Die Gymnasien umfassen in der Regel neun, teilweise sieben und in der Aufbauform mindestens drei Klassenstufen. Progymnasien umfassen nur sechs, teilweise vier Klassenstufen.

Gymnasiale Zweige an additiven bzw. kooperativen Gesamtschulen werden - soweit möglich - bei den Gymnasien ausgewiesen.

Erfasst werden öffentliche und private Gymnasien.

Abendgymnasien werden als Einrichtungen des sog. zweiten Bildungsweges getrennt ausgewiesen.

Für Gymnasien mit reformierter Oberstufe können keine Angaben über die Zahl der Klassen in der Oberstufe gemacht werden.

Gymnasien mit/ohne Oberstufenreife

Statistik des allgemeinen Schulwesens

Datennachweis: ab 1967

Begriffsinhalt:

"Gymnasien mit Oberstufenreife" bezeichnet eine schulische Vorbildung, die dem Realschulabschluß entspricht und das Versetzungszeugnis in die 11. Klassenstufe beinhaltet.

"Gymnasien ohne Oberstufenreife" bezeichnet eine schulische Vorbildung, die meist dem Realschulabschluß entspricht, jedoch nicht das Versetzungszeugnis in die 11. Klassenstufe beinhaltet.

Nachgewiesen werden >>> Schüler mit einer derartigen schulischen Vorbildung.

Gynäkologische Praxis

Schwangerschaftsabbruchstatistik

Datennachweis: ab 1977

Begriffsinhalt:

Praxis eines Arztes für Frauenheilkunde (Gynäkologe) in der u.a. >>> Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden.

Zur Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen bedarf die Praxis eines Arztes für Frauenheilkunde (Gynäkologe) - im Gegensatz zu >>> Krankenhäusern - einer besonderen Zulassung durch die zuständigen Gesundheitsbehörden. Die Zulassung wird ausgesprochen unter Auflagen und Bedingungen, die eine notwendige medizinische Betreuung der Schwangeren sicherstellen sollen.

Schwangerschaftsabbrüche, die ein niedergelassener Gynäkologe als Belegarzt in einem Krankenhaus ausführt, gelten in der Schwangerschaftsabbruchstatistik nicht als in einer gynäkologischen Praxis durchgeführte Schwangerschaftsabbrüche.

Hackfrüchte

Landwirtschaftszählung 1971

Begriffsinhalt:

Zu den Hackfrüchten rechnen Früh- und Spätkartoffeln, Zuckerrüben, Runkelrüben und Kohlrüben sowie weitere weniger verbreitete Hackfrüchte wie Futtermöhren, Futterkohl und Markstammkohl.

Nicht enthalten sind die vorwiegend für den menschlichen Verbrauch bestimmten Kohlarten (z.B. Kopfkohl, Grünkohl), die zum >>> Feldgemüse zählen; nicht enthalten sind ferner Rüben, die zur Samengewinnung angebaut werden.

Nachgewiesen wird das von >>> landwirtschaftlichen Betrieben bewirtschaftete >>> Ackerland, das mit Hackfrüchten bestanden ist.

Halbfertigware

Gemüseanbauerhebung

Datennachweis: ab 1960

Begriffsinhalt:

Als Halbfertigware im Sinne der Zierpflanzenerhebung gelten Topf- oder Ballenpflanzen, die bis zur Fertigware noch Teilkulturperioden durchmachen müssen (wie: Umpflanzen in größere Töpfe, Einpflanzen von Ballenware und andere Aufwendungen) und die zur Weiterkultur an andere Erzeugerbetriebe verkauft werden.

Halbwaren

1. Außenhandelsstatistik

Datennachweis: ab 1950

2. Index der Einfuhrpreise

Datennachweis: ab 1954

3. Index der Ausfuhrpreise

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

Erzeugnisse, die einem gewerblichen Bearbeitungsprozeß unterlagen, aber noch verhältnismäßig gering bearbeitet sind.

Die Zuordnung zur Warengruppe Halbwaren erfolgt anhand der Warennummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik. Zu Einzelheiten siehe Fachserie 7, Reihe 3, Außenhandel nach Ländern und Warengruppen, Anhang 2: Gegenüberstellung der Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft und der Nummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik.

Im wesentlichen zählen dazu:

Rohseide und Seidengespinnste;

Reyon (Kunstseide); synthetischen Fäden (auch gezwirnt);

Gespinnste aus: Zellwolle, synthetischen Fasern, Wolle, anderen Tierhaaren, Baumwolle, sonstigen Faserpflanzen

Bau- und Nutzholz (Schnittholz);

Holzmasse, Zellstoff;

bearbeiteter Kautschuk;

Glasmasse, Rohglas;

Zement;

sonstige mineralische Baustoffe;

Roheisen;
 Alteisen (Schrott);
 Ferrolegierungen;
 Eisenhalbzeug;
 rohe NE-Metalle, auch Legierungen und Altmetalle:
 Aluminium, Kupfer, Nickel, Blei, Zinn, Zink;
 sonstige unedle Metalle;
 Fettsäuren, Paraffin, Vaseline, Wachse;
 sonstige technische Öle und Fette;
 Koks;
 Kraftstoffe, Schmieröle, Erdgas;
 Teer und Teerdestillationserzeugnisse,
 Rückstände der Erdöl- und Steinkohlenteerdestillation;
 aufbereitete Kalidüngemittel;
 Thomasphosphatmehl, sonstige Phosphatdüngemittel;
 Stickstoffdüngemittel, sonstige Düngemittel;
 Gerbstoffauszüge;
 sonstige chemische Halbwaren;
 Gold, Silber und sonstige Edelmetalle für gewerbliche Zwecke;
 sonstige Halbwaren (einschl. elektrischem Strom).

In die Berechnungen für die Indizes der Außenhandelspreise wird elektrischer Strom derzeit nicht einbezogen.

Änderungen im Zeitablauf:

Vor 1976 wurde der elektrische Strom in der Außenhandelsstatistik nicht nachgewiesen.

Haltepunkte, Haltestellen

Eisenbahnstatistik (Bestandsstatistik)

Datennachweis: ab 1966

Begriffsinhalt:

Bahnanlagen der freien Strecke, auf denen Züge für Zwecke des Verkehrs planmäßig halten.

Begriffsbeziehungen:

Haltepunkte und Haltestellen unterscheiden sich von Bahnhöfen (Eisenbahnstatistik) durch ihre Lage an der freien Strecke.

Bahnhöfe wie auch Haltepunkte und Haltestellen dienen der Abwicklung des Personen- und Güterverkehrs.

Halter von Tieren

Viehzählungen

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

Personen, in deren unmittelbarem Besitz sich >>> Pferde, >>> Rindvieh, >>> Schweine, >>> Schafe und Geflügel befinden, ohne Rücksicht auf das Eigentum an den Tieren.

Zu den Haltern von Tieren zählen Landwirte, Schlachthöfe, Schlächter, Viehhändler u.ä. Personen.

Inhaber von >>> land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, die eine der genannten Tierarten halten, gelten unabhängig von der Zahl der >>> gehaltenen Tiere als Halter von Tieren.

Nicht als Halter von Tieren gelten Inhaber landwirtschaftlich genutzter Flächen von weniger als einem Hektar, die weniger als ein Zuchtschwein oder drei andere Schweine halten, außerdem Halter mit weniger als zwei Pferden, drei Schafen sowie weniger als 20 Stück einer Geflügelart.

Änderungen im Zeitablauf:

Vor Dezember 1980 galten nicht als Halter von Tieren Inhaber landwirtschaftlich genutzter Flächen von weniger als einem Hektar, die weniger als eine Zuchtsau oder drei andere Schweine oder weniger als zwanzig Legehennen hielten.

Vor Dezember 1973 galten auch die Inhaber land- und forstwirtschaftlicher Kleinbetriebe als Halter von Tieren.

Handelsschiffe

Statistik des Bestandes an Seeschiffen

Datennachweis: ab 1951

Begriffsinhalt:

Schiffe, die dem Erwerb durch Seefahrt dienen, über ein festes Deck und mindestens 17,65 BRT Raumgehalt verfügen, mit Ausnahme der >>> Seefischereifahrzeuge und der Bagger-, Montage- und Bergungsfahrzeuge.

Erfasst werden die Handelsschiffe, die unter der Flagge der Bundesrepublik Deutschland fahren. Unter der Flagge der Bundesrepublik Deutschland können u.a. auch Schiffe fahren, die von deutschen Reedern aus dem Ausland gechartert wurden. Entsprechend fahren an das Ausland vercharterte Schiffe im allgemeinen nicht unter deutscher Flagge.

Im einzelnen zählen zu den Handelsschiffen >>> Fahrgastschiffe, >>> RO/RO- Schiffe einschl. Fährschiffe, >>> Trockenfrachtschiffe (ohne Mehrzweckschiffe), >>> Massengut- und Mehrzweckschiffe, >>> Tanker sowie Bohrinselversorgungsschiffe.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1970 wurden die Handelsschiffe in Fahrgastschiffe, Fähr-, Förde- und Baderschiffe, >>> Trockenladungsschiffe, >>> Kühlschiffe und Tanker unterteilt.

Bis einschl. 1973 wurden die Handelsschiffe erfasst, die in die deutschen Seeschiffsregister eingetragen waren unabhängig davon, ob sie unter deutscher Flagge fahren.

In die Seeschiffsregister werden Schiffe eingetragen, die für die Schifffahrt außerhalb von Binnengewässern (Flüssen, Kanälen und geschlossenen Seen) bestimmt sind, die einen Raumgehalt von mehr als 17,65 BRT haben und deren Eigentümer Deutsche sind (natürliche und juristische Personen).

Bis einschl. 1976 rechneten die Bohrinselversorgungsschiffe nicht zu den Handelsschiffen.

Handels- und Lagergebäude

Statistik der Baugenehmigungen

Datennachweis: ab 1962; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

Begriffsinhalt:

>>> Nichtwohngebäude, in denen primär Waren ausgestellt und/oder verkauft werden oder die für die Lagerung von Waren aller Art bestimmt sind.

Zu den Handelsgebäuden zählen Gebäude für den Einzelhandel, für Kaufhäuser, Supermärkte, Ladengeschäfte und Möbelhäuser, Modehäuser jedoch ohne >>> Fabrik- und Werkstattgebäude, Tankstellen ohne Werkstatt- und Autowaschgebäude sowie Markt- und Messehallen, die von Kommunen für die Abhaltung von Messen oder Märkten zur Verfügung gestellt werden.

Gebäude, die nicht dem Einzelhandel oder Märkten und Messen dienen, werden unter "Andere Handelsgebäude" nachgewiesen. Nicht zu den Handelsgebäuden gehören Kioske, die zu den behelfsmäßigen Nichtwohngebäuden gerechnet werden.

Lagergebäude sind u.a. für die Lagerung von Waren aller Art bestimmt. Hierzu gehören auch Getreidesilos und -speicher, Güterhallen und Kühlhäuser, soweit sie der öffentlichen Nahrungsmittelversorgung dienen. Warenlagerhäuser sowie Kraftstoff- und Treibstofflager der Polizei, des Bundesgrenz-, Feuer- und zivilen Bevölkerungsschutzes werden ebenfalls zu den Lagergebäuden gerechnet.

Frachtguthallen, Flughafenlager- und Hafenlagergebäude sowie sonstige Lagergebäude, die nicht der Nahrungsmittelvorsorge dienen, zählen zu den anderen Warenlagergebäuden zu denen auch Kraft- und Treibstofflager für den zivilen Bereich gerechnet werden.

Handelsvermittlung

Handels- und Gaststättenzählung 1979, 1985

Begriffsinhalt:

Handelsvermittlung betreibt wer den An- oder Verkauf von Waren (= bewegliche Sachgüter) in fremdem Namen für fremde Rechnung vermittelt (Fremdgeschäft).

Handelsvermittlung wird durch Handelsmakler, Handelsvertreter und Versandhandelsvertreter betrieben. Handelsmakler sind selbständige Gewerbetreibende, die Verträge über Gegenstände des Handelsverkehrs vermitteln, ohne dabei in einem ständigen Vertragsverhältnis zu bestimmten Auftraggebern zu stehen. Handelsvertreter sind selbständige Gewerbetreibende, die von anderen Unternehmen ständig damit betraut sind, Verträge des Handelsverkehrs für sie zu vermitteln oder in deren Namen abzuschließen. Versandhandelsvertreter sind Handelsvertreter, die im Auftrag anderer Unternehmen (Lieferanten), z.B. Versandhändlern, Verlagen, Konsumgüterproduzenten, Bestellungen auf Waren von privaten Haushalten entgegennehmen.

Tankstellen mit Absatz in fremdem Namen werden ebenfalls in die Handelsvermittlung einbezogen.

Handelsware

1. Investitionserhebung bei Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes

Datennachweis: ab 1976

2. Investitionserhebung im Bergbau und in der Industrie (ohne Bauindustrie)

Datennachweis: 1964 bis 1975

Begriffsinhalt:

Wert der fremdbezogenen Erzeugnisse, die von Unternehmen unbearbeitet und ohne fertigungstechnische Verbindung mit eigenen Erzeugnissen weiterverkauft werden.

Fremdbezogene Erzeugnisse, die im Unternehmen voraussichtlich be- oder verarbeitet werden, gehören nicht zur Handelsware.

Die Handelsware wird zu Anschaffungskosten bewertet. Als Anschaffungskosten gelten die Anschaffungspreise ohne Mehrwertsteuer zuzüglich Anschaffungsnebenkosten (Fracht, Verpackung, Zoll, Verbrauchsteuern usw.) abzüglich Preisnachlässen (Rabatte, Boni, Skonti, Abzüge wegen begründeter Beanstandungen usw.).

Nachgewiesen werden die Vorräte an Handelsware zu Beginn des Geschäftsjahres (Anfangsbestände) und zum Ende des Geschäftsjahres (Endbestände). Deckt sich bei Unternehmen das Geschäftsjahr nicht mit dem Kalenderjahr, so ist das Geschäftsjahr zugrunde gelegt, das im jeweiligen Berichtsjahr endet.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1967 war in den Anschaffungskosten die Umsatzsteuer enthalten.

Bis einschl. 1975 wurden bei der Ermittlung der Vorräte grundsätzlich Bilanzwerte angesetzt.

Handwerk

1. Berufsbildungsstatistik

Datennachweis: ab 1967

Begriffsinhalt:

Ausbildungsbereich, bei dem die Zuständigkeit für die Berufsausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz bei den Handwerkskammern liegt.

Die Handwerkskammern sind zuständige Stellen für die Berufsausbildung in Handwerksbetrieben oder handwerksähnlichen Betrieben, unabhängig davon, ob sich die Berufsausbildung auf handwerkliche oder nicht-handwerkliche Berufe bezieht.

Die Handwerkskammern sind ferner zuständig für die Berufsausbildung in anderen Ausbildungsbereichen, soweit sie in Gewerben der Anlage B zur Handwerksordnung durchgeführt wird.

Welche Ausbildungsberufe im einzelnen zum Ausbildungsbereich Handwerk zählen, ist der Fachserie 11, Bildung und Kultur, Reihe 3, Berufliche Bildung, 1985, S. 127 - 136, zu entnehmen.

Die Gliederung der Ausbildungsbereiche deckt sich nicht voll mit der Wirtschaftsgliederung nach der Systematik der Wirtschaftszweige, da sich nach dem Berufsbildungsgesetz die Zuständigkeit für die Berufsausbildung vielfach nach der Art des Ausbildungsberufs und nicht nach der Zugehörigkeit des Ausbildungsbetriebs zu einem Wirtschaftsbereich richtet.

2. Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren

Datennachweis: ab 1962

Begriffsinhalt:

Zum Handwerk rechnen Unternehmen, die in die Handwerksrolle eingetragen sind.

Die Handwerksrolle ist ein bei den Handwerkskammern geführtes Verzeichnis der selbständigen Handwerker mit dem von ihnen betriebenen Handwerk.

Die Eintragung in die Handwerksrolle berechtigt zum selbständigen Betrieb eines Handwerks und wird von der Handwerkskammer vorgenommen.

Handwerkerleistungen (ohne Bauhandwerker)

Preisindizes für die Lebenshaltung

Datennachweis: ab 1962

Begriffsinhalt:

Sammelposition, die Schneider- und Schusterarbeiten, Kfz-Pflege und -Reparatur, Friseurleistungen und Reparatur von Fernsehgeräten und Uhren umfaßt.

Hauptbahnen

Eisenbahnstatistik (Bestandsstatistik)

Datennachweis: ab 1966

Begriffsinhalt:

Gleisanlagen, die die technischen Einrichtungen von Hauptbahnen besitzen. Dazu gehören z.B. ein bestimmter Mindestkurvenradius und bestimmte Sicherheitseinrichtungen.

Die >>> Streckenlängen der Hauptbahnen ergeben sich aus der in der Achse der Gleise gemessenen Länge für Entfernungen zwischen Stationen, die in den öffentlichen Tarifen als selbständige Anfangs- oder Endpunkte für die Beförderung von Personen oder Gütern bezeichnet sind.

Dabei ist es ohne Bedeutung, ob die Strecke ein- oder mehrgleisig ausgestattet ist.

Änderungen im Zeitablauf:

Seit 1976 werden die Streckenlängen der Hauptbahnen der >>> nichtbundeseigenen Eisenbahnen den Streckenlängen der entsprechenden >>> Nebenbahnen zugerechnet.

Begriffsbeziehungen:

Hauptbahnen und Nebenbahnen (Eisenbahnstatistik) unterscheiden sich im wesentlichen dadurch, daß Hauptbahnen für höhere Geschwindigkeiten und größere Gewichte der sie befahrenden Züge eingerichtet sind als Nebenbahnen und für Hauptbahnen strengere Sicherheitsbestimmungen als für Nebenbahnen gelten.

Hauptmieter (-haushalte)

Gebäude- und Wohnungszählung 1987

Begriffsinhalt:

Als Hauptmieter gilt, wer das Recht zur Wohnungsnutzung durch Mietvertrag mit dem Eigentümer des Gebäudes / der Wohnung erworben hat. Hierbei ist es gleichgültig, ob zur Zeit tatsächlich Miete gezahlt wird oder nicht.

Beim Nachweis von Hauptmieterhaushalten in der Gliederung nach Staatsangehörigkeit, Alter und Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts wird von der >>> Bezugsperson ausgegangen (Person, die überwiegend zum Unterhalt des Haushalts beiträgt).

Hauptniederlassung

Arbeitsstättenzählung 1970

Begriffsinhalt:

>>> Arbeitsstätte, von der aus das gesamte >>> Unternehmen geleitet wird.

Zwischenverwaltungen (wie z.B. Bezirksdirektionen von Versicherungsunternehmen) gelten als >>> Zweigniederlassungen.

Als Arbeitsstätte gilt eine örtliche Einheit (Grundstück oder abgegrenzte Räumlichkeit), in der am Stichtag mindestens eine Person oder - unter einheitlicher Leitung - mehrere Personen regelmäßig haupt- oder nebenberuflich erwerbstätig waren.

Als Unternehmen wird die kleinste rechtlich selbständige Einheit, die eigene Bücher zu führen und gesonderte Abschlüsse aufzustellen hat, aufgefaßt. Rechtlich selbständige Tochtergesellschaften gelten als Unternehmen. Die Unternehmenseigenschaft besteht unabhängig von einer eventuellen Zugehörigkeit des Unternehmens zu einem Konzern.

In der Arbeitsstättenzählung werden Unternehmensergebnisse nur für den erwerbswirtschaftlichen Bereich ausgewiesen. Zu diesem rechnen die Wirtschaftszweige Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei, Produzierendes Gewerbe (Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe), Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe, sonstige Dienstleistungen (Gastgewerbe, Wissenschaft und Bildung, Gesundheitswesen, Rechtsberatung), ferner die wirtschaftlichen Unternehmen im Eigentum von Gebietskörperschaften einschl. der staatlichen und kommunalen Regiebetriebe und der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost.

Für die Bereiche Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie Gebietskörperschaften und Sozialversicherung werden keine Unternehmensergebnisse und entsprechend keine Hauptniederlassungen nachgewiesen.

Begriffsbeziehungen:

Besteht ein Unternehmen (Arbeitsstättenzählung) nur aus einer Arbeitsstätte, so gilt diese als >>> Einzige Niederlassung. Hauptniederlassungen bestehen daher nur bei Unternehmen, die mindestens zwei Arbeitsstätten (Hauptniederlassung und Zweigniederlassung(en)) umfassen.

Hauptschulabschluß

1. Statistik des allgemeinen Schulwesens

Datennachweis: ab 1967

2. Statistik des beruflichen Schulwesens

Datennachweis: ab 1967

Begriffsinhalt:

Als Hauptschulabschluß gilt der Abschluß an einer >>> Hauptschule, >>> Sonderschule, >>> Realschule, einem >>> Gymnasium oder einer >>> Gesamtschule, sofern kein höherer Abschluß erreicht wurde.

Nachgewiesen werden >>> Schüler und >>> Schulabgänger mit bzw. ohne Hauptschulabschluß.

Als Schüler bzw. Schulabgänger ohne Hauptschulabschluß gilt, wer nach Beendigung der Vollzeitschulpflicht von einer der o.g. Schulen (oder auch einer >>> Grundschule) abgegangen ist, ohne das Bildungsziel der Hauptschule erreicht zu haben.

Schulabgänger aus einer Schule des allgemeinen Schulwesens ohne Hauptschulabschluß können diesen Abschluß unter bestimmten Voraussetzungen nachträglich an einer Schule des beruflichen Schulwesens erwerben ("Zusätzlich erworbener Hauptschulabschluß").

Hauptschulen

Statistik des allgemeinen Schulwesens

Datennachweis: ab 1967

Begriffsinhalt:

Schulen, die eine allgemeine Bildung als Grundlage für eine erfolgreiche praktische Berufsausbildung vermitteln.

Der Besuch der Hauptschule setzt den Besuch der >>> Grundschule voraus. Die Schulbesuchsdauer beträgt 5 Jahre, teilweise - wegen der längeren Dauer des Grundschulbesuchs - auch nur 3 Jahre.

Den Hauptschulen angegliederte Sonderschulklassen und Realschulklassen rechnen nicht zu den Hauptschulen, sondern werden bei den entsprechenden Schularten ausgewiesen.

Erfaßt werden öffentliche und private Hauptschulen.

Haushalte

Gebäude- und Wohnungszählung 1987

Begriffsinhalt:

Personen, die gemeinsam wohnen und wirtschaften, insbesondere ihren Lebensunterhalt gemeinsam finanzieren (Mehrpersonenhaushalt). Wer allein wirtschaftet, bildet einen eigenen Haushalt (Einpersonenhaushalt) und zwar auch dann, wenn er eine gemeinsame Wohnung hat.

Bei Personen im Haushaltszusammenhang, die in gebäude- und wohnungstatistischen Tabellen nachgewiesen werden, handelt es sich stets um die wohnberechtigte Bevölkerung.

Zu beachten ist, daß es sich bei den sonstigen wohnberechtigten Haushalten vielfach um solche in Freizeitwohnungen/-wohneinheiten handelt.

Begriffsbeziehungen:

Während bei der Volks- und Berufszählung 1987 Haushalte dann nicht als Privathaushalte gezählt wurden, wenn sich die vorwiegend benutzte Wohnung sämtlicher Haushaltsmitglieder in einer anderen Gemeinde befand, werden in der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 alle Haushalte berücksichtigt.

Haushaltsbruttoeinkommen

Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte

Datennachweis: ab 1958

Begriffsinhalt:

Die Haushaltsbruttoeinkommen je Haushalt und Monat umfassen die Hauptgruppen >>> Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, >>> Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit, >>> Bruttoeinkommen aus Vermögen und >>> Einnahmen aus Einkommensübertragungen, Untervermietung.

Zu den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit rechnen neben den Bruttolöhnen und -gehältern u.a. auch die Einkommen aus nebenberuflicher Tätigkeit, die einmaligen Zahlungen (z.B. Urlaubs-, Weihnachtsgeld, 13.

Monatsgehalt, Prämien u.ä.), das Überstundenentgelt, die vermögenswirksame Leistung des Arbeitgebers, Deputate u.ä.

Bei den Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit handelt es sich bei den hier erfaßten Haushalten im wesentlichen um Einnahmen aus selbständiger (freiberuflicher) Arbeit.

Zu den Bruttoeinkommen aus Vermögen zählen neben Zinsen, Dividenden u.ä. die Einnahmen aus Vermietung (ohne Untervermietung), einschl. einer unterstellten Miete für Eigentümerwohnungen, abzüglich der Aufwendungen für die Unterhaltung von Grundstücken und Gebäuden und für Schönheitsreparaturen in Eigentümerwohnungen. Der unterstellte Mietwert entspricht der Miete einer vergleichbaren Mietwohnung.

Die Einnahmen aus Einkommensübertragungen umfassen u.a. Renten der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung, öffentliche Pensionen, Kindergeld, Wohngeld, Sozialhilfe, Ausbildungszuschüsse, Renten der Kriegsopferversorgung, Arbeitslosengeld u.ä., Übertragungen von Unternehmen, von privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter und von anderen privaten Haushalten sowie einmalige Einkommensübertragungen (z.B. Rückerstattungen von Einkommen- und Vermögensteuern), soweit diese einmaligen Einkommensübertragungen im Einzelfall weniger als 2 000 DM betragen.

Nicht zum Haushaltsbruttoeinkommen zählen verschiedene andere Einnahmearten, wie z.B. Einnahmen aus dem Verkauf im Haushalt erzeugter sowie gebrauchter Waren, Nettoeinnahmen aus der Erstattung von Ausgaben für geschäftliche (dienstliche) Zwecke, Rückvergütungen auf Warenkäufe und einmalige Zahlungen von 2 000 DM und mehr; diese Einnahmearten werden unter der Hauptgruppe >>> sonstige Einnahmen erfaßt und nachgewiesen.

Änderungen im Zeitablauf:

Die Einnahmen aus Untervermietung sind seit 1976 im Haushaltsbruttoeinkommen enthalten; bis einschl. 1975 rechneten sie zu den sonstigen Einnahmen.

Begriffsbeziehungen:

Das >>> Haushaltsnettoeinkommen (Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte) ist das um die Einkommen- und Vermögensteuern und die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung verminderte Haushaltsbruttoeinkommen.

Haushaltseinkommen

Mikrozensus

Datennachweis: ab 1972

Begriffsinhalt:

Summe aller monatlichen >>> Nettoeinkommen der Mitglieder des befragten >>> Privathaushalts.

Für abhängig erwerbstätige Haushaltsmitglieder wird das Bruttoeinkommen im Monat März des Erhebungsjahres abzüglich Steuern und Sozialversicherungsabgaben (ggf. auch abzüglich der Beiträge für private, kommunale oder staatliche Zusatzversorgungskassen), bei unregelmäßigem Einkommen und bei Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft wird der monatliche Nettodurchschnitt im Laufe des Jahres erfragt.

Zum Haushaltseinkommen rechnen alle Einkommensarten, also Einkünfte aus Erwerbstätigkeit, aus öffentlichen Renten, Pensionen und Unterstützungen, aus Sozialleistungen, aus privaten Renten und Unterstützungen, aus eigenem Vermögen, aus Vermietung, Verpachtung usw.

Zu den Einkünften aus Erwerbstätigkeit zählen z.B. auch Gratifikationen, das 13. Monatsgehalt, Vorschüsse, vermögenswirksame Leistungen des Arbeitgebers; Naturalbezüge und Deputate werden mit ihrem Wert einbezogen. Nicht als Abzüge vom Lohn oder Gehalt, die bei der Errechnung des Nettoeinkommens zu berücksichtigen sind, gelten z.B. die Miete für eine Werkwohnung, für eine betriebliche Sterbekasse, Ratenzahlungen oder gerichtliche Lohn- und Gehaltspfändungen, Sparbeträge für das vermögenswirksame Sparen und ähnliche Beträge, die vom Arbeitgeber vor der Auszahlung einbehalten werden. Freie Unterkunft und Verpflegung und andere Sachbezüge zählen in entsprechender Höhe ebenfalls zum Haushaltseinkommen. Nicht einbezogen werden Trennungsentschädigungen, Auslösungen und ähnliche Beträge.

Einmalige Zahlungen, wie Lotteriegewinne, Auszahlungen von Lebensversicherungen, Hauptentschädigungen des Lastenausgleichs usw., werden nicht einbezogen.

Nicht zum Haushaltseinkommen rechnen Einkommen von >>> Selbständigen in der Landwirtschaft sowie von allen >>> Mithelfenden Familienangehörigen ohne Pflichtversicherung in der Rentenversicherung, auch dann nicht, wenn diese Personen als Haupteinkommensquelle z.B. Einkünfte aus Rente o.ä. beziehen. Ist der

>>> Haushaltsvorstand selbständiger Landwirt oder Mithelfender Familienangehöriger oder hat er kein eigenes Nettoeinkommen, wird auch für den gesamten Haushalt kein Haushaltseinkommen nachgewiesen, auch dann nicht, wenn andere Haushaltsmitglieder eigenes Einkommen beziehen.

Begriffsbeziehungen:

Während im Haushaltseinkommen die Nettoeinnahmen aller zum jeweiligen Haushalt rechnenden Personen zusammengefaßt sind, stellt das Nettoeinkommen (Mikrozensus) die Summe der Nettoeinkünfte eines einzelnen Haushaltsmitglieds dar.

Die Begriffe Haushaltseinkommen und >>> Haushaltsnettoeinkommen (Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte) bezeichnen beide Nettoeinkommen von Privathaushalten im Laufe eines Monats. Unterschiede ergeben sich nur bei der Berücksichtigung einzelner Einnahmepositionen: So wird nur in den Wirtschaftsrechnungen bei der Errechnung des Haushaltsnettoeinkommens ggf. eine unterstellte Miete für Eigentümerwohnungen angesetzt. Andererseits bleiben bei der Errechnung des Haushaltseinkommens im Mikrozensus, das für die Gesamtheit der Privathaushalte und nicht für spezifische, ausgewählte Haushaltstypen nachgewiesen wird, die Einkommen von selbständigen Landwirten und von allen Mithelfenden Familienangehörigen außer Betracht; ebenso werden für Haushalte, deren Haushaltsvorstand ein selbständiger Landwirt oder ein Mithelfender Familienangehöriger ist, keine Einkommen nachgewiesen.

Haushaltsnettoeinkommen

Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte

Datennachweis: ab 1965

Begriffsinhalt:

Die Haushaltsnettoeinkommen je Haushalt und Monat stellen die um die >>> Einkommen- und Vermögensteuern und die >>> Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung verminderten >>> Haushaltsbruttoeinkommen dar.

Die Haushaltsbruttoeinkommen je Haushalt und Monat umfassen die Hauptgruppen >>> Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, >>> Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit, >>> Bruttoeinkommen aus Vermögen und >>> Einnahmen aus Einkommensübertragungen, Untervermietung.

Zu den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit rechnen neben den Bruttolöhnen und -gehältern u.ä. auch die Einkommen aus nebenberuflicher Tätigkeit, die einmaligen Zahlungen (z.B. Urlaubs-, Weihnachtsgeld, 13. Monatsgehalt, Prämien u.ä.), das Überstundenentgelt, die vermögenswirksame Leistung des Arbeitgebers, Deputate u.ä.

Bei den Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit handelt es sich bei den hier erfaßten Haushalten im wesentlichen um Einnahmen aus selbständiger (freiberuflicher) Arbeit.

Zu den Bruttoeinkommen aus Vermögen zählen neben Zinsen, Dividenden u.ä. die Einnahmen aus Vermietung (ohne Untervermietung), einschl. der unterstellten Miete für Eigentümerwohnungen, abzüglich der Aufwendungen für die Unterhaltung von Grundstücken und Gebäuden und für Schönheitsreparaturen in Eigentümerwohnungen.

Der unterstellte Mietwert entspricht der Miete einer vergleichbaren Mietwohnung.

Die Einnahmen aus Einkommensübertragungen umfassen u.a. Renten der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung, öffentliche Pensionen, Kindergeld, Wohngeld, Sozialhilfe, Ausbildungszuschüsse, Renten der Kriegsopferversorgung u.ä., Übertragungen von Unternehmen, von privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter und von anderen privaten Haushalten sowie einmalige Einkommensübertragungen (z.B. Rückerstattungen von Einkommen- und Vermögensteuern), soweit diese einmaligen Einkommensübertragungen im Einzelfall weniger als 2 000 DM betragen.

Nicht zum Haushaltsnettoeinkommen zählen verschiedene andere Einnahmearten, wie z.B. Einnahmen aus dem Verkauf im Haushalt erzeugter sowie gebrauchter Waren, Nettoeinnahmen aus der Erstattung von Ausgaben für geschäftliche (dienstliche) Zwecke, Rückvergütungen auf Warenkäufe und einmalige Zahlungen von 2 000 DM und mehr; diese Einnahmearten werden unter der Hauptgruppe >>> sonstige Einnahmen erfaßt und nachgewiesen.

Die Einkommen- und Vermögensteuern je Haushalt und Monat umfassen die geleisteten Lohnsteuern, Einkommensteuern, Vermögensteuern, die laufenden Lastenausgleichsabgaben und die Kirchensteuern.

Zu den Pflichtbeiträgen zur Sozialversicherung je Haushalt und Monat zählen die Arbeitnehmeranteile an den Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung, zur gesetzlichen Krankenversicherung und zur Bundesanstalt für Arbeit.

Begriffsbeziehungen:

Die Begriffe Haushaltsnettoeinkommen und >>> Haushaltseinkommen (Mikrozensus) bezeichnen beide Nettoeinkommen von Privathaushalten im Laufe eines Monats. Unterschiede ergeben sich nur bei der Berücksichtigung einzelner Einnahmepositionen: So wird nur in den Wirtschaftsrechnungen bei der Errechnung des Haushaltsnettoeinkommens ggf. eine unterstellte Miete für Eigentümerwohnungen angesetzt. Andererseits bleiben bei der Errechnung des Haushaltseinkommens im Mikrozensus, das für die Gesamtheit der Privathaushalte und nicht für spezifische, ausgewählte Haushaltstypen nachgewiesen wird, die Einkommen von selbständigen Landwirten und von allen Mithelfenden Familienangehörigen außer Betracht; ebenso werden für Haushalte, deren Haushaltsvorstand ein selbständiger Landwirt oder ein Mithelfender Familienangehöriger ist, kein Einkommen nachgewiesen.

Das Haushaltsbruttoeinkommen (Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte) läßt sich in das Haushaltsnettoeinkommen umrechnen, indem das Haushaltsbruttoeinkommen um die Einkommen- und Vermögensteuern und die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung vermindert wird.

Haushaltstyp 1: 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen

Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte

Datennachweis: ab 1958

Begriffsinhalt:

Haushalte, die aus älteren, alleinstehenden Ehepaaren bestehen, und ein geringes Einkommen beziehen das überwiegend aus Renten der Sozialversicherung oder Leistungen der öffentlichen Sozialhilfe besteht.

Einbezogen werden Haushalte mit monatlichen Einkommensübertragungen von Staat und Arbeitgeber (>>> Einnahmen aus Einkommensübertragungen und Untervermietung, das bei der erstmaligen Festsetzung der Einkommensgrenze im Jahr 1964 etwa in der Höhe der damaligen Sätze der Sozialhilfe lag. Die Einkommensobergrenze wird seitdem entsprechend der Steigerung der Renten und Sozialsätze fortgeschrieben.

Änderungen im Zeitablauf:

Erst seit 1986 wird die wirtschaftliche Situation der Haushalte durch die Einkommensübertragungen beschrieben. Bis einschl. 1963 wurden die Haushalte nach der Höhe ihrer Verbrauchsausgaben gruppiert und von 1964 bis einschl. 1985 nach dem >>> Haushaltsbruttoeinkommen. Soweit diese Haushalte Ersparnisse gebildet oder Kredite aufgenommen haben, ergeben sich zu der Situation von 1964 Unterschiede durch die abweichende Auswahlgrundlage.

Begriffsbeziehungen:

Die unter dem Haushaltstyp 1 beschriebenen Haushalte entsprechen dem Haushaltstyp, der für die Berechnung des >>> Preisindex für die Lebenshaltung von 2-Personen-Haushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern (Statistik der Verbraucherpreise) zugrunde gelegt wird.

Haushaltstyp 2: 4-Personen-Haushalte von Angestellten und Arbeitern mit mittlerem Einkommen der Bezugsperson

Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte

Datennachweis: ab 1958

Begriffsinhalt:

Haushalte, die aus Ehepaaren mit zwei Kindern (davon mindestens ein Kind unter 15 Jahren) bestehen, in Gemeinden mit mindestens 20 000 Einwohnern leben und deren Haushaltsvorstand Arbeiter oder Angestellter und alleiniger Einkommensbezieher ist und ein mittleres Einkommen hat.

Einbezogen werden Haushalte, bei denen das Bruttoeinkommen aus (hauptberuflicher) unselbständiger Arbeit ungefähr dem durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst eines männlichen Arbeiters in der Industrie oder eines männlichen Angestellten entspricht. Bei der erstmaligen Festsetzung der Einkommensgrenzen im Jahr 1964 wurde von einem Wert, der ungefähr diesen Bruttomonatsverdiensten entsprach, ausgegangen. Die Einkom-

mensspannen für Einkommen werden seitdem entsprechend der Lohn- und Gehaltsentwicklung fortgeschrieben.

Änderungen im Zeitablauf:

Erst seit 1964 wird die wirtschaftliche Situation der Haushalte durch die Einstufung nach dem Bruttoeinkommen aus (hauptberuflicher) unselbständiger Arbeit der Bezugsperson beschrieben. Bis einschl. 1963 wurden die Haushalte nach der Höhe ihrer Verbrauchsausgaben gruppiert. Soweit diese Haushalte Ersparnisse gebildet oder Kredite aufgenommen haben, ergeben sich Unterschiede durch die abweichende Auswahlgrundlage.

Begriffsbeziehungen:

Die unter dem Haushaltstyp 2 beschriebenen Haushalte entsprechen dem Haushaltstyp, der für die Berechnung des >>> Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes (Statistik der Verbraucherpreise) zugrunde gelegt wird.

Haushaltstyp 3: 4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen

Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte

Datennachweis: ab 1964

Begriffsinhalt:

Haushalte, die aus Ehepaaren mit zwei Kindern (davon mindestens ein Kind unter 15 Jahren) bestehen, und deren Bezugsperson Beamter oder Angestellter und der Hauptverdiener in der Familie ist sowie ein höheres Einkommen bezieht.

Einbezogen werden Haushalte mit einem monatlichen >>> Bruttoeinkommen aus (hauptberuflicher) unselbständiger Arbeit der Bezugsperson, das deutlich über dem monatlichen Einkommen liegt, das für den >>> Haushaltstyp 2: 4-Personen-Haushalte mit mittlerem Einkommen zugrunde gelegt wird. Bei der erstmaligen Festsetzung der Einkommensgrenzen im Jahr 1964 wurde von einem nominalen Abstand von DM 1 000 zum Einkommen des Haushaltstyps 2 ausgegangen. Die Einkommensspannen für die Bruttoeinkommen werden seitdem entsprechend der Lohn- und Gehaltsentwicklung fortgeschrieben.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1985 wurden Haushalte mit einem monatlichen >>> Haushaltseinkommen einbezogen, bei denen i.d.R. das Haushaltseinkommen nicht höher als 40% über dem Einkommen der Bezugsperson lag.

Begriffsbeziehungen:

Die unter dem Haushaltstyp 3 beschriebenen Haushalte entsprechen dem Haushaltstyp, der für die Berechnung des >>> Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen (Statistik der Verbraucherpreise) zugrunde gelegt wird.

Hausschlachtungen

Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

Schlachtungen, die nicht von gewerblich schlachtenden Betrieben, sondern von Selbstversorgern - in aller Regel im Haushalt des Tierhalters - vorgenommen werden, und bei denen das Fleisch ausschl. zum Verbrauch im eigenen Haushalt bestimmt ist.

Begriffsbeziehungen:

Hausschlachtungen sind zu unterscheiden von >>> gewerblichen Schlachtungen (Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik). Erstere umfassen die Schlachtungen von Selbstversorgern, in aller Regel den >>> Haltern

von Tieren, letztere umfassen die Schlachtungen gewerblicher Art, bei denen die >>> geschlachteten Tiere nicht für den Selbstverbrauch bestimmt sind.

Haus- und Nutzgärten (Gartenland)

Bodennutzungshaupterhebung

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

Flächen auf denen Gartengewächse (Obst, Gemüse, Erdbeeren, Kartoffeln usw.) für den eigenen Bedarf angebaut werden wie Haus- und Kleingärten, Obstgärten, Grabeland auf dem Acker außerhalb der Fruchtfolge.

Nicht zum Gartenland zählen die Flächen des Feldgemüsebaues und Erwerbsgartenbaues, auch wenn sie eingezäunt sind sowie Parkanlagen, Rasenflächen und Ziergärten.

Erfasst werden land- und forstwirtschaftliche Betriebe ab 1 ha Betriebsfläche und Gesamtflächen ab 1 ha, die ganz oder teilweise land- oder forstwirtschaftlich genutzt werden, land- und forstwirtschaftliche Betriebe unter 1 ha Betriebsfläche und Gesamtflächen unter 1 ha mit bestimmten Mindesterzeugungseinheiten sowie sonstige Flächen auf denen Reben, Obst, Gemüse, Zierpflanzen oder Baumschulerzeugnisse für den Verkauf angebaut werden.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis 1978 wurden land- und forstwirtschaftliche Betriebe ab 0,5 ha Gesamtfläche erfasst, alle anderen Haus- und Nutzgärten, auch die privaten, durch die Gemeinden festgestellt.

Bis 1969 zählten auch private Parkanlagen, Rasenflächen und Ziergärten zu den Haus- und Nutzgärten.

Hauswirtschaft

Berufsbildungsstatistik

Datennachweis: ab 1967

Begriffsinhalt:

Ausbildungsbereich, der als einzigen Ausbildungsberuf die Hauswirtschafterin in städtischen Bereichen umfaßt.

Die ländliche Hauswirtschaft ist nicht einbezogen.

Zuständig für die Berufsausbildung in der Hauswirtschaft sind die durch Rechtsverordnung dazu bestimmten Stellen.

Die Gliederung in Ausbildungsbereiche deckt sich nicht voll mit der Wirtschaftsgliederung nach der Systematik der Wirtschaftszweige, da sich nach dem Berufsbildungsgesetz die Zuständigkeit vielfach nach der Art des Ausbildungsberufs und nicht nach der Zugehörigkeit des Ausbildungsbetriebs zu einem Wirtschaftsbereich richtet.

Hebammen

Statistik der Berufe des Gesundheitswesens

Datennachweis: ab 1953

Begriffsinhalt:

Alle freiberuflich tätigen und angestellten Hebammen im Besitz einer Anerkennung als Hebamme nach dem Hebammengesetz.

Nicht erfasst werden die Hebammenschülerinnen, Wochenpflegerinnen und Wochenpflegeschülerinnen.

Heilstätten und Sanatorien

1. Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr

Datennachweis: ab 1981

Begriffsinhalt:

Einrichtungen - auch Spezialkrankenhäuser (Kliniken)-, die Genesende und Erholungsbedürftige (z.B. Kurgäste) aufnehmen.

Hierzu zählen in der Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr - im Gegensatz zu Heilstätten und Sanatorien die als >>> Krankenhäuser (Krankenhausstatistik), bei denen die ärztliche Versorgung im Vordergrund steht, betrieben werden - Einrichtungen, die vorwiegend der Erholung dienen bzw. der Rekonvaleszenz, Regeneration und Rehabilitation gewidmet sind. Im Vordergrund steht hierbei in erster Linie die pflegerische Versorgung.

Erfasst werden nur Heilstätten und Sanatorien mit mindestens 9 Gästebetten und mehr, unabhängig davon, ob sie gewerblich oder nicht gewerblich betrieben werden und ob die Beherbergung von Gästen Hauptzweck oder Nebenzweck des Betriebes ist.

2. Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten

Datennachweis: 1960 bis 1980

Begriffsinhalt:

Wie unter 1., jedoch unabhängig von der Anzahl der Gästebetten und nur in Gemeinden mit im allgemeinen mindestens 5 000 >>> Gästeübernachtungen im Jahr.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. März 1971 wurden Betriebe in Gemeinden mit im allgemeinen mindestens 3 000 Gästeübernachtungen im Jahr erfasst.

Heime für behinderte Kinder und Jugendliche

Statistik der Jugendhilfe

Datennachweis: ab 1967

Begriffsinhalt:

Heime für behinderte Kinder und Jugendliche sind Einrichtungen zur heilpädagogischen und therapeutischen Behandlung von Kindern und Jugendlichen, die körperlich, geistig oder seelisch im Sinne des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) behindert sind.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis 1981 wurden Heime für behinderte Kinder und Jugendliche unter dem Begriff "Sonderheime" erfasst (siehe auch unter >>> Sonder- und Beobachtungsheime).

Heime für Kinder und Jugendliche

Statistik der Jugendhilfe

Datennachweis: ab 1967

Begriffsinhalt:

Einrichtungen, in denen überwiegend Kinder im Alter von 3 und mehr Jahren und Jugendliche über Tag und Nacht untergebracht sowie im Rahmen der Jugendhilfe betreut werden.

Hierzu gehören auch heilpädagogische und therapeutische Heime zur Behandlung von Kindern und Jugendlichen mit erheblichen Verhaltensauffälligkeiten und Anpassungsschwierigkeiten. Nicht in den Begriff "Heime für Kinder und Jugendliche" einbezogen sind behinderte Kinder und Jugendliche.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1981 wurde die Zahl der Heime für Kinder und Jugendliche unter dem Begriff "Kinderheime" nachgewiesen, jedoch ohne die bis 1981 getrennt nachgewiesenen >>> Erziehungsheime.

Heime für Säuglinge und Kleinkinder

Statistik der Jugendhilfe

Datennachweis: ab 1967

Begriffsinhalt:

Einrichtungen, in denen überwiegend Kinder bis zum vollendeten 3. Lebensjahr über Tag und Nacht untergebracht sowie im Rahmen der Jugendhilfe betreut werden.

Nicht zu den Heimen für Säuglinge und Kleinkinder zählen Heime, die ganz oder überwiegend der Unterbringung und Betreuung behinderter Säuglinge und Kleinkinder dienen.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1981 wurden Kleinstkinder- und Kleinkinderheime unter dem Begriff Säuglings- und Kinderheime in der Statistik erfaßt.

Bis einschl. 1981 wurden Heime für Säuglinge und Kleinkinder unter dem Begriff "Säuglings- und Kinderheime" in der Statistik erfaßt, bei der Erhebung 1982 dagegen unter dem Begriff "Kleinstkinder- und Kleinkinderheime" erfragt.

Heizölbestand/-verbrauch

Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe

Datennachweis: ab 1977

Begriffsinhalt:

Bestand an bzw. Verbrauch von Heizöl (Heizöl leicht, mittelschwer, schwer), das zur Erzeugung von Wärme sowie als Rohstoff für die Produktion vorgesehen ist bzw. verwendet wurde, gleichgültig, ob aus Erdöl oder aus Rohteer hergestellt.

Der Bestand an Heizöl wird jeweils am Ende des Berichtszeitraums nachgewiesen.

Zum Verbrauch des im Berichtszeitraum verwendeten Heizöls rechnen auch die Heizölmengen, die für die Gewinnung der an Dritte abgegebenen Energiemengen (Strom, Dampf, Wärme) eingesetzt wurden. Verkaufte oder verschenkte Brennstoffmengen sowie Deputate sind nicht in die Verbrauchsangaben einbezogen.

Seit 1985 werden der Heizölbestand und der Heizölverbrauch nicht mehrmonatlich, sondern nur noch vierteljährlich nachgewiesen.

Herstellungsländer

Außenhandelsstatistik

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

Länder, in denen von der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) eingeführte Waren vollständig gewonnen oder hergestellt worden sind.

Bei Präferenzwaren, für die ein Präferenznachweis vorgelegt wird, ist Herstellungs-(Ursprungs-)land das Land oder Gebiet, in dem die Waren aufgrund einer Präferenzregelung die Eigenschaft von Ursprungswaren erworben haben.

Sind an der Herstellung einer Ware zwei oder mehr Länder beteiligt, so ist Herstellungs-(Ursprungs-)land das Land, in dem die letzte wesentliche und wirtschaftlich gerechtfertigte Be- oder Verarbeitung stattgefunden hat,

sofern diese in einem dazu eingerichteten Unternehmen vorgenommen worden ist und zur Herstellung eines neuen Erzeugnisses geführt hat oder eine bedeutende Herstellungsstufe darstellt.

Bei Waren, deren Herstellungs-(Ursprungs-)land nicht bekannt ist, wird das Versendungsland der Waren erfaßt.

Weitere Einzelheiten sind § 10 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs (AHStatDV) in der Fassung vom 14. Juli 1977 (BGBl. I S. 1281) geändert durch Artikel 24 des 1. Statistikbereinigungsgesetzes vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294) zu entnehmen.

Herstellung von Maschinen für das Produktionsgütergewerbe

1. Index des Auftragsbestands für das Verarbeitende Gewerbe

Datennachweis: 1977 bis 1984

2. Index des Auftragseingangs in der Industrie

Datennachweis: 1962 bis 1976

3. Index des Auftragsbestands in der Industrie

Datennachweis: 1970 bis 1976

Begriffsinhalt:

Alle Waren der Warenklassen

Metallbearbeitungsmaschinen der spanabhebenden Formung	Warenklasse	3211
Metallbearbeitungsmaschinen der spanlosen Formung	"	3212
Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	"	3213
Maschinen und Präzisionswerkzeuge		
für die Metall- und Werkstoffbearbeitung	"	3218
Dampfturbinen	"	3227
Wasserkraftmaschinen	"	3228

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1975.

Begriffsbeziehungen:

Die Begriffe Herstellung von Maschinen für das Produktionsgütergewerbe und "Maschinen für die Produktionsgüterindustrien" (Index des Auftragseingangs in der Industrie, Index des Auftragsbestands in der Industrie) sind synonym.

Herstellung von Maschinen für das Verbrauchsgüter Produzierende Gewerbe

1. Index des Auftragsbestands für das Verarbeitende Gewerbe

Datennachweis: 1977 bis 1984

2. Index des Auftragseingangs in der Industrie

Datennachweis: 1962 bis 1976

3. Index des Auftragsbestands in der Industrie

Datennachweis: 1970 bis 1976

Begriffsinhalt:

Alle Waren der Warenklassen

Holzbe- und -verarbeitungsmaschinen, Werkzeugmaschinen		
zum Bearbeiten von Kork, Bein, Hartkautschuk, Kunststoff		
und ähnlichen harten Stoffen	Warenklasse	3217
Gewerbliche Kühlmöbel und -geräte, Kältemaschinen und -anlagen	"	3223

Nahrungsmittelmaschinen	"	3245
Maschinen für verwandte Gebiete der Nahrungsmittelherstellung	"	3246
Papier- und Druckereimaschinen	"	3261
Textilmaschinen	"	3265
Zubehörteile für Textilmaschinen	"	3266
Nähmaschinen	"	3267
Schuh- und Lederindustriemaschinen	"	3269

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1975.

Begriffsbeziehungen:

Die Begriffe Herstellung von Maschinen für das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe und "Maschinen für die Verbrauchsgüterindustrien" (Index des Auftragseingangs in der Industrie, Index des Auftragsbestands in der Industrie) sind synonym.

Herstellung von Maschinen für die Bauwirtschaft

1. Index des Auftragsbestands für das Verarbeitende Gewerbe

Datennachweis: 1977 bis 1984

2. Index des Auftragseingangs in der Industrie

Datennachweis: 1962 bis 1976

3. Index des Auftragsbestands in der Industrie

Datennachweis: 1970 bis 1976

Begriffsinhalt:

Alle Waren der Warenklassen

Baumaschinen	Warenklasse	3226
Baustoff-, Keramik- und Glasmaschinen	"	3237

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1975.

Zu den Baumaschinen zählen u.a. Bauaufzüge, Bauwinden, Betonmischer und -mischanlagen, Betonpumpen, -spritz- und -einpreßgeräte, Betonverdichter, Turmdrehkrane, Rammen, Bagger, Straßenbaumaschinen, Gleisbaumaschinen, Erdbaugeräte.

Begriffsbeziehungen:

Die Begriffe Herstellung von Maschinen für die Bauwirtschaft und "Maschinen für die Bauwirtschaft (einschl. Maschinen für die Baustoff-, Keramik- und Glasindustrie)" (Index des Auftragseingangs in der Industrie, Index des Auftragsbestands in der Industrie) sind synonym.

Herstellung von Maschinen für die Landwirtschaft

Index des Auftragsbestands für das Verarbeitende Gewerbe

Datennachweis: 1977 bis 1984

Begriffsinhalt:

Alle Waren der Warenklassen

Landmaschinen	Warenklasse	3241
Landwirtschaftliche Förder- und Transportmittel	"	3242
Milchwirtschaftliche Maschinen	"	3243
Ackerschlepper (einschl. Einachsschlepper und andere einachsige Motorgeräte)	"	3244

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1975.

Begriffsbeziehungen:

Die Begriffe Herstellung von Maschinen für die Landwirtschaft und >>> Maschinen für die Landwirtschaft (Index der Bruttonproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter, Index des Auftragseingangs in der Industrie, Index des Auftragsbestands in der Industrie) sind synonym.

Zur Abgrenzung gegenüber dem Begriff >>> landwirtschaftliche Maschinen (Index der industriellen Bruttonproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter, Außenhandelsstatistik) siehe dort.

Herstellung von Nachrichten- und Informationstechnischen Erzeugnissen

Index des Auftragsbestands für das Verarbeitende Gewerbe

Datennachweis: 1977 bis 1984

Begriffsinhalt:

Alle Waren der Warenklassen

Geräte und Einrichtungen der Drahtnachrichtentechnik	Warenklasse	3651
Geräte und Einrichtungen der Funknachrichtentechnik	"	3653
Elektrische Zeitdienstgeräte	"	3655
Rundfunk- und Fernsehempfangsgeräte und -einrichtungen	"	3661
Phonotechnische Geräte	"	3663
Bauelemente der Fernmelde- und Hochfrequenztechnik	"	3667

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1975.

Begriffsbeziehungen:

Die Begriffe Herstellung von nachrichten- und informationstechnischen Erzeugnissen und >>> nachrichten- und informationstechnische Investitionsgüter (Index des Auftragsbestands in der Industrie) sind unterschiedlich abgegrenzt. Die Produktgruppe Herstellung von nachrichten- und informationstechnischen Erzeugnissen schließt die nachrichten- und informationstechnischen Investitionsgüter ein, umfaßt aber zusätzlich noch die Rundfunk- und Fernsehempfangsgeräte, die phonotechnischen Geräte und die Bauelemente für die Fernmelde- und Hochfrequenztechnik.

Herstellung von starkstromtechnischen Erzeugnissen

1. Index des Auftragsbestands für das Verarbeitende Gewerbe

Datennachweis: 1977 bis 1984

2. Index des Auftragsbestands in der Industrie

Datennachweis: 1970 bis 1976

Begriffsinhalt:

Alle Waren der Warenklassen

Elektromotoren und -generatoren	Warenklasse	3611
Transformatoren	"	3612
Starkstromkondensatoren	"	3617
Hochspannungsschaltgeräte und -anlagen	"	3621

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1975.

Begriffsbeziehungen:

Die Begriffe Herstellung von starkstromtechnischen Erzeugnissen und "starkstromtechnische Investitionsgüter" (Index des Auftragsbestands in der Industrie) sind synonym.

Hilfe in besonderen Lebenslagen

Statistik der Sozialhilfe

Datennachweis: ab 1963

Begriffsinhalt:

Leistungen der Sozialhilfe in Gestalt verschiedener Hilfearten, die an den besonderen persönlichen Bedürfnissen eines Hilfesuchenden ausgerichtet sind.

Im einzelnen werden gem. § 27 BSHG Abs.1 die folgenden Hilfearten gewährt:

- Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage,
- vorbeugende Gesundheitshilfe,
- >>> Krankenhilfe, Hilfe bei Schwangerschaft oder bei Sterilisation, Hilfe zur Familienplanung,
- Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen,
- >>> Eingliederungshilfe für Behinderte,
- Blindenhilfe,
- >>> Hilfe zur Pflege,
- Hilfe zur Weiterführung des Haushalts,
- Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten,
- Altenhilfe.

Die Hilfen in besonderen Lebenslagen werden gewährt, sofern die Voraussetzungen zur Gewährung von Sozialhilfe gegeben sind und dem Hilfesuchenden, seinem nicht getrenntlebenden Ehegatten sowie - bei minderjährigen unverheirateten Personen - seinen Eltern die Aufbringung der Mittel aus dem Einkommen und Vermögen nicht zuzumuten ist. In einigen von Bundessozialhilfegesetz (BSHG) näher begründeten Fällen können Hilfen in besonderen Lebenslagen auch insoweit geleistet werden, als den o.g. Personen die Aufbringung der Mittel aus dem Einkommen und Vermögen zuzumuten ist, oder die Hilfen ohne Rücksicht auf Einkommen und Vermögen gewährt werden.

Die Höhe des einzusetzenden Einkommens und Vermögens ist in besonderen Vorschriften geregelt. Hilfe kann auch in anderen besonderen Lebenslagen gewährt werden, wenn sie den Einsatz öffentlicher Mittel rechtfertigen. Geldleistungen können als Beihilfe oder als Darlehen gewährt werden.

Wird Hilfe in besonderen Lebenslagen in einer Anstalt, einem Heim oder einer gleichartigen Einrichtung oder in einer Einrichtung zur teilstationären Betreuung gewährt, umfaßt die Hilfe in besonderen Lebenslagen auch den in der Einrichtung gewährten Lebensunterhalt sowie ein angemessenes Taschengeld, es sei denn, daß dessen bestimmungsgemäße Verwendung durch oder für den Hilfeempfänger nicht möglich ist.

Die Hilfearten sehen im einzelnen die folgenden Leistungen vor:

Die Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage wird Personen gewährt, denen eine ausreichende wirtschaftliche Lebensgrundlage fehlt oder bei denen sie gefährdet ist und die sonst voraussichtlich Hilfe zum Lebensunterhalt in Anspruch nehmen müßten. Geldleistungen können als Beihilfe oder Darlehen gewährt werden.

Die vorbeugende Gesundheitshilfe soll Personen gewährt werden, denen nach ärztlichem Urteil eine Erkrankung oder ein sonstiger Gesundheitsschaden droht; sie sieht außerdem Vorsorgeuntersuchungen für die Früherkennung von Krankheiten vor. Sie umfaßt vor allem Erholungsmaßnahmen für Kinder, Jugendliche und alte Menschen sowie für Mütter in Müttergenesungsheimen.

Kranken Personen wird Krankenhilfe gewährt. Die Krankenhilfe umfaßt ärztliche und zahnärztliche Leistungen, Krankenhausbehandlung, Versorgung mit Arznei-, Verbandmittel und Zahnersatz sowie sonstige erforderliche Leistungen.

Hilfe bei Schwangerschaft oder bei Sterilisation wird bei nichtrechtswidrigem Schwangerschaftsabbruch oder bei nichtrechtswidriger Sterilisation gewährt, wenn der Eingriff von einem Arzt vorgenommen wird. Die Hilfe umfaßt ärztliche Beratung, Untersuchung und Behandlung, Versorgung mit Arznei-, Verband- und Heilmitteln sowie Krankenhauspflege. Hilfe zur Familienplanung wird Personen für Maßnahmen zur Ermöglichung oder Verhütung einer Schwangerschaft gewährt. Im Rahmen der Hilfe zur Familienplanung werden die Kosten für ärztliche Beratung und der verordneten empfangnisregelnden Mittel übernommen.

Die Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen sieht als Leistungen ärztliche Betreuung und Hilfe sowie Hebammenhilfe, Versorgung mit Arznei-, Verband- und Heilmitteln, einen Pauschbetrag für die im Zusam-

menhang mit der Entbindung entstehenden Aufwendungen, Pflege in einer Einrichtung und häusliche Wartung und Pflege sowie Mutterschaftsgeld vor.

Die Eingliederungshilfe für Behinderte wird Personen gewährt, die nicht nur vorübergehend körperlich, geistig oder von einer Behinderung bedroht sind. Sie kann auch Personen mit einer anderen körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung gewährt werden. Die Hilfe soll eine drohende Behinderung verhüten, eine vorhandene Behinderung oder deren Folgen beseitigen oder mildern und Behinderte in die Gesellschaft eingliedern.

Die Blindenhilfe soll die durch Blindheit bedingten Mehraufwendungen ausgleichen. Sie wird Blinden gewährt, die das erste Lebensjahr vollendet haben, sofern sie keine gleichartigen Leistungen nach anderen Rechtsvorschriften erhalten. Da die Länder im Laufe der Jahre aufgrund besonderer Landesgesetze das Blindengeld an Blinde außerhalb der Sozialhilfe und ohne Rücksicht auf Einkommen und Vermögen der Empfänger gewähren, ist die Blindenhilfe im Rahmen der Sozialhilfe nunmehr fast ohne Bedeutung.

Hilfe zur Pflege erhalten Personen, die infolge Krankheit oder Behinderung so hilflos sind, daß sie nicht ohne Wartung und Pflege bleiben können. Im wesentlichen werden die Aufwendungen für Pflegepersonen oder besondere Pflegekräfte übernommen sowie ein Pflegegeld gezahlt.

Die Hilfe zur Weiterführung des Haushalts wird Personen mit eigenem Haushalt in der Regel vorübergehend gewährt, wenn kein Haushaltsangehöriger den Haushalt führen kann und die Weiterführung des Haushalts geboten ist (z.B. bei Krankheit der Mutter). Die Hilfe umfaßt die persönliche Betreuung der Haushaltsangehörigen, sonstige zur Weiterführung des Haushalts erforderliche Tätigkeiten sowie ggf. auch die Übernahme der angemessenen Kosten für eine vorübergehende anderweitige Unterbringung der Haushaltsangehörigen.

Personen, bei denen besondere soziale Schwierigkeiten der Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft entgegenstehen und die diese Schwierigkeiten aus eigener Kraft nicht beheben können (z.B. Obdachlose, verhaltensgestörte Jugendliche), haben Anspruch auf Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten, z.B. Hilfe bei der Beschaffung und Erhaltung einer Wohnung.

Die Altenhilfe soll dazu beitragen, die Schwierigkeiten, die durch das Alter entstehen, zu verhüten, zu überwinden oder zu mildern und alten Menschen die Möglichkeit erhalten, am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen. Als Hilfen kommen in Betracht: Hilfe bei der Beschaffung und zur Erhaltung einer angemessenen Wohnung, Hilfe bei der Aufnahme in eine Einrichtung zur Betreuung und bei der Inanspruchnahme altersgerechter Dienste, Hilfe zum Besuch von Veranstaltungen oder Einrichtungen, die der Geselligkeit, Unterhaltung, Bildung oder den kulturellen Bedürfnissen alter Menschen dienen, ferner Hilfe, die alten Menschen die Verbindung mit nahestehenden Personen ermöglicht sowie Hilfe zu einer gewünschten Betätigung. Altenhilfe soll ohne Rücksicht auf vorhandene Einkommen oder Vermögen gewährt werden, soweit im Einzelfall persönliche Hilfe erforderlich ist.

Zu Einzelheiten siehe insbesondere Abschn. 3 und §§ 79 - 87 Bundessozialhilfegesetz und Änderungsgesetze.

Nachgewiesen werden die Ausgaben für die Hilfe in besonderen Lebenslagen und die Empfänger. Zu den Empfängern der Hilfe in besonderen Lebenslagen zählen alle Personen, die im Laufe des Berichtszeitraums irgendeine der genannten Hilfearten bezogen haben. Personen, die mehrere Hilfearten oder die gleiche Hilfeart mehrmals erhalten haben, werden nur einmal zu den Empfängern von Hilfe in besonderen Lebenslagen gezählt. Wer Hilfe in besonderen Lebenslagen erhält, kann jedoch daneben auch Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten; diese Personen werden dann auch unter den Empfängern dieser Hilfeart erfaßt und nachgewiesen.

Zu den Ausgaben für die Hilfe in besonderen Lebenslagen zählen auch die Aufwendungen der Geschlechtskrankenfürsorge in Hamburg.

Änderungen im Zeitablauf:

Die Zahl der Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen und die Höhe der Ausgaben für diese Hilfeart sind im Zeitablauf von verschiedenen Änderungen der für die Sozialhilfe geltenden Rechtsvorschriften (u.a. von Änderungen der Anspruchsvoraussetzungen, von Leistungsverbesserungen, Heraufsetzungen der für diese Hilfeart geltenden Einkommensgrenzen) beeinflusst worden. Im einzelnen traten u.a. folgende Änderungen ein: Zum 1.9.1965 wurden die Mehrbedarfzuschläge und die Blindenhilfe erhöht und die besondere Einkommensgrenze nach § 81 BSHG heraufgesetzt. Zum 1.10.1969 wurden bei einer Reihe von Hilfearten die Höhe der gewährten Leistungen der Sozialhilfe an die allgemeine wirtschaftliche und soziale Entwicklung angepaßt, einzelne Leistungstatbestände wesentlich erweitert und die Einkommensgrenzen erhöht. Zum 1.4.1974 traten weitere Verbesserungen ein, indem vor allem die Leistungen der Sozialhilfe wiederum an die allgemeine wirt-

schaftliche und soziale Entwicklung angepaßt und die Einkommensgrenzen nach § 81 BSHG weiter angehoben wurden. Ferner wurden die Leistungen für Behinderte und Pflegebedürftige, für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten sowie für ältere Menschen wesentlich verbessert.

Auch die seit diesem Zeitpunkt erschwerte Heranziehung Unterhaltsverpflichteter hat sich statistisch auf die Zahl der Empfänger und die Höhe der Aufwendungen ausgewirkt.

Die Hilfe bei Schwangerschaft oder bei Sterilisation und die Hilfe zur Familienplanung wurden zum 1.12.1975 eingeführt.

Durch das 2. Haushaltsstrukturgesetz vom Dezember 1981 wurde das BSHG wiederum geändert. Bei den Bestimmungen über Hilfe in besonderen Lebenslagen wurden u.a. die Vorschriften über Ausgliederungshilfe (§§ 31 - 35 BSHG) gestrichen, die vorbeugende Gesundheitshilfe erschwert und die Leistungen bei der Tuberkulosehilfe, der Blindenhilfe und der Hilfe zur Pflege eingeschränkt.

Die Tuberkulosehilfe wurde zum 1.1.1987 durch das 2. Rechtsbereinigungsgesetz gestrichen.

Zu weiteren Änderungen im Zeitablauf siehe auch unter >>> Eingliederungshilfe für Behinderte, >>> Hilfe zur Pflege und >>> Krankenhilfe, Hilfe bei Schwangerschaft oder bei Sterilisation, Hilfe zur Familienplanung.

Von 1964 bis 1966 wurden in Hamburg die Ausgaben für die >>> Hilfe zum Lebensunterhalt in Einrichtungen und die Empfänger dieser Hilfe unter den Ausgaben bzw. Empfängern der Hilfe in besonderen Lebenslagen nachgewiesen.

Begriffsbeziehungen:

Während sich die Hilfe in besonderen Lebenslagen nach den besonderen persönlichen Bedürfnissen eines Hilfesuchenden richtet, und daher in Form Verschiedener Hilfearten gewährt wird, soll die Hilfe zum Lebensunterhalt (Statistik der Sozialhilfe) den notwendigen Lebensunterhalt eines Hilfesuchenden sicherstellen.

Von den allgemeinen Unterschieden zwischen den verschiedenen Sozialleistungssystemen abgesehen, stellen die Hilfe in besonderen Lebenslagen und die >>> Hilfen in besonderen Lebenslagen (Statistik der Kriegsopferfürsorge) vergleichbare Leistungen dar, die auch gesetzlich weitgehend gleich geregelt sind.

Hilfen zur beruflichen Rehabilitation

Statistik der Kriegsopferfürsorge

Datennachweis: ab 1963

Begriffsinhalt:

Hilfen, die erforderlich sind, um die Erwerbsfähigkeit von Beschädigten und z.T. auch ihrer Hinterbliebenen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zu erhalten, zu bessern, herzustellen oder wiederherzustellen und sie hierdurch möglichst auf Dauer beruflich einzugliedern.

Die Hilfe wird in Form von Beihilfen und Darlehen gewährt und soll durch die Erlangung und Erhaltung einer der Eignung, Neigung und bisherigen Tätigkeit des Beschädigten entsprechenden beruflichen Tätigkeit die Folgen der Schädigung angemessen ausgleichen oder mildern.

Neben den berufsfördernden Leistungen im engeren Sinne kommt den Hilfen zur Beschaffung, Unterhaltung, zum Betrieb und zum Unter- und Abstellen eines Kraftfahrzeugs sowie der Hilfe zur Erlangung einer Fahrerlaubnis besondere Bedeutung zu; Voraussetzung für die Gewährung ist, daß der Beschädigte infolge der Schädigung auf die Benutzung eines Kraftfahrzeugs angewiesen ist.

Als berufsfördernde Leistungen im engeren Sinne kommen folgende Maßnahmen in Betracht:

- Hilfen zur Erhaltung oder Erlangung eines Arbeitsplatzes einschl. Hilfen zur Förderung der Arbeitsaufnahme sowie Eingliederungshilfen an Arbeitgeber,
- Berufsfindung und Arbeitserprobung, Berufsvorbereitung einschl. einer wegen der Schädigung erforderlichen Grundausbildung,
- berufliche Anpassung, Fortbildung, Ausbildung und Umschulung, einschl. eines zur Teilnahme an diesen Maßnahmen erforderlichen schulischen Abschlusses sowie
- sonstige Hilfen der Arbeits- und Berufsförderung, durch die Beschädigten eine angemessene und geeignete Erwerbs- oder Berufstätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt oder in einer Werkstatt für Behinderte ermöglicht werden kann.

Im Rahmen der Hilfen zur Erhaltung oder Erlangung eines Arbeitsplatzes ist vor allem die Übernahme der Kosten für Arbeitsausrüstung, technische Arbeitshilfen und der Umzugskosten vorgesehen. Der Behinderte kann ferner eine befristete Beihilfe zu seinem Arbeitsverdienst erhalten. Arbeitgeber können Zuschüsse zu den Kosten der betrieblichen Ausbildung und Umschulung des Beschädigten, Eingliederungshilfe (befristete Zuschüsse zum Arbeitsentgelt), Hilfen zur Einrichtung und Unterhaltung eines beschädigtengerechten Arbeitsplatzes sowie Kostenerstattung für eine befristete Probebeschäftigung erhalten.

Sonstige berufsfördernde Maßnahmen sind alle Hilfen, die erforderlich sind, um Beschädigte beruflich einzugliedern oder ihre Eingliederung zu sichern, soweit dies durch andere Maßnahmen nicht oder nicht vollständig erreicht werden kann.

Unter den entsprechenden Voraussetzungen können Beschädigte auch Hilfen zur Gründung und Erhaltung einer selbständigen Existenz erhalten. Berufsfördernde Maßnahmen können in begründeten Fällen auch Witwen und Witwern gewährt werden, die zur Erhaltung oder Erlangung einer angemessenen Lebensstellung erwerbstätig sein wollen.

Ferner werden als ergänzende Hilfen folgende Leistungen gewährt:

- Übergangsgeld und Unterhaltsbeihilfe,
- Beiträge zur Renten- und Arbeitslosenversicherung,
- Übernahme der Kosten, die mit einer berufsfördernden Maßnahme in unmittelbarem Zusammenhang stehen, wie Prüfungsgebühren, Lernmittel, Arbeitskleidung und Arbeitsgerät,
- Haushaltshilfe, wenn unter bestimmten Voraussetzungen die Weiterführung des Haushalts nicht möglich ist,
- sonstige Hilfe, um das Ziel der Rehabilitation zu erreichen oder zu sichern sowie
- Übernahme der im Zusammenhang mit der Teilnahme an einer berufsfördernden Maßnahme erforderlichen Fahr-, Verpflegungs- und Übernachtungskosten.

Übergangsgeld erhalten Beschädigte, Witwen und Witwer, die wegen Teilnahme an einer berufsfördernden Maßnahme keine ganztägige Erwerbstätigkeit ausüben können. Die Höhe des Übergangsgeldes richtet sich nach der Höhe des entgangenen regelmäßigen Nettoarbeitsentgelts (Regellohn). Wer vor Beginn der Maßnahme beruflich nicht tätig gewesen ist, erhält Unterhaltsbeihilfe, für deren Bemessung die Vorschriften über Leistungen für den Lebensunterhalt bei Gewährung von Erziehungsbeihilfe entsprechend dem Bundesversorgungsgesetz und der Verordnung zur Kriegsopferfürsorge angewendet werden. Nachgewiesen werden die Aufwendungen der Kriegsopferfürsorge für die laufenden und einmaligen Leistungen, die Zahl der Personen, die am Jahresende Hilfe als laufende Leistungen erhalten sowie die Zahl der Fälle, in denen diese Hilfe als einmalige Leistung gewährt wurde.

Änderungen im Zeitablauf:

Die Zahl der Empfänger von berufsfördernden Leistungen, die Zahl der Leistungsfälle sowie die Höhe der Ausgaben für diese Hilfeart sind im Zeitablauf von verschiedenen Änderungen der für die Kriegsopferfürsorge geltenden Rechtsvorschriften (u.a. von der Höhe des an die Entwicklung des Regellohns gekoppelten Übergangsgeldes) beeinflusst worden. Im einzelnen traten u.a. folgende weitere Änderungen ein:

Zum 1.10.1974 ist der Leistungsumfang grundsätzlich neu geregelt und insbesondere um Hilfen zur Berufsfindung, Arbeitserprobung und Berufsvorbereitung erweitert worden. Seitdem können auch ergänzende Hilfen, insbesondere Übergangsgeld, gewährt werden. Dagegen stand vor dem 1.10.1974 den Beschädigten und den Witwen und Witwern nur ein Unterhaltsbeitrag zur Sicherung des Lebensunterhalts zu, einschließlich des Lebensunterhalts der von ihnen überwiegend unterhaltenen Angehörigen. Zum 1.1.1979 wurde die Unterhaltsbeihilfe eingeführt. Ab 1986 werden berufsfördernde Maßnahmen unter dem Begriff Hilfen zur beruflichen Rehabilitation erfaßt.

Begriffsbeziehungen:

Von den grundsätzlichen Unterschieden zwischen den verschiedenen Sozialleistungssystemen abgesehen, unterscheiden sich die Hilfen zur beruflichen Rehabilitation der Kriegsopferfürsorge von der >>> Eingliederungshilfe für Behinderte (Statistik der Sozialhilfe) auch in ihrer Leistungsstruktur und ihrem Leistungsumfang, da die Eingliederungshilfe für Behinderte neben den berufsfördernden u.a. auch medizinische Leistungen vorsieht.

Hilfe zum Lebensunterhalt

Statistik der Sozialhilfe

Datennachweis: ab 1963

Begriffsinhalt:

Leistungen der Sozialhilfe an Personen, die ihren notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln (vor allem Einkommen und Vermögen) oder aus Leistungen anderer (z.B. Angehöriger oder anderer Sozialleistungsträger) bestreiten können.

Bei nicht getrennt lebenden Ehegatten sind das Einkommen und Vermögen beider Ehegatten zu berücksichtigen, bei minderjährigen unverheirateten Personen auch die Mittel der im gleichen Haushalt wohnenden Eltern bzw. des Elternteils.

In begründeten Fällen kann Hilfe zum Lebensunterhalt auch demjenigen gewährt werden, der den notwendigen Lebensunterhalt aus dem zu berücksichtigenden Einkommen und Vermögen bestreiten kann oder der ein für den notwendigen Lebensunterhalt ausreichendes Einkommen oder Vermögen hat, aber einzelne für den Lebensunterhalt notwendige Tätigkeiten nicht verrichten kann.

Die Höhe des einzusetzenden Einkommens und Vermögens sowie der Leistungen anderer sind in besonderen Vorschriften geregelt.

Der notwendige Lebensunterhalt umfaßt besonders Ernährung, Unterkunft, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Heizung und persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens. Zu diesen persönlichen Bedürfnissen gehören in vertretbarem Umfang auch Beziehungen zur Umwelt und die Teilnahme am kulturellen Leben.

Als Leistungen sind ferner in bestimmten Fällen die Übernahme von Krankenversicherungsbeiträgen, der Kosten für eine angemessene Alterssicherung oder ein angemessenes Sterbegeld sowie der Bestattungskosten vorgesehen. In Sonderfällen, z.B. zur Sicherung der Unterkunft oder in vergleichbaren Notlagen, kann die Hilfe ebenfalls gewährt werden.

Die Hilfe soll darauf ausgerichtet sein, daß der Hilfesuchende - soweit zumutbar - Gelegenheit zur Arbeit erhält. Nach Möglichkeit sollen für Hilfesuchende, die keine Arbeit finden können, Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden.

Die Hilfe kann in Form laufender oder einmaliger Hilfeleistungen gewährt werden. Die laufende Hilfe muß als regelmäßige Leistung vorgesehen sein, jedoch kommt es auf die Dauer der Gewährung nicht an. Einmalige Hilfe zum Lebensunterhalt verliert ihre Eigenschaft nicht dadurch, daß sie wiederholt gewährt wird.

Die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt wird außerhalb von Einrichtungen nach Regelsätzen bemessen. In den Fällen, in denen die Bedarfsgemeinschaft oder der einzelne Hilfsbedürftige über Einkommen aus anderen Quellen verfügt, das aber unter diesen Sozialhilfesätzen liegt, wird von den Sozialhilfeträgern nur der Differenzbetrag gewährt.

Die für den Haushaltsvorstand und die Haushaltsangehörigen festgelegten Regelsätze stehen - je nach dem Alter der Angehörigen - in bestimmten prozentualen Verhältnissen zueinander. Die laufenden Leistungen für die Unterkunft und ggf. für die Heizung werden neben den Regelsätzen in Höhe der tatsächlich entstandenen Aufwendungen gezahlt.

Die Hilfe zum Lebensunterhalt in einer Anstalt, einem Heim oder einer gleichartigen Einrichtung besteht aus den tatsächlichen Aufwendungen sowie einem angemessenen Taschengeld, es sei denn, daß dessen bestimmungsgemäße Verwendung durch oder für den Hilfeempfänger nicht möglich ist.

Einmalige Leistungen zum Lebensunterhalt sind die ihrer Natur nach nicht mit einer gewissen Regelmäßigkeit wiederkehrenden Leistungen. Sie können als Geld- oder Sachleistungen neben laufenden Leistungen oder ohne diese gewährt werden.

Zu den einmaligen Leistungen zum Lebensunterhalt gehören z.B. Beihilfen für Winterfeuerung, Beschaffung und Instandhaltung von Kleidung, Hausrat, Wäsche und Schuhen, soweit nicht durch den Regelsatz abgegolten, Transport-, Umzugs- und Bestattungskosten sowie Weihnachtsbeihilfen. Nur einmalige Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten Hilfeempfänger, die zwar keine laufende Hilfe zum Lebensunterhalt benötigen, den Lebensunterhalt jedoch aus eigenen Kräften und Mitteln nicht voll beschaffen können.

Für bestimmte Personen wird ein Mehrbedarf anerkannt, so für Personen ab 60 Jahre, erwerbsunfähige Personen, werdende Mütter, Tuberkulosekranke, alleinerziehende Personen mit einem Kind unter 7 Jahren oder mit mehreren Kindern unter 16 Jahren sowie für Behinderte und Erwerbstätige, vor allem solche mit eingeschränktem Leistungsvermögen und für Kranke, Genesende, Behinderte, die einer kostenaufwendigeren Ernährung bedürfen.

Ein Anspruch auf Hilfe besteht nicht, wenn ein Hilfesuchender sich weigert, eine zumutbare Arbeit zu leisten. Die Hilfe kann bei fortgesetztem unwirtschaftlichem Verhalten und in ähnlichen Fällen auf das zum Lebensunterhalt Unerläßliche eingeschränkt werden. Zu Einzelheiten siehe insbesondere Abschn.2, §§ 76-78 Bundessozialhilfegesetz.

Aufwendungen für die Hilfe zum Lebensunterhalt in Einrichtungen, die kraft Gesetzes mit verschiedenen Leistungen der Hilfe in besonderen Lebenslagen verbunden ist, werden unter der Hilfe in besonderen Lebenslagen und den entsprechenden Formen dieser Hilfeart erfaßt und nachgewiesen.

Nachgewiesen werden hier Ausgaben für diese Hilfeart sowie Empfänger. Zu den Ausgaben rechnen hier sowohl die Ausgaben für laufende als auch für einmalige Hilfe zum Lebensunterhalt, zu den Empfängern dieser Hilfeart dagegen nur die Empfänger der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt. Jede Person, auch wenn sie

während mehrerer Zeitabschnitte im Laufe des Berichtszeitraums laufende Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen hat, wird nur einmal gezählt.

Wer laufende Hilfe zum Lebensunterhalt bezieht, kann jedoch daneben auch Hilfe in besonderen Lebenslagen erhalten; diese Personen werden dann auch unter den Empfängern der betreffenden Hilfearten erfaßt und nachgewiesen.

Änderungen im Zeitablauf:

Die Zahl der Empfänger von (laufender) Hilfe zum Lebensunterhalt und die Höhe der Ausgaben für diese Hilfeart sind im Zeitablauf von verschiedenen Änderungen der für die Sozialhilfe geltenden Rechtsvorschriften (u.a. von Änderungen der Anspruchsvoraussetzungen, von Leistungsverbesserungen, Änderungen in der Ermittlung der Einkommen) beeinflusst worden. Im besonderen haben sich die wiederholten Erhöhungen der Regelsätze für die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen und der Pflegesätze in Einrichtungen ausgewirkt. Auch andere Leistungen der Sozialhilfe wurden verbessert: So wurden zum 1.9.1965 u.a. die Mehrbedarfzuschläge erhöht und die besondere Einkommensgrenze nach § 81 Bundessozialhilfegesetz (BSHG) heraufgesetzt. Zum 1.10.1969 wurde u.a. die Hilfe zum Lebensunterhalt in Sonderfällen eingeführt. Zum 1.4.1974 traten weitere Verbesserungen ein, indem vor allem die Leistungen der Sozialhilfe wiederum an die allgemeine wirtschaftliche und soziale Entwicklung angepaßt und die Einkommensgrenze nach § 81 BSHG weiter angehoben wurden. Auch die seit diesem Zeitpunkt erschwerte Heranziehung Unterhaltsverpflichteter hat sich statistisch auf die Zahl der Empfänger und die Höhe der Aufwendungen ausgewirkt.

Durch das 2. Haushaltsstrukturgesetz vom Dezember 1981 wurde das BSHG in einer Reihe von Vorschriften geändert. Bei den Bestimmungen über die Hilfe zum Lebensunterhalt wurden insbesondere folgende Änderungen vorgenommen: Erhöhung des Einkommenseinsatzes bei den Empfängern einmaliger Leistungen, geringere Anhebung der Regelsätze, Herabsetzung der Mehrbedarfzuschläge für ältere Personen, Schwerbehinderte und Personen mit Kindern, Gewährung laufender Leistungen als Darlehen bei nur vorübergehender Notlage.

Begriffsbeziehungen:

Während die Hilfe zum Lebensunterhalt den notwendigen Lebensunterhalt eines Hilfesuchenden sicherstellen soll, richtet sich die >>> Hilfe in besonderen Lebenslagen (Statistik der Sozialhilfe) nach den besonderen persönlichen Bedürfnissen eines Hilfesuchenden; diese Leistung wird daher in Form verschiedener Hilfearten gewährt.

Von den allgemeinen Unterschieden zwischen den verschiedenen Sozialleistungssystemen abgesehen, stellen die Hilfe zum Lebensunterhalt und die >>> ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt (Statistik der Kriegsopferfürsorge) sowohl statistisch als auch rechtlich vergleichbare Leistungen dar.

Hilfe zur Pflege

Statistik der Sozialhilfe

Datennachweis: ab 1963

Begriffsinhalt:

Hilfe, die Personen gewährt wird, die infolge Krankheit oder Behinderung so hilflos sind, daß sie nicht ohne Wartung und Pflege bleiben können.

Die Hilfe zur Pflege umfaßt sowohl Pflege in Einrichtungen als auch häusliche Pflege. Dem Pflegebedürftigen sollen auch die Hilfsmittel zur Verfügung gestellt werden, die zur Erleichterung seiner Beschwerden wirksam beitragen. Ferner sollen ihm nach Möglichkeit eine angemessene Bildung sowie Anregungen kultureller oder sonstiger Art vermittelt werden.

Reichen im Einzelfall häusliche Wartung und Pflege aus, so soll der Sozialhilfeträger darauf hinwirken, daß diese durch dem Pflegebedürftigen nahestehende Personen oder im Wege der Nachbarschaftshilfe übernommen werden. In diesen Fällen sind dem Pflegebedürftigen die angemessenen Aufwendungen der Pflegeperson zu erstatten; auch können angemessene Beihilfen gewährt und in begründeten Fällen die Beiträge der Pflegeperson für eine angemessene Alterssicherung übernommen werden. Ggf. werden die Kosten für eine besondere Pflegekraft übernommen.

Pflegebedürftige, die mindestens ein Jahr alt und so hilflos sind, daß sie für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen des täglichen Lebens in erheblichem Umfang der Wartung und Pflege dauernd bedürfen, erhalten ein Pflegegeld. Ist eine angemessene Alterssicherung nicht anderweitig sichergestellt, werden die Aufwendungen für die Beiträge einer Pflegeperson oder einer besonderen Pflegekraft erstattet. Bei au-

Bergewöhnlicher Pflegebedürftigkeit wird ein erhöhtes Pflegegeld gewährt. Zu Einzelheiten siehe §§ 68-69 Bundessozialhilfegesetz und Änderungsgesetze.

Nachgewiesen werden die Ausgaben für diese Hilfeart und die Empfänger. Zu den Empfängern zählen alle Personen, die im Laufe des Berichtsjahres Hilfe zur Pflege erhalten haben, unabhängig davon, ob ihnen noch eine weitere Hilfeart und/oder >>> Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt wurde.

Änderungen im Zeitablauf:

Die Zahl der Empfänger von Hilfe zur Pflege und die Höhe der Ausgaben für diese Hilfeart sind im Zeitablauf von verschiedenen Änderungen der für die Sozialhilfe geltenden Rechtsvorschriften (u.a. von Änderungen der Anspruchsvoraussetzungen, von Leistungsverbesserungen, Heraufsetzungen der für diese Hilfeart geltenden Einkommensgrenzen) beeinflusst worden. Im einzelnen traten u.a. folgende Änderungen ein: Zum 1.9.1965 wurde die besondere Einkommensgrenze nach § 81 Bundessozialhilfegesetz (BSHG) heraufgesetzt, zum 1.10.1969 wurden die Höhe der gewährten Leistungen der Sozialhilfe an die allgemeine wirtschaftliche und soziale Entwicklung angepaßt und die Einkommensgrenzen erhöht. Zum 1.4.1974 traten weitere wesentliche Verbesserungen ein: Die Bestimmungen über die Zahlung eines erhöhten Pflegegeldes an Behinderte mit außergewöhnlicher Pflegebedürftigkeit wurden genauer festgelegt und die Übernahme von Beiträgen zur Alterssicherung vorgesehen. Während vor 1975, letztmalig zum 1.4.1974, das Pflegegeld unregelmäßig erhöht wurde, wird seit dem 1.7.1975 die Höhe des einfachen Pflegegeldes für jeweils zwei Jahre entsprechend der Entwicklung der allgemeine Bemessungsgrundlage in der Rentenversicherung der Arbeiter neu festgelegt.

Durch das 2. Haushaltsstrukturgesetz vom Dezember 1981 wurden einige Bestimmungen über die Gewährung von Hilfe zur Pflege geändert. So wurden z.B. die Beiträge zur Alterssicherung eingeschränkt, auf das Pflegegeld werden künftig Leistungen der Blindenhilfe nach dem BSHG und nach den Landesblindengeldgesetzen angerechnet, und die Berechnung des Pflegegeldes wurde den Bezügen des Bundesversorgungsgesetzes angepaßt.

1963 wurden zur Hilfe zur Pflege auch die Ausgaben für Maßnahmen gerechnet, die der Landschaftsverband Rheinland für Geistesranke und Suchtkranke im Rahmen der Krankenhilfe durchgeführt hat.

Von 1964 bis 1966 wurden in Hamburg auch die Ausgaben der Hilfe zum Lebensunterhalt, die Personen in Einrichtungen gewährt wurde, unter der Hilfe zur Pflege erfaßt und nachgewiesen. Entsprechendes gilt für die Empfänger dieser Hilfe.

Hinterbliebene

Sozialbudget der Bundesrepublik Deutschland

Datennachweis: ab 1965

Begriffsinhalt:

Leistungen an Witwen (Witwer) unter 60 (65) Jahren sowie Leistungen beim Tod von Begünstigten und Familienangehörigen (Sterbegeld).

Bei den Leistungen für Hinterbliebene handelt es sich im wesentlichen um Einkommensleistungen. Hierzu zählen vor allem Witwen- bzw. Witwerrenten und die Witwenbeihilfe, die im wesentlichen von den Rentenversicherungsträgern oder nach dem beamtenrechtlichen System durch Pensionen erbracht werden sowie das Sterbegeld. Dabei werden die Leistungen für Frauen, die das 60. und für Männer, die das 65. Lebensjahr überschritten haben, den Leistungen für Alter zugeordnet.

Familienzuschläge und Waisenrenten sind den Leistungen für Kinder und für Ehegatten zugeordnet.

Im Sozialbudget rechnen die Leistungen für Hinterbliebene gemeinsam mit den Leistungen bei >>> Alter zu den Leistungen im Rahmen der Funktion "Alter und Hinterbliebene".

Hochbau

Alle folgenden Statistiken

Begriffsinhalt:

Errichtung von >>> Bauwerken, deren Hauptteile über dem Erdboden liegen. Die Errichtung der Bauwerke umfaßt auch die dazugehörigen Fundierungsarbeiten.

1.1 Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau)

Datennachweis: ab 1962; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991/92

1.2 Index des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Datennachweis: 1971 bis 1976

1.3 Index des Auftragseingangs für das Bauhauptgewerbe

Datennachweis: ab 1977

1.4 Index des Auftragsbestands für das Bauhauptgewerbe

Datennachweis: 1971 bis 1976

1.5 Index des Auftragsbestands für das Bauhauptgewerbe

Datennachweis: ab 1977

Begriffsinhalt:

Der Hochbau umfaßt den >>> Wohnungsbau, den gewerblichen und industriellen Hochbau, den landwirtschaftlichen Hochbau, den Hochbau für Organisationen ohne Erwerbszweck, für Gebietskörperschaften, Sozialversicherung sowie für Bundesbahn / Reichsbahn und Bundespost.

Zum Hochbau rechnet neben dem Wohnungsbau z.B. die Errichtung von Verwaltungsgebäuden, Fabrik- und Bürogebäuden, Lagerhallen, Garagen (auch Tiefgaragen), Stallungen, Bahnhöfen, Postämtern, Schulen, Universitäten, Theatern, Museen, Krankenhäusern, Gefängnissen, Kirchen, Gemeindehäusern, Sporthallen und Müllbeseitigungsanlagen.

Nachgewiesen werden, neben absoluten Werten und Meßzahlen zum Hochbau, auch der >>> Index des Auftragseingangs und der >>> Index des Auftragsbestands im Hochbau.

Beim unter 1.3 genannten Index des Auftragseingangs, im Monatsbericht einschließlich Auftragseingangserhebung, und beim unter 1.5 genannten Index des Auftragsbestands wird zum Hochbau jeweils auch der gesamte landwirtschaftliche Bau (also auch der landwirtschaftliche Tiefbau) gerechnet; in allen übrigen Nachweisen über den Hochbau ist nur der landwirtschaftliche Hochbau einbezogen.

Der >>> Fertigteilbau ist nur im Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung und in den unter 1.3 und 1.5 genannten Indizes des Auftragseingangs und des Auftragsbestands für das Bauhauptgewerbe einbezogen.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1976 rechnete der Bau von Tiefgaragen zum >>> Tiefbau.

2. Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe

Datennachweis: ab 1970

Begriffsinhalt:

Zum Hochbau rechnen Betriebe, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Hochbauten im Rohbau zu errichten.

Zur Errichtung von Hochbauten rechnen die Ausführung von Hoch- und Ingenieurhochbauten sowie die Reparatur- und Unterhaltsarbeiten an diesen Bauten. Nicht dazu rechnet die Ausführung von Brücken- und bestimmten Spezialbauten.

Der Fertigteilbau ist einbezogen.

Nachgewiesen werden:

- Indizes der Nettoproduktion für Hochbauleistungen als Teil des Bauhauptgewerbes; ab 1976 untergliedert in Indizes für Unternehmen und für fachliche Unternehmensteile (ab Basis 1980)
- der Index für das Baugewerbe, vierteljährlich, für Hochbauleistungen als Teil des Ausbaugewerbes und des Bauhauptgewerbes (ab 1978).

Zum Hochbau als Teil des Bauhauptgewerbes rechnen sowohl Industrie- als auch Handwerksbetriebe, zum Hochbau als Teil der Bauindustrie dagegen nur Industriebetriebe. Im letzten Fall entspricht daher der für den Hochbau nachgewiesene Index dem Index der industriellen Nettoproduktion, der mit dem Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe auf Basis 1976 konzeptionell identisch ist.

Hochbauten

1. Statistik der Baugenehmigungen

Datennachweis: ab 1955; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

2. Statistik der Baufertigstellungen

Datennachweis: ab 1955; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

3. Statistik des Bauüberhanges

Datennachweis: ab 1955; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

Begriffsinhalt:

Sich im allgemeinen wesentlich über die Erdoberfläche erhebende >>> Bauwerke, die als >>> Gebäude selbstständig benutzbar, überdacht und auf Dauer errichtet sind sowie sonstige Hochbauten.

Zu den Hochbauten zählen aus technischen Gründen auch solche selbstständig benutzbaren unterirdischen Bauwerke, die von Menschen betreten werden können und geeignet oder bestimmt sind, dem Schutz von Menschen, Tieren oder Sachen zu dienen (z.B. Schutzraumtiefbunker, unterirdische Krankenhäuser, unterirdische Ladenzentren und Produktionsstätten, Tiefgaragen).

"Sonstige Hochbauten" sind Hochbauten, die nicht den Gebäuden zugeordnet werden können. Dazu gehören im wesentlichen >>> Unterkünfte, behelfsmäßige Nichtwohngebäude und freistehende selbstständige Konstruktionen.

Nicht zu den Hochbauten, sondern zu den >>> Tiefbauten werden Hochbahnkonstruktionen, oberirdische Rohrleitungen (soweit nicht Teile von Produktionsanlagen), Fernmelde-, Radar- und Fernsehmasten, Freileitungen und deren Masten, Verkehrssignalanlagen, Straßenbeleuchtungen u.ä. Bauwerke, die an sich nach ihrer bautechnischen Gestaltung Hochbauten sind, gerechnet.

Hochschule

1. Volks- und Berufszählung 1987

Begriffsinhalt:

Zu den Hochschulen zählen die wissenschaftlichen Hochschulen (Universitäten, Technische Hochschulen, Gesamthochschulen, philosophisch-theologische Hochschulen, pädagogische Hochschulen) und die Kunsthochschulen. Vergleichbare Einrichtungen früheren Rechts, z.B. die Lehrerbildungsanstalten als Vorgänger der pädagogischen Hochschulen, sind entsprechend berücksichtigt.

Nicht zu den Hochschulen zählen die Fachhochschulen (siehe dort).

2. Studentenstatistik

Datennachweis: ab Sommersemester 1967

Begriffsinhalt:

Als Hochschulen werden alle nach Landesrecht anerkannten Hochschulen, unabhängig von der Trägerschaft, ausgewiesen.

Zu den Hochschulen zählen >>> Universitäten (einschl. technischer Universitäten/Hochschulen und anderer gleichrangiger wissenschaftlicher Hochschulen), >>> Gesamthochschulen, >>> pädagogische Hochschulen, >>> theologische Hochschulen, >>> Kunsthochschulen und >>> Fachhochschulen.

Das Studium an Universitäten, pädagogischen und theologischen Hochschulen sowie in den wissenschaftlichen Studiengängen der Gesamthochschulen setzt die allgemeine oder fachgebundene >>> Hochschulreife voraus.

3.1 Rechnungsstatistik

Datennachweis: ab 1950

3.2 Haushaltsansatzstatistik

Datennachweis: ab 1970

3.3 Kassenstatistik

Datennachweis: ab 1970

Begriffsinhalt:**Aufgabenbereich mit den Ausgaben**

- für >>> Universitäten, Technische Hochschulen und Technische Universitäten, Hochschulkliniken, >>> Pädagogische Hochschulen und entsprechende Einrichtungen der Lehrerbildung, >>> Gesamthochschulen, >>> Kunsthochschulen, >>> Fachhochschulen;
- für Einrichtungen und zur Förderung des Fernstudiums; für das Europäische Hochschulinstitut in Florenz, für Maßnahmen, die nicht auf einzelne Hochschularten aufteilbar sind (z.B. Modellversuche).

In der Vierteljahresstatistik der Finanzwirtschaft sind lediglich Ausgaben für >>> Baumaßnahmen nachgewiesen.

Änderungen im Zeitablauf:

Die Ausgaben für Baumaßnahmen im Hochschulbereich in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, die von Hochschulbaugesellschaften bewirtschaftet wurden, sind erst ab dem Rechnungsjahr 1975 erfaßt (>>> Organisationen ohne Erwerbszweck). Die Ausgaben der Hochschulbaugesellschaft Nordrhein-Westfalen wurden mit dem Rechnungsjahr 1978 auf den Haushalt des Landes übernommen.

Bis 1973 sind hier auch die Ausgaben für individuelle Förderungsmaßnahmen von Studierenden und für Studentenwohnraumförderung enthalten; ab 1974 werden diese gesondert im Aufgabenbereich >>> Förderung des Bildungswesens nachgewiesen.

Bis 1960 sind die Ausgaben für die Ingenieur- und höheren Wirtschaftsfachschulen (Fachhochschulen) nicht im Aufgabenbereich Hochschulen, sondern im Aufgabenbereich >>> Schulen enthalten.

Hochschulreife

1. Statistik des allgemeinen Schulwesens

Datennachweis: ab 1967

2. Statistik des beruflichen Schulwesens

Datennachweis: ab 1967

Begriffsinhalt:

Als Hochschulreife gilt das Abschlußzeugnis der Oberstufe (Sekundarstufe II) eines >>> Gymnasiums, einer >>> Gesamtschule, eines >>> Abendgymnasiums, eines >>> Kollegs, eines >>> Fachgymnasiums bzw. einer Technischen Oberschule.

Nachgewiesen werden >>> Schüler und >>> Schulabgänger mit Hochschulreife. Die Hochschulreife berechtigt zum Hochschulstudium in allen Studiengängen (allgemeine Hochschulreife) oder in bestimmten Fächern bzw. Fächergruppen (fachgebundene Hochschulreife).

Begriffsbeziehungen:

Die Begriffe >>> Hochschulreife und >>> Abitur (Volks- und Berufszählung 1987 und Beschäftigtenstatistik) sind gleich abgegrenzt.

Hochschulreife / Fachhochschulreife

1. Volks- und Berufszählung 1987**2. Beschäftigtenstatistik**

Datennachweis: ab 1977

Begriffsinhalt:

Hochschulreife / Fachhochschulreife liegt vor, wenn durch den Schulabschluß - z.B. an einem Gymnasium, einer Fachoberschule, Berufsoberschule oder Fachakademie - die Berechtigung zum Studium an wissenschaftlichen Hochschulen oder an Fachhochschulen erworben wurde. An Einrichtungen des zweiten Bildungsweges (z.B. Abendrealschulen) erworbene Abschlüsse sind entsprechend berücksichtigt.

Hochschulsemester

Studentenstatistik

Datennachweis: ab Wintersemester 1976

Begriffsinhalt:

Semester, die insgesamt im Hochschulbereich verbracht worden sind; sie müssen nicht in Beziehung zum Studienfach des Studenten im Erhebungssemester stehen. Nachgewiesen werden >>> Studenten gegliedert nach Hochschulsemestern.

Begriffsbeziehungen:

Während die Hochschulsemester alle im Hochschulbereich verbrachten Semester umfassen, werden bei den >>> Fachsemestern (Studentenstatistik) nur die im Hinblick auf den im Erhebungssemester angestrebten Abschluß absolvierten Semester berücksichtigt.

Holzwaren

Index der Großhandelsverkaufspreise

Datennachweis: ab 1968

Begriffsinhalt:

Ausgewählte Waren (Warenarten) aus der Warengruppe 54 "Holzwaren" des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1975 bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für die Produktionsstatistiken, Ausgabe 1982. Einbezogen sind Bauelemente aus Holz und Holzkonstruktionen, Möbel, Matratzen, Holzgehäuse und andere Tischlereierzeugnisse, technische, Holzwaren sowie Bürstenwaren. Nicht berücksichtigt werden Verpackungsmittel aus Holz, Korb-, Kork- und Flechtwaren sowie sonstige Holzwaren.

Hörfunkgenehmigungen

Statistik der Hörfunk- und Fernsehgenehmigungen

Datennachweis: ab 1954

Begriffsinhalt:

Genehmigungen zur Errichtung und zum Betrieb einer Hörfunkempfangsanlage.

Erfaßt werden lediglich die Rundfunkgenehmigungen, die gebührenpflichtigen Hörfunkteilnehmern erteilt wurden.

Ausgewiesen wird der Bestand an erteilten Hörfunkgenehmigungen am Jahresende.

Begriffsbeziehungen:

Im Bestand an Hörfunkgenehmigungen ist der Bestand an >>> Fernsehgenehmigungen enthalten, da mit der Erteilung einer Fernsehgenehmigung zugleich eine Hörfunkgenehmigung als erteilt gilt.

Horte

Statistik der Jugendhilfe

Datennachweis: ab 1967

Begriffsinhalt:

Einrichtungen, in denen Kinder im schulpflichtigen Alter vor oder nach der täglichen Schulzeit aufgenommen sowie pflegerisch und erzieherisch regelmäßig betreut werden.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1953 ohne Saarland und Berlin (West), von 1954 bis 1959 ohne Saarland. Seit 1963 werden die Horte und die in ihnen verfügbaren Plätze in der Gliederung nach Trägern der öffentlichen Hand, Trägern der freien Jugendhilfe und privaten gewerblichen Trägern nachgewiesen. Bis 1981 wurden Horte unter der Bezeichnung Kinderhorte nachgewiesen.

Begriffsbeziehungen:

Einrichtungen zur pflegerischen und erzieherischen Betreuung von Kindern im Alter bis zu 6 Jahren sind >>> Krippen und >>> Kindergärten.

Hotels

1. Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr

Datennachweis: ab 1981

Begriffsinhalt:

Beherbergungsstätten, die jedermann zugänglich sind und in denen ein Restaurant - auch für Passanten - vorhanden ist sowie weitere Aufenthaltsräume zur Verfügung stehen.

Erfaßt werden nur Hotels mit mindestens 9 Gästebetten und mehr.

2. Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten

Datennachweis: 1960 bis 1980

Begriffsinhalt:

Wie unter 1., jedoch unabhängig von der Anzahl der Gästebetten und nur in Gemeinden mit im allgemeinen mindestens 5 000 >>> Gästeübernachtungen im Jahr.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. März 1971 wurden den Hotels auch >>> Hotels garnis zugerechnet. Ebenfalls bis zu diesem Zeitpunkt wurden Betriebe in Gemeinden mit im allgemeinen mindestens 3 000 Gästeübernachtungen im Jahr erfaßt.

3. Statistik der Baugenehmigungen

Datennachweis: ab 1962; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

Begriffsinhalt:

Wie unter 1., jedoch unabhängig von der Anzahl der Gästebetten aber einschließlich der >>> Gasthöfe und der >>> Fremdenheime und Pensionen.

Holzbe- und -verarbeitungsmaschinen

Index der Bruttonproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter

Datennachweis: ab 1970

Begriffsinhalt:

Ausgewählte Güter (Güterarten) aus der Güterklasse

Holzbe- und -verarbeitungsmaschinen

Güterklasse 3217

des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken, die zu den >>> Investitionsgütern zählen.

Als Investitionsgüter gelten Güter, die von der "Industrie" hergestellt werden, als technisch fertig (investitionsreif) angesehen werden und die überwiegend von Unternehmen oder vom Staat als Anlagegüter gekauft werden.

Dazu rechnen alle Güterarten aus der Güterklasse Holzbe- und -verarbeitungsmaschinen mit Ausnahme der dazugehörigen Zubehör-, Einzel- und Ersatzteile.

Im wesentlichen zählen dazu:

Sägemaschinen, Hobel-, Fräs- und Bohrmaschinen, Plattenschleifmaschinen, Maschinen zum Zerkleinern, Schneiden und Verbinden, Maschinenkombinationen und Sondermaschinen, handgeführte Maschinen.

Hotels Garnis

1. Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr

Datennachweis: ab 1981

Begriffsinhalt:

Beherbergungsstätten, die jedermann zugänglich sind und in denen nur Frühstück abgegeben wird. Erfasst werden nur Hotels garnis mit mindestens 9 Gästebetten und mehr.

2. Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten

Datennachweis: 1960 bis 1980

Begriffsinhalt:

Wie unter 1., jedoch unabhängig von der Anzahl der Gästebetten und nur in Gemeinden mit im allgemeinen mindestens 5 000 >>> Gästeübernachtungen im Jahr.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. März 1971 wurden Hotels garnis bei >>> Hotels bzw. >>> Fremdenheimen und Pensionen nachgewiesen. Ebenfalls bis zu diesem Zeitpunkt wurden Betriebe in Gemeinden mit im allgemeinen mindestens 3 000 Gästeübernachtungen im Jahr erfasst.

Hühner

1. Viehzählungen

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

Zusammenfassung der Junghennen unter 1/2 Jahr alt einschließlich der zur Aufzucht als Legehennen bestimmter Küken, Hühner die zur Erzeugung von Eiern bestimmt sind und mindestens 1/2 Jahr alt sind ("Legehennen"), Schlacht- und Masthähne und -hühner sowie sonstige Hähne einschließlich der hierfür bestimmten Küken.

Nicht einbezogen sind Trut-, Perl- und Zwerghühner.

Begriffsbeziehungen:

Siehe unter 3.

2. Geflügelstatistik

Datennachweis: ab 1965

Begriffsinhalt:

Nachgewiesen werden "Jungmasthühner" und "Suppenhühner". Jungmasthühner sind Masthühner (Hähnchen), die vor der Geschlechtsreife geschlachtet werden (Brustbeinfortsatz biegsam).

Suppenhühner sind nach der Geschlechtsreife geschlachtete Hühner (Brustbeinfortsatz verknöchert).

Tiere von mehr als 1 500 g im geschlossenen oder mehr als 1 200 g im bratfertigen Zustand können als Poulet oder Junghuhn bezeichnet werden.

3. Landwirtschaftszählung 1971

Begriffsinhalt:

Nachgewiesen werden "Legehennen" und "Masthühner".

Legehennen sind Hühner, die zur Erzeugung von Eiern bestimmt sind und mindestens 1/2 Jahr alt sind.

Masthühner sind Masthähnchen und Masthühnchen einschließlich der zur Mast bestimmten Küken, aber ohne die Eintagsküken.

Nachgewiesen wird die Zahl der Legehennen und Masthühner, die sich am Tag der Erhebung im unmittelbaren Besitz (in den Ställen und auf den Flächen) von >>> landwirtschaftlichen Betrieben befinden, einschl. der von den Betrieben in Pension aufgenommenen Tiere.

Begriffsbeziehungen:

Unterschiede in der Zahl der Legehennen in den Viehzählungen und in der Landwirtschaftszählung ergeben sich vor allem aus den unterschiedlichen Erhebungszeitpunkten und unterschiedlichen Erhebungseinheiten.

In den Viehzählungen werden Legehennen bei Haltern von Tieren, in der Landwirtschaftszählung dagegen bei landwirtschaftlichen Betrieben erfaßt.

Humanmedizin

Statistik der Studien- und Berufswünsche

Datennachweis: ab 1976

Begriffsinhalt:

Zusammenfassung folgender Studienbereiche an Hochschulen:

- Humanmedizin (ohne Zahnmedizin),
- Zahnmedizin.

Nachgewiesen werden Abiturienten und Schüler der Abschlußklassen der 12. Klassenstufe, die beabsichtigen, Humanmedizin zu studieren.

Begriffsbeziehungen:

Die Fächergruppe Humanmedizin umfaßt im Unterschied zur Fächergruppe >>> Medizinische Wissenschaften (Statistik der Studien- und Berufswünsche, 1972 bis 1979) nicht den Studienbereich Veterinärmedizin.

Human- und Veterinärmedizin

Statistik der Hochschulprüfungen

Datennachweis: ab 1959

Begriffsinhalt:

Zusammenfassung folgender Studienbereiche an Hochschulen:

- Humanmedizin (ohne Zahnmedizin),
- Zahnmedizin,
- Veterinärmedizin.

Nachgewiesen werden Abiturienten und Schüler der Abschlußklassen der 12. Klassenstufe, die beabsichtigen, Human- und Veterinärmedizin zu studieren.

Begriffsbeziehungen:

Der Begriff Human- und Veterinärmedizin entspricht dem Begriff >>> Medizinische Wissenschaften (Statistik der Studien- und Berufswünsche, 1972 bis 1979).

Hütten- und Walzwerkseinrichtungen

Index der Bruttonproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter

Datennachweis: ab 1970

Begriffsinhalt:

Ausgewählte Güter (Güterarten) aus der Güterklasse

Hütten- und Walzwerkseinrichtungen

Güterklasse 3213

des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken, die zu den >>> Investitionsgütern zählen.

Als Investitionsgüter gelten Güter, die von der "Industrie" hergestellt werden, als technisch fertig (investitionsreif) angesehen werden und überwiegend von Unternehmen oder vom Staat als Anlagegüter gekauft werden.

Dazu rechnen alle Güterarten aus der Güterklasse Hütten- und Walzwerkseinrichtungen (einschl. Zubehör, Einzel- und Ersatzteile a.n.g.).

Im wesentlichen zählen dazu:

Einzelmaschinen für Warm- und Kaltwalzwerke, für Hochöfen und Stahlwerke, Maschinelle Anlagen für Warm- und Kaltwalzwerke, für Hochöfen und Stahlwerke, Hilfsmaschinen für Walzwerke.

Hypothekarkredite

1. Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute

Datennachweis: Jan. 1962 bis März 1980

Begriffsinhalt:

Von Boden- und Kommunalkreditinstituten gewährte langfristige Darlehen, die durch Hypotheken gesichert sind.

Nachgewiesen werden im einzelnen Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke, auf gewerbliche, landwirtschaftliche und sonstige Grundstücke sowie Hypothekarkredite auf Schiffe. Die Zuordnung erfolgt dabei entsprechend dem Objekt, das zur Sicherung des Darlehens belastet wird, unabhängig von der Verwendung des Darlehens.

Zu den Hypothekarkrediten auf Grundstücke rechnen auch Darlehen, die nicht durch eine Hypothek, sondern durch Grund- oder Rentenschulden gesichert sind, sofern die Grund- bzw. Rentenschulden - ebenso wie die Hypotheken ins Grundbuch eingetragen sind.

Nicht zu den Hypothekarkrediten rechnen Darlehen, bei denen die eingetragene Hypothek oder Grundschuld nur als zusätzliche Sicherung anzusehen ist, sowie kommunalverbürgte Hypotheken auf Grundstücke. Durch Grundpfandrechte gesicherte Landeskulturdarlehen (für Maßnahmen der Wasserwirtschaft und der Bodenkultur) sind ebenfalls nicht bei den Hypothekarkrediten einbezogen.

Die Zuordnung der belasteten Grundstücke zu den Grundstücksarten, für die Hypothekarkredite ausgewiesen werden, erfolgt nach der überwiegenden Nutzung des Grundstücks, d.h. nach der Nutzung, der ein Grundstück zu mehr als 50 % der Raumfläche unterliegt.

Zu den Wohngrundstücken rechnen Grundstücke, die überwiegend zu Wohnzwecken genutzt werden, einschließlich der Grundstücke mit ländlichen Wohnbauten und unabhängig davon, ob es sich um Wohnungsneu- oder -altbauten handelt.

Zu den gewerblichen Grundstücken zählen Grundstücke, die überwiegend gewerblichen Zwecken (Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Handel, Verkehr und Dienstleistungen) dienen.

Zu den landwirtschaftlichen Grundstücken zählen Grundstücke, die überwiegend für Zwecke der Landwirtschaft, des Gartenbaus, des Weinbaus, der Forstwirtschaft, der Tierhaltung sowie der Fischerei genutzt werden.

Zu den sonstigen Grundstücken rechnen Grundstücke, die überwiegend für kulturelle, sportliche oder ähnliche Zwecke genutzt werden. Das sind z.B. Kirchen, Theater, Altersheime, Sportplätze, Sporthallen und Dorfgemeinschaftshäuser.

Bei den Hypothekarkrediten auf Schiffe werden Schiffe und Schiffsbauwerke (in Bau befindliche Schiffe) belastet.

Die Schiffshypotheken werden in die Schiffsregister (Binnenschiffsregister, Seeschiffsregister) eingetragen.

Nicht zu den Hypothekarkrediten auf Schiffe zählen die gemäß § 5 Abs. 1 des Schiffsbankgesetzes gewährten kommunalverbürgten Darlehen.

Die >>> Neuausleihungen umfassen die während des Berichtszeitraums tatsächlich neu gewährten (ausbezahlten) Hypothekarkredite.

Der >>> Darlehensbestand gibt den tatsächlichen Umfang der Forderungen aus Hypothekarkrediten am Ende des Berichtszeitraums an.

Begriffsbeziehungen:

Siehe unter 2.

2. Statistik der Bausparkassen

Datennachweis: ab 1954

Begriffsinhalt:

Bauspardarlehen, deren Sicherung in Hypotheken oder Grundschulden auf ein inländisches Pfandobjekt besteht.

Zu den Bauspardarlehen rechnen hier ausschließlich Darlehen aus zugeteilten Bausparverträgen, d.h. aus Verträgen, die voll angespart sind und bei denen die entsprechende Wartezeit abgelaufen ist.

Vor der Zuteilung gewährte Zwischenkredite sind nicht einbezogen.

Ausgewiesen wird der Bestand an Hypothekarkrediten, die von den Bausparkassen gewährt wurden, vermindert um die Tilgungsleistungen (Stand am Ende des Berichtszeitraums).

Begriffsbeziehungen:

Während die Hypothekarkredite der Bausparkassen zweckgebunden sind, werden bei den Hypothekarkrediten auf Wohngrundstücke (Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute) für Wohnzwecke genutzte Grundstücke belastet, ohne daß das gewährte Darlehen einem bestimmten Verwendungszweck zugeführt werden muß.

Hysterektomie

Schwangerschaftsabbruchstatistik

Datennachweis: ab 1977

Begriffsinhalt:

Eingriffsart, die neben anderen in der Schwangerschaftsabbruchstatistik erfaßt wird.

Die Hysterektomie ist ein medizinisch-operativer Eingriff, bei dem entweder vaginal (durch die Scheide) oder abdominal (nach Öffnung der Bauchhöhle) die Gebärmutter (griech.: Hyster) meist vollständig entfernt wird.

Neben der Hysterektomie werden außerdem die >>> Curettage, die >>> Vakuumaspiration, die >>> vaginale Hysterotomie, die >>> abdominale Hysterotomie und der >>> medikamentöse Abbruch als Eingriffsarten in der Schwangerschaftsabbruchstatistik erfaßt.

Hysterotomie, Abdominale

Schwangerschaftsabbruchstatistik

Datennachweis: ab 1977

Begriffsinhalt:

Eingriffsart, die neben anderen in der Schwangerschaftsabbruchstatistik erfaßt wird.

Die abdominale Hysterotomie ist ein medizinisch-operativer Eingriff, bei dem die Gebärmutter (griech.: Hyster) aufgeschnitten (griech.: Tomos = Schnitt) wird. Im Gegensatz zur >>> vaginalen Hysterotomie erfolgt der Schnitt nach Öffnung der Bauchhöhle (lat.: Abdomen = Bauch).

Neben der abdominalen Hysterotomie werden außerdem die >>> Curettage, die >>> Vakuumaspiration, die >>> vaginale Hysterotomie, die >>> Hysterektomie und der >>> medikamentöse Abbruch als Eingriffsarten der Schwangerschaftsabbruchstatistik erfaßt.

Immobilienfonds

1. Statistik der Baugenehmigungen

Datennachweis: ab 1955; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

2. Statistik der Baufertigstellungen

Datennachweis: ab 1955; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

3. Statistik des Bauüberhanges

Datennachweis: ab 1955; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

4. Statistik des Bauabganges

Datennachweis: ab 1955; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

Begriffsinhalt:

Anlagefonds, deren Mittel vom Fondsträger in Immobilien angelegt werden.

Immobilienfonds dienen in erster Linie dem Erwerb von Grundstücken bzw. grundstücksgleichen Rechten, der Bebauung mit >>> Gebäuden und der Vermietung der Liegenschaften. Die Immobilienfonds geben Immobilienzertifikate (Anteilscheine) aus, die einen bestimmten Anteil am Fondsvermögen repräsentieren.

Unterschieden wird in offene Fonds, bei denen die Höhe des Anteils nicht begrenzt ist und in geschlossene Fonds, wobei das Zertifikatkapital zur Zeichnung durch Anleger nur einmal aufgelegt wird.

Index der Aktienkurse

Index der Aktienkurse

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

Meßgröße für die Entwicklung der Aktienkurse.

In die Berechnung des Index der Aktienkurse werden an den Börsen im Bundesgebiet im amtlichen Handel und geregelter Freiverkehr festgestellte Kassakurse für Stammaktien von Gesellschaften mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) einbezogen (zum Basiszeitpunkt 30.12.1980 = 100 295 Gesellschaften; 29.12.1972 = 100 285 Gesellschaften). Stammaktien werden nur berücksichtigt, wenn sie auf DM lauten; Vorzugsaktien bleiben außer Ansatz.

Bei Aktien, die an mehreren Börsen im Bundesgebiet notiert werden, geht nur der Kurs an der sog. Heimatbörse in die Berechnungen ein. Als Heimatbörse gilt die Börse, in deren Bereich der Verwaltungssitz des entsprechenden Unternehmens liegt.

Der Aktienindex wird ab Jahresbeginn 1984 - mit der Umstellung von dem Basisstichtag 29.12.1972 auf die neue Basis 30.12.1980 - mit Hilfe einer neuen Berechnungsformel ermittelt, durch die flexibler als bisher Änderungen im Gewichtungsschema Rechnung getragen werden kann. Gegenüber dem bisher berechneten Index nach der Laspeyres-Methode mit möglichst konstantem Gewichtungsschema wird nunmehr die jeweils aktuelle Gewichtung berücksichtigt. In dem Verhältnis, in dem das Gewichtungsschema durch Ausscheiden oder Einbeziehen neuer Gesellschaften sowie durch Kapitalveränderungen dem neuesten Stand anzupassen ist, wird auch die Indexbasis durch einen Ausgleichsfaktor bereinigt. Dabei ist sichergestellt, daß durch diese Anpassungen - wie ebenfalls durch marktfremde Kursbewegungen (bei Kapitalerhöhungen und -herabsetzungen) - die Veränderung des Index im Vergleich zum Vortag nicht beeinflusst wird. Das Ergebnis entspricht der Entwicklung eines Aktienportefeuilles mit dem Ausgangswert gleich 100 am Basisstichtag, dessen Zusammensetzung - ohne Zu- oder Rückzahlung - der jeweiligen Börsenstruktur angepaßt ist.

Die Aktien werden so ausgewählt, daß die Indexpapiere sowohl insgesamt als auch in der Unterteilung nach Wirtschaftsbereichen mindestens 90% des Nominalwertes der börsennotierten Stammaktien repräsentieren. Durch ein Auswahlverfahren zum Jahresende werden die in dem Index einbezogenen Gesellschaften jeweils der neuesten Börsenstruktur angeglichen.

Die Zuordnung der Aktiengesellschaften zu bestimmten Wirtschaftsgruppen erfolgt nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit, bei Beteiligungsgesellschaften entsprechend der Zuordnung des nach Kapital und Beteiligung wichtigsten Tochterunternehmens.

Über die Wirtschaftsgruppen hinaus wird der Index der Aktienkurse noch für spezielle Teilbereiche berechnet:

Meistgehandelte Werte - 30 Gesellschaften mit den höchsten Stückumsätzen an den Börsen Frankfurt a.M., Düsseldorf, München und Hamburg,

Publikumsgesellschaften - 94 (1980) der größten Aktiengesellschaften mit breitest gestreuten Werten - i.d.R. mindestens 20 Mill. DM Grundkapital im Streubesitz und mindestens 20 Mill. DM börsennotierte Stammaktien,

Nebenwerte - börsennotierte Aktiengesellschaften, die nicht Publikumsgesellschaften sind,

Volksaktien - Preussag, VW und Veba,

Finanzieller Sektor - Kredit- und Hypothekenbanken sowie Versicherungsunternehmen,

Nichtfinanzieller Sektor - alle nicht zum Finanziellen Sektor gehörenden Unternehmen.

Änderungen im Zeitablauf:

Der Index der Aktienkurse auf Basis 30.12.1980 = 100 löste Ende 1983 den Index auf Basis 29.12.1972 = 100 ab. Er wurde ab Ende 1976 berechnet. Die Indexwerte vor dem 30.12.1976 wurden durch Verknüpfung der bisherigen langen Reihe auf der Basis 29.12.1972 = 100 mit der neuen Basisreihe gewonnen.

Index der Arbeitsproduktivität

Index der Arbeitsproduktivität für den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe

Datennachweis: ab 1962

Begriffsinhalt:

Meßgröße für die Entwicklung der Produktion im >>> Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe im Verhältnis zum Arbeitseinsatz.

Die Entwicklung der Produktion (Produktionsergebnis) wird durch den >>> Index der Nettoproduktion repräsentiert, der unter Ausschaltung von Preisänderungen die Entwicklung der Nettoleistung im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe mißt.

Der Nettoproduktionswert wird errechnet, indem vom Bruttoproduktionswert der Materialverbrauch, d.h. der Wert der verbrauchten fremdbezogenen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, der Halbwaren, der Teile und dgl. sowie der Wert der vergebenen Lohnarbeiten abgezogen werden.

Die Berechnung von Indizes der Arbeitsproduktivität führt die Nettoproduktionsindizes mit den Indikatoren des zur Erstellung der Produktion notwendigen Arbeitsaufwandes zusammen. Die Meßzahlen für >>> Beschäftigte, Beschäftigtenstunden, >>> Arbeiter, Arbeiterstunden - diese Daten fallen im Rahmen des Monatsberichts im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe an, wobei die Beschäftigtenstunden schätzungsweise ermittelt werden - charakterisieren die Entwicklung der Input-Komponente des Produktionsprozesses.

Die Output-Komponente, das Ergebnis des Produktionsprozesses, wird durch die Nettoproduktionsindizes für fachliche Unternehmensteile repräsentiert. Die Produktivitätsindizes werden durch den Quotienten

$$\frac{\text{Index der Nettoproduktion}}{\text{Meßzahl Arbeitsinput}} \times 100$$

gebildet. Zu Einzelheiten siehe Dr. Christiane Bald/ Dr. Norbert Herbel: WiSta 12/ 83 S. 935 ff, und Dr. Norbert Herbel WiSta 3/88 S. 182 ff.

Da die Meßzahlen der Beschäftigten- und Arbeiterstunden von den im jeweiligen Berichtsmonat zur Verfügung stehenden Arbeitstagen abhängen, werden diese Input-Komponenten zu den kalendermonatlichen Produktionsindizes in Beziehung gesetzt. Für die Berechnung der Produktionsergebnisse je Beschäftigten und je Arbeiter werden die von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigten (ab Basis 1985 = 100 die arbeitstäglich bereinigten) Produktionsindizes verwendet.

Änderungen im Zeitablauf:

Die Neuordnung der Statistik im Produzierenden Gewerbe beeinflusste die Berechnungsmethode der einzelnen Indizes der Arbeitsproduktivität nicht. Die Produktivitätsindizes, die vor der Umstellung auf das neue Berichts-

system nach der Systematik des Industrieberichts nachgewiesen wurden (1962 bis 1976), messen die Entwicklung der Produktion in der >>> Industrie (ohne öffentliche Energiewirtschaft und ohne Bauindustrie) im Verhältnis zum Arbeitseinsatz. Die Entwicklung der Produktion wird dabei durch den >>> Index der industriellen Nettoproduktion repräsentiert.

Begriffsbeziehungen:

Die Unterschiede in den begrifflichen Abgrenzungen von "Industrie" und "Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe" sind nur geringfügig. Zu Einzelheiten siehe jeweils dort.

Index der Ausführpreise

Index der Ausführpreise

Datennachweis: ab 1954

Begriffsinhalt:

Meßgröße für die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren, die vom Bundesgebiet einschl. Berlin (West) ins Ausland ausgeführt werden. Zu Einzelheiten siehe unter Indizes der Außenhandelspreise.

Index der Bruttoproduktion

Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter

Datennachweis: ab 1970

Begriffsinhalt:

Der Index der Bruttoproduktion entspricht vom Konzept her dem >>> Index der industriellen Bruttoproduktion.

Unterschiede zwischen beiden Indizes ergeben sich lediglich durch Unterschiede im Berichtskreis, verursacht durch die Anwendung einer neuen Wirtschaftszweigsystematik (Übergang vom Systematischen Verzeichnis zum Monatlichen Industriebericht auf die SYPRO (Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe), durch die Einbeziehung des Handwerks und durch die Änderung der Abschneidegrenzen.

Beim Index der industriellen Bruttoproduktion bzw. Index der Bruttoproduktion sind - im Gegensatz zum Index der industriellen Nettoproduktion bzw. Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe mit einer Gruppierung nach Industriezweigen bzw. Wirtschaftszweigen - die Waren/ Güter (Systematisches Warenverzeichnis für die Industriestatistik, Ausgabe 1975 bzw. Systematisches Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1982 bzw. 1989) nach ihrem vermutlichen Verwendungszweck (als Investitions- oder Verbrauchsgut) gruppiert.

Der Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter wird kalendermonatlich und von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt (ab Basis 1985 = 100 arbeitstäglich bereinigt, zu Einzelheiten siehe Dr. Norbert Herbel WiSta 3/88 S. 182 ff) berechnet.

Die kalendermonatlichen Indexzahlen spiegeln auch die monatlichen Einflüsse wider, die sich aufgrund von Unregelmäßigkeiten im Kalender (d.h. unterschiedliche Monatslängen, wechselnder Wochenrhythmus, Feiertage) ergeben.

Die Bereinigung der kalendermonatlichen Indexzahlen von den Einflüssen solcher Kalenderunregelmäßigkeiten wird im wesentlichen in zwei Schritten vollzogen.

Zunächst wird ein Ausgleich der Monatslängen vorgenommen (mittels Division durch die Zahl der Kalendertage und anschließende Multiplikation mit der mittleren Monatslänge) und danach durch Gegenüberstellung der Monatswerte und der je Monat vorhandenen Wochentagszusammensetzung (unter Berücksichtigung evtl. Feiertage) mit Hilfe der Regressionsschätzung ein System von Wochentags-Koeffizienten ermittelt, mit dem die Werte der Kalenderkomponente berechnet werden.

Durch Subtraktion der monatlichen Kalenderkomponente vom kalendermonatlichen Index erhält man die von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigte Indexzahl.

Index der durchschnittlich bezahlten Wochenstunden der Arbeiter

Verdienstenerhebung in Industrie und Handel (nur Arbeiter)

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

Meßgröße für die Entwicklung der >>> durchschnittlich bezahlten Wochenstunden der Arbeiter.

Die durchschnittlich bezahlten Wochenstunden stellen die durchschnittliche bezahlte wöchentliche Arbeitszeit je Arbeiter dar.

Als bezahlte Arbeitszeit gelten die effektiv geleisteten Stunden (dies sind in der Regel die "hinter der Stechuhr", d.h. innerhalb der Arbeitsstätte bzw. auf der Arbeitsstelle verbrachten Zeiten abzüglich allgemein betrieblich festgesetzter Ruhepausen, wie z.B. die Mittagszeit) zuzüglich der bezahlten Ausfallstunden, z.B. für bezahlte Krankheitstage, gesetzliche Feiertage, bezahlten Urlaub, bezahlte Arbeitspausen, bezahlte Freizeit aus betrieblichen und persönlichen Gründen (Betriebsversammlungen, Betriebsausflüge, Arztbesuche, Familienfeiern u.ä.). In die effektiv geleisteten Stunden sind auch die Mehrarbeitsstunden einbezogen (das sind Arbeitsstunden, die über die betriebsübliche Arbeitszeit hinaus geleistet und nicht durch Gewährung von Freizeit an anderen Tagen ausgeglichen werden, unabhängig davon, ob für diese Stunden ein Zuschlag bezahlt wird oder nicht).

Als Arbeiter gelten alle Personen in abhängiger Stellung, die der Versicherungspflicht in der Arbeiterrentenversicherung unterliegen.

Nicht einbezogen werden >>> Teilzeitbeschäftigte, >>> Auszubildende, Praktikanten und Volontäre, ferner Arbeiter, die wegen Krankheit, Einstellung oder Entlassung nicht für den ganzen Erhebungsmonat entlohnt werden, Arbeiter, die aus persönlichen Gründen während des Erhebungszeitraums länger als drei Tage unbezahlt gefehlt haben und Arbeiter, die als Empfänger von Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung ein vermindertes Arbeitsentgelt beziehen, außerdem Mithelfende Familienangehörige, Heimarbeiter und Zwischenmeister. Einbezogen sind hingegen von Kurzarbeit betroffene Arbeitnehmer. In den neuen Bundesländern sind Kurzarbeiter mit mehr als 3 Tagen bzw. 24 Stunden Kurzarbeit im Monat nicht einbezogen.

Der Indexformel liegt die Annahme zugrunde, daß sich die Struktur der Arbeiterschaft seit dem Basisjahr nicht verändert hat (Laspeyres-Index). Die Wertgewichte für die Wägung der Arbeitszeitreihen werden durch Multiplikation der Personenzahlen in den einzelnen Arbeitergruppen mit der Zahl der durchschnittlich bezahlten Wochenstunden im Basisjahr gewonnen.

Die jährlich nachgewiesenen Indizes der durchschnittlich bezahlten Wochenstunden ergeben sich als einfache arithmetische Mittel aus den Indizes der durchschnittlich bezahlten Wochenstunden in den vier Erhebungsmonaten.

Index der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der kaufmännischen und technischen Angestellten

Verdienstenerhebung in Industrie und Handel (nur Angestellte)

Datennachweis: ab 1957

Begriffsinhalt:

Meßgröße für die Entwicklung der >>> durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der kaufmännischen und technischen Angestellten.

Der Bruttoverdienst umfaßt alle Beträge, die dem Arbeitnehmer laufend (regelmäßig) gezahlt werden; dies sind normalerweise das tarifliche oder frei vereinbarte Gehalt einschl. tariflicher und außertariflicher Leistungs-, Sozial- und sonstiger Zulagen und Zuschläge.

Zur Abgrenzung der bei der Indexberechnung berücksichtigten Bruttoverdienste im einzelnen siehe unter durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der kaufmännischen und technischen Angestellten.

Der Indexformel liegt die Annahme zugrunde, daß sich die Struktur der Angestelltenschaft seit dem Basisjahr nicht verändert hat (Laspeyres-Index). Die Wertgewichte für die Wägung der Verdienstreihen werden durch Multiplikation der Personenzahlen in den einzelnen Angestelltengruppen mit ihren durchschnittlichen Bruttomonatsverdiensten im Basisjahr gewonnen.

Die jährlich nachgewiesenen Indizes der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste ergeben sich als einfache arithmetische Mittel aus den Indizes der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste in den vier Erhebungsmonaten.

Änderungen im Zeitablauf:

Ab 1973 werden Meister im Angestelltenverhältnis einbezogen und zu den technischen Angestellten gerechnet.

Index der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der Arbeiter

Verdiensterhebung in Industrie und Handel (nur Arbeiter)

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

Meßgröße für die Entwicklung der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der Arbeiter.

Der Bruttoverdienst umfaßt alle Beträge, die dem Arbeitnehmer laufend (regelmäßig) gezahlt werden; dies sind normalerweise der tarifliche oder frei vereinbarte Lohn einschl. tariflicher und außertariflicher Leistungs-, Sozial- und sonstiger Zulagen und Zuschläge.

Zu den laufenden Zahlungen gehören z.B. auch

- vom Arbeitgeber freiwillig übernommene Lohnsteuerbeträge und Arbeitnehmeranteile an den Beiträgen zur Sozialversicherung,
 - der auf den Erhebungsmonat entfallende Provisionsanteil, sofern Arbeiter neben einem festen Lohn (Umsatz-) Provision erhalten,
 - in monatlichen Teilbeträgen gezahlte Gratifikationen, Jahresabschlußprämien, 13. Monatslohn, Gewinnbeteiligungen u.ä.,
 - monatlich gezahlte vermögenswirksame Leistungen,
 - das Urlaubsgeld der Bauarbeiter, auch soweit es von den Urlaubskassen erstattet wird,
 - der steuerliche Wert gewährter freier Kost und/oder freier Unterkunft, sofern durch diese Leistungen Teile des Bruttolohns oder der ganze Bruttolohn abgegolten werden,
 - im Erhebungszeitraum einbehaltene Abzüge zur Rückzahlung von Darlehen, Lohnvorschüssen u.ä.
- Nicht zu den laufenden Zahlungen rechnen z.B.
- die Arbeitgeberanteile an den Beiträgen zur Sozialversicherung,
 - einmalig oder in unregelmäßigen Abständen gezahlte Gratifikationen, Gewinnanteile und -beteiligungen, Prämien, vermögenswirksame Leistungen,
 - Jahresabschlußprämien, 13. Monatslohn,
 - Abgeltung für nicht in Anspruch genommenen Urlaub,
 - zusätzlich gezahltes Urlaubsgeld,
 - Arbeitnehmer-Sparzulage,
 - die im Bergbau gewährte Bergmannsprämie und der Wert des Kohlendeputats,
 - die an die Zusatzversorgungskasse des Baugewerbes vom Arbeitgeber abzuführenden Beiträge,
 - Wintergeld und Schlechtwettergeld im Baugewerbe,
 - Spesenersatz, Trennungsentschädigungen, Auslösungen (soweit nicht lohnsteuerpflichtig),
 - Zahlungen aus betriebseigenen oder fiskalischen Mitteln als Unterstützungen oder Beihilfen für betriebsbedingte Arbeitszeiteinschränkungen (z.B. Kurzarbeit in den neuen Bundesländern für Kurzarbeiter, die nicht mehr als 3 Tage oder 24 Stunden im Monat kurzgearbeitet haben).
 - das gesetzliche Kindergeld, auch wenn es vom Arbeitgeber ausgezahlt wird,
 - im Erhebungszeitraum gewährte Vorschüsse, Darlehen, ausgezahlte Nach- und Rückzahlungen,
 - Naturalleistungen (außer freier Kost und/ oder Unterkunft).

Als Arbeiter gelten alle Personen in abhängiger Stellung, die der Versicherungspflicht in der Arbeiterrentenversicherung unterliegen.

Nicht in die Indexberechnung einbezogen werden die Bruttostundenverdienste von >>> Teilzeitbeschäftigten, >>> Auszubildenden, Praktikanten und Volontären, von Mithelfenden Familienangehörigen, von Heimarbeitern und Zwischenmeistern, ferner von Arbeitern, die als Empfänger von Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung ein vermindertes Arbeitsentgelt beziehen, von Arbeitern, die aus persönlichen Gründen während des Erhebungszeitraums länger als drei Tage unbezahlt gefehlt haben und von Arbeitern, die wegen Krankheit, Einstellung oder Entlassung nicht für den ganzen Erhebungsmonat entlohnt werden.

Der Indexformel liegt die Annahme zugrunde, daß sich die Struktur der Arbeiterschaft seit dem Basisjahr nicht verändert hat (Laspeyres-Index).

Die Wertgewichte für die Wägung der Verdienstreihen werden durch Multiplikation der Personenzahlen in den einzelnen Arbeitergruppen mit ihren durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten im Basisjahr gewonnen.

Die jährlich nachgewiesenen Indizes der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste ergeben sich als einfache arithmetische Mittel aus den Indizes der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste in den vier Erhebungsmonaten.

Index der durchschnittlichen Bruttowochenverdienste der Arbeiter

Verdiensterhebung in Industrie und Handel (nur Arbeiter)

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

Meßgröße für die Entwicklung der >>> durchschnittlichen Bruttowochenverdienste der Arbeiter.

Der Bruttoverdienst umfaßt alle Beträge, die dem Arbeitnehmer laufend (regelmäßig) gezahlt werden.

Dies sind normalerweise der tarifliche oder frei vereinbarte Lohn einschl. tariflicher und außertariflicher Leistungs-, Sozial- und sonstiger Zulagen und Zuschläge.

Zur Abgrenzung der bei der Indexberechnung berücksichtigten Bruttoverdienste siehe im einzelnen unter durchschnittliche Bruttowochenverdienste der Arbeiter.

Der Indexformel liegt die Annahme zugrunde, daß sich die Struktur der Arbeiterschaft seit dem Basisjahr nicht verändert hat (Laspeyres-Index).

Die Wertgewichte für die Wägung der Verdienstreihen werden durch Multiplikation der Personenzahlen in den einzelnen Arbeitergruppen mit ihren durchschnittlichen Bruttowochenverdiensten im Basisjahr gewonnen.

Die jährlich nachgewiesenen Indizes der durchschnittlichen Bruttowochenverdienste ergeben sich als einfache arithmetische Mittel aus den Indizes der durchschnittlichen Bruttowochenverdienste in den vier Erhebungsmonaten.

Index der Durchschnittswerte

Außenhandelsstatistik

Datennachweis: ab 1962

Begriffsinhalt:

Meßgröße für die relative Veränderung der tatsächlichen (nominalen) Werte von >>> Warenausfuhr bzw. >>> Wareneinfuhr im Berichtszeitraum gegenüber dem Volumen der Warenaus- bzw. -einfuhr im Berichtszeitraum.

Wareneinfuhr ist das Verbringen von Waren aus dem Ausland in das Erhebungsgebiet mit Ausnahme der Waren der Durchfuhr und des Zwischenauslandsverkehrs; Warenausfuhr ist das Verbringen von Waren aus dem Erhebungsgebiet in das Ausland mit Ausnahme der Waren der Durchfuhr und des Zwischenauslandsverkehrs.

Beim Index der Durchschnittswerte handelt es sich um einen Paasche-Index, bei dem die sich ändernden Mengen des Berichtszeitraumes die wechselnde Gewichtung darstellen.

Der Durchschnittswertindex ist demzufolge nur mit der Basis voll vergleichbar.

Änderungen im Zeitablauf:

Für den Index der Durchschnittswerte gelten alle Änderungen im Zeitablauf, die für die Warenausfuhr und die Wareneinfuhr nachgewiesen werden.

Begriffsbeziehungen:

Der Index der Durchschnittswerte für die Warenausfuhr bzw. für die Wareneinfuhr wird durch die Veränderung der in den Durchschnittswerten enthaltenen Preise sowie durch strukturelle Veränderungen (Sortimentsverschiebungen, Qualitätsänderungen, Provenienzen) beeinflusst. Im Unterschied dazu stellen der >>> Index der Ausfuhrpreise und der >>> Index der Einfuhrpreise "echte" Preisindizes dar, bei denen alle Veränderungen ausgeschaltet werden, die nicht reine Preisbewegungen sind.

Demgegenüber gibt der >>> Index des Volumens (Außenhandelsstatistik) die von Durchschnittswertveränderungen bereinigte Außenhandelsentwicklung wieder. Der >>> Index der tatsächlichen Werte (Außenhandelsstatistik) zeigt schließlich die Entwicklung der nominalen Werte des Außenhandels im Berichtszeitraum in Relation zur Basis.

Der Durchschnittswertindex kann als Quotient aus dem Index der tatsächlichen Werte und dem Index des Volumens abgeleitet werden.

Index der Einfuhrpreise

Index der Einfuhrpreise

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

Meßgröße für die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren, die vom Ausland ins Bundesgebiet einschl. Berlin (West) eingeführt werden. Zu Einzelheiten siehe unter Indizes der Außenhandelspreise.

Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel

Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel

Datennachweis: ab 1968

Begriffsinhalt:

Meßgröße für die durchschnittliche Entwicklung der Preise auf der Ausgabenseite der Landwirtschaft.

Der Index der Einkaufspreise wird auf der Basis 1985 = 100, 1980 = 100, 1976 = 100 und auf der Basis 1970 = 100 nachgewiesen, wobei Unterschiede in Art, Zahl und Wägungsanteilen (Gewichten) der bei der Indexberechnung berücksichtigten Betriebsmittel bestehen.

Die landwirtschaftlichen Betriebsmittel umfassen die beiden Hauptgruppen "Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion" sowie "Neubauten und neue Maschinen".

Zu den Waren und Dienstleistungen rechnen Dünge- und Bodenverbesserungsmittel, Futtermittel, Saat- und Pflanzengut Nutz- und Zuchtvieh, Pflanzenschutzmittel, Brenn- und Treibstoffe, Allgemeine Wirtschaftsausgaben, Unterhaltung der Wirtschaftsgebäude sowie Unterhaltung der Maschinen und Geräte.

Zu den Neubauten und neuen Maschinen zählen der Neubau landwirtschaftlicher Betriebsgebäude sowie die Neuanschaffung größerer Maschinen (einschl. Kraftfahrzeuge).

Der Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel soll die Entwicklung der Ausgaben für den laufenden landwirtschaftlichen Verbrauch und für Investitionszwecke messen. Dabei handelt es sich nicht um die in der Landwirtschaft anfallenden Kosten schlechthin. Nicht einbezogen sind z.B. die Lohnkosten, Kapitalkosten und Kostensteuern. Einbezogen sind dagegen die zwischen landwirtschaftlichen Betrieben umgesetzten Betriebsmittel wie z.B. Saat- und Pflanzengut, Futtermittel, Nutz- und Zuchtvieh. Durch die Berücksichtigung der innerlandwirtschaftlichen Umsätze wird wie beim >>> Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte den Erfordernissen des "Durchschnittshof"-Konzepts Rechnung getragen.

Neben dem Index der Einkaufspreise aller landwirtschaftlichen Betriebsmittel werden im einzelnen noch Teil- und Gruppenindizes für Dünge- und Bodenverbesserungsmittel, Futtermittel, Saat- und Pflanzgut, Nutz- und Zuchtvieh, Pflanzenschutzmittel, Brenn- und Treibstoffe (einschl. Schmierstoffe und elektr. Strom), Allgemeine Wirtschaftsausgaben, Unterhaltung der Wirtschaftsgebäude, Unterhaltung der Maschinen und Geräte

(einschl. techn. Hilfsmaterialien), Neubau landwirtschaftlicher Betriebsgebäude und für die Neuanschaffung größerer Maschinen (einschl. Kraftfahrzeuge) nachgewiesen.

Die Preise werden in der Regel bei Landhändlern, landwirtschaftlichen Genossenschaften und einschlägigen Handwerksbetrieben erhoben, wobei der Erhebungsschnitt möglichst nahe beim landwirtschaftlichen Betrieb gesucht wird. Gebiete mit einem hohen Anteil landwirtschaftlicher Nutzfläche werden bei der Verteilung der Berichtsstellen bevorzugt berücksichtigt. Für eine Reihe von Betriebsmitteln (z.B. Landmaschinen, Benzin, Kohle, Heizöl, Unterhaltung der Wirtschaftsgebäude und Neubau landwirtschaftlicher Betriebsgebäude) werden dagegen Preismeßzahlen bzw. Preisindizes aus anderen amtlichen Preisstatistiken (Statistiken der gewerblichen Erzeugerpreise, der Verbraucherpreise und der Baupreise) bzw. Preisangaben der ZMP (Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle für Erzeugnisse der Landwirtschaft) übernommen.

Unechte Preisveränderungen, die sich durch Qualitätswechsel und Änderungen bei den sonstigen preisbestimmenden Merkmalen (z.B. Handels-, Liefer- und Zahlungsbedingungen) ergeben können, werden bei der Indexberechnung ausgeschaltet.

Der Indexformel liegt die Annahme zugrunde, daß sich die Struktur der Ausgaben für landwirtschaftliche Betriebsmittel seit dem jeweiligen Basisjahr nicht verändert hat (Laspeyres-Index).

In die Indexberechnung gehen z.Z. rd. 4 500 Preisreihen für 195 (1985), 167 (1980), 180 (1976) bzw. 137 (1970) Waren und Leistungen ein. Die Gewichte für die Wägung der jeweiligen Betriebsmittel wurden aus der Struktur der inländischen Betriebsausgaben der Landwirtschaft im Basiszeitraum abgeleitet.

Die Jahresdurchschnittsindizes werden nicht - wie beim landwirtschaftlichen Erzeugerpreisindex - als gewogene Durchschnitte, sondern als einfaches arithmetisches Mittel aus den jeweiligen 12 Monatswerten gebildet.

Der Einkaufspreisindex wird sowohl ohne als auch einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer nachgewiesen.

Zu Einzelheiten siehe Weinreich, G.: Preisindizes der Landwirtschaft auf Basis 1970, in Wirtschaft und Statistik 2/1976, S. 87-95. Zur Neuberechnung der Preisindizes für die Landwirtschaft auf Basis 1976, in Wirtschaft und Statistik 9/1980, S. 604-613, Zur Neuberechnung der Preisindizes für die Landwirtschaft auf Basis 1980, in Wirtschaft und Statistik 9/1984, S. 815-825 und Zur Neuberechnung der Preisindizes für die Landwirtschaft auf Basis 1985, in Wirtschaft und Statistik 2/90, S. 137.

Änderungen im Zeitablauf:

Ab der Berechnung des Index auf der Basis 1976 = 100 wurden die bei der Indexberechnung auf Basis 1970 = 100 getrennten Gruppen "Handelsdünger" und "Organischer Dünger" zu einer Gruppe "Dünge- und Bodenverbesserungsmittel" zusammengefaßt. Die Ausweisung einer besonderen Untergruppe "Handelsdünger" ist dagegen aufgegeben worden. Die Bezeichnung der Gruppe "Neuanschaffung größerer Maschinen" wurde zwecks Verdeutlichung in "Neuanschaffung größerer Maschinen (einschl. Kraftfahrzeuge)" umbenannt. In der Berechnung auf Basis 1980 = 100 wurde bei dieser Gruppe außerdem die Zusammensetzung einzelner Untergruppen geändert sowie bei der Position "Reparaturen" (an Landmaschinen und Geräten) auf eine Untergliederung verzichtet.

Begriffsbeziehungen:

Im Gegensatz zum Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte wird der Gartenbau im Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel nicht berücksichtigt.

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

Datennachweis: ab 1949

Begriffsinhalt:

Meßgröße für die durchschnittliche Entwicklung der effektiven Verkaufspreise für die im Inland von der Energie- und Wasserversorgung und dem Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe hergestellten und abgesetzten Erzeugnisse.

Die Preise beziehen sich auf repräsentative Vertragsabschlüsse im jeweiligen Berichtsmonat. Preisunterschiede gegenüber dem Vormonat, die keine echten Preisveränderungen darstellen, sondern die auf einer Qualitätsänderung oder Änderungen anderer preisbestimmender Merkmale des Erzeugnisses beruhen, werden bei der Indexberechnung ausgeschaltet.

Alle Preise werden ohne Mehrwertsteuer und nach Abzug aller etwa gewährten Rabatte, aber einschl. der Verbrauchsteuern und gesetzlichen Abgaben (z.B. Ausgleichsabgabe bei elektrischem Strom, Bevorratungsbeitrag bei Mineralölerzeugnissen) erhoben. Vor Januar 1968 ist in den der Indexberechnung zugrundeliegenden Preisen die kumulative Umsatzsteuer enthalten.

Der Indexformel liegt die Annahme zugrunde, daß sich die Struktur des Inlandsumsatzes der gewerblichen Erzeugnisse seit dem Basisjahr 1985 (oder: seit dem jeweiligen Basisjahr) nicht verändert hat (Laspeyres-Index). In die Berechnung gehen die Preise von rund 2 300 Produkten ein. Die Gewichte für die Wägung der einzelnen Preismaßeinheiten wurden aus der Struktur des Inlandsumsatzes dieser Produkte im Basiszeitraum abgeleitet.

Der Stichtag für die Preismeldungen ist der 21. (bei Benzin, Dieselmotorkraftstoff und Heizölen der 15.) eines jeden Monats oder ein möglichst nahe benachbarter Tag. Die jährlich nachgewiesenen Preisindizes sind einfache Durchschnitte aus den monatlichen Preisindizes.

Zu Einzelheiten siehe v. Minding, B.: Zur Neuberechnung des Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte auf Basis 1980, in WiSta 3/1983, S. 207 ff. v. Minding, B.: Zur Neuberechnung des Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte auf Basis 1985, in WiSta 4/1988, S. 233 ff.

Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte

Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte

Datennachweis: ab 1968

Begriffsinhalt:

Meßgröße für die durchschnittliche Entwicklung der Verkaufspreise der von landwirtschaftlichen Betrieben erzeugten und abgesetzten landwirtschaftlichen Produkte.

Der Index der Erzeugerpreise wird auf der Basis 1985 = 100, 1980 = 100, 1976 = 100 und auf der Basis 1970 = 100 nachgewiesen, wobei Unterschiede in Art, Zahl und Wägungsanteilen (Gewichten) der bei der Indexberechnung berücksichtigten Produkte bestehen.

Die landwirtschaftlichen Produkte umfassen die beiden Hauptgruppen >>> Pflanzliche Produkte und >>> Tierische Produkte.

Zu den pflanzlichen Produkten rechnen Getreide und Saatgut, Hackfrüchte, Ölpflanzen, Heu und Stroh und >>> Sonderkulturerzeugnisse.

Zu den tierischen Produkten zählen Schlachtvieh, Nutz- und Zuchtvieh, Milch, Eier, Wolle und Bienenhonig.

Der Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte soll die Entwicklung der Verkaufspreise der Landwirtschaft beim Absatz im Inland messen. Er bezieht sich also nicht auf einen institutionell abgegrenzten Wirtschaftsbereich, sondern auf die Stufe der Produktion einer bestimmten Art von Gütern (und zwar der erwerbsmäßigen Produktion, d.h. ohne die Erzeugnisse von Agrarprodukten durch private Haushalte). Unmittelbare Bezugsgröße des Index ist allerdings nicht der Gesamtwert der landwirtschaftlichen Produktion, sondern nur der Wert der verkauften Erzeugnisse. Die im Erzeugerbetrieb z.B. als Saatgut, Futtermittel oder Nutz- und Zuchtvieh verwandten Produkte, der Eigenverbrauch der landwirtschaftlichen Haushalte sowie Bestandszunahmen sind nicht berücksichtigt.

Im Wert der Verkaufserlöse sind auch die innerlandwirtschaftlichen Umsätze, d.h. die zwischen landwirtschaftlichen Betrieben umgesetzten Erzeugnisse enthalten (sog. "Durchschnittshof"-Konzept).

Die Verkaufspreise beziehen sich in der Regel auf die erste Stufe der Vermarktung. Sie werden monatlich vor allem bei landwirtschaftlichen Genossenschaften, Landhändlern und Marktzentralen erhoben. Bei einigen landwirtschaftlichen Produkten beziehen sich die Preismeldungen aufgrund der üblichen Handelskonditionen nicht auf die erste Vermarktungsstufe, sondern auf eine der folgenden Handelsstufen, so daß in diesen Preisen (z.B. in den Preisen der Großmarkthallen) Preisaufschläge wie z.B. Handelszuschläge, Kennzeichnungs- und Transportkosten, Sortierungskosten, Vermarktungsgebühren u.ä. enthalten sind.

Preisunterschiede gegenüber dem Vormonat, die keine echten Preisveränderungen darstellen, sondern die auf einer Qualitätsänderung oder Änderungen anderer preisbestimmender Merkmale des Erzeugnisses beruhen, werden bei der Indexberechnung ausgeschaltet.

Der Indexformel liegt die Annahme zugrunde, daß sich die Struktur der Verkaufserlöse der landwirtschaftlichen Produkte seit dem jeweiligen Basisjahr nicht verändert hat (Laspeyres-Index).

In die Berechnung des Index gehen die Preise von 161 (1985), 145 (1980), 146 (1976) bzw. 125 (1970) landwirtschaftlichen Produkten ein. Die Gewichte für die Wägung wurden aus der Struktur der inländischen Verkaufserlöse dieser Produkte im Basiszeitraum abgeleitet.

Angewendet wird das Preismesszahlenverfahren der Laspeyres-Formel mit der folgenden Besonderheit: Wegen der großen saisonalen Unterschiede im Verkaufsrhythmus landwirtschaftlicher Produkte erfolgt die Bildung der Jahresdurchschnittspreise im Basisjahr dergestalt, daß zunächst ungewogene Quartalsdurchschnittspreise berechnet und aus diesen, mit Quartalsmengen (nach den Verhältnissen des Basisjahres) als Gewichte, die Jahresdurchschnittspreise ermittelt werden.

Die Monatsindizes werden in der Weise berechnet, daß für Produkte, die saisonbedingt nicht am Markt sind (vor allem bei Obst und Gemüse) einheitlich der im letzten Berichtsmont einer Saison ermittelte Preis so lange als fiktiver Wert weiter verwendet wird, bis der erste ausreichend fundierte Monatspreis der neuen Saison wieder zur Verfügung steht.

Die Jahresdurchschnittsindizes werden nicht als einfaches arithmetisches Mittel aus den Monatsindizes gebildet, sondern aus speziell gebildeten Jahresmesszahlen. Für jedes im Index nachgewiesene Produkt wird dabei aus den Monatsmesszahlen eine gewogene Jahresdurchschnittszahl ermittelt, wobei die Monatsmesszahlen in der gleichen Weise und mit den gleichen prozentualen Anteilen gewogen werden wie die Monatspreise des Basisjahres bei der Ermittlung der Jahresdurchschnittspreise des Basisjahres.

Die Monats- bzw. Jahresmesszahlenreihen werden unter Verwendung der jeweiligen Wägungsanteile zu Gruppen- und Hauptgruppen sowie zum Gesamtindex verdichtet.

Der Preisindex auf der Basis 1970 = 100 ist hier ohne Umsatz-(Mehrwert-) Steuer nachgewiesen, derjenige auf der Basis 1985 = 100, 1980 = 100 und 1976 = 100 sowohl ohne als auch einschl. Umsatz-(Mehrwert-) Steuer und ggf. Aufwertungsausgleich. Soweit Mehrwertsteuer einbezogen ist, wird bis auf eine Ausnahme (Weinmost) der einheitliche Pauschalisierungssatz der Umsatz (Mehrwert-) Steuer angewendet.

Zu Einzelheiten siehe Weinreich, G.: Preisindizes der Landwirtschaft auf Basis 1970, in Wirtschaft und Statistik 2/1976, S. 87-95; Zur Neuberechnung der Preisindizes für die Landwirtschaft auf Basis 1976, in Wirtschaft und Statistik 9/1980, S. 604-613; Zur Neuberechnung der Preisindizes für die Landwirtschaft auf Basis 1980, in Wirtschaft und Statistik 9/1984, S. 815-825. Zur Neuberechnung der Preisindizes für die Landwirtschaft auf Basis 1985, in WiSta 2/1990, S. 137-145

Änderungen im Zeitablauf:

Bei der Indexberechnung auf Basis 1970 = 100 und 1985 = 100 werden zusätzlich Hülsenfrüchte nachgewiesen. Der Nachweis der Hülsenfrüchte wurde bei der Berechnung der Basis 1976 = 100 und 1980 = 100 aufgegeben, die bis dahin bestehende Gruppe "Getreide und Hülsenfrüchte" in "Getreide" umbenannt.

Begriffsbeziehungen:

Die im Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Gesamtindex) berücksichtigten Waren unterscheiden sich in ihrer Art und ihrer Gewichtung von den >>> Gütern der Ernährungswirtschaft (Indizes der Einfuhr- und Ausfuhrpreise), zu denen Daten im Zusammenhang mit den Indizes der Außenhandelspreise nachgewiesen werden.

Nur im Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ist Wolle berücksichtigt.

Nur zu den Gütern der Ernährungswirtschaft rechnen vor allem Waren, die in der Bundesrepublik Deutschland nicht erzeugt werden (soweit es sich um Einfuhren handelt), ferner Waren, die die landwirtschaftliche Erzeugerstufe überschritten haben sowie der größte Teil der Genußmittel.

Unter solche Warengruppen fallen im wesentlichen Malz, Südfrüchte, Gemüse- und Obstkonserven, Fruchtsäfte, Kakao und Kakaoerzeugnisse, Gewürze, Zucker, pflanzliche Öle und Fette, Margarine und ähnliche Speisefette, Ölkuchen, Kleie; Butter, Käse, Fleisch und Fleischwaren, Fische und Fischzubereitungen, Walöl, Schmalz, Talg, andere tierische Öle und Fette zur Ernährung, Eiweiß, Eigelb, Fischmehl, Kaffee, Tee, Tabakerzeugnisse, Bier, Branntwein, Wein.

Analoge Unterschiede bestehen auch zwischen den im Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Gesamtindex) berücksichtigten Waren und den >>> Erzeugnissen der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (Indizes der Einfuhr- und Ausfuhrpreise):

In beiden Fällen werden Produkte der landwirtschaftlichen Erzeugerstufe einbezogen, jedoch unterscheiden sich die Warenkörbe in ihrer Zusammensetzung und der Gewichtung der enthaltenen Waren.

Nur im Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte werden im wesentlichen geschlachtete Tiere berücksichtigt; nur zu den Erzeugnissen der Land-, Forst- und Jagdwirtschaft und Fischerei zählen im wesentlichen Frischfisch, Südfrüchte, Rohkaffee, Tee, Kakaobohnen, Gewürze, Wein sowie eine Reihe anderer pflanzlicher oder tierischer Produkte (z.B. Rohbaumwolle, Rohholz, Kork, Wachse, Flechtstoffe, Gummen und Harze, rohe Häute, Felle und Pelze, Haare, Federn, Perlen).

Index der Großhandelsverkaufspreise

Index der Großhandelsverkaufspreise

Datennachweis: ab 1960

Begriffsinhalt:

Meßgröße für die durchschnittliche Entwicklung der vom Großhandel erzielten effektiven Verkaufspreise.

Die Preise beziehen sich auf repräsentative Vertragsabschlüsse im jeweiligen Berichtsmonat. Derzeit werden etwa 6 840 Preismeldungen für 1 026 repräsentative Waren von rund 880 Berichtsfirmen ausgewertet; für einige Warenbereiche werden zusätzliche Preismeldungen von Großmärkten und Warenbörsen verwendet. Preisunterschiede gegenüber dem Vormonat, die keine echten Preisveränderungen darstellen, sondern die auf einer Qualitätsänderung oder Änderungen anderer preisbestimmender Merkmale der Ware (insbesondere der Handels- und Lieferbedingungen wie Abnahmemenge, Rabattgewährung, Zahlungsbedingungen) beruhen, werden - soweit möglich - ausgeschaltet. Als Preisrepräsentanten werden daher möglichst Produkte gewählt, deren Preisentwicklung voraussichtlich den gleichen Verlauf nimmt, wie die einer möglichst großen Gruppe ähnlicher Waren und die wahrscheinlich längere Zeit in unveränderter Beschaffenheit und zu unveränderten Handelsbedingungen gehandelt werden.

Als Verkaufspreise gelten die Preise ohne Mehrwertsteuer. Zum Großhandel im institutionellen Sinn zählen hier alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit ausschließlich oder überwiegend darin besteht, Handelsware inländischen oder ausländischen Ursprungs in eigenem Namen zu beziehen und sie ohne wesentliche Be- oder Verarbeitung an Wiederverkäufer (z.B. Einzelhändler), Weiterverarbeiter, gewerbliche Verwender (z.B. Handwerker) und/oder Großverbraucher (z.B. Behörden, Betriebe des Gastgewerbes) zu verkaufen. Dabei werden alle Betriebs- und Absatzformen dieser Handelsstufe erfaßt.

Berücksichtigt werden daher alle Verkäufe, die von Großhändlern in ihrer ursprünglichen Funktion im Inland getätigt werden. Nicht zur Großhandelsfunktion gehören somit Geschäfte, bei denen der Großhändler z.B. auch als Einzelhändler oder als Verbraucher auftritt. Ebenfalls unberücksichtigt bleiben Verkäufe ins Ausland.

Der Indexformel liegt die Annahme zugrunde, daß die Struktur des Großhandelsumsatzes im jeweiligen Berichtszeitraum die gleiche ist wie im Basisjahr (Laspeyres-Index). Bei der Verwendung dieser Formel werden in jedem Berichtsmonat dieselben, aus der Umsatzstruktur des Basisjahres abgeleiteten Wägungsanteile zugrunde gelegt. Der Index zeigt somit die Preisentwicklung, wie sie gewesen wäre, wenn im jeweiligen Berichtsmonat im Großhandel noch immer dieselben Umsatzverhältnisse wie im Basisjahr bestanden hätten.

Zu Einzelheiten siehe Szenzenstein, J.: Zur Neuberechnung des Index der Großhandelsverkaufspreise auf Basis 1985, in Wirtschaft und Statistik 3/1990, S. 228 ff. Der Stichtag für die Preismeldungen ist der 10. eines jeden Monats oder ein möglichst nahe benachbarter Tag. Die jährlich nachgewiesenen Preisindizes sind einfache Zwölfmonatsmittel aus den monatlichen Preisindizes.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. Dezember 1967 ist in den der Indexberechnung zugrundeliegenden Preisen die kumulative Umsatzsteuer enthalten.

Index der Grundstoffpreise

Index der Grundstoffpreise

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

Meßgröße für die durchschnittliche Entwicklung der Preise von Materialien, Hilfs- und Betriebsstoffen einschl. Verpackungsmitteln, die vom Produzierenden Gewerbe gekauft und verwendet werden.

Die Preise beziehen sich auf repräsentative Vertragsabschlüsse im jeweiligen Berichtsmonat. Derzeit werden rund 9 050 Preismeldungen für 1 410 repräsentative Warenarten in die Indexberechnung einbezogen, die aus den Statistiken der Erzeugerpreise, Großhandelsverkaufspreise und Einfuhrpreise übernommen werden. Die Einfuhrpreise werden mit Hilfe von Zuschlägen für zu entrichtende Einfuhrabgaben zu "Importeur-Einstandspreisen" umgerechnet. Preisunterschiede gegenüber dem Vormonat, die keine echten Preisveränderungen darstellen, sondern die auf Qualitätsänderungen oder Änderungen anderer preisbestimmender Merkmale (insbesondere der Handels- und Lieferbedingungen wie Absatzmenge, Rabattgewährung, Zahlungsbedin-

gungen) beruhen, werden bereits im Bereich der die Indexbausteine zuliefernden Preisstatistiken ausgeschaltet. Als Preisrepräsentanten wurden möglichst solche Grundstoffe inländischen und ausländischen Ursprungs ausgewählt, deren Preisentwicklung erfahrungsgemäß den gleichen Verlauf nimmt wie die einer größeren Gruppe von derart oder dem Stoff nach verwandten Grundstoffen, und die zudem einen wertmäßig bedeutenden Anteil am Grundstoffinput des Produzierenden Gewerbes aufweisen.

In den erfaßten Grundstoffpreisen ist die Umsatz-(Mehrwert-)steuer nicht enthalten. Unter dem Begriff "Grundstoffe" werden solche Güter zusammengefaßt, die im allgemeinen weiter bearbeitet oder aber verarbeitet werden sollen und damit meist nicht reif für die letzte Verwendung bzw. den letzten Verbrauch sind. Dabei handelt es sich um Rohstoffe, die noch unbearbeitet oder aber aufbereitet bzw. nur geringfügig bearbeitet sind, sowie um Zwischenprodukte wie Halbwaren und Fertigwaren-Vorerzeugnisse, die schon in erheblichem Maße, zum Teil sogar mehrfach bearbeitet sein können.

Berücksichtigt wird der Inlandsabsatz von Grundstoffen auf den vorgelagerten Wirtschafts- bzw. Produktionsstufen des Produzierenden Gewerbes. Verkäufe ins Ausland sind somit ebenso ausgeschaltet wie die Grundstoffbezüge der Land- und Forstwirtschaft.

Der Indexformel liegt die Annahme zugrunde, daß die Struktur des Grundstoffinputs im jeweiligen Berichtsmonat die gleiche ist wie im Basisjahr (Laspeyres-Formel). Bei der Verwendung dieser Formel werden in jedem Berichtsmonat dieselben, aus der Inputstruktur des Basisjahres abgeleiteten Wägungsanteile zugrunde gelegt. Der Index zeigt somit die Preisentwicklung, wie sie gewesen wäre, wenn im jeweiligen Berichtsmonat im Produzierenden Gewerbe noch immer dieselben Verhältnisse im Materialeingang wie im Basisjahr bestanden hätten.

Zu Einzelheiten siehe Taft, S.: Neuberechnung des Index der Grundstoffpreise auf Basis 1980 in: Wirtschaft und Statistik 4/85, S. 337-342.

Stichtage für die Preisangaben, die aus den Statistiken der Großhandelsverkaufspreise und der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte übernommen werden, sind der 10. bzw. 21. eines jeden Monats oder ein jeweils möglichst nahe benachbarter Tag. Die im Grundstoffindex verwendeten Erzeugerpreise land- und forstwirtschaftlicher Produkte sowie die Einfuhrpreise beziehen sich auf Monatsmittel, die aus (börsen)täglichen Notierungen oder anhand von Preisangaben nach Änderungsdaten errechnet werden. Die jährlich nachgewiesenen Preisindizes stellen das einfache Zwölfmonatsmittel aus den monatlichen Preisindizes dar.

Änderungen im Zeitablauf:

Vor Januar 1968 ist in den der Indexberechnung zugrundeliegenden Preisen die kumulative Umsatzsteuer bzw. die Umsatzausgleichsteuer enthalten.

Index der industriellen Bruttonproduktion

Index der industriellen Bruttonproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter

Datennachweis: 1962 bis 1976

Begriffsinhalt:

Meßgröße für die Entwicklung des Ausstoßes an investitionsreifen bzw. verbrauchsreifen Waren in der Industrie, unter Ausschaltung von Preisveränderungen.

Indizes der industriellen Bruttonproduktion werden für Investitions- und Verbrauchsgüter getrennt berechnet. Der Investitionsgüter- bzw. Verbrauchsgüterindex soll die Produktionsentwicklung derjenigen Waren messen, die technisch "fertig" und somit investitions- bzw. verbrauchsreif sind. Investitionsgüter sind Waren, die von der Industrie hergestellt und überwiegend von den Unternehmen und vom Staat als Anlagegüter gekauft werden. Dabei handelt es sich nur um Anlagegüter für Ausrüstungsinvestitionen, nicht auch um solche für Bauinvestitionen. Verbrauchsgüter sind demgegenüber Waren, die von der Industrie hergestellt und überwiegend von den privaten Haushalten verbraucht werden. Eingeschlossen sind Waren, die im Haushalt selbst noch weiter bearbeitet werden. Ausgenommen sind dagegen alle Nahrungs- und Genußmittel industrieller Herstellung.

Bei der Auswahl der Waren für die Indexberechnung werden zunächst alle eindeutigen Vorprodukte ausgesondert und von den eindeutigen Fertigwaren die zweifelsfrei bestimmbareren Investitions- bzw. Verbrauchsgüter als solche festgestellt. Von dem verbleibenden Rest kann eine größere Anzahl von Waren nicht nur als Vorprodukte, sondern auch als Fertigwaren Verwendung finden; von letzteren wiederum kann ein Teil sowohl Investitions- als auch Verbrauchsgut sein. In diesen Überschneidungsfällen wird die Zuordnung nach dem Schwerpunktprinzip vorgenommen.

Die Gewichtung der einzelnen Warenreihen beruht auf Bruttoproduktionswerten im Basiszeitraum, da der volle Wert der ausgestoßenen Fertigwaren dargestellt werden soll. Zur monatlichen Fortschreibung dieser Ausgangsmasse werden Mengenreihen oder preisbereinigte Wertreihen der Erzeugnisse verwandt.

Der Index der industriellen Bruttoproduktion wird von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt dargestellt. Um die kalendermonatlichen Indexzahlen von Unregelmäßigkeiten im Kalender (z.B. Feiertage) zu bereinigen, werden sie mit dem Faktor

$$\frac{\text{Volle Arbeitstage im Basisjahr} + (\text{Sonnabende im Basisjahr} \times \text{Gewichtungsfaktor})}{\text{Volle Arbeitstage im Berichtsmonat} + (\text{Sonnabende im Berichtsmonat} \times \text{Gewichtungsfaktor})} \times 12$$

multipliziert.

Index der industriellen Nettoproduktion

Index der industriellen Nettoproduktion

Datennachweis: 1962 bis 1976

Begriffsinhalt:

Meßgröße für die Entwicklung der Nettoleistung in der Industrie unter Ausschaltung von Preisänderungen.

Die Nettoleistung wird errechnet, indem vom Bruttoproduktionswert der Materialverbrauch, d.h. der Wert der verbrauchten, fremdbezogenen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, der Halbwaren, der Teile und dgl., sowie der Wert der vergebenen Lohnarbeiten abgezogen werden.

Die Nettoleistung entspricht damit annähernd dem Beitrag der Industrie zum >>> Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen. Auch in dieser Größe sind neben der eigentlichen Wertschöpfung noch die Abschreibungen und die Kostensteuern enthalten.

Originär ermittelte Nettoproduktionswerte stehen nur jährlich zur Verfügung. Um die Nettoproduktionswerte eines Basiszeitraumes monatlich fortzuschreiben, müssen Ersatzreihen herangezogen werden. Als Ersatzreihen finden Mengenreihen des Güterausstoßes, preisbereinigte Wertreihen des Güterausstoßes, preisbereinigte Umsatzreihen, Arbeiterstundenreihen sowie Reihen des Materialeinsatzes Verwendung.

Der Index der industriellen Nettoproduktion wird kalendermonatlich und von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt errechnet. Die kalendermonatlichen Indexzahlen spiegeln die monatliche Entwicklung der Nettoleistung unter Einschluß der Einflüsse wider, die sich aufgrund von Unregelmäßigkeiten im Kalender (z.B. Feiertage) auf die Nettoproduktion ergeben. Um den Index von den Einflüssen solcher Kalenderunregelmäßigkeiten zu bereinigen, werden die kalendermonatlichen Indexzahlen mit dem Faktor

$$\frac{\text{Volle Arbeitstage im Basisjahr} + (\text{Sonnabende im Basisjahr} \times \text{Gewichtungsfaktor})}{\text{Volle Arbeitstage im Berichtsmonat} + (\text{Sonnabende im Berichtsmonat} \times \text{Gewichtungsfaktor})} \times 12$$

multipliziert. Durch diese Bereinigung erhält man den von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigten Index der industriellen Nettoproduktion.

Begriffsbeziehungen:

Der Index der industriellen Nettoproduktion ist konzeptionell vergleichbar mit dem Produktionsindex für das Baugewerbe (Zusammenfassung des Bauhaupt- und Ausbaugewerbes (siehe >>> Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe (Monatlicher Baubericht)).

Index der Nettoproduktion

Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe

Datennachweis: ab 1970

Begriffsinhalt:

Der Index der Nettoproduktion auf der Basis 1976 = 100 entspricht vom Konzept her dem >>> Index der industriellen Nettoproduktion.

Unterschiede zwischen beiden Indizes ergeben sich zunächst durch Unterschiede im Berichtskreis, verursacht durch die Anwendung einer neuen Wirtschaftszweigsystematik (Übergang vom Systematischen Verzeichnis

zum Monatlichen Industriebericht auf die SYPRO (Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe)), durch die Einbeziehung des Handwerks und durch die Änderung der Abschneidegrenzen.

Beim Index der industriellen Nettoproduktion erfolgte die Gruppierung nach Industriezweigen, beim Übergang auf den Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe wird dagegen nach Wirtschaftszweigen gruppiert.

Mit der Umstellung auf das Basisjahr 1980 wurde ein methodisch völlig neu gefasstes System von Produktionsindizes eingeführt:

Produktionsindizes für

Unternehmen und für

fachliche Unternehmensteile.

Hinsichtlich der Datenbasis und dem Berechnungsverfahren ist dieses Indexsystem grundlegend neu gestaltet und unterscheidet sich deshalb wesentlich von früheren Indexberechnungen (siehe WiSta 12/1983, S. 931 ff).

Der Index der Nettoproduktion auf Basis 1980 wird kalendermonatlich und von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt (ab Basis 1985 = 100 arbeitstäglich bereinigt, zu Einzelheiten siehe Dr. Norbert Herbel WiSta 3/88 S. 182 ff) berechnet.

Die kalendermonatlichen Indexzahlen spiegeln auch die monatlichen Einflüsse wider, die sich aufgrund von Unregelmäßigkeiten im Kalender (d.h. unterschiedliche Monatslängen, wechselnder Wochenrhythmus, Feiertage) auf die Nettoleistung ergeben.

Die Bereinigung der kalendermonatlichen Indexzahlen von den Einflüssen solcher Kalenderunregelmäßigkeiten wird im wesentlichen in zwei Schritten vollzogen.

Zunächst wird ein Ausgleich der Monatslängen vorgenommen (mittels Division durch die Zahl der Kalendertage und anschließende Multiplikation mit der mittleren Monatslänge) und danach durch Gegenüberstellung der Monatswerte und der je Monat vorhandenen Wochentagszusammensetzung (unter Berücksichtigung evtl. Feiertage) mit Hilfe der Regressionsschätzung ein System von Wochentags-Koeffizienten ermittelt, mit dem die Werte der Kalenderkomponente berechnet werden.

Durch Subtraktion der monatlichen Kalenderkomponente vom kalendermonatlichen Index erhält man die von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigte Indexzahl.

Index der tatsächlichen Werte

Außenhandelsstatistik

Datennachweis: ab 1952

Begriffsinhalt:

Meßgröße für die Veränderungen der nominalen Werte von >>> Warenausfuhr bzw. >>> Wareneinfuhr im Berichtszeitraum im Verhältnis zu den entsprechenden Werten des Basiszeitraumes.

Zu Einzelheiten der Begriffe Wareneinfuhr und Warenausfuhr siehe dort.

Im Index der tatsächlichen Werte werden die nominalen Werte der Warenausfuhr bzw. der Wareneinfuhr im Berichtszeitraum zu den entsprechenden Werten des Basiszeitraumes in Beziehung gesetzt.

Da bei diesem Index lediglich Verhältnisse aus Werten des Berichtszeitraumes und des Basiszeitraumes gebildet werden, handelt es sich eigentlich um eine Meßzahl.

Änderungen im Zeitablauf:

Für den Index der tatsächlichen Werte gelten alle Änderungen im Zeitablauf, die für die Warenausfuhr bzw. die Wareneinfuhr (Außenhandelsstatistik) nachgewiesen werden.

Index der Verbraucherpreise (Einzelhandelsverkaufspreise)

Index der Einzelhandelspreise

Datennachweis: ab 1962

Begriffsinhalt:

Meßgröße für die durchschnittliche Entwicklung der Verkaufspreise (einschließlich Mehrwertsteuer) von Waren des Einzelhandels. Zugrunde gelegt werden Unternehmen des Einzelhandels, bei denen der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit im Wiederverkauf von Waren an Letztverbraucher liegt.

Bei den Letztverbrauchern handelt es sich überwiegend um private Haushalte, zum Teil auch um Käufer im Unternehmens- und im öffentlichen Bereich.

Nicht zum Einzelhandel zählen - weil der Einzelhandel im Rahmen der wirtschaftlichen Tätigkeit eine untergeordnete Rolle spielt - Unternehmen, die selbst hergestellte Erzeugnisse direkt an Letztverbraucher verkaufen, wie es beispielsweise in den Ladengeschäften des Bäcker- und Fleischerhandwerks oder in den Verkaufsstellen der fleisch- und fischverarbeitenden Industrie, der Schuh- und Metallwarenindustrie bzw. der Kaffeeröstereien geschieht. Landwirte, die ihre Produkte auf Wochenmärkten anbieten oder den privaten Verbraucher frei Haus beliefern, gelten ebenfalls nicht als Einzelhändler.

Der Indexformel liegt die Annahme zugrunde, daß sich die Umsatzstruktur des Einzelhandels seit dem Basisjahr nicht verändert hat (Laspeyres-Index). Der Berechnung liegt eine bestimmte Anzahl von Warenpositionen als Preisrepräsentanten zugrunde. Die Wägung wurde aus der Umsatzstruktur dieser Waren im Basiszeitraum abgeleitet.

Zu Einzelheiten siehe Rasch, H.G.: Index der Einzelhandelspreise auf Basis 1970, in WiSta 11/1979, S. 812 ff. und Neuberechnung des Index der Einzelhandelspreise auf Basis 1980, in WiSta 5/1985 S. 419 ff.

Die monatlich nachgewiesenen Preisindizes beziehen sich jeweils auf den Preisstand zur Monatsmitte.

Begriffsbeziehungen:

Im Unterschied zum Index der Verbraucherpreise (Einzelhandelsverkaufspreise) wird bei den >>> Preisindizes für die Lebenshaltung auch die Preisentwicklung von Gütern berücksichtigt, die nicht von Einzelhandelsunternehmen verkauft werden. Dazu rechnen z.B. Strom, Gas, Wasser, vom Handwerk hergestellte Waren, ferner Dienstleistungen verschiedener Art sowie Mietwohnungen und -garagen. Umgekehrt wird im Einzelhandelspreisindex die Preisentwicklung von Waren nachgewiesen, die normalerweise nicht von privaten Haushalten gekauft werden und deshalb auch nicht im Warenkorb der Lebenshaltungsindizes enthalten sind, wie z.B. Büromaschinen und Lastkraftwagen. Ein weiterer wesentlicher Unterschied zwischen den Indizes besteht darin, daß sich die Preisindizes für die Lebenshaltung auf die Ausgaben privater Haushalte beziehen und damit Einkaufspreisindizes sind, deren Indexgewichte aus Ausgabenanteilen abgeleitet wurden. Der Einzelhandelspreisindex stellt einen Verkaufspreisindex dar, wobei die Umsatzanteile bestimmter Warenarten des Einzelhandels als Wägungszahlen zugrunde liegen.

Index des Auftragsbestands

1.1 Index des Auftragsbestands für das Verarbeitende Gewerbe

Datennachweis: 1977 bis 1984

1.2 Index des Auftragsbestands in der Industrie

Datennachweis: 1970 bis 1976

Begriffsinhalt:

Meßgröße für die Entwicklung des Auftragsbestands.

Der Auftragsbestand ist definiert als Summe der Werte aller vorliegenden, fest akzeptierten, noch nicht ausgeführten Bestellungen von anderen Unternehmen oder sonstigen Kunden am Ende des Berichtszeitraums.

Dienstleistungen, wie Lohnarbeiten (einschl. Lohnveredlung, Reparaturen, Instandhaltung, Installationen, Montagen u.ä.) sind, soweit sie üblicherweise zur Produktion der Erzeugnisse gehören, einbezogen. Nicht zum Auftragsbestand zählen Aufträge auf Lieferung von Handelsware.

Die Bewertung des Auftragsbestands erfolgt grundsätzlich zu Preisen, die zum Zeitpunkt des Auftragseingangs galten; bei der Existenz von Preisgleitklauseln werden diese im Wertansatz berücksichtigt. In den Wertansatz einbezogen sind die Kosten für Fracht, Verpackung und Porto sowie die Verbrauchsteuern. Die Mehrwertsteuer ist nicht enthalten. Preisnachlässe wie Rabatte, Boni und Skonti werden ebenfalls abgesetzt.

Vom Auftragswert bereits im Bau befindlicher Güter mit langer Produktionsdauer (z.B. angefangene Schiffs- und Brückenbauten) wird bei der Ermittlung des Auftragsbestands derjenige Teil abgesetzt, der nach Anlegung eines geeigneten wirtschaftlichen Maßstabes bereits erstellt worden ist.

Auftragsbestand aus dem Inland liegt vor, wenn Kunden mit Sitz im Bundesgebiet und Berlin (West), der ehem. DDR und Berlin (Ost) Aufträge erteilt haben. Um Auftragsbestand aus dem Ausland handelt es sich, wenn Kunden mit Sitz im Ausland oder inländische Exporteure Bestellungen aufgegeben haben.

Der Index des Auftragsbestands auf Basis 1970 = 100 umfaßt ausgewählte Industriezweige der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, der Investitionsgüterindustrie und der Verbrauchsgüterindustrie. Die Indexberechnung erfolgt mit einer Totalgewichtung, bei der nur die in den Index einbezogenen Industriezweige berücksichtigt werden.

Der Index des Auftragsbestands auf Basis 1976 = 100 und 1980 = 100 umfaßt ausgewählte Zweige des Verarbeitenden Gewerbes ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe. Die Indexberechnung erfolgt mit einer Totalgewichtung, bei der nur die in den Index einbezogenen Wirtschaftszweige berücksichtigt werden.

Begriffsbeziehungen:

Der Auftragsbestand, der der Berechnung des Index des Auftragsbestands zugrunde liegt, ist vergleichbar abgegrenzt wie der Auftragseingang, der zur Berechnung des >>> Index des Auftragseingangs (Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes für das Verarbeitende Gewerbe) herangezogen wird. Im Auftragseingang sind jedoch auch solche Aufträge erfaßt, die durch Verkäufe vom Lager befriedigt werden. Dieser Auftragseingang berührt den Auftragsbestand naturgemäß nicht.

Siehe auch unter 2.

2.1 Index des Auftragsbestands für das Bauhauptgewerbe

Datennachweis: 1971 bis 1976

2.2 Index des Auftragsbestands für das Bauhauptgewerbe

Datennachweis: ab 1977

Begriffsinhalt:

Meßgröße für die Entwicklung des Auftragsbestands im Bauhauptgewerbe. Der Auftragsbestand ist definiert als die Summe der Werte aller vorliegenden, fest akzeptierten und noch nicht ausgeführten Bauaufträge von anderen Firmen oder sonstigen Kunden am Ende des Berichtszeitraums.

Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zu Preisen, die zum Zeitpunkt des Auftragseingangs galten. Aufträge, die über einen langen Zeitraum abgewickelt werden und denen Preisgleitklauseln zugrunde liegen, werden jedoch mit Preisen bewertet, die sich aus der Anwendung der entsprechenden Vertragsbestimmungen ergeben. In den Preisen ist die Mehrwertsteuer nicht enthalten. Auch Rabatte sind abgesetzt.

Bei der Ermittlung des Auftragsbestands ist vom Auftragswert bereits im Bau befindlicher Projekte derjenige Teil abzusetzen, der nach Anlegung eines geeigneten wirtschaftlichen Maßstabes schon erstellt worden ist.

Indizes des Auftragsbestands werden für einzelne Bauarten und Auftraggebergruppen, für den Hochbau und Tiefbau und das Bauhauptgewerbe insgesamt ausgewiesen. Diese Indizes ergeben sich als Quotienten aus den jeweiligen Auftragsbeständen des Berichtszeitraums und den Auftragsbeständen des Basiszeitraums; es handelt sich demnach um Wertmeßzahlen.

Begriffsbeziehungen:

Der Auftragsbestand, der der Berechnung des Index des Auftragsbestands zugrunde liegt, ist vergleichbar abgegrenzt wie der Auftragseingang, der zur Berechnung des >>> Index des Auftragseingangs (Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau), Index des Auftragseingangs für das Bauhauptgewerbe) herangezogen wird.

Der Index des Auftragsbestands ist in den unter 1. und unter 2. genannten Statistiken vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich hauptsächlich durch unterschiedliche Berichtskreise.

Index des Auftragseingangs

1.1 Index des Auftragseingangs in der Industrie

Datennachweis: 1962 bis 1976

1.2 Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes für das Verarbeitende Gewerbe

Datennachweis: ab 1977

Begriffsinhalt:

Meßgröße für die Entwicklung des Auftragseingangs.

Der Auftragseingang ist definiert als Summe der Werte aller im Berichtszeitraum eingegangenen und vom Betrieb fest akzeptierten Aufträge von anderen Firmen und sonstigen Kunden laut Auftragsbestätigung. Verkäufe ab Lager sind einzubeziehen, unternehmensinterne Betriebsaufträge dagegen auszuschließen.

Es sind nur Aufträge auf Lieferung eigener Erzeugnisse, nicht jedoch von Handelsware einbezogen.

Der Wertansatz enthält die üblicherweise zur Produktion der Erzeugnisse gehörenden Dienstleistungen, wie Reparaturen, Lohnarbeiten (einschl. Lohnveredlung), Installationen, Instandhaltungen und Montagen, die Kosten für Fracht, Verpackung und Porto sowie die Verbrauchsteuern. Die Mehrwertsteuer sowie Preisnachlässe wie Rabatte, Boni und Skonti sind im Wertansatz nicht berücksichtigt.

Auftragseingänge aus dem Inland liegen vor, wenn Kunden mit Sitz im Bundesgebiet und Berlin (West), der ehem. DDR und Berlin (Ost) Aufträge erteilen. Um Auftragseingänge aus dem Ausland handelt es sich, wenn Kunden mit Sitz im Ausland oder inländische Exporteure Bestellungen aufgegeben haben.

Im Index des Auftragseingangs in der Industrie umfaßt der Index des Auftragseingangs ausgewählte Industriezweige der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, der Investitionsgüterindustrie und der Verbrauchsgüterindustrie. Die Indexberechnung erfolgt mit einer Repräsentativgewichtung, bei der auch die nicht in den Index einbezogenen Industriezweige und -gruppen mitberücksichtigt werden.

In den Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes für das Verarbeitende Gewerbe umfaßt der Index des Auftragseingangs ausgewählte Zweige des Verarbeitenden Gewerbes ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe.

Die Indexberechnung auf Basis 1970 = 100 erfolgt mit einer Repräsentativgewichtung, bei der auch die nicht ausgewählten Zweige in der Gewichtung berücksichtigt werden. Die Indexberechnung auf Basis 1976 = 100, 1980 = 100 und 1985 = 100 erfolgt nach einem Meßzahlenkonzept, bei dem nur die ausgewählten Zweige berücksichtigt werden.

Der Index des Auftragseingangs wird jeweils als Wertindex und als Volumenindex nachgewiesen. Der Wertindex stellt die Entwicklung des Auftragseingangs in jeweiligen Preisen dar, der Volumenindex zeigt demgegenüber die reale Entwicklung des Auftragseingangs.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1967 war die Umsatzsteuer in den Auftragseingangswerten enthalten.

Begriffsbeziehungen:

Der Auftragseingang, der der Berechnung des Index des Auftragseingangs zugrunde liegt, ist vergleichbar abgegrenzt wie der Auftragsbestand, der zur Berechnung des >>> Index des Auftragsbestands (Index des Auftragsbestands für das Verarbeitende Gewerbe, Index des Auftragsbestands in der Industrie) herangezogen wird. Im Auftragseingang sind jedoch auch Aufträge erfaßt, die durch Verkäufe vom Lager befriedigt werden. Dieser Auftragseingang berührt naturgemäß den Auftragsbestand nicht.

Siehe auch unter 2.

2.1 Index des Auftragseingangs für das Bauhauptgewerbe

Datennachweis: 1971 bis 1976

2.2 Index des Auftragseingangs für das Bauhauptgewerbe

Datennachweis: ab 1977

Begriffsinhalt:

Meßgröße für die Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe.

Der Auftragseingang ist definiert als Summe der Werte aller im Berichtszeitraum eingegangenen und vom Betrieb fest akzeptierten Bauaufträge.

Aufträge, die durch Arbeitsgemeinschaften abgewickelt werden sollen, werden in die Meldung der Arbeitsgemeinschaft aufgenommen. Bei den Unternehmen bzw. Betrieben, die diese Arbeitsgemeinschaft bilden, sind sie nicht aufzuführen.

Teile von Bauaufträgen, die an andere Baufirmen als Unteraufträge weitergegeben werden sollen, werden nur von diesen angegeben, um so Doppelzählungen zu vermeiden.

Die Wertansätze für bauhauptgewerbliche Bauleistungen entsprechen der Verdingungsordnung für Bauleistungen. Die Mehrwertsteuer ist in diesen Wertansätzen nicht enthalten.

Indizes des Auftragseingangs werden für einzelne Bauarten und Auftraggebergruppen, für den Hochbau und Tiefbau und das Bauhauptgewerbe insgesamt ausgewiesen. Diese Indizes ergeben sich als Quotienten aus den jeweiligen Auftragseingängen des Berichtszeitraums und den Auftragseingängen des Basiszeitraums; es handelt sich demnach um Wertmeßzahlen.

Begriffsbeziehungen:

Der Auftragseingang, der der Berechnung des Index des Auftragseingangs zugrunde liegt, ist vergleichbar abgegrenzt wie der Auftragsbestand, der zur Berechnung des >>> Index des Auftragsbestands (Statistik über den Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau), Index des Auftragsbestands für das Bauhauptgewerbe) herangezogen wird.

Der Index des Auftragseingangs ist in den unter 1. und unter 2. genannten Statistiken vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich hauptsächlich durch unterschiedliche Berichtskreise.

Index des Umsatzes

1. Index des Auftragseingangs in der Industrie

Datennachweis: 1962 bis 1976

2. Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes für das Verarbeitende Gewerbe

Datennachweis: ab 1977

Begriffsinhalt:

Meßgröße für die Entwicklung des Umsatzes.

Als Umsatz gilt der Erlös für Lieferungen und Leistungen, die von Unternehmen bzw. Betrieben an Dritte erbracht und im Berichtszeitraum in Rechnung gestellt werden (ohne Rücksicht auf den Zahlungseingang oder den Liefertermin). Zur Ermittlung des Index des Umsatzes werden Angaben über den Umsatz nach fachlichen Betriebsteilen (früher: Beteiligtenkonzept) zugrunde gelegt. Zu Einzelheiten siehe unter >>> Umsatz.

Im Index des Auftragseingangs in der Industrie umfaßt der Index des Umsatzes ausgewählte Industriezweige der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, der Investitionsgüterindustrie und der Verbrauchsgüterindustrie. Die Indexberechnung erfolgt mit einer Repräsentativgewichtung, bei der auch die nicht in den Index einbezogenen Industriezweige und -gruppen mit berücksichtigt werden.

In den Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes für das Verarbeitende Gewerbe umfaßt der Index des Umsatzes ausgewählte Zweige des Verarbeitenden Gewerbes ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe.

Die Indexberechnung auf Basis 1970 = 100 erfolgt mit einer Repräsentativgewichtung, bei der auch die nicht ausgewählten Zweige in der Gewichtung berücksichtigt werden. Die Indexberechnung auf Basis 1976 = 100, 1980 = 100 und 1985 = 100 erfolgt nach einem Meßzahlenkonzept, bei dem nur die ausgewählten Zweige berücksichtigt werden.

Der Index des Umsatzes wird jeweils als Wertindex und als Volumenindex nachgewiesen. Der Wertindex stellt die Entwicklung des Umsatzes in jeweiligen Preisen dar, der Volumenindex zeigt demgegenüber die reale Entwicklung des Umsatzes.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1967 ist im Umsatz die Umsatzsteuer enthalten.

Begriffsbeziehungen:

Der Index des Umsatzes und die Meßzahlen des Umsatzes (Groß-, Einzelhandels-, Gastgewerbestatistik) sind Meßgrößen für die Entwicklung des Umsatzes im jeweiligen Wirtschaftszweig. Sie bezeichnen insofern vergleichbare Tatbestände. Sie unterscheiden sich im wesentlichen dadurch, daß der Eigenverbrauch im Umsatz der Handels- und Gastgewerbestatistiken enthalten ist, im Index des Umsatzes für das Verarbeitende Gewerbe dagegen nicht.

Index des Volumens

Außenhandelsstatistik

Datennachweis: ab 1952

Begriffsinhalt:

Meßgröße für die Veränderung der realen Werte (d.h. des Volumens) von >>> Warenausfuhr bzw. >>> Wareneinfuhr im Berichtszeitraum im Verhältnis zu den entsprechenden Werten des Basiszeitraumes.

Zu Einzelheiten der Begriffe Wareneinfuhr und Warenausfuhr siehe dort.

Der Index des Volumens wird nach der Formel von Laspeyres berechnet. Es werden zueinander ins Verhältnis gesetzt: Die Ausfuhr- bzw. Einfuhrvolumina im Berichtszeitraum zu Durchschnittswerten (Preisen) des Basiszeitraumes und die Ausfuhr- bzw. Einfuhrwerte im Basiszeitraum. Durch diesen Vergleich wird die von Durchschnittswertänderungen bereinigte Außenhandelsentwicklung dargestellt.

Zu Einzelheiten des Berechnungsverfahrens vgl. Heimann, J.: "Neuberechnung des Außenhandelsvolumens und der Außenhandelsindizes auf Basis 1980" in WiSta 2/ 1984, S. 155 ff.

Änderungen im Zeitablauf:

Für den Index des Volumens gelten alle Änderungen im Zeitablauf, die für die Warenausfuhr bzw. die Wareneinfuhr (Außenhandelsstatistik) nachgewiesen werden.

Indirekte Steuern

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Datennachweis: ab 1960

Begriffsinhalt:

Alle Steuern und ähnliche Abgaben, die der Staat oder Einrichtungen der Europäischen Gemeinschaften bei Produzenten erheben und die bei der Gewinnermittlung abzugsfähig sind.

Nicht gemeint ist in diesem Zusammenhang die Abzugsfähigkeit als Sonderausgaben. Die indirekten Steuern belasten die Produktion bzw. die Umsätze von Waren und Dienstleistungen, den Einsatz der Produktionsfaktoren sowie die Einfuhr von Waren und Dienstleistungen. Die indirekten Steuern werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in

- >>> Produktionssteuern,
- >>> nichtabzugsfähige Umsatzsteuer und
- >>> Einfuhrabgaben

unterteilt.

Der den Europäischen Gemeinschaften zustehende Anteil an den indirekten Steuern wird als Steuereinnahme des Staates gebucht. Die Beträge werden - diesem Vorgehen entsprechend - außerdem als laufende Übertragungen des Staates an die übrige Welt nachgewiesen.

Änderungen im Zeitablauf:

Zum Ausgleich der ab 1968 in die indirekten Steuern einbezogenen Umsatzsteuervergünstigungen (>>> einbehaltene Umsatzsteuer) werden Beträge in gleicher Höhe als >>> Subventionen vom Staat an die begünstigten Unternehmen gebucht.

Begriffsbeziehungen:

1. Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen)
 - Abschreibungen
 - = Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen
 - Indirekte Steuern
 - + Subventionen
 - = Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten
 - = Nettowertschöpfung
2. Bruttosozialprodukt (zu Marktpreisen)
 - Abschreibungen
 - = Nettosozialprodukt zu Marktpreisen
 - Indirekte Steuern
 - + Subventionen
 - = Nettosozialprodukt zu Faktorkosten
 - = Volkseinkommen

3. Indirekte Steuern

- + Direkte Steuern
- + Sozialbeiträge
- + Sonstige laufende Übertragungen
- + Vermögenseinkommen
- = Laufende Einnahmen des Staates

Indirekte Steuern abzüglich Subventionen

1. Jahreserhebung (Kostenstrukturhebung) bei Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes

Datennachweis: ab 1975

2. Jahreserhebung (Kostenstrukturhebung) bei Unternehmen des Baugewerbes

Datennachweis: ab 1975, für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

Begriffsinhalt:

Indirekte Steuern sind Steuern und ähnliche Abgaben, die von öffentlichen Haushalten bei Unternehmen und öffentlichen Haushalten erhoben werden und vor Ermittlung des steuerpflichtigen Gewinns von den Erlösen abgesetzt werden können; Subventionen sind Zuwendungen, die Bund, Länder und Gemeinden oder Einrichtungen der Europäischen Gemeinschaften ohne Gegenleistung an Unternehmen für laufende Produktionszwecke gewähren.

Indirekte Steuern sind im wesentlichen die Kunden in Rechnung gestellte Umsatzsteuer minus der abzugsfähigen Umsatzsteuer (Vorsteuer) auf Käufe von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, nicht aktivierte Wirtschaftsgüter und Handelsware sowie die Kostensteuern ohne Vermögensteuer.

Subventionen werden gewährt um

- die Produktionskosten zu verringern und/ oder
- die Verkaufspreise der Erzeugnisse zu senken und/ oder
- eine hinreichende Entlohnung der Produktionsfaktoren zu ermöglichen.

Hierzu zählen z.B. Zinszuschüsse, gleichgültig für welche Zwecke sie gewährt werden (auch dann, wenn sie an den Kreditgeber direkt gezahlt werden), Zuwendungen für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben soweit nicht spezielle Auftragsforschung für den Staat, Frachthilfen, Lohnkostenzuschüsse für ältere Arbeitnehmer nach § 97 AFG.

Nicht zu den Subventionen zählen Steuererleichterungen, Investitionszuschüsse sowie Ersatzleistungen für Katastrophenschäden und sonstige außerordentliche bzw. außerhalb des Verantwortungsbereichs des Unternehmens liegende Verluste.

3. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Datennachweis: ab 1960

Begriffsinhalt:

Saldo aus indirekten Steuern und Subventionen. Dieser Saldo bildet in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen den "Übergangsposten" vom Marktpreis- zum Faktorkosten-Konzept.

Begriffsbeziehungen:

1. Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen)

- Abschreibungen
- = Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen
- Indirekte Steuern abzügl. Subventionen
- = Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten
- = Nettowertschöpfung

2. Bruttosozialprodukt (zu Marktpreisen)

- Abschreibungen
- = Nettosozialprodukt zu Marktpreisen
- Indirekte Steuern abzügl. Subventionen
- = Nettosozialprodukt zu Faktorkosten
- = Volkseinkommen

Indizes der Außenhandelspreise

1. Index der Einfuhrpreise

Datennachweis: ab 1950

2. Index der Ausfuhrpreise

Datennachweis: ab 1954

Begriffsinhalt:

Die Indizes der Außenhandelspreise (Index der Einfuhrpreise, Index der Ausfuhrpreise) messen die Entwicklung der Preise aller Waren, die zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Ausland gehandelt werden.

Die Bezugsgröße der Gesamtindizes der Ein- bzw. Ausfuhrpreise ist die Summe der Ein-/ Ausfuhrwerte im Basisjahr (gegenwärtig 1985), wie sie durch die Außenhandelsstatistik nachgewiesen werden. Im Hinblick auf die wesentlichen Rechenvorgänge können die Indizes als der gewogene Durchschnitt aus den einzelnen Preisveränderungszahlen bezeichnet werden, die für eine repräsentative Auswahl von Import- bzw. Exportwaren (die sog. Preisrepräsentanten) gebildet werden. Als Wägungszahlen (= Indexgewichte) dienen die Ein-/ Ausfuhrwerte jeweils derjenigen Erzeugnisse im Basisjahr, für die eine Einzelpreisreihe als repräsentativ angesehen wird.

Die Einzelpreisreihen werden in der Form von Meßzahlen auf der Grundlage des Preisstandes im Basisjahr (= 100) dargestellt. Sie beruhen auf den Ergebnissen monatlicher Preiserhebungen bei einer repräsentativen Auswahl von Berichtsstellen. Im Gegensatz zu den anderen Preisstatistiken des Statistischen Bundesamtes werden von den Meldefirmen der Außenhandelspreisstatistik nicht Preisangaben für einen bestimmten Stichtag, sondern Durchschnittspreise aller **V e r t r a g s a b s c h l ü s s e** im Berichtsmonat erfragt. Damit die monatlichen Werte einer Einzelpreisreihe nur "reine" Preisveränderungen zum Ausdruck bringen, müssen alle für die Höhe des Preises maßgeblichen Faktoren, die sogenannten preisbestimmenden Merkmale, so lange wie möglich konstant gehalten werden. Dies gilt nicht nur für die Mengeneinheit des beobachteten Erzeugnisses und dessen qualitative Beschaffenheit, sondern auch für die verschiedenen Handels-, Liefer- und Zahlungsbedingungen. Ändert sich eines dieser Merkmale, so kann die Differenz zwischen dem neuen und dem zuletzt gemeldeten Preis eine unechte Preisveränderung enthalten, die eliminiert werden muß.

Die monatlich ermittelten Preise sind Effektivpreise (keine Listenpreise) und beziehen sich auf die Handelsbedingung "frei deutsche Grenze" (bzw. "cif" bei den Einfuhrpreisen, "fob" bei den Ausfuhrpreisen). Öffentliche Abgaben (Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge, Einfuhrumsatzsteuer bzw. - bei der Ausfuhr - Mehrwertsteuer, Verbrauchsteuer sowie Exporthilfen) sind in den Preisen nicht enthalten. In die Indexberechnungen gehen nur Preise in Deutscher Mark ein. In Fremdwährung gemeldete Preise werden mit den jeweils geltenden Devisenkursen umgerechnet. Gegenwärtig werden bei den Importen rund 2 700 Berichtsstellen nach ihren Einfuhrpreisen für insgesamt 6 520 Preisrepräsentanten befragt, bei den Exporten rund 2 800 Berichtsstellen für insgesamt 6 570 Preisrepräsentanten. Den Indizes liegen zusammen rd. 13 090 Einzelpreisreihen zugrunde.

Der Index wird nach der sog. Laspeyres-Formel berechnet. Das bedeutet, daß die aus dem gegenwärtigen Basisjahr (1985) stammenden Wägungszahlen bis zur Umstellung des Index auf ein neueres Basisjahr unverändert bleiben.

Als nächstes Basisjahr ist das Jahr 1991 in Aussicht genommen. Das letzte Basisjahr vor dem gegenwärtigen Basisjahr war das Jahr 1980. Für längerfristige Vergleiche können durchlaufende Reihen durch Verkettung der gegenwärtigen Berechnungsergebnisse auf Basis 1985 (= 100) mit den früheren Indexzahlen auf Basis 1980 (= 100) für die Zeit vor 1985 gebildet werden. Zu diesem Zweck werden als Quotienten aus den Januarindizes auf der neuen Basis 1985 = 100 und den entsprechenden Januarindizes auf der früheren Basis 1980 = 100 Verkettungsfaktoren gebildet. Mit diesen Faktoren sind die Indexzahlen 1980 = 100 für die Zeit vor 1985 zwecks Umbasierung auf 1985 = 100 zu multiplizieren bzw. durch sie sind die Indexzahlen 1985 = 100 für die Zeit ab Januar 1985 zwecks Umbasierung auf 1980 = 100 zu dividieren. Die Angabe eines Verkettungsfaktors veröffentlicht in Fachserie 17, Seite 8 "Preise und Preisindizes für die Ein- und Ausfuhr") fehlt bei denjenigen Gliederungen und Positionen, für die es keine Indexreihen auf früherer Basis gibt bzw. bei denen eine Verbindung der alten mit der neuen Reihe wegen zu großer Unterschiede in der Auswahl von Preisrepräsentanten problematisch wäre. Zu Einzelheiten siehe Szenzenstein, J.: Zur Neuberechnung der Außenhandelspreisindizes auf Basis 1985, in WiSta 6/1989, S.384 ff.

Die Indizes der Außenhandelspreise werden nicht nur als Gesamtreihe, d.h. für die Gesamtheit der Ein- bzw. Ausfuhrwaren, sondern auch für eine große Zahl von Warengruppen verschiedener Aggregationsstufen berechnet.

Änderungen im Zeitablauf:

Für die Berechnung auf Basis 1980 wurden 5 800 (Basis 1970 = 5 190, Basis 1976 = 5 600) Preisrepräsentanten für den Index der Einfuhrpreise und 6 100 (Basis 1970: 5 340, Basis 1976 = 5 900) Preisrepräsentanten für den Index der Ausfuhrpreise erhoben.

Industrialisierte westliche Länder

Außenhandelsstatistik

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

Zu den industrialisierten westlichen Ländern rechnen:

EG-Länder:

- Frankreich
- Belgien und Luxemburg
- Niederlande
- Italien
- Vereinigtes Königreich
- Irland
- Dänemark
- Griechenland
- Spanien
- Portugal

Andere europ. Länder:

Kanar. Inseln

- Ceuta u. Melilla
- Island
- Färöer
- Norwegen
- Schweden
- Finnland
- Schweiz
- Österreich
- Andorra
- Gibraltar
- Vatikanstadt
- Malta
- Jugoslawien
- Türkei

Vereinigte Staaten und Kanada:

- Vereinigte Staaten
- Kanada

Übrige Länder:

- Republik Südafrika und Namibia
- Japan
- Australien
- Neuseeland

Industriegebiet

Statistik der Kaufwerte für Bauland

Datennachweis: ab 1962; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 3/1991

Begriffsinhalt:

Gebiete, die ausschließlich der Unterbringung von Gewerbebetrieben dienen. Vorwiegend befinden sich in Industriegebieten solche Betriebe, die in anderen Baugebieten nicht zulässig sind. Nachgewiesen werden >>> Kaufwerte für Bauland in Industriegebieten.

Industrieland

Statistik der Kaufwerte für Bauland

Datennachweis: ab 1962; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 3/1991

Begriffsinhalt:

Unbebaute Grundstücke, die für Industierzwecke vorgesehen sind oder bereits einem Gewerbe dienen.

Zum Industrieland rechnen also Flächen, die für Industierzwecke vorgesehen sind, sowie unbebaute Grundstücke, die als Lager- oder Arbeitsplätze einem Gewerbe dienen oder zur Erweiterung eines Betriebes vorrätig gehalten werden.

Nachgewiesen werden Kaufwerte für Industrieland (zu Einzelheiten siehe >>> Kaufwerte für Bauland).

Industrie (ohne Montan- und Bauindustrie)

Index der Aktienkurse

Datennachweis: 1966 bis 1983

Begriffsinhalt:

Wirtschaftsbereich, der die Zweige

Chemische Industrie (Farbenwerke, Chemiefaserindustrie, übrige chemische Industrie),

Kunststoff- und gummiverarbeitende Industrie,

Industrie der Steine und Erden (Zementindustrie, übrige Industrie der Steine und Erden),

Feinkeramische und Glasindustrie,

NE-Metallindustrie (einschl. NE-Metallgießerei),

Stahl- und Leichtmetallbau,

Maschinenbau,

Straßenfahrzeugbau,

Schiffbau,

Elektrotechnische Industrie,

Feinmechanische, optische und Uhrenindustrie,

Eisen-, Blech-, Metall-, Spiel-, Schmuckwarenindustrie,

Holzindustrie,

Papier- und Druckereiindustrie,

Lederindustrie,

Textil- und Bekleidungsindustrie,

Nahrungs- und Genußmittelindustrie (Brauereien und Mälzereien, übrige Nahrungs- und Genußmittelindustrie) in der Abgrenzung nach der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1961, umfaßt.

Nachgewiesen wird der >>> Index der Aktienkurse für ausgewählte Aktiengesellschaften in diesem Wirtschaftsbereich.

Begriffsbeziehungen:

Im Unterschied zum Wirtschaftsbereich Industrie (ohne Montan- und Bauindustrie) umfaßt der Wirtschaftsbereich >>> Verarbeitende Industrie (Index der industriellen Nettoproduktion, Index der Arbeitsproduktivität) zusätzlich die Wirtschaftszweige Hochofen-, Stahl- und Warmwalzwerke, Schmiede-, Preß- und Hammerwer-

ke, Eisen-, Stahl- und Tempergießerei, Ziehereien und Kaltwalzwerke, Stahlverformung sowie Oberflächenveredlung und -härtung.

Industrie und Handel

Berufsbildungsstatistik

Datennachweis: ab 1967

Begriffsinhalt:

Ausbildungsbereich, bei dem die Zuständigkeit für die Berufsausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz bei den Industrie- und Handelskammern liegt.

Die Industrie- und Handelskammern sind zuständige Stellen für die Berufsausbildung in Gewerbebetrieben, die nicht Handwerksbetriebe oder handwerksähnliche Betriebe sind; sie sind auch dann zuständig, wenn die Berufsausbildung in anderen Ausbildungsbereichen durchgeführt wird, sich aber auf Ausbildungsberufe der gewerblichen Wirtschaft (außer Handwerk) bezieht.

Zum Ausbildungsbereich Industrie und Handel rechnen auch Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe, Bergbau.

Welche Ausbildungsberufe im einzelnen zum Ausbildungsbereich Industrie und Handel zählen ist der Fachserie 11, Bildung und Kultur, Reihe 3, Berufliche Bildung, 1985, S. 127 - 136 zu entnehmen.

Die Gliederung in Ausbildungsbereiche deckt sich nicht voll mit der Wirtschaftsgliederung nach der Systematik der Wirtschaftszweige, da sich nach dem Berufsbildungsgesetz die Zuständigkeit für die Berufsausbildung vielfach nach der Art des Ausbildungsberufs und nicht nach der Zugehörigkeit zu einem Wirtschaftsbereich richtet.

Ingenieurwissenschaften

1. Statistik der Studien- und Berufswünsche

Datennachweis: ab 1972

2. Statistik der Hochschulprüfungen

Datennachweis: ab 1959

Begriffsinhalt:

Zusammenfassung folgender Studienbereiche an Hochschulen:

- Bergbau, Hüttenwesen,
- Maschinenbau, Verfahrenstechnik,
- Elektrotechnik, - Nautik, Schiffstechnik,
- Raumplanung,
- Bauingenieurwesen,
- Vermessungswesen.

Nachgewiesen werden Abiturienten und Schüler der Abschlußklassen der 12. Klassenstufe, die beabsichtigen, Ingenieurwissenschaften zu studieren.

Änderungen im Zeitablauf:

Vor 1976 wurde in der Statistik der Studien- und Berufswünsche die Fächergruppe Ingenieurwissenschaften mit "Ingenieurwissenschaften und gewerbliche Fächer" bezeichnet.

Inländer

1. Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr

Datennachweis: 1981 bis 1983

2. Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten

Datennachweis: 1960 bis 1980

Begriffsinhalt:

Personen, die ihren ständigen Wohnsitz innerhalb der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) oder innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik oder Berlin (Ost) haben, ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit.

Als ständiger Wohnsitz gilt der überwiegende Aufenthaltsort. Beispielsweise gelten daher Angehörige der im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräfte in ihrer Eigenschaft als Gäste von Beherbergungsstätten als Inländer.

Insolvenzen

Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren

Datennachweis: ab 1962

Begriffsinhalt:

Die Insolvenzen umfassen die >>> eröffneten Konkursverfahren, die >>> mangels Masse abgelehnten Konkursanträge und die >>> eröffneten Vergleichsverfahren, abzüglich der (beantragten) Anschlußkonkurse.

Ein beim zuständigen Amtsgericht beantragtes Konkursverfahren wird gemäß Konkursordnung vom Konkursgericht entweder eröffnet oder mangels Masse abgelehnt. (zu Einzelheiten siehe Konkursordnung v. 20.5.1898 (RGBl. S. 612) und Änderungsgesetze.)

Einbezogen sind hier alle begründeten Anträge auf Eröffnung eines Konkursverfahrens, sofern sie nicht zurückgenommen wurden.

Zu den eröffneten Vergleichsverfahren zählen nur Verfahren, die gemäß Vergleichsordnung vom zuständigen Amtsgericht eröffnet werden. (Zu Einzelheiten siehe Vergleichsordnung v. 26.2.1935 (RGBl. I S. 321) und Änderungsgesetze.)

Anträge auf Eröffnung eines Vergleichsverfahrens, die vom Gericht abgelehnt werden, werden nicht erfaßt.

Anschlußkonkurse sind Konkursverfahren, die zuvor schon als Vergleichsverfahren eröffnet wurden und die als eröffnete Vergleichsverfahren auch erfaßt und nachgewiesen werden. Um Doppelzählungen dieser Verfahren zu vermeiden, werden von der Summe der beantragten Konkursverfahren und eröffneten Vergleichsverfahren die Anschlußkonkurse abgezogen.

Die Insolvenzen stellen daher die um die Anschlußkonkursverfahren bereinigte Summe aller beantragten Konkursverfahren und der eröffneten Vergleichsverfahren dar.

Begriffsbeziehungen:

Der Unterschiedsbetrag zwischen der Zahl der Insolvenzen einerseits und der Summe der eröffneten Konkursverfahren, der mangels Masse abgelehnten Konkursanträge und der eröffneten Vergleichsverfahren (alle Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren) andererseits stellt die Zahl der beantragten Anschlußkonkurse dar.

Internationale private Übertragungen

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Datennachweis: ab 1960

Begriffsinhalt:

>>> Laufende Übertragungen von inländischen privaten Haushalten an die übrige Welt bzw. von gebietsfremden privaten Haushalten an inländische Sektoren (ohne Vermächtnisse, Erbschaften, Schenkungen, Mitgiften usw., die zu den >>> Vermögensübertragungen zählen).

Die internationalen privaten Übertragungen umfassen in erster Linie Heimatüberweisungen ausländischer Arbeitnehmer und private Unterstützungszahlungen, ferner Visagebühren u.ä.

Invalidität (allgemein)

Sozialbudget der Bundesrepublik Deutschland

Datennachweis: ab 1965

Begriffsinhalt:

Dauernde, mit Einschränkung oder Verlust der Berufs- oder Erwerbsfähigkeit verbundene Beeinträchtigung der Gesundheit, physische Gebrechen; Behinderung.

Zu den Leistungen für die Invalidität (allgemein) gehören außer der Invaliditätsrente u.a. auch die im Zusammenhang mit der Invalidität stehende Entschädigungsrente für Körperschaden, die Altersrente, die Landabgabenrente, die >>> Hilfe zum Lebensunterhalt und die >>> Hilfe zur Pflege sowie im Zusammenhang mit der Invalidität stehende >>> Steuerermäßigungen.

Eine Heilbehandlung in Anstalten durch Ärzte oder sonstige Heilpersonen, die hierzu erforderlichen Heilmittel und die Unterbringung und Verpflegung während eines Anstaltsaufenthaltes zählen ebenso zu den Leistungen für Invalidität (allgemein), wie auch die unentgeltliche Beförderung Behinderter und Leistungen der Beratung und Betreuung.

Nicht zu den Leistungen für Invalidität (allgemein) zählt die Behinderung als Folge von >>> Arbeitsunfall/ Berufskrankheit sowie als >>> Folge politischer Ereignisse.

Familienzuschläge zu Einkommensleistungen sind den Leistungen für >>> Kinder und für >>> Ehegatten, Rentenleistungen an Personen über 60 Jahre (Frauen) bzw. über 65 Jahre (Männer) den Leistungen bei >>> Alter zugeordnet.

Im Sozialbudget rechnen die Leistungen bei Invalidität gemeinsam mit den Leistungen zur >>> Vorbeugung, bei >>> Krankheit und bei Arbeitsunfall/ Berufskrankheit zu den Leistungen im Rahmen der Funktion "Gesundheit".

Investitionsgüter

Alle folgenden Statistiken

Begriffsinhalt:

Güter, die von der "Industrie" hergestellt werden, als technisch fertig ("investitionsreif") angesehen werden und überwiegend von Unternehmen oder vom Staat als Anlagegüter gekauft werden (ohne Güter für Bauinvestitionen). Als technisch fertig gelten Waren/ Güter, die voraussichtlich keiner weiteren Be- oder Verarbeitung im gewerblichen Produktionsbereich mehr unterliegen, sondern zur letzten Verwendung bestimmt sind. Als Be- oder Verarbeitung gilt jede Umformung von Stoffen, jede Verbindung mit anderen Stoffen sowie der Einbau von Teilen. Die Investitionsgüter umfassen ausgewählte Waren-/ Güterarten (Sechsteller) aus dem Systematischen Warenverzeichnis für die Industriestatistik (WI), Ausgabe 1970 oder 1975, bzw. aus dem Systematischen Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (GP), Ausgabe 1982 bzw. 1989.

Bei der Auswahl der Waren/ Güter wird so vorgegangen, daß anhand des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken zunächst alle eindeutigen Vorprodukte (technisch nicht fertige Waren) ausgesondert und von den eindeutigen Fertigwaren die klar bestimmbar Investitions- und Verbrauchsgüter festgestellt werden. Da von dem verbleibenden Rest eine größere Anzahl von Waren nicht nur als Vorprodukte, sondern auch als Fertigwaren Verwendung finden und von letzteren wiederum ein Teil sowohl Investitionsgut als auch Verbrauchsgut sein kann, werden die verbleibenden Waren nach dem Schwerpunkt ihrer voraussichtlichen Verwendung zugeordnet. Die Personenkraftwagen werden nach anderen, in den einzelnen Statistiken unterschiedlichen Kriterien zugeordnet.

Nicht zu den Investitionsgütern zählen Güter für Bauinvestitionen, d.h. die Lieferungen des Verarbeitenden Gewerbes an das Baugewerbe und die Leistungen des Baugewerbes selbst bleiben unberücksichtigt.

Nicht einbezogen sind Fertigungsstoffe (Waren, die weiter be- oder verarbeitet werden), Energie-, Brenn- und Kraftstoffe, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Waren/ Güter für die laufende Instandhaltung von Anlagen und geringwertige Wirtschaftsgüter, die nicht aktiviert werden.

Änderungen im Zeitablauf:

Die Auswahl der zu den Investitionsgütern rechnenden Waren, die auf der Grundlage des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI), Ausgabe 1975, vorgenommen wurde, unterscheidet sich von

der Auswahl der Waren nach dem WI, Ausgabe 1970 und der Auswahl der Güter nach dem Systematischen Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1982 bzw. 1989.

Begriffsbeziehungen:

Zur Abgrenzung gegenüber den >>> Erzeugnissen des Investitionsgüterproduzierenden Gewerbes (Außenhandelsstatistik, Indizes der Einfuhr- und der Ausfuhrpreise) siehe dort.

1.1 Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter

Datennachweis: 1962 bis 1976

1.2 Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter

Datennachweis: ab 1970

Begriffsinhalt:

Das Gewichtungsschema das zur Berechnung des nach Investitions- und Verbrauchsgütern gegliederten >>> Index der Bruttoproduktion bzw. des >>> Index der industriellen Bruttoproduktion verwendet wird, wurde aus den Bruttoproduktionswerten aller Waren-/ Güterarten, die als Investitionsgüter gelten, ermittelt.

Die Fortschreibung der Reihen erfolgt durch - für die Gesamtheit der Verbrauchsgüter annähernd repräsentative - Erzeugnisreihen des Produktions-Eilberichts.

Bruttoproduktionsindizes werden im besonderen für folgende Waren/ Güter nachgewiesen:

>>> Stahlbauerzeugnisse, >>> Maschinenbauerzeugnisse, >>> Straßenfahrzeuge (soweit Investitionsgut), >>> elektrotechnische Investitionsgüter, >>> Büromaschinen, >>> Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen und >>> sonstige im Index erfaßte Investitionsgüter.

Die Personenkraftwagen werden nach der Zulassungsstatistik den Investitions- oder Verbrauchsgütern zugeordnet.

2.1 Außenhandelsstatistik

Datennachweis: ab 1962

2.2 Index der Einfuhrpreise

Datennachweis: ab 1954

2.3 Index der Ausfuhrpreise

Datennachweis: ab 1954

Begriffsinhalt:

Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Investitionsgütern erfolgt in Anlehnung an die Waren- auswahl, die zur Berechnung des Index der (industriellen) Bruttoproduktion für Investitionsgüter getroffen wurde.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) umgeschlüsselt. Da im WI bzw. GP die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.

Warennummern des WA, die nicht genau mit den entsprechenden Warennummern des WI bzw. GP übereinstimmen, werden nach dem Schwerpunkt ihrer voraussichtlichen Verwendung zugeordnet.

Waren, die im WA besonders herausgestellt sind - wie z.B. maschinelle Anlagen (vollständige Fabrikations- einrichtungen) und bei denen es sich eindeutig um Investitionsgüter handelt, werden ebenfalls mit erfaßt.

Außenhandelsindizes werden in der Außenhandelsstatistik im besonderen für folgende Waren nachgewiesen:

>>> Stahlbauerzeugnisse, >>> Maschinenbauerzeugnisse, >>> Straßenfahrzeuge (soweit Investitionsgut), >>> elektrotechnische Investitionsgüter, >>> Büromaschinen, >>> Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen und >>> sonstige im Index erfaßte Investitionsgüter.

Die Personenkraftwagen werden nach der Größe des Hubraums den Investitions- oder Verbrauchsgütern zugeordnet.

Investitionsgüterindustrien

1.1 Index der industriellen Nettoproduktion

Datennachweis: 1962 bis 1976

1.2 Index der Arbeitsproduktivität

Datennachweis: 1962 bis 1976

Begriffsinhalt:

Hauptgruppe der >>> Verarbeitenden Industrie, welche die Industriegruppen bzw. -zweige

Stahlverformung	IB-Nr.	3020
Stahl- und Leichtmetallbau	"	31
Maschinenbau	"	32
Straßenfahrzeugbau	"	33
Schiffbau	"	34
Elektrotechnische Industrie	"	36
Feinmechanische und optische sowie Uhrenindustrie	"	37
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	"	38
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	"	50

in der Abgrenzung nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht, Ausgabe 1972, umfaßt.

Nachgewiesen werden der >>> Index der industriellen Nettoproduktion sowie der >>> Index der Arbeitsproduktivität.

Handwerksunternehmen und -betriebe, die in diesen Industriegruppen bzw. -zweigen tätig sind, rechnen in der Regel nicht zu den Investitionsgüterindustrien.

Änderungen im Zeitablauf:

Zwischen den verschiedenen Ausgaben der Systematik ergaben sich geringfügige Änderungen.

Begriffsbeziehungen:

Die Investitionsgüterindustrien und das >>> Investitionsgüter produzierende Gewerbe sind, soweit Indizes der Nettoproduktion nachgewiesen werden, vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich im wesentlichen daraus, daß zu den Investitionsgüterindustrien Industriezweige nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht, zum Investitionsgüter produzierenden Gewerbe dagegen Wirtschaftszweige nach der SYPRO zusammengefaßt werden. Nur zu den Investitionsgüterindustrien rechnet im wesentlichen die Installation von Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und gesundheitstechnischen Anlagen. Nur zum Investitionsgüter produzierenden Gewerbe rechnen im wesentlichen Reparatur von Kraftfahrzeugen, Fahrrädern und Lackierung von Straßenfahrzeugen. Ferner zählen zum Investitionsgüter produzierenden Gewerbe auch Handwerksunternehmen und -betriebe, die in dieser Wirtschaftshauptgruppe tätig sind; dagegen zählen solche Unternehmen und Betriebe in der Regel nicht zur Industrie.

2. Index des Auftragseingangs in der Industrie

Datennachweis: 1962 bis 1976

Begriffsinhalt:

Hauptgruppe der Verarbeitenden Industrie, welche die unter 1. genannten Industriegruppen bzw. -zweige umfaßt, mit Ausnahme des Industriezweigs Uhrenindustrie (IB-Nr. 3770).

Zugrunde liegt das Systematische Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht, Ausgabe 1971.

Nachgewiesen werden der Index des Auftragseingangs, der >>> Index des Umsatzes und der >>> Anteil des Auftragseingangs am Umsatz.

Handwerksunternehmen und -betriebe, die in diesen Industriegruppen bzw. -zweigen tätig sind, rechnen in der Regel nicht zu den Investitionsgüterindustrien.

Änderungen im Zeitablauf:

Zwischen den verschiedenen Ausgaben der Systematik ergaben sich geringfügige Änderungen.

Begriffsbeziehungen:

Die Investitionsgüterindustrien und das Investitionsgüter produzierende Gewerbe im Zusammenhang mit dem Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe sind vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich im wesentlichen daraus, daß zu den Investitionsgüterindustrien Industriezweige nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht zusammengefaßt werden, zum Investitionsgüter produzierenden Gewerbe dagegen Wirtschaftszweige nach der SYPRO. Nur zu den Investitionsgüterindustrien rechnet im wesentlichen die Installation von Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und gesundheitstechnischen Anlagen. Ferner zählen zum Investitionsgüter produzierenden Gewerbe auch Handwerksunternehmen und -betriebe, die in dieser Wirtschaftshauptgruppe tätig sind; dagegen rechnen solche Unternehmen und Betriebe in der Regel nicht zur Industrie. Zur Abgrenzung gegenüber den >>> ausgewählten Zweigen der Investitionsgüterindustrien (Index des Auftragsbestands in der Industrie) siehe dort.

Investitionsgüter produzierendes Gewerbe

1. Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe

Datennachweis: ab 1970

2. Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes für das Verarbeitende Gewerbe

Datennachweis: ab 1977

Begriffsinhalt:

Hauptgruppe des >>> Verarbeitenden Gewerbes, welche die Wirtschaftsgruppen bzw. -zweige

Herstellung von Gesenk- und leichten Freiformschmiedestücken, schweren Preß-, Zieh- und Stanzteilen	SYPRO-Nr.	3021
Stahlverformung, a.n.g., Oberflächenveredlung, Härtung	"	3025
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	"	31
Maschinenbau	"	32
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	"	33
Schiffbau	"	34
Luft- und Raumfahrzeugbau	"	35
Elektrotechnik, Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	"	36
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	"	37
Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	"	38
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen in der Abgrenzung nach der SYPRO, Ausgabe 1979, umfaßt.	"	50

Zum Investitionsgüter produzierenden Gewerbe rechnen auch Handwerksunternehmen und -betriebe, die in den genannten Wirtschaftsgruppen bzw. -zweigen tätig sind. Bei der Ermittlung des >>> Index des Auftragseingangs und des >>> Index des Umsatzes werden nur ausgewählte Wirtschaftsgruppen und -zweige des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes einbezogen (in Klammern die jeweilige SYPRO-Nummer):

Herstellung von Gesenk- und Freiformschmiedestücken, schweren Preß-, Zieh- und Stanzteilen (3021); Stahlverformung, a.n.g., Oberflächenveredlung, Härtung (3025);
Herstellung von Stahl- und Leichtmetallkonstruktionen (ohne Grubenausbaukonstruktionen) (3111), Kessel- und Behälterbau (3151), Lokomotivbau (3171) ab Basis 1985, Waggonbau (3174) Feld- und Industriebahnwagenbau (3177) ab Basis 1985;
Maschinenbau (32);
Straßenfahrzeugbau (und zwar: Herstellung von Personenkraftwagen u.ä. (einschl. Motoren und Fahrgestellen) (3312), Herstellung von Lastkraftwagen u.ä. (einschl. Motoren und Fahrgestellen) (3313), Herstellung von Karosserien, Aufbauten, Anhängern für Kraftwagen (3316), Herstellung von Krafträdern, Kraftradmotoren (3321), Herstellung von Fahrrädern (3324));
Schiffbau (34);
Luft- und Raumfahrzeugbau (35) ab Basis 1985;
Elektrotechnik (ohne Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt und ohne Montage von elektrotechnischen Erzeugnissen) (3610-3670);
Feinmechanik, Optik (ohne Herstellung von Uhren) (3711-3760);
Feinmechanik, Optik und Herstellung von Uhren (37) ab Basis 1985;
Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren (ohne Herstellung von Handelswaffen und deren Munition und ohne Herstellung von Panzerschränken (Tresoren)) (3821-3847, 3849-3889);
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen (50).

Begriffsbeziehungen:

Das Investitionsgüter produzierende Gewerbe im Zusammenhang mit dem Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe und die >>> Investitionsgüterindustrien (Index des Auftragseingangs in der Industrie) sind vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich im wesentlichen daraus, daß zum Investitionsgüter produzierenden Gewerbe Wirtschaftszweige nach der SYPRO, zu den Investitionsgüterindustrien dagegen Industriezweige nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht zusammengefaßt werden. Nur zu den Investitionsgüterindustrien rechnet im wesentlichen die Installation von Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und gesundheitstechnischen Anlagen. Zur Abgrenzung gegenüber dem Investitionsgüter produzierenden Gewerbe beim Index des Auftragsbestands im Verarbeitenden Gewerbe siehe unter 3.

3. Index des Auftragsbestands für das Verarbeitende Gewerbe

Datennachweis: 1977 bis 1984

Begriffsinhalt:

Hauptgruppe des >>> Verarbeitenden Gewerbes, welche die Wirtschaftsgruppen bzw. -zweige

Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	SYPRO-Nr.	31
Maschinenbau	"	32
Herstellung von Liefer- und Lastkraftwagen,		
Kommunalfahrzeugen, Omnibussen, Obussen	"	T.a. 3313
Schiffbau	"	34
Herstellung von starkstrom-, nachrichten- und		
informationstechnischen Erzeugnissen	"	T.a. 36
Feinmechanik, Optik	"	3711-3760

in der Abgrenzung nach der SYPRO, Ausgabe 1979, umfaßt.

Nachgewiesen wird der >>> Index des Auftragsbestands für das Investitionsgüter produzierende Gewerbe. Zum Investitionsgüter produzierenden Gewerbe rechnen auch Handwerksunternehmen, die in den genannten Wirtschaftsgruppen bzw. -zweigen tätig sind.

Begriffsbeziehungen:

Die Begriffe Investitionsgüter produzierendes Gewerbe und >>> ausgewählte Zweige der Investitionsgüterindustrien (Index des Auftragsbestands in der Industrie) sind vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich im wesentlichen daraus, daß zum Investitionsgüter produzierenden Gewerbe Wirtschaftszweige nach der SYPRO, zu den ausgewählten Zweigen der Investitionsgüterindustrien dagegen Industriezweige nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht zusammengefaßt werden. Nur zum Investitionsgüter produzierenden Gewerbe rechnet im wesentlichen die Herstellung von Rundfunk-, Fernseh- und phontechnischen Geräten und Einrichtungen; nur zu den ausgewählten Zweigen der Investitionsgüterindustrien rechnet im wesentlichen die Installation von Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und gesundheitstechnischen Anlagen. Ferner zählen zum Investitionsgüter produzierenden Gewerbe auch Handwerksunternehmen, die in dieser Wirtschaftshauptgruppe tätig sind; dagegen rechnen solche Unternehmen in der Regel nicht zur Industrie.

Das Investitionsgüter produzierende Gewerbe im Index des Auftragsbestands für das Verarbeitende Gewerbe einerseits und im Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe andererseits sind unterschiedlich abgegrenzt. Zum Investitionsgüter produzierenden Gewerbe beim Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe rechnen alle Wirtschaftszweige, die in der Statistik des Auftragsbestands im Verarbeitenden Gewerbe zusammengefaßt sind, darüber hinaus aber auch die Wirtschaftszweige Herstellung von Gesenk- und leichten Freiformschmiedestücken, schweren Preß-, Zieh- und Stanzteilen; Stahlverformung, a.n.g., Oberflächenveredlung, Härtung; ferner Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren, Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, Herstellung von Personenkraftwagen, Kleinomnibussen, Kombinationskraftwagen, Krafträdern, Karosserien, Aufbauten, Anhängern und Fahrrädern sowie Teile der Elektrotechnik.

Investitionszuschüsse

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Datennachweis: ab 1960

Begriffsinhalt:

Die Investitionszuschüsse bilden zusammen mit den >>> Sonstigen Vermögensübertragungen die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nachgewiesenen >>> Vermögensübertragungen.

Zu Einzelheiten siehe dort.

Jahresbauleistung

1. Jahresherhebung (Kostenstrukturerhebung) bei Unternehmen des Baugewerbes

Datennachweis: ab 1975; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

2. Jahresherhebung einschl. Investitionserhebung bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes (einschl. Fertigteilbau)

Datennachweis: ab 1976

Begriffsinhalt:

Wert aller vom Unternehmen im Geschäftsjahr erbrachten Bauleistungen, unabhängig von ihrer Abrechnung oder Anzahlung.

Einbezogen werden im Inland erbrachte Bauleistungen für fremde Rechnung, angefangene und noch nicht abgerechnete Bauleistungen für Dritte, Bauleistungen an Gebäuden, die noch keinen Käufer gefunden haben, sowie Bauleistungen für eigene Zwecke des Unternehmens (selbsterstellte Anlagen), und zwar unabhängig davon, ob sie abgerechnet oder angezahlt sind oder nicht. Ferner sind Reparaturen, Montage- und Lohnarbeiten für fremde Unternehmen sowie Nachunternehmerleistungen einbezogen.

Selbsterstellte Anlagen (soweit Bauleistungen) und angefangene, aber noch nicht abgerechnete Bauleistungen werden zu Herstellungskosten bewertet. Für abgerechnete Bauleistungen werden Preise abzüglich gewährter Preisnachlässe (Rabatte, Boni, Skonti u.a.) zugrunde gelegt. Die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ist nicht enthalten.

Jahresbauleistung, sonstiger Umsatz

Jahresherhebung einschl. Investitionserhebung bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes (einschl. Fertigteilbau)

Datennachweis: ab 1976

Begriffsinhalt:

Wert aller vom Unternehmen im Geschäftsjahr erbrachten Bauleistungen (Jahresbauleistung) sowie Umsatz aus sonstigen eigenen Erzeugnissen, aus industriellen/handwerklichen Dienstleistungen, aus Handelsware und aus sonstigen nichtindustriellen/nichthandwerklichen Tätigkeiten.

Einbezogen werden im Inland erbrachte Bauleistungen für fremde Rechnung, angefangene und noch nicht abgerechnete Bauleistungen für dritte, Bauleistungen an Gebäuden, die noch keinen Käufer gefunden haben, sowie Bauleistungen für eigene Zwecke des Unternehmens (selbsterstellte Anlagen), und zwar unabhängig davon, ob sie abgerechnet oder angezahlt sind oder nicht. Ferner sind Reparaturen, Montage- und Lohnarbeiten für fremde Unternehmen sowie Nachunternehmerleistungen einbezogen.

Selbsterstellte Anlagen (soweit Bauleistungen) und angefangene, aber noch nicht abgerechnete Bauleistungen werden zu Herstellungskosten bewertet. Für abgerechnete Bauleistungen werden Preise abzüglich gewährter Preisnachlässe (Rabatte, Boni, Skonti u.a.) zugrunde gelegt. Die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ist nicht enthalten.

Als Umsatz aus sonstigen eigenen Erzeugnissen gilt der Gesamtbetrag der abgerechneten Lieferungen von Erzeugnissen, die im Rahmen von anderen Produktionstätigkeiten des Unternehmens entstanden sind und nicht in der eigenen Bauleistung abgerechnet sind. Einbezogen werden auch Umsätze aus dem Verkauf von Waren, die in Lohnarbeit bei anderen Unternehmen hergestellt werden, sowie Erlöse für verkaufsfähige Produktionsrückstände und ähnliche Materialien (z.B. bei der Produktion anfallender Schrott und Material, das bei Abbrucharbeiten anfällt).

Zum Umsatz aus industriellen/handwerklichen Dienstleistungen rechnen z.B. Gerätereparaturen für Dritte.

Als Umsatz aus Handelsware gilt der Umsatz von fremden Erzeugnissen, die im allgemeinen unbearbeitet und ohne fertigungstechnische Verbindung mit eigenen Erzeugnissen weiterverkauft werden.

Zum Umsatz aus sonstigen nichtindustriellen/nichthandwerklichen Tätigkeiten zählen im wesentlichen:

- Umsätze aus der Vermietung und Verpachtung von Geräten, betrieblichen Anlagen und Einrichtungen (einschl. Leasing),

- Erlöse aus Wohnungsvermietung (von betrieblich und nichtbetrieblich genutzten Wohngebäuden), jedoch ohne Erlöse aus Grundstücksverpachtung,
- Honorare für Architekten- und Ingenieurleistungen sowie für Gutachtertätigkeit,
- Erlöse aus der Veräußerung von Patenten und der Vergabe von Lizenzen,
- Provisionseinnahmen,
- Erlöse aus Transportleistungen für Dritte (Lohnfahren),
- Erlöse aus Belegschaftseinrichtungen (z.B. Erlöse einer vom Unternehmen auf eigene Rechnung betriebenen Kantine).

Selbsterstellte Anlagen (nur Bauleistungen) und angefangene, aber noch nicht abgerechnete Bauleistungen werden zu Herstellungskosten bewertet.

Für abgerechnete Bauleistungen und sonstige Umsätze werden Preise abzüglich gewährter Preisnachlässe (Rabatte, Boni, Skonti u.a.) zugrunde gelegt. Die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ist nicht enthalten.

Begriffsbeziehungen:

Jahresbauleistung und sonstiger Umsatz entsprechen dem früher ermittelten >>> wirtschaftlichen Umsatz (Unternehmens- und Investitionserhebung im Bauhauptgewerbe, 1962 bis 1975).

Jugendhilfe

Sozialbudget der Bundesrepublik Deutschland

Datennachweis: ab 1965

Begriffsinhalt:

Behördliche Maßnahmen zur Förderung der Jugendwohlfahrt.

Die öffentliche Jugendhilfe umfaßt alle behördlichen Maßnahmen und sonstige Leistungen zur Förderung der Jugendwohlfahrt, das sind Jugendpflege und Jugendfürsorge.

Hierbei handelt es sich im wesentlichen um die Leistungen für Kindertagesstätten, Erholungspflege, Freizeit-hilfen, Schutz der Pflegekinder in Familien- und Heimpflege, Freiwillige Erziehungshilfe, Fürsorgeerziehung und übrige Ausgaben.

Nicht enthalten sind die Leistungen der Träger der freien Jugendhilfe.

Die Leistungen werden von den Jugendämtern, den Landesjugendämtern und den obersten Landesbehörden gewährt; enthalten sind auch die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschußgesetz sowie Leistungen nach dem Bundesjugendplan; die Ausgaben umfassen auch die Förderung der Arbeit der Träger der freien Jugendhilfe, denen ebenfalls Zuschüsse gewährt werden.

Die Finanzierung obliegt im wesentlichen den kommunalen Gebietskörperschaften, zum Teil aber auch dem Bund und den Ländern. Ein geringer Teil der Finanzierung wird durch Kostenbeiträge der Minderjährigen, ihrer Eltern oder sonstigen Unterhaltspflichtigen sowie durch Teilnehmerbeiträge oder Gebühren aufgebracht.

Jugendwohnheime, Schülerheime, Wohnheime für Auszubildende

Statistik der Jugendhilfe

Datennachweis: ab 1967

Begriffsinhalt:

Unter Aufsicht des Landesjugendamtes stehende Jugendwohnheime, Schülerheime und Wohnheime für >>> Auszubildende.

Jugendwohnheime sind unter Aufsicht des Landesjugendamtes stehende Einrichtungen zur Unterbringung von Jugendlichen bis zum vollendeten 25. Lebensjahr, die sich in einer Ausbildung oder einem Arbeitsverhältnis befinden, am Ausbildungs- bzw. Beschäftigungsort; hierzu gehören auch Einrichtungen, in denen beruflfördernde Maßnahmen in geschlossener Form (wie Grundausbildungslehrgänge u.dgl.) durchgeführt werden.

Schülerheime sind unter Aufsicht des Landesjugendamtes stehende Einrichtungen, in denen Minderjährige, die eine Schule besuchen, während der Dauer ihres Schulbesuchs ganztägig aufgenommen und betreut werden. Unter Landesaufsicht stehende Schülerheime sind in den statistischen Nachweis nicht mit einbezogen.

Wohnheime für Auszubildende sind unter Aufsicht des Landesjugendamtes stehende Einrichtungen, in denen schulentlassene Minderjährige für die Dauer ihrer Ausbildung ganztägig aufgenommen und betreut werden.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1981 wurden Jugendwohnheime, Schülerheime, Wohnheime für Auszubildende unter den Begriffen "Jugendwohnheime" und "Schülerwohnheime" getrennt nachgewiesen.

Jugendtagungsstätten, Jugendbildungsstätten

Statistik der Jugendhilfe

Datennachweis: ab 1967

Begriffsinhalt:

Einrichtungen, die ganz oder überwiegend Veranstaltungen der außerschulischen Jugendbildung einschl. der Mitarbeiterschulung dienen.

Jugendtagungsstätten sind regionale oder überregionale Einrichtungen ohne hauptamtliches pädagogisches Personal. Es stehen Tagungs-, Übernachtungs-, Verpflegungs- und Freizeitmöglichkeiten zur Verfügung in denen regelmäßige Bildungsveranstaltungen durchgeführt werden.

Jugendbildungsstätten verfügen über eigenes pädagogisches Personal, das eigene Maßnahmen anbietet. Insbesondere zählen zu den Jugendbildungsstätten Einrichtungen zur politischen, berufsbezogenen und kulturellen Bildung, zur Landjugend- und Mädchenbildung sowie zur internationalen und gesamtdeutschen Begegnung. Nicht zu den Jugendtagungs- und Jugendbildungsstätten gehören Einrichtungen der Erwachsenenbildung.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis 1981 wurden Jugendtagungs- und Jugendbildungsstätten gemeinsam unter dem Begriff "Jugendbildungsstätten" nachgewiesen, 1982 getrennt und seit 1986 wieder in einer Summe.

Jungpflanzen

Gemüseanbauerhebung

Datennachweis: ab 1960

Begriffsinhalt:

Als Jungpflanzen im Sinne der Zierpflanzenerhebung gelten Sämlinge oder Stecklinge, die noch keinen Wurzelballen entwickelt haben und zur Weiterkultur an andere Erzeugerbetriebe verkauft werden.

Kaffeesteuer

Finanzberichte des Bundesministeriums der Finanzen

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

Dem Bund zustehende, von der Zollverwaltung verwaltete Verbrauchsteuer, die auf Rohkaffee, Röstkaffee, Kaffeeauszüge und -essenzen sowie bei bestimmten kaffeehaltigen Waren auf den in ihnen enthaltenen Kaffeeanteil erhoben wird.

Die Kaffeesteuer wird auf Kaffee - im Sinne der vorbezeichneten Kaffeearten - erhoben, der in den Geltungsbereich des Kaffeesteuergesetzes (Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) bzw. seit 3.10.1990 Deutschland mit Ausnahme der Zollausschlüsse und Zollfreigebiete) eingeführt wird. Da Rohkaffee stets eingeführt werden muß, ist die Kaffeesteuer als reine Einfuhrsteuer ausgestaltet worden. Somit sind die im Erhebungsgebiet gelegenen Betriebe der Kaffeeröster und Extrakthersteller, die den bereits versteuerten Kaffee verarbeiten, nicht als verbrauchsteuerrechtliche "Herstellungsbetriebe" der Steueraufsicht unterworfen. Für die Einfuhr von Kaffee gelten grundsätzlich die Vorschriften für >>> Zölle sinngemäß. Steuerschuldner ist jeweils der Zollbeteiligte.

Die wesentlichen Steuersätze sind:

- 3,60 DM/kg für nicht entkoffeinierten Rohkaffee
- 4,30 DM/kg für nicht entkoffeinierten Röstkaffee
- 9,35 DM/kg für feste Auszüge aus nicht entkoffeiniertem Kaffee

Für Kaffee, der von Händlern unverändert aus dem Erhebungsgebiet wieder ausgeführt worden ist, sowie für Abfälle nicht gerösteten Kaffees wird die Steuer auf Antrag unter bestimmten Voraussetzungen erstattet oder vergütet.

Herstellern von kaffeehaltigen Waren wird die Steuer für die zur Herstellung verwendete Kaffeemenge auf Antrag unter bestimmten Voraussetzungen erstattet oder vergütet, wenn die Waren nachweislich aus dem Erhebungsgebiet ausgeführt worden sind.

Änderungen im Zeitablauf:

Die Steuersätze sind im Zeitablauf mehrfach geändert worden, wobei jeweils Unterschiede in der Höhe des Steuersatzes für nicht gerösteten Kaffee, gerösteten Kaffee bzw. entkoffeinierten oder nicht entkoffeinierten Kaffee und die entsprechenden Essenzen oder Anteile in kaffeehaltigen Waren bestehen.

Kapitalertragsteuer

1. Statistik über den Steuerhaushalt

Datennachweis: ab 1972

2. Finanzberichte des Bundesministeriums der Finanzen

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

Besondere Erhebungsform der Einkommensteuer, die auf bestimmte inländische Kapitalerträge erhoben wird.

Zu diesen Kapitalerträgen gehören insbesondere

- Ausschüttungen von Kapitalgesellschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften
- Zinsen aus Wandelanleihen und Gewinnobligationen
- Einnahmen aus einem Handelsgewerbe als stiller Gesellschafter
- Zinsen aus bestimmten, vor dem 1.1.1955 ausgegebenen festverzinslichen Wertpapieren.

Zu Einzelheiten siehe §§ 43 ff. Einkommensteuergesetz (EStG) 1987 i.d.F. v. 27.2.1987 (BGBl. I S. 657).

Die Kapitalertragssteuer beträgt i.d.R. 25 v.H. der Kapitalerträge, wenn der Gläubiger die Kapitalertragssteuer trägt, andernfalls gelten höhere Steuersätze. Der Abzug von 25 v.H. stellt eine einkommensteuerliche Vorauszahlung dar, die auf die gesamte Einkommensteuerschuld des Jahres, in dem die Kapitalertragssteuer entrichtet wird, angerechnet wird. Unter bestimmten, im Einkommensteuergesetz näher erläuterten Voraussetzungen wird von der Erhebung der Kapitalertragssteuer Abstand genommen.

Als nicht veranlagte Steuern vom Ertrag sind im Aufkommen der Kapitalertragssteuer ferner Abzugsteuern bei beschränkt Steuerpflichtigen enthalten, wozu die von beschränkt steuerpflichtigen Aufsichtsratsmitgliedern erhobene Aufsichtsratssteuer (30 v.H.) sowie sonstige Abzugsteuern bei beschränkter Steuerpflicht (z.B. aufgrund einer Tätigkeit als Künstler, Berufssportler, Schriftsteller, Journalist u. dgl.) in Höhe von 25 v.H. bzw. von 15 v.H., falls die Tätigkeit als Künstler, Schriftsteller, Journalist usw. im Inland ausgeübt wird. Näheres hierzu s. § 50a Abs. 4 Einkommensteuergesetz.

Die Kapitalertragsteuer (Aufsichtsratssteuer usw.) entsteht in dem Zeitpunkt, in dem die Kapitalerträge (Vergütungen) dem Gläubiger zufließen; zu diesem Zeitpunkt ist der Steuerabzug vorzunehmen. Die innerhalb eines Kalendermonats (Kalendervierteljahres) einbehaltene Steuer ist jeweils bis zum 10. des dem Kalendermonat (Kalendervierteljahr) folgenden Monats an das Finanzamt abzuführen.

Die Kapitalertragsteuer ist eine >>> Gemeinschaftsteuer; sie steht Bund und Ländern je zur Hälfte zu.

Änderungen im Zeitablauf:

Ab 28.6.1965 wurde die Kapitalertragsteuer auf Zinsen aus festverzinslichen Wertpapieren, die Gebietsfremden zufließen (Kuponsteuer), eingeführt.

Mit Wirkung vom 1.8.1984 wurde die Kuponsteuer wieder aufgehoben. Die Aufhebung erstreckte sich sowohl auf Neuemissionen als auch auf den sog. Altbestand.

Vom 1.1. bis 30.6.1989 wurde eine "kleine" Kapitalertragsteuer (sog. Quellensteuer) von 10 v.H. aus Zinsen aus festverzinslichen Wertpapieren erhoben.

Kapitalgesellschaften

Statistik der Kapitalgesellschaften

Datennachweis: ab 1951

Begriffsinhalt:

Unternehmen, die in der Rechtsform der Aktiengesellschaft, der Kommanditgesellschaft auf Aktien oder der Gesellschaft mit beschränkter Haftung geführt werden.

Als Unternehmen gilt die kleinste rechtlich selbständige Einheit, die eigene Bücher zu führen und gesonderte Abschlüsse aufzustellen hat. Dazu zählen auch rechtlich selbständige Unternehmen, die mittelbar oder unmittelbar von einem anderen Unternehmen abhängig sind (Tochtergesellschaften), auch wenn solche Tochtergesellschaften zusammen mit dem sie beherrschenden Unternehmen einheitlich geleitet werden (Konzerngesellschaften).

Zu den Kapitalgesellschaften zählen auch:

- Niederlassungen ausländischer Unternehmen im Bundesgebiet, sofern sie als rechtlich selbständige Tochtergesellschaften in der Rechtsform der AG, KGaA oder GmbH geführt werden,
- Gesellschaften ohne eigene Beschäftigte (ruhende Gesellschaften, Mantelgesellschaften), sofern sie im Handelsregister eingetragen und nicht aufgelöst sind.

Die Kapitalgesellschaften werden anhand ihrer Eintragungen in den Handelsregistern erfaßt. Vor der Eintragung in das Handelsregister besteht eine Kapitalgesellschaft als solche nicht. Einbezogen werden nur eingetragene Gesellschaften, die nicht aufgelöst sind. Eine Gesellschaft wird u.a. aufgelöst durch Beschluß der Hauptversammlung oder der Gesellschafter (Eröffnung der Abwicklung) oder durch Eröffnung eines Konkursverfahrens.

Nicht als Kapitalgesellschaften erfaßt werden:

- Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit
- Bergrechtliche Gewerkschaften
- Gesellschaften, deren Nennkapital nicht auf einen Betrag in Deutscher Mark lautet.

In der Statistik der Kapitalgesellschaften werden die Jahresendbestände der in den Handelsregistern eingetragenen und nicht aufgelösten Gesellschaften sowie die im Jahresverlauf registrierten Zu- und Abgänge an diesen Gesellschaften nachgewiesen.

Begriffsbeziehungen:

Kapitalgesellschaften und >>> Unternehmen in der Rechtsform der Aktiengesellschaft, der Kommanditgesellschaft auf Aktien und der Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Arbeitsstättenzählung) sind ähnlich abgegrenzt:

Nur zu den Kapitalgesellschaften rechnen Gesellschaften, die zwar im Handelsregister eingetragen und nicht aufgelöst sind, aber keine eigenen Beschäftigten haben (ruhende oder Mantelgesellschaften).

Nur zu den Unternehmen zählen Gesellschaften in den o.g. Rechtsformen, die noch nicht im Handelsregister eingetragen sind, aber schon eigene Beschäftigte haben, sowie Gesellschaften, die schon aufgelöst sind, aber noch über eigene Beschäftigte verfügen.

Kassenmäßige Steuereinnahmen

1. Statistik über den Steuerhaushalt

Datennachweis: ab 1972

2. Finanzberichte des Bundesministeriums der Finanzen

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

Kassenmäßige Steuereinnahmen sind die innerhalb eines bestimmten Zeitraums in die Kassen der Gebietskörperschaften fließenden Beträge, gleichgültig für welches Jahr sie geleistet wurden oder wann die Steuerschuld entstanden ist.

Ohne Rücksicht auf periodengerechte Erfassung sind im Istaufkommen eines bestimmten Berichtszeitraums also Vorauszahlungen, Abschlußzahlungen und Nachzahlungen, Säumniszuschläge usw. enthalten, und zwar ggf. um Erstattungen gemindert.

Käufe abzüglich Verkäufe von gebrauchten Ausrüstungen

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Datennachweis: ab 1960

Begriffsinhalt:

Bei der Darstellung der Ausrüstungsinvestitionen nach investierenden Sektoren nachgewiesene Position, die zusammen mit den Käufen neuer Ausrüstungen die >>> Ausrüstungsinvestitionen eines Sektors bildet.

Im gesamtwirtschaftlichen Nachweis saldieren sich die Käufe und Verkäufe von gebrauchten Ausrüstungen weitgehend, mit Ausnahme der Verkäufe von Anlageschrott, der Verkäufe von gebrauchten Ausrüstungen an private Haushalte (z.B. Kfz.) und an die übrige Welt (Kfz., Flugzeuge, Schiffe u.a.).

Käufe abzüglich Verkäufe von Land

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Datennachweis: ab 1960

Begriffsinhalt:

Bei der Darstellung der Bauinvestitionen nach investierenden Sektoren nachgewiesene Position, die zusammen mit den neuen Bauten die >>> Bauinvestitionen eines Sektors bildet.

Im gesamtwirtschaftlichen Nachweis saldieren sich die Käufe und Verkäufe von Land, da entsprechende Transaktionen mit Sektoren, die nach den Definitionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen keine Bauinvestitionen haben (private Haushalte, übrige Welt) nicht vorkommen.

Käufe der inländischen privaten Haushalte

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Datennachweis: ab 1960

Begriffsinhalt:

Käufe der inländischen >>> privaten Haushalte für den >>> Privaten Verbrauch, wobei es ohne Bedeutung ist, ob die Käufe im Inland oder in der übrigen Welt (z.B. als Reiseausgaben) erfolgen. (>>> Volkswirtschaft, >>> Käufe der privaten Haushalte im Inland).

Begriffsbeziehungen:

- Käufe der inländischen privaten Haushalte
- + Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck
- = Privater Verbrauch (Inländerkonzept)
- Privater Verbrauch von Inländern in der übrigen Welt
- + Privater Verbrauch von Gebietsfremden im Inland
- = Privater Verbrauch (Inlandskonzept)

Käufe der privaten Haushalte im Inland

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Datennachweis: ab 1960

Begriffsinhalt:

Im Inland getätigte Käufe für den >>> Privaten Verbrauch von gebietsansässigen (inländischen) >>> privaten Haushalten sowie von gebietsfremden privaten Haushalten (z.B. als Reiseausgaben). (>>> Volkswirtschaft, >>> Käufe der inländischen privaten Haushalte).

Begriffsbeziehungen:

- Käufe der privaten Haushalte im Inland
- + Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck
- = Privater Verbrauch (Inlandskonzept)
- + Privater Verbrauch von Inländern in der übrigen Welt
- Privater Verbrauch von Gebietsfremden im Inland
- = Privater Verbrauch (Inländerkonzept)

Kaufmännische und technische Angestellte

1. Handwerkszählung 1977**Begriffsinhalt:**

Zu den kaufmännischen und technischen Angestellten zählen alle Personen, die überwiegend eine kaufmännische oder technische Tätigkeit ausüben.

Für die Abgrenzung der kaufmännischen und technischen Angestellten von den >>> Gesellen und sonstigen Facharbeitern ist im allgemeinen die Versicherungspflicht in der Rentenversicherung der Angestellten maßgebend.

Im Baugewerbe zählen Poliere, Schachtmeister und Meister jedoch in jedem Fall zu den Gesellen und sonstigen Facharbeitern.

Zu den kaufmännischen und technischen Angestellten zählen auch Gewerbegehilfinnen, nicht aber die >>> Betriebsleiter im Angestelltenverhältnis.

Begriffsbeziehungen

Siehe unter 2.

2.1 Monatlicher Baubericht

Datennachweis: 1950 bis 1977

2.2 Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau)

Datennachweis: ab 1977; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991/92

Begriffsinhalt:

Zu den kaufmännischen und technischen Angestellten rechnen alle Gehaltsempfänger, die überwiegend eine kaufmännische oder technische Tätigkeit ausüben.

Für die Zuordnung von Personen zu den Angestellten ist die Art der ausgeübten Tätigkeit und nicht die Beitragspflicht oder Mitgliedschaft in der Angestelltenrentenversicherung maßgebend. Z.B. rechnen die angestelltenversicherungspflichtigen Poliere, Schachtmeister und Meister nicht zu den Angestellten, sondern zu den Arbeitern, speziell zu den >>> Facharbeitern.

Zu den Angestellten zählen auch Gesellschafter, Vorstandsmitglieder und andere leitende Kräfte, soweit sie vom befragten Betrieb Bezüge erhalten, die steuerlich als Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit gelten.

Begriffsbeziehungen:

Während in der Handwerkszählung 1977 für die Zuordnung zu den kaufmännischen und technischen Angestellten im allgemeinen die Versicherungspflicht in der Angestelltenrentenversicherung maßgebend ist und leitende Angestellte nicht hinzuzurechnen sind, ist in den Baugewerbestatistiken die Art der ausgeübten Tätigkeit für die Zuordnung von Personen zu den Angestellten maßgebend.

Für die Zuordnung zu den >>> Angestellten (Mikrozensus) spielt ebenfalls nicht die Versicherungspflicht in einem Zweig der Rentenversicherung, sondern nur die Art der ausgeübten Tätigkeit eine Rolle; für die Zuordnung zu den Angestellten (Arbeitsstättenzählung 1987) dagegen ist wiederum die Versicherungspflicht in der Angestelltenrentenversicherung entscheidend. Leitende Angestellte u.ä. zählen in allen genannten Statistiken zu den Angestellten.

Unterschiede in den Zahlen über Angestellte zwischen der Volks- und Berufszählung und dem Mikrozensus einerseits sowie den Bereichsstatistiken und der Arbeitsstättenzählung andererseits ergeben sich auch daraus, daß z.B. Angestellte in mehreren Betrieben, Unternehmen oder Arbeitsstätten beschäftigt und daher in den Bereichsstatistiken und der Arbeitsstättenzählung mehrfach erfaßt und nachgewiesen werden können. In der Volks- und Berufszählung und im Mikrozensus wird jeder Angestellte nur einmal erfaßt, da die einzelne Person und nicht der Betrieb, das Unternehmen oder die Arbeitsstätte Erhebungseinheit ist. Außerdem können die befragten Personen häufig nur ungenauere Angaben über den Wirtschaftszweig machen als die Betriebe, Unternehmen oder Arbeitsstätten.

Kaufmännische und technische Auszubildende

1.1 Handwerkszählung 1977

1.2 Monatlicher Baubericht

Datennachweis: 1950 bis 1977

1.3 Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau)

Datennachweis: ab 1977; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991/92

Begriffsinhalt:

Personen, die aufgrund eines Ausbildungsvertrages nach dem Berufsbildungsgesetz in anerkannten kaufmännischen oder technischen Ausbildungsberufen ausgebildet werden. Zu Einzelheiten siehe Berufsbildungsgesetz v. 14.8.1969 (BGBl. I S. 1112) und Änderungsgesetze.

Als kaufmännische und technische Ausbildungsberufe gelten solche, die normalerweise in einen Angestelltenberuf einmünden.

Einbezogen werden auch Praktikanten, Volontäre sowie Umschüler mit entsprechenden Tätigkeiten.

Begriffsbeziehungen:

Siehe unter 2.

2. Mikrozensus

Datennachweis: ab 1972

Begriffsinhalt:

Wie unter 1, jedoch einschl. der Verwaltungsauszubildenden.

Nicht zu den kaufmännischen und technischen Auszubildenden zählen Personen, deren berufliche Ausbildung ausschließlich an Schulen der beruflichen Ausbildung (z.B. Lehre ersetzende Berufsfachschulen oder Schulen

des Gesundheitswesens) erfolgt sowie Personen im öffentlichen Dienst, die im technischen oder nichttechnischen Vorbereitungsdienst den Beamtenstatus anstreben.

Begriffsbeziehungen:

Die Begriffe kaufmännische und technische Auszubildende (Mikrozensus) und >>> kaufmännische, technische und Verwaltungsauszubildende (Volks- und Berufszählung 1987) beschreiben den gleichen Personenkreis.

Im Unterschied zu den kaufmännischen und technischen Auszubildenden handelt es sich bei den >>> gewerblich Auszubildenden (Monatlicher Baubericht, Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau), Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen, Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen, Volks- und Berufszählung 1987, Mikrozensus, Handwerkszählung 1977) um Personen, die in anerkannten gewerblichen Ausbildungsberufen ausgebildet werden. Die Ausbildung dieser Personen mündet normalerweise in einen Arbeiterberuf ein.

In den Zahlen der >>> Auszubildenden (Statistik der beruflichen Bildung) und der >>> Nachwuchskräfte (Arbeitsstättenzählung 1987) sind im Unterschied zu den kaufmännischen und technischen Auszubildenden alle Auszubildenden enthalten, deren Ausbildung normalerweise in einen Arbeiter- oder Angestelltenberuf einmündet. Zu beachten ist ferner, daß die Auszubildenden im Unterschied zu allen übrigen Begriffen nicht die Praktikanten, Volontäre und Umschüler mit entsprechenden Tätigkeiten umfassen.

Unterschiede in den Zahlen über Auszubildende zwischen der Volks- und Berufszählung und dem Mikrozensus einerseits sowie den Bereichsstatistiken und der Arbeitsstättenzählung andererseits ergeben sich auch daraus, daß z.B. Praktikanten in mehreren Betrieben, Unternehmen oder Arbeitsstätten beschäftigt und daher in den Bereichsstatistiken und der Arbeitsstättenzählung mehrfach erfaßt und nachgewiesen werden können. In der Volks- und Berufszählung und im Mikrozensus wird jeder Auszubildende nur einmal erfaßt, da die einzelne Person bzw. der Haushalt und nicht der Betrieb, das Unternehmen oder die Arbeitsstätte Erhebungseinheit ist. Außerdem können die befragten Personen häufig nur ungenauere Angaben über den Wirtschaftszweig machen als die befragten Betriebe, Unternehmen oder Arbeitsstätten.

Kaufwerte für Bauland

Statistik der Kaufwerte für Bauland

Datennachweis: ab 1962; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 3/1991

Begriffsinhalt:

Flächengewogene Durchschnittswerte, die bei Veräußerungen von unbebautem Bauland erzielt werden.

Als Bauland gelten Grundstücke, die für die Bebauung vorgesehen sind - gleichgültig, ob sie erschlossen sind oder nicht. Im einzelnen rechnen zum Bauland >>> baureifes Land, >>> Rohbauland und sonstiges Bauland, d.h. >>> Industrieland, >>> Land für Verkehrszwecke und >>> Freiflächen.

Die Kaufwerte für Bauland schließen ggf. Beträge für Grundstückerschließung, Aufwuchs u.dgl. ein, nicht aber die Grunderwerbsnebenkosten (Vermessungskosten, Makler-, Notariats- und Gerichtsgebühren, Grunderwerbsteuer u.a.).

Die ausgewiesenen Durchschnittswerte sind für einen zeitlichen Vergleich nur bedingt verwendbar, weil die statistischen Massen, aus denen sie ermittelt werden, sich in jeder Periode aus andersgearteten Einzelfällen zusammensetzen. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, daß sich die Verkäufe in späteren Zeiträumen in stärkerem Maße auf weniger begehrte Grundstücke beziehen als die Verkäufe in früheren Zeiträumen.

Kinder

Sozialbudget der Bundesrepublik Deutschland

Datennachweis: ab 1965

Begriffsinhalt:

Leistungen (auch Zuschläge), die wegen des Unterhalts von Kindern gezahlt werden (einschließlich Waisenrenten).

Zu den Leistungen für Kinder zählen im wesentlichen das >>> Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz für jeweils zehn Monate ein Erziehungsgeld, das vom siebten Monat an gemindert wird, wenn bestimmte Einkommensgrenzen überschritten werden, >>> Familienzuschläge, die im öffentlichen Dienst in Form eines er-

höhten Ortszuschlags für Kinder gezahlt werden, sowie Maßnahmen und Dienste im Rahmen der >>> Jugendhilfe, Waisenrenten und >>> Steuerermäßigungen.

Neben den o.g. Einkommensleistungen zählen auch Sachleistungen, insbesondere für die >>> Hilfe zur Pflege sowie Leistungen der Beratung und Betreuung zu den Leistungen für Kinder.

Im Sozialbudget rechnen die Leistungen für Kinder mit den Leistungen für Ehegatten und den Leistungen bei >>> Mutterschaft zu den Leistungen im Rahmen der Funktion "Ehe und Familie".

Im Sozialbudget werden nur solche Leistungen als Familienleistungen bezeichnet, die unmittelbar und allein der Förderung und Unterstützung von Familien dienen. Dazu gehören auch entsprechende Leistungen mit sozialer Wirkung aus dem eigenständigen Sicherungssystem des Beamtenrechts und des Tarifvertragsrechts des öffentlichen Dienstes, die ihrer Rechtsqualität nach keine Sozialleistungen sind.

Nicht im Sozialbudget enthalten sind Familienleistungen nach Programmen und Gesetzen der Bundesländer (z.B. Familienferienprogramme) und bestimmte Leistungen karitativer Organisationen, die statistisch nicht bekannt sind, sowie von Wirtschaftsunternehmen (z.B. Bundesbahn).

Über die im Sozialbudget als Leistungen für Ehe und Familie ausgewiesenen Leistungen hinaus sind auch Leistungen der >>> Krankenversicherung für mitversicherte Familienangehörige, Leistungen der >>> Ausbildungsförderung, >>> Witwenrenten, Leistungen aufgrund von Kindererziehungszeiten aber auch Leistungen beim >>> Wohngeld, für das >>> Wohnen und Leistungen der >>> Sparförderung als Familienleistungen anzusehen.

Änderungen im Zeitablauf:

Erziehungsgeld wird erst seit 1986 gewährt. Vom 1. Juli 1979 bis einschl. 1985 bestand stattdessen ein Anspruch auf Mutterschaftsgeld nur für Frauen, die vor der Geburt eines Kindes in einem Arbeitsverhältnis standen. Ab 1986 besteht für alle Frauen ein Anspruch auf Erziehungsgeld. Das Mutterschaftsgeld wurde unter Mutterschaft nachgewiesen; zu Einzelheiten siehe dort.

Kindergärten

Statistik der Jugendhilfe

Datennachweis: ab 1967

Begriffsinhalt:

Einrichtungen, in denen Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren ganztägig oder für einen Teil des Tages aufgenommen sowie pflegerisch und erzieherisch regelmäßig betreut werden.

Ein Kindergarten in einem Kinderheim zählt nur dann als eine selbständige Einrichtung im Sinne der Mehrzweckeinrichtungen, wenn im Kindergarten andere Kinder betreut werden als im Kinderheim.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1953 ohne Saarland und Berlin (West), von 1954 bis 1959 ohne Saarland. Seit 1963 werden (mit Ausnahme von 1974) die Kindergärten und die in ihnen verfügbaren Plätze in der Gliederung nach Trägern der öffentlichen Hand, Träger der freien Jugendhilfe und privaten gewerblichen Trägern nachgewiesen.

Begriffsbeziehungen:

Einrichtungen zur pflegerischen und erzieherischen Betreuung von Kindern im Alter bis zu 3 Jahren sind >>> Krippen. Einrichtungen zur pflegerischen und erzieherischen Betreuung von Kindern im schulpflichtigen Alter sind >>> Horte.

Kindergeld

Sozialbudget der Bundesrepublik Deutschland

Datennachweis: ab 1965

Begriffsinhalt:

Leistungen für Kinder im Rahmen des Familienlastenausgleichs nach dem Bundeskindergeldgesetz.

Das Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz soll Lasten, die den Familien mit Kindern entstehen, mindern (Familienlastenausgleich). Das Kindergeld wird aus Bundesmitteln finanziert. Die Zahlungen werden von

der Bundesanstalt für Arbeit in ihrer Eigenschaft als Kindergeldkasse über die zuständigen Arbeitsämter geleistet. Angehörige des öffentlichen Dienstes erhalten Kindergeld von ihren Arbeitgebern oder Dienstherren. Das Kindergeld wird in unterschiedlicher Höhe für das erste, für das zweite, für das dritte und für jedes weitere Kind gezahlt.

Als >>> Kinder im Sinne des Bundeskindergeldgesetzes gelten eheliche und nichteheliche Kinder, für ehelich erklärte Kinder, an Kindes Statt angenommene Kinder, Stiefkinder, die der Berechtigte in seinem Haushalt aufgenommen hat sowie Pflegekinder (Personen, mit denen der Berechtigte durch ein familienähnliches, auf längere Dauer berechnetes Band verbunden ist, sofern er sie in seinem Haushalt aufgenommen hat) und Enkel und Geschwister, die der Berechtigte in seinem Haushalt aufgenommen hat oder überwiegend unterhält sowie alleinstehende Kinder.

Berücksichtigt werden Kinder bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres und Kinder, die sich noch in Ausbildung befinden bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres, wenn sie nicht eine Ausbildungsvergütung in einer bestimmten Höhe vom Träger der Ausbildung erhalten (z.B. Referendare, Inspektorenanwärter, Medizinalassistenten, Praktikanten für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes und für medizinische Berufe). Kindergeld über das 27. Lebensjahr hinaus erhalten Kinder, wenn sie wegen körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung außerstande sind, sich selbst zu unterhalten, ferner Kinder, die eine Berufsausbildung mangels eines Ausbildungs- oder Studienplatzes nicht beginnen oder fortsetzen können oder nicht erwerbstätig sind und weder Arbeitslosengeld oder -hilfe beziehen und der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen.

Einbezogen werden dabei alle Kinder, die in der Bundesrepublik Deutschland leben, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um die Kinder von Deutschen oder Ausländern handelt. Darüber hinaus erhalten Angehörige der Europäischen Gemeinschaften Kindergeld auch für Kinder, die in einem der EG-Staaten leben.

Nicht berücksichtigt werden Kinder, die im Ausland außerhalb der EG leben, und zwar unabhängig davon, ob es sich um Kinder von Deutschen oder Ausländern handelt. Mit einigen Ländern (u.a. Jugoslawien, Portugal, Spanien und Türkei) bestehen seit 1974 Kindergeldabkommen.

Kein Kindergeld wird für die Kinder geleistet, für die Kinderzulage aus der >>> Unfallversicherung, Kinderzuschuß aus der >>> Rentenversicherung oder eine vergleichbare Leistung von einer zwischen- oder überstaatlichen Einrichtung gewährt wird.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis zum Inkrafttreten der Neufassung des Bundeskindergeldgesetzes am 1. Januar 1975 wurde an Eltern mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthaltsort im Bundesgebiet ein Kindergeld ab dem zweiten Kind gezahlt. Das Kindergeld wurde für das zweite, für das dritte, für das vierte und für das fünfte und jedes weitere Kind in unterschiedlicher Höhe gezahlt. Während das Kindergeld für jedes dritte und weitere Kind unabhängig vom Einkommen der Eltern gewährt wurde, bestand für das zweite Kind, wenn keine weiteren Kinder vorhanden waren, nur dann ein Anspruch, wenn das Jahreseinkommen der Eltern einen bestimmten Betrag nicht überstieg. Diese Einkommensgrenze wurde mehrfach an die sich ändernden wirtschaftlichen Verhältnisse angepaßt.

Kindergeld wurde nicht gewährt, wenn Kinderzulagen aus der gesetzlichen Unfallversicherung, Kinderzuschüsse aus der gesetzlichen Rentenversicherung oder Kinderzuschläge aus einem Beschäftigtenverhältnis bei einem öffentlichen Arbeitgeber geleistet wurden.

Angehörige des öffentlichen Dienstes erhielten statt des Kindergeldes einen Kinderzuschlag in Höhe von 50 DM für jedes Kind nach den besoldungs- und tarifrechtlichen Vorschriften des öffentlichen Dienstes.

Das ab 1. Januar 1975 für alle Kinder gezahlte Kindergeld ersetzte die Kinderfreibeträge bei der Lohn- und Einkommensteuer, den Kinderzuschlag im öffentlichen Dienst und die bis dahin geltenden Regelungen für die Zahlung des Kindergeldes.

Das Bundeskindergeldgesetz ist seit seiner Neufassung im Jahre 1975 mehrfach geändert worden. So wurde das Kindergeld ab dem zweiten Kind wiederholt erhöht.

Bis Juni 1976 wurde Kindergeld für volljährige in Ausbildung stehende Kinder auch dann gezahlt, wenn sie vom Träger der Ausbildung eine Ausbildungsvergütung erhalten haben (z.B. Referendare, Inspektorenanwärter, Medizinalassistenten, Praktikanten für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes und für medizinische Berufe).

Bis August 1976 wurden Kinder, die das 18., aber noch nicht das 27. Lebensjahr vollendet haben, nicht berücksichtigt, wenn sie eine Berufsausbildung mangels Ausbildungsplatzes nicht beginnen oder fortsetzen konnten oder nicht erwerbstätig waren und weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe bezogen haben und der Arbeitsvermittlung zur Verfügung gestanden haben.

Für das zweite Kind wurde ab 1.1.1978 ein Kindergeld von monatlich 80 DM gezahlt, für das dritte und jedes weitere Kind zunächst 150 DM, ab 1.1.1979 200 DM. Ab 1.1.1979 wurde auch für das zweite Kind das Kin-

dergeld auf 100 DM angehoben. Ab 1.2.1981 wurde das Kindergeld für das zweite Kind nochmals auf 120 DM erhöht und für das dritte und jedes weitere Kind nunmehr ein Betrag von 240 DM monatlich gezahlt.

Vom 1.1. bis 31.12.1982 wurde Kindergeld für das zweite Kind auf 100 DM und für das dritte Kind auf 200 DM monatlich festgesetzt; für das vierte und jedes weitere Kind blieb es bei 240 DM.

Zum 1.1.1983 änderte sich der Kindergeldbetrag erneut. Die Höhe des Kindergeldes für das zweite und jedes weitere Kind ist nunmehr einkommensabhängig; doch sind hiervon nur Familien mit höherem Einkommen betroffen. Für diese wurden die Kindergeldsätze für das zweite Kind von 100 DM auf 70 DM und für das dritte und jedes weitere Kind von 220 bzw. 240 DM bis auf 140 DM gemindert. Seit 1983 gilt ein allgemeiner jährlicher Steuerfreibetrag von 432 DM je Kind.

Im Zusammenhang der Steuerreform 1986/88 erhöhten sich ab 1986 die Freibeträge; daher wird Berechtigten, die wegen niedriger Einkommen den steuerlichen Kinderfreibetrag nicht oder nicht voll nutzen können, als Ausgleich hierfür ab 1986 ein Zuschlag zum Kindergeld gewährt, und zwar bis 46 DM je Kind.

Bis einschl. 1985 wurde Kindergeld an alleinstehende Kinder nicht gezahlt.

Klassen/Klassenstufen

1. Statistik des allgemeinen Schulwesens

Datennachweis: ab 1967

2. Statistik des beruflichen Schulwesens

Datennachweis: ab 1967

Begriffsinhalt:

Gruppen von Schülern, die über einen bestimmten Zeitraum gemeinsam unterrichtet werden und in der Regel dem gleichen Einschulungsjahrgang angehören.

Ausgewiesen werden Klassen in vorschulischen Einrichtungen, an >>> Grund- und >>> Hauptschulen, >>> Sonderschulen, >>> Realschulen, >>> Gymnasien und >>> Gesamtschulen bzw. an Berufsschulen, >>> Berufssonderschulen, >>> Berufsaufbauschulen, >>> Berufsfachschulen und >>> Fachoberschulen/ >>> Fachgymnasien.

Bei Gymnasien und Gesamtschulen mit reformierter Oberstufe werden keine Angaben über Klassen in der Oberstufe gemacht.

Kleine Hochsee- und Küstenfischerei

Hochsee- und Küstenfischereistatistik - Nationale Anlandestatistik

Datennachweis: ab 1968

Begriffsinhalt:

Meeresfischerei mit Kuttern und kleineren Booten im Küstenbereich.

Die Kutter haben in aller Regel weniger als 500 Bruttoregistertonnen und ihre Eigner sind zumeist einzelne Fischer.

Die kleine Hochsee- und Küstenfischerei ist weitgehend identisch mit dem Fischfang in Nord- und Ostsee. Sie umfaßt auch die Aquakultur, d.h. die künstlich angelegten Fisch- und Meerestierzuchten entlang der Küste.

Knappschaftliche Rentenversicherung

Sozialbudget der Bundesrepublik Deutschland

Datennachweis: ab 1965

Begriffsinhalt:

Leistungen der knappschaftlichen Rentenversicherung für alle in knappschaftlichen Betrieben oder berufsständischen Organisationen des Bergbaus beschäftigten Arbeiter und Angestellten.

Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung ist die Bundesknappschaft.

Eine Versicherungspflicht besteht für alle in Bergbaubetrieben oder deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellte ohne Rücksicht auf die Höhe des Verdienstes.

Wer weder nach dem Reichsknappschaftsgesetz noch nach der Rentenversicherungsordnung, dem Angestelltenversicherungsgesetz oder dem Handwerkerversicherungsgesetz rentenversicherungspflichtig ist und während mindestens 60 Kalendermonaten Beiträge für eine knappschaftliche versicherungspflichtige Beschäftigung entrichtet hat, kann die Versicherung entsprechend seiner zuletzt ausgeübten Beschäftigung in der Rentenversicherung der Arbeiter oder in der Rentenversicherung der Angestellten freiwillig fortsetzen.

Die Leistungen der knappschaftlichen Rentenversicherung bestehen im wesentlichen in der Zahlung von Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten, von Hinterbliebenenrente (Witwen-/Witwerrente, Waisenrente) sowie von Bergmannsrente und Knappschaftsruhegeld.

Bergmannsrente erhalten Versicherte wegen verminderter bergmännischer Berufstätigkeit oder wegen Vollendung des 50. Lebensjahres und Erfüllung besonderer Voraussetzungen.

Das Knappschaftsruhegeld wird Versicherten gewährt, die ein bestimmtes Lebensalter erreicht und die Wartezeit von 180 Beitragsmonaten erfüllt haben.

Nach Vollendung des 60. Lebensjahres wird Knappschaftsruhegeld gewährt, wenn eine Versicherungszeit von 300 Kalendermonaten mit ständigen Arbeiten unter Tage oder diesen gleichgestellten Arbeiten zurückgelegt worden ist, nach Vollendung des 60. Lebensjahres Frauen, wenn sie in den letzten 20 Jahren überwiegend, d.h. mindestens 121 Monate, Pflichtbeiträge entrichtet haben und Frauen und Männer nach Vollendung des 60. Lebensjahres, wenn sie mindestens 52 Wochen innerhalb der letzten eineinhalb Jahre arbeitslos waren. Nach Vollendung des 62. Lebensjahres erhalten Schwerbehinderte, Berufsunfähige und Erwerbsunfähige das Knappschaftsruhegeld, wenn sie mindestens 35 Versicherungsjahre nachweisen. Wer 35 Versicherungsjahre nachweist, erhält Knappschaftsruhegeld nach Vollendung des 63. Lebensjahres, sonst nach Vollendung des 65. Lebensjahres.

Knappschaftsausgleichsleistung - eine Sonderleistung eigener Art - erhält auf Antrag der Versicherte in der knappschaftlichen Rentenversicherung, wenn er das 55. Lebensjahr vollendet hat und seine Tätigkeit im Bergbau aufgibt.

Neben Renten und Knappschaftsausgleichsleistungen werden von der knappschaftlichen Rentenversicherung auch Leistungen für medizinische und berufsfördernde Maßnahmen zur Rehabilitation gewährt.

Außerdem werden Beitragserstattungen von der knappschaftlichen Rentenversicherung geleistet, wenn die Versicherungspflicht in allen Zweigen der gesetzlichen Rentenversicherung entfällt, ohne daß das Recht zur freiwilligen Versicherung besteht, wenn bei Eintritt der Berufsunfähigkeit die Wartezeit von 60 Beitragsmonaten nicht erfüllt ist und bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres die Wartezeit von 180 Beitragsmonaten nicht mehr erfüllt werden kann oder wenn ein Anspruch auf Witwenrente wegen nicht erfüllter Wartezeit nicht gegeben ist.

Änderungen im Zeitablauf:

Siehe unter >>> Rentenversicherung

Begriffsbeziehungen:

Siehe unter Rentenversicherung

Kohlenabgabe

Finanzberichte des Bundesministeriums der Finanzen

Datennachweis: 1951 bis 1963

Begriffsinhalt:

Abgaben laut Gesetz zur Förderung des Bergarbeiterwohnheimbaues im Kohlenbergbau, die durch die Bundesfinanzbehörden erhoben werden und der Förderung des Bergarbeiterwohnungsbaues dienen.

Erhoben wird die Kohlenabgabe auf den Verkauf von Steinkohlenkoks, Steinkoks, Steinkohle, Steinkohlenbrikett, Braunkohlenschwelkoks, Braunkohlenbrikett und Pechkohle.

Nicht der Kohlenabgabe unterliegen dagegen der Zechenselbstverbrauch an Kohle, Deputatkohle, an andere Kohlenbergbauunternehmen abgegebene Kohlen und die in den Geltungsbereich des Gesetzes (Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) mit Ausnahme der Zollausschlüsse und Zollfreigebiete) eingeführte Kohle.

Die Abgabeschuld entsteht dadurch, daß Kohle aus dem Bereich des Kohlenbergbauunternehmens entfernt oder zum Verbrauch innerhalb des Betriebes des Kohlenbergbauunternehmens entnommen wird.

Abgabeschuldner ist das Kohlenbergbauunternehmen bzw. die dem Absatz der Kohle dienende Kohlenverkaufsorganisation. Beide sind verpflichtet, die Kohlenabgabe ihren Abnehmern gesondert zu berechnen. Sie darf bei der Berechnung von Handelsnutzen, Verdienstspannen und sonstigen Zuschlägen nicht berücksichtigt werden. Bei dem Verkauf durch Kohlenbergbauunternehmen im Kohlengroß- und Kohleneinzelhandel darf das Entgelt nicht höher sein als der zulässige Preis zuzüglich des Betrages der Kohlenabgabe, die in verschiedener Höhe je Tonne für die einzelnen Kohlenarten erhoben wird.

Die Kohlenabgabe ist kein der Umsatz-(Mehrwert-) steuer unterliegender Teil des vereinnahmten Entgelts.

Kollegs

Statistik des allgemeinen Schulwesens

Datennachweis: ab 1967

Begriffsinhalt:

Vollzeitschulen zur Erlangung der >>> Hochschulreife im sog. zweiten Bildungsweg.

Die Schulbesuchsdauer beträgt in der Regel sechs Semester (einschließlich eines einsemestrigen Vorkurses).

Voraussetzung für den Besuch eines Kollegs ist eine abgeschlossene Berufsausbildung bzw. ein gleichwertiger beruflicher Bildungsgang. Ferner soll der Bewerber das 19. Lebensjahr vollendet haben. Neben dem Besuch des Kollegs darf in der Regel keine Berufstätigkeit ausgeübt werden.

Die Kollegs rechnen zu den Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Eine Schulpflicht besteht demzufolge nicht.

Die Technischen Oberschulen bzw. die Wirtschaftsoberschulen in Baden-Württemberg und die Berufsoberschulen in Bayern, werden (seit 1971) den Kollegs zugeordnet.

Erfaßt werden öffentliche und private Kollegs.

Begriffsbeziehungen:

Sowohl Kollegs als auch >>> Abendgymnasien führen im sog. zweiten Bildungsweg zur Hochschulreife. Während die Kollegs jedoch als Vollzeitschulen geführt werden und die Schüler für den Besuch der Kollegs in der Regel ihre Berufstätigkeit unterbrechen, werden die Abendgymnasien als Teilzeitschulen geführt und eine Berufstätigkeit ist zumindest während des ersten Teils des Schulbesuchs vorgeschrieben.

Kombinationsbetriebe

Landwirtschaftszählung 1971

Begriffsinhalt:

>>> Landwirtschaftliche Betriebe und Forstbetriebe, die in keinem der drei Produktionsbereiche

>>> Landwirtschaft, >>> Gartenbau oder >>> Forstwirtschaft einen ausgeprägten wirtschaftlichen Schwerpunkt haben (Kombinationsbetriebe und Kombinierte Verbundbetriebe).

Zu den Kombinationsbetrieben rechnen landwirtschaftliche Betriebe und Forstbetriebe, bei denen der von einem der Produktionsbereiche Landwirtschaft, Gartenbau oder Forstwirtschaft erwirtschaftete Standarddeckungsbeitrag mindestens 50 %, aber weniger als 75 % des Standarddeckungsbeitrags des Betriebes beträgt.

Zu den Kombinierten Verbundbetrieben zählen diejenigen landwirtschaftlichen Betriebe und Forstbetriebe, bei denen keiner der in den Produktionsbereichen Landwirtschaft, Gartenbau oder Forstwirtschaft erwirtschaftete Standarddeckungsbeiträge 50 % des Standarddeckungsbeitrags des Betriebs erreicht.

Landwirtschaftliche Betriebe und Forstbetriebe sind technisch-wirtschaftliche Einheiten, die für Rechnung eines Inhabers (des Betriebsinhabers) bewirtschaftet werden, einer einzigen Betriebsführung unterstehen und land- und/oder forstwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringen.

Zu Einzelheiten der Zuordnung von Frucht- bzw. Vieharten zu den Produktionszweigen und -bereichen sowie zur Berechnung der Standarddeckungsbeiträge siehe unter >>> Betriebssystematik.

Kombinationskraftwagen

Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeuganhängerbestandes

Datennachweis: ab 1954

Begriffsinhalt:

Mehrspurige Kraftfahrzeuge mit nicht mehr als 2,8 t zulässigem Gesamtgewicht, die nach Bauart und Einrichtung geeignet und bestimmt sind, im Innenraum - mit Ausnahme des für die Mitnahme von Reisegepäck bestimmten Raums - wahlweise oder gleichzeitig der Beförderung von nicht mehr als 8 Fahrgästen und von Gütern zu dienen.

Bei den Neuzulassungen (>>> Neuzulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge und -anhänger) werden fabrikneue Kombinationskraftwagen nachgewiesen, denen im Berichtszeitraum ein amtliches Kennzeichen zugeteilt wurde.

Der >>> Fahrzeugbestand umfaßt die zugelassenen oder nur vorübergehend, d.h. bis zu einem Jahr, abgemeldeten Kombinationskraftwagen.

Bei den Besitzumschreibungen (>>> Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge und -anhänger) werden gebrauchte Kombinationskraftwagen erfaßt, die im Berichtszeitraum auf einen anderen Fahrzeughalter übergegangen sind, sofern der Standort des Fahrzeugs vor und nach dem Halterwechsel im Bundesgebiet liegt.

Seit 1.8.1969 ist in der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung die Trennung von Kombinationskraftwagen und Personenkraftwagen aufgehoben. Kraftfahrzeuge mit den Merkmalen eines Kombinationskraftwagens können in den Fahrzeugpapieren und in der Meldung an das Kraftfahrt-Bundesamt als "PKW-Kombi" bezeichnet werden. Dabei liegt es i.a. in der Hand des Herstellers, ob er einen Fahrzeugtyp als Personenkraftwagen normalen Aufbaues oder als PKW-Kombi erfassen läßt.

Begriffsbeziehungen:

Bei den Kombinationskraftwagen muß im Unterschied zu den >>> Personenkraftwagen die Größe der Ladefläche im Fahrzeugbrief angegeben werden.

Kombinationskraftwagen mit mehr als 2,8 t zulässigem Gesamtgewicht werden in der Regel als Personenkraftwagen zugelassen. Eine Zulassung als >>> Lastkraftwagen ist ebenfalls möglich, wird jedoch - wegen der rechtlichen Beschränkung von Personenbeförderungen mit Lastkraftwagen - im allgemeinen nicht gewünscht.

Kommunaldarlehen

Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute

Datennachweis: 1962 bis März 1980

Begriffsinhalt:

Darlehen von Boden- und Kommunalkreditinstituten an inländische öffentliche Haushalte, inländische öffentliche Wirtschaftsunternehmen, inländische Organisationen ohne Erwerbscharakter und an zwischenstaatliche Einrichtungen, die durch Rechtsverordnung den inländischen Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts gleichgestellt sind.

Zu den Kommunaldarlehen rechnen auch kommunalverbürgte Darlehen und Hypotheken, die an Dritte gewährt werden.

Im einzelnen sind dies alle Darlehen, die gemäß § 1 Abs. 2, § 5 Abs. 1, Nr. 1 und Abs. 2 Hypothekendarlehenbankgesetz sowie gemäß § 8 Abs. 1, Satz 2 und Abs. 3 Pfandbriefgesetz und entsprechend § 5 Abs. 1, Nr. 1 Schiffsbankgesetz gewährt werden.

Bei kommunalverbürgten Darlehen und Hypotheken übernehmen Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts bzw. ihnen gleichgestellte zwischenstaatliche Einrichtungen die Gewährleistung für an Dritte gegebene Darlehen.

Nicht zu den Kommunaldarlehen rechnen durch Kommunaldeckung gesicherte Landeskulturdarlehen und nicht verbürgte Restbeträge von Darlehen, bei denen die Gewährleistung durch eine Körperschaft oder Anstalt des öffentlichen Rechts nur für einen Teilbetrag übernommen worden ist.

Die >>> Neuausleihungen umfassen die während des Berichtsmonats tatsächlich neu gewährten (ausbezahlten) Kommunaldarlehen.

Der >>> Darlehensbestand gibt den tatsächlichen Umfang der Forderungen aus KommunalDarlehen am Monatsende an.

Änderungen im Zeitablauf:

Bei den >>> kommunalverbürgten Hypotheken auf Wohngrundstücke wurden bis Ende 1968 Hypotheken auf Wohnungsaltbauten (vor dem 8.5.1945 errichtete Wohnbauten) nicht einbezogen.

Kommunale Gemeinschaftsdienste

1. Rechnungsstatistik

Datennachweis: ab 1950

2. Haushaltsansatzstatistik

Datennachweis: ab 1970

Begriffsinhalt:

Aufgabenbereich mit Ausgaben für

- Straßenbeleuchtung,
- Abwasserbeseitigung,
- Abfallbeseitigung (Müllabfuhr und -verwertung, Mülldeponien, Tierkörperbeseitigung),
- Straßenreinigung,
- Schlacht- und Viehhöfe (einschl. Fleischschau, Schlachthoftierärzte),
- Märkte (Lebensmittelmärkte, Jahrmärkte, Tiermärkte, Markteinrichtungen),
- Bestattungswesen,
- Fuhrpark (Wagenpark, Reparaturwerkstätten),
- Bauhöfe (Baumateriallager, Wirtschaftshöfe),
- sonstige öffentliche Einrichtungen (Pfandleihanstalten, Dorfgemeinschaftshäuser, Bürgerhäuser, Stadthallen, öffentliche Waagen).

Änderungen im Zeitablauf:

Bis 1962 sind hier auch die Ausgaben der Gemeinden/Gemeindeverbände für das Ausstellungs- und Messewesen nachgewiesen.

Bis 1973 sind die Ausgaben für Bauhöfe nicht hier, sondern im Aufgabenbereich >>> Verkehrs- und Nachrichtenwesen enthalten.

Bis 1973 sind hier auch die Ausgaben der Gemeinden mit weniger als 3 000 Einwohnern für das Feuerlöschwesen und die Ausgaben der Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern und Ämter für Park- und Gartenanlagen sowie für Badeanstalten nachgewiesen.

In der Haushaltsansatzstatistik liegen im kommunalen Bereich Angaben nur für Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und die Gemeindeverbände in den Jahren 1970 bis 1973 vor.

Kommunale und gemischtwirtschaftliche Unternehmen

Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr

Datennachweis: ab 1980

Begriffsinhalt:

Verkehrsunternehmen ohne Eisenbahn-Schienenverkehr, an deren Grund- oder Stammkapital oder vergleichbaren Kapitalausstattungen die öffentliche Hand mit mehr als 50 % beteiligt ist; Unternehmen mit Stadtbahn-, Straßenbahn- oder Obusverkehr gelten auch dann als gemischtwirtschaftlich, wenn der Anteil der öffentlichen Hand nur 50 % oder weniger beträgt.

Kommunalverbürgte Hypotheken auf Wohngrundstücke

Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute

Datennachweis: 1962 bis März 1980

Begriffsinhalt:

Realkredite, die durch eine Hypothek auf ein Wohngrundstück und zusätzlich durch die Übernahme der Gewährleistung durch eine Körperschaft oder Anstalt des öffentlichen Rechts gesichert sind.

Zu den Wohngrundstücken zählen alle Grundstücke, die ganz oder überwiegend - d.h. zu mehr als 50 % der Raumfläche - für Wohnzwecke genutzt werden (Alt- und Neubauten). Zu den Wohngrundstücken rechnen auch Grundstücke mit ländlichen Wohnbauten.

Darlehen, bei denen nur für einen Teilbetrag die Gewährleistung durch eine Körperschaft oder Anstalt des öffentlichen Rechts übernommen wird, werden hier nur mit dem kommunalverbürgten Teil erfaßt.

Die >>> Neuausleihungen umfassen die während des Berichtsmonats tatsächlich neu gewährten (ausbezahlten) kommunalverbürgten Hypotheken auf Wohngrundstücke.

Der >>> Darlehensbestand gibt den tatsächlichen Umfang der Forderungen aus kommunalverbürgten Hypotheken auf Wohngrundstücke am Monatsende an.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis Ende 1968 wurden kommunalverbürgte Hypotheken für Wohnungsbauten (vor dem 8.5.1945 errichtete Wohnbauten) nicht einbezogen.

Konsumgenossenschaften

Einzelhandelsstatistik

Datennachweis: ab 1963

Begriffsinhalt:

Unternehmen des Einzelhandels, die sich selbst als Konsumgenossenschaften einschätzen sowie Unternehmen des Einzelhandels, die sonstige Verbraucherorganisationen sind und bestimmte Sortimente ohne ausgeprägten Schwerpunkt führen; solche Unternehmen gelten auch dann als Konsumgenossenschaften, wenn sie die Merkmale von >>> Warenhausunternehmen, von >>> Versandhandelsunternehmen oder von >>> Facheinzelhandelsunternehmen mit 5 und mehr Verkaufsstellen (Filialunternehmen) aufweisen.

Als Unternehmen gilt die kleinste rechtlich selbständige Einheit, die eigene Bücher zu führen und gesonderte Abschlüsse aufzustellen hat. Hierzu zählen auch rechtlich selbständige Tochtergesellschaften. Die Unternehmen werden in ihrer Gesamtheit erfaßt, einschließlich bereichsfremder Teile und Tätigkeiten, aber ohne land- und forstwirtschaftliche Nebenbetriebe und ohne Zweigniederlassungen im Ausland.

Zum Einzelhandel wird ein Unternehmen gerechnet, wenn seine wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Handelsware zu beziehen und in eigenem Namen entweder an private Haushalte oder in einer sonst nur im Einzelhandel üblichen Form oder in kleinen Mengen an andere als Wiederverkäufer abzusetzen. Die Waren dürfen dabei nicht oder nur in handelsüblichem Maße be- oder verarbeitet werden. Nicht zum Einzelhandel zählen die rechtlich unselbständigen offenen Verkaufsstellen der Industrie.

Als Genossenschaft wird im allgemeinen eine Personenvereinigung aufgefaßt, die in einer vom Genossenschaftsgesetz vorgeschriebenen Rechtsform geführt wird, die in ihrer Mitgliederzahl nicht begrenzt ist und die den Zweck verfolgt, den Erwerb oder die Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes zu fördern.

Als sonstige Verbraucherorganisationen gelten Zusammenschlüsse von privaten Verbrauchern, wie z.B. Einkaufsvereinigungen von Beamten, Angestellten oder Arbeitern, Sozialwerke u.dgl. Sie können in den vom Genossenschaftsgesetz vorgeschriebenen oder in anderen Rechtsformen geführt werden. Sie zählen nur dann zu den Konsumgenossenschaften, wenn sie

- Einzelhandel mit Waren verschiedener Art in der Hauptrichtung Nichtnahrungsmittel oder
- Einzelhandel mit Waren verschiedener Art in der Hauptrichtung Nahrungsmittel oder
- Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln verschiedener Art betreiben.

Einzelhandel mit Waren verschiedener Art bzw. Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln verschiedener Art liegt dann vor, wenn einzelne Warengruppen des Sortiments bestimmte Anteile am Gesamtumsatz nicht überschreiten.

Sonstige Verbraucherorganisationen, die andere als die o.g. Sortimente führen, zählen nicht zu den Konsumgenossenschaften, sondern zu den Facheinzelhandelsunternehmen mit 5 und mehr Verkaufsstellen (Filialunternehmen), zu den Versandhandelsunternehmen oder zu den >>> Facheinzelhandelsunternehmen mit 1 bis 4 Verkaufsstellen (übrige Betriebsformen).

Begriffsbeziehungen:

Die Konsumgenossenschaften unterscheiden sich von den anderen Betriebsformen des Einzelhandels ausschließlich durch die Rechtsform, in der die Unternehmen geführt werden. Im einzelnen bestehen folgende Zusammenhänge: Schätzt ein Unternehmen des Einzelhandels sich selbst als Konsumgenossenschaft oder als sonstige Verbraucherorganisation ein, so gilt es in der Einzelhandelsstatistik, unabhängig von seinen sonstigen Merkmalen, als Konsumgenossenschaft. Erzielt von den verbleibenden Unternehmen eines seinen Umsatz überwiegend durch den Versand von Waren auf Bestellung, so gilt es als Versandhandelsunternehmen. Betreibt eines der danach verbleibenden Unternehmen Einzelhandel mit Waren verschiedener Art in der Hauptrichtung Nichtnahrungsmittel und beschäftigt in mindestens einer Niederlassung mindestens 25 Personen und erzielt in dieser(n) Niederlassung(en) mindestens 50 % seines Gesamtumsatzes, so gilt es als Warenhausunternehmen. Unterhält eines der danach verbleibenden Unternehmen fünf oder mehr Einzelhandelsverkaufsstellen, so gilt es als Facheinzelhandelsunternehmen mit 5 und mehr Verkaufsstellen (Filialunternehmen). Die danach verbleibenden Unternehmen des Einzelhandels werden als Facheinzelhandelsunternehmen mit 1 bis 4 Verkaufsstellen (übrige Betriebsformen) zusammengefaßt.

Korbweiden-, Pappelanlagen, Weihnachtsbaumkulturen

Bodennutzungshaupterhebung

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

Flächen mit geschlossenen Beständen von Korbweiden, Pappeln oder Weihnachtsbäumen außerhalb des Waldes.

Erfaßt werden land- und forstwirtschaftliche Betriebe ab 1 ha Betriebsfläche und Gesamtflächen ab 1 ha, die ganz oder teilweise land- oder forstwirtschaftlich genutzt werden, land- und forstwirtschaftliche Betriebe unter 1 ha Betriebsfläche und Gesamtflächen unter 1 ha mit bestimmten Mindesterzeugungseinheiten sowie sonstige Flächen auf denen Reben, Obst, Gemüse, Zierpflanzen oder Baumschulerzeugnisse für den Verkauf angebaut werden.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis 1969 wurden Pappeln und Weihnachtsbäume unter >>> Waldfläche nachgewiesen.

Bis 1978 wurden land- und forstwirtschaftliche Betriebe ab 0,5 ha Gesamtfläche erfaßt, alle anderen Korbweiden-, Pappelanlagen und Weihnachtsbaumkulturen durch die Gemeinden festgestellt.

Körperschaften, Personenvereinigungen, Vermögensmassen

Körperschaftsteuerstatistik

Datennachweis: ab 1961

Begriffsinhalt:

Zusammenfassung aller juristischen Personen gemäß Körperschaftsteuerrecht.

Im einzelnen sind die folgenden juristischen Personen körperschaftsteuerpflichtig:

- >>> Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Kolonialgesellschaften,
- bergrechtliche Gewerkschaften,
- >>>> Gesellschaften mit beschränkter Haftung,
- Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften,
- Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit,
- sonstige juristische Personen des privaten Rechts,

- nichtrechtsfähige Vereine, Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvermögen des privaten Rechts,
- Betriebe gewerblicher Art von juristischen Personen des öffentlichen Rechts.

Aktiengesellschaften sind Handelsgesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften), bei der die Gesellschafter (Aktionäre) mit Einlagen auf das in Aktien zerlegte Grundkapital beteiligt sind. Für Verbindlichkeiten haftet nur das Gesellschaftsvermögen. Kommanditgesellschaften auf Aktien sind Handelsgesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften); sie stellen eine Zwischenform zwischen Personen- und Kapitalgesellschaften dar. Mindestens ein Gesellschafter haftet den Gläubigern gegenüber unbeschränkt (Komplementär), während die übrigen mit Einlagen auf das in Aktien zerlegte Grundkapital beteiligt sind, ohne persönlich für Gesellschaftsverbindlichkeiten zu haften (Kommandit-Aktionäre). Kolonialgesellschaften sind Kapitalgesellschaften, die sich ursprünglich mit dem Betrieb oder der Förderung kolonialer Unternehmungen befaßten und die heute noch in geringer Zahl bestehen.

Bergrechtliche Gewerkschaften sind Erwerbsgesellschaften ohne bestimmtes Grundkapital, die Bergwerkseigentum erwerben und ausbeuten können. Das Kapital ist in Kuxe eingeteilt, die ein quotenmäßiges Anteilsrecht verbriefen. Die Gesellschafter (Gewerken) haften nur insoweit persönlich, als sie zur Zubeße verpflichtet sind.

Gesellschaften mit beschränkter Haftung sind Handelsgesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften). Die Gesellschaften mit beschränkter Haftung haften selbst unbeschränkt mit ihrem Vermögen. Die Gesellschafter sind mit Einlagen auf das in Stammeinlagen zerlegte Stammkapital beteiligt; sie haften nur gegenüber der Gesellschaft (Erbringung der Einlage und etwaiger Nachschüsse), nicht jedoch persönlich für Verbindlichkeiten der Gesellschaft.

Genossenschaften sind juristische Personen mit eigener Rechtspersönlichkeit. Sie haben den gesetzlich vorgeschriebenen Zweck, den Erwerb oder die Wirtschaft ihrer Mitglieder im Rahmen eines gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes zu fördern. Die Mitglieder (Genossen) - mindestens sieben müssen während des Bestehens der Genossenschaft vorhanden sein - sind in Form von Geschäftsanteilen an dem Unternehmen beteiligt. Diese Anteile, deren Höhe in einer Satzung bestimmt wird, können verzinst werden, oder es werden den Genossen im Rahmen der Gewinnverteilung Dividenden ausgezahlt. Die Genossenschaften lassen sich nach ihren wirtschaftlichen Zielen in verschiedene Arten aufteilen, wie z.B. in Lieferungs- oder Kreditgenossenschaften (Volksbanken usw.). Die Haftung gegenüber Gläubigern kann sich bei den Genossen auf das Gesamtvermögen (unbeschränkte Haftung) oder nur auf die Geschäftsanteile (beschränkte Haftung) erstrecken. Die Genossenschaften unterliegen, soweit gesetzlich nicht Steuerfreiheit gegeben ist (z.B. im Bereich der Land- und Forstwirtschaft), mit ihrem steuerlichen Gewinn der Körperschaftsteuer.

Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit sind mit Rechtspersönlichkeit ausgestattete private Personenvereinigungen, wobei die Mitglieder zugleich Versicherungsnehmer und Versicherer sind.

Nichtrechtsfähige (nicht eingetragene) Vereine sind Verbindungen von Personen zur Verfolgung eines gemeinsamen, nicht nur vorübergehenden Zweckes; sie sind nicht im Vereinsregister eingetragen. Anstalten sind Institutionen des öffentlichen Rechts, die bestimmte öffentliche Aufgaben außerhalb der unmittelbaren öffentlichen Verwaltung wahrnehmen und keine Mitglieder haben. Stiftungen sind mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestattete Organisationen zur Erreichung bestimmter Zwecke; es werden Stiftungen des Privatrechts und des öffentlichen Rechts unterschieden. Betriebe gewerblicher Art von juristischen Personen des öffentlichen Rechts sind Einrichtungen, die einer nachhaltigen wirtschaftlichen Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen außerhalb der Land- und Forstwirtschaft dienen. Die Absicht, Gewinn zu erzielen, steht dabei nicht im Vordergrund. Es

handelt sich hierbei überwiegend um gemeinnützige Anstalten der Städte, Gemeinden und Kreise, im besonderen um kommunale Betriebe, die der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Gas, Elektrizität oder Wärme, dem öffentlichen Verkehr oder dem Hafenbetrieb dienen sowie um Kreditanstalten und Sparkassen. Die jeweilige kommunale Körperschaft haftet dabei für die Verbindlichkeiten als Gewährverband.

Körperschaftsteuer

1. Statistik über den Steuerhaushalt

Datennachweis: ab 1962

2. Finanzberichte des Bundesministeriums der Finanzen

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

Steuer, die auf das Einkommen der im § 1 Körperschaftsteuergesetz aufgeführten >>> Körperschaften, Personenvereinigungen, Vermögensmassen (im folgenden als "Körperschaften" bezeichnet) erhoben wird.

Die Körperschaftsteuerpflicht erstreckt sich bei unbeschränkt >>> Steuerpflichtigen (= solche mit Geschäftsleitung oder Sitz im Inland) auf sämtliche Einkünfte. Beschränkt, d.h. nur mit ihren inländischen Einkünften körperschaftsteuerpflichtig sind Körperschaften, die weder ihre Geschäftsleitung noch ihren Sitz im Inland haben.

Von der Körperschaftsteuer befreit sind unter anderem die Deutsche Bundespost, Deutsche Bundesbahn, Deutsche Bundesbank sowie Körperschaften, die kirchlichen gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken dienen. Ge-regelt ist die Befreiung in § 5 KStG.

Die Körperschaftsteuer beträgt grundsätzlich 56 v.H. des zu versteuernden Einkommens (allgemeiner Steuer-satz) für Körperschaften, die nicht in das Anrechnungsverfahren einbezogen werden 50 v.H. (ermäßigter Steu-ersatz). Durch das Anrechnungsverfahren: einheitliche Ausschüttungsbelastung von 36 v.H. des Gewinns vor Anrechnung der Körperschaftsteuer. Einzelheiten hierzu siehe unter >>> Körperschaftsteuerschuld.

Ermäßigung der Körperschaftsteuer um bestimmte Beträge erfolgt z.B. nach dem Berlinförderungsgesetz (§§ 16, 17) und dem fünften Vermögensbildungsgesetz (§ 15).

Die Körperschaftsteuer wird nach Ablauf des Veranlagungszeitraums (Kalenderjahr) veranlagt. Der Steuer-pflichtige hat am 10. März, 10. Juni, 10. September und 10. Dezember Vorauszahlungen auf die Körper-schaftsteuer zu entrichten, die er für den laufenden Veranlagungszeitraum voraussichtlich schulden wird; sie bemessen sich grundsätzlich nach der Körperschaftsteuer, die sich bei der letzten Veranlagung ergeben hat. Nach Abschluß der Veranlagung - gewöhnlich 8 bis 16 Monate nach Ablauf des Veranlagungszeitraums, ggf. aber auch erheblich später - ist die Differenz zwischen Vorauszahlungen und Veranlagungsergebnis zu entrich-ten. Das Körperschaftsteueraufkommen folgt somit dem Wirtschaftsablauf mit mindestens einjähriger Verzöge-rung. Es ist bereits um die nach dem Investitionszulagengesetz geleisteten Beträge gemindert. Die Körper-schaftsteuer ist eine >>> Gemeinschaftsteuer von Bund und Ländern.

Änderungen im Zeitablauf:

Das Körperschaftsteuerrecht wurde im Zeitablauf häufig geändert. Ab 1.1.1977 erfolgte eine völlige Umgestal-tung des bisherigen Systems: Anhebung des allgemeinen Steuersatzes von 51 auf 56 v.H. (niedrigere Sätze u.a. für Betriebe gewerblicher Art von juristischen Personen des öffentlichen Rechts und bestimmte Kreditinstitute, jedoch Einschränkungen von Begünstigungen im Kreditsektor durch das Steueränderungsgesetz 1979); Erhö-hung der Steuerbelastung für ausgeschüttete Gewinne (bisher 15 bzw. 26,5 v.H.) auf 36 v.H. Die auf dem aus-geschütteten Gewinn lastende Körperschaftsteuer ist im Regelfall (Ausnahmen: insbesondere öffentlich-rechtliche Körperschaften, ausländische Anteilseigner) auf die Steuerschuld des einkommen- oder körper-schaftsteuerpflichtigen Anteilseigners anzurechnen; die anrechenbare Steuer zählt zu den Einkünften aus Kapi-talvermögen.

Begriffsbeziehungen:

Die Körperschaftsteuer der Statistik über den Steuerhaushalt (Körperschaftsteueraufkommen) unterscheidet sich als >>> Kassenmäßige Steuereinnahme von der Körperschaftsteuerschuld der Körperschaftsteuerstatistik. Weitere spezielle Unterschiede im statistischen Nachweis: das Körperschaftsteueraufkommen umfaßt auch die Steuerzahlungen der beschränkt Steuerpflichtigen. Es ist bereits um die nach dem Investitionszulagengesetz geleisteten Auszahlungen (1982: 1,2 Mrd. DM) gemindert.

Körperschaftsteuerpflichtige

Körperschaftsteuerstatistik

Datennachweis: ab 1961

Begriffsinhalt:

Alle unbeschränkt körperschaftsteuerpflichtigen juristischen Personen (ohne Organgesellschaften), die mit ei-nem positiven >>> Einkommen veranlagt worden sind.

Unbeschränkt körperschaftsteuerpflichtig sind alle >>> Körperschaften, Personenvereinigungen, Vermögens-massen, die ihre Geschäftsleitung oder ihren Sitz im Inland haben. Zu diesen juristischen Personen zählen >>> Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Kolonialgesellschaften sowie >>> Gesellschaften mit beschränkter Haftung und bergrechtliche Gewerkschaften, Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, sonstige juristische Personen des privaten Rechts, nichtrechtsfähige Vereine, Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvermögen des privaten Rechts sowie Betrie-be gewerblicher Art von juristischen Personen des öffentlichen Rechts.

Die unbeschränkte Körperschaftsteuerpflicht erstreckt sich auf sämtliche in- und ausländischen Einkünfte, so-weit nicht durch besondere Abmachungen (z.B. Doppelbesteuerungsabkommen) von dieser Regelung abgewi-

chen wird. Es können dabei, außer >>> Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit, alle übrigen Einkunftsarten des Einkommensteuergesetzes vorkommen. Bei Steuerpflichtigen, die nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches zur Führung von Büchern verpflichtet sind, sind jedoch alle Einkünfte als >>> Einkünfte aus Gewerbebetrieb zu behandeln; deshalb ist allein das Aufkommen aus dieser Einkunftsart von Bedeutung.

Nicht enthalten sind juristische Personen, die weder ihre Geschäftsleitung noch ihren Sitz im Inland haben und die mit ihren inländischen Einkünften nur beschränkt körperschaftsteuerpflichtig sind.

Ebenfalls nicht enthalten sind die gesetzlich von der Körperschaftsteuer befreiten juristischen Personen. Hierzu rechnen z.B. Deutsche Bundespost, Deutsche Bundesbahn, Deutsche Bundesbank, kleinere Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, ferner unter bestimmten Voraussetzungen Berufsverbände, politische Parteien, gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken dienende Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsunternehmen, Genossenschaften im Bereich der Land- und Forstwirtschaft; die Befreiungen gelten nicht für inländische Einkünfte, die dem Steuerabzug unterliegen oder soweit Ausschüttungsbelastungen herzustellen sind. Die Befreiungen sind abschließend in § 5 KStG aufgeführt.

Nichtrechtsfähige Personenvereinigungen und Vermögensmassen sowie Realgemeinden sind nur unter bestimmten Voraussetzungen körperschaftsteuerpflichtig.

Organgesellschaften (Organtöchter) sind Steuerpflichtige, die durch steuerlich anerkannten Organschaftsvertrag wirtschaftlich, finanziell und organisatorisch in ein sie beherrschendes Unternehmen eingegliedert sind. Sie müssen im Gegensatz zum Organträger (Organmutter) die Rechtsform einer Kapitalgesellschaft haben. Die besondere einkommensteuerliche Stellung der Organgesellschaft ergibt sich jedoch erst, wenn neben dieser Voraussetzung der Organschaft auch die rechtlichen Voraussetzungen des Gewinnabführungsvertrages bestehen; das Einkommen der Organgesellschaft ist dann dem Träger des Unternehmens (Organträger) zuzurechnen.

Nicht in der Zahl der Körperschaftsteuerpflichtigen enthalten sind die sog. >>> Verlustfälle. Verlustfälle sind jene unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen, bei denen die Veranlagung zur Körperschaftsteuer zu einem negativen Einkommen (>>> Verlust) statt zu einem positiven Einkommen geführt hat.

Nicht enthalten sind die Fälle, bei denen die Kosten der Einziehung einschl. der Festsetzung außer Verhältnis zu dem festzusetzenden Betrag stehen (Nichtveranlagte); dies sind Fälle, bei denen das Einkommen der Steuerpflichtigen offensichtlich 1 000 DM nicht übersteigt.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1971 wurden unter den Steuerpflichtigen nur die Steuerbelasteten nachgewiesen, nicht aber diejenigen mit positivem Einkommen veranlagten Steuerpflichtigen, für die keine >>> Körperschaftsteuerschuld festgesetzt wurde.

Weitere Änderungen im Zeitablauf haben sich aufgrund von Änderungen der gesetzlichen Bestimmungen ergeben (z.B. bezüglich der Befreiungen von der Körperschaftsteuer).

Begriffsbeziehungen:

Zu den Körperschaftsteuerpflichtigen zählen unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtige mit positivem Einkommen, zu den Verlustfällen (Körperschaftsteuerstatistik) solche mit negativem Einkommen (Verlusten).

Körperschaftsteuerschuld

Körperschaftsteuerstatistik

Datennachweis: ab 1961

Begriffsinhalt:

Jahressteuerschuld der unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen (>>> Steuerpflichtigen), die sich aufgrund der Veranlagung zur Körperschaftsteuer aus dem zu versteuernden Einkommen ergibt.

Das zu versteuernde Einkommen der unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen wird aus dem Betrag des >>> Einkommens berechnet, indem das Einkommen vermindert wird

- um die im Gewinn enthaltenen inländischen Kapitalerträge (einschließlich >>> Kapitalertragsteuer), die dem Steuerabzug vom Kapitalertrag in Höhe von 30 v.H. (bei Kapitalerträgen im Sinne des § 43 Abs. 1 Nr. 5 EStG) unterlegen haben (nach Abzug der mit ihnen in unmittelbarem wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Betriebsausgaben, soweit diese den Gewinn gemindert haben bzw. - bei Nicht-

buchführungspflichtigen - nach Abzug der mit ihnen in unmittelbarem wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Betriebsausgaben oder Werbungskosten) und

- um den Freibetrag für kleinere Körperschaften (§ 24 KStG) oder den Freibetrag für Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und Vereine, die Land- und Forstwirtschaft betreiben (§ 25 KStG).

Die Körperschaftsteuerschuld ergibt sich, indem auf das so berechnete zu versteuernde Einkommen je nach Art der Körperschaft bzw. des Betriebes unterschiedliche Steuersätze angewendet werden; ferner gibt es unterschiedliche Sätze für ausgeschüttete und nicht ausgeschüttete Gewinne.

Die Körperschaftsteuer beträgt grundsätzlich 56 v.H. des zu versteuernden Einkommens (allgemeiner Steuersatz). Für Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, für die sog. sonstigen juristischen Personen des privaten Rechts, für nichtrechtsfähige Vereine, Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvermögen des privaten Rechts sowie für Betriebe gewerblicher Art von juristischen Personen des öffentlichen Rechts ermäßigt sich die Körperschaftsteuer im allgemeinen auf 50 v.H. Der Steuersatz ist in § 23 KStG festgelegt.

Schütten unbeschränkt steuerpflichtige Kapitalgesellschaften oder bestimmte sonstige unbeschränkt steuerpflichtige Körperschaften Gewinne aus (z.B. in Form von Dividenden), ändert sich die nach den Tarifvorschriften berechnete Körperschaftsteuer nach den Grundsätzen des Anrechnungsverfahrens (gemäß §§ 27-43 KStG). Es soll vermeiden, daß ausgeschüttete Gewinne doppelt belastet werden, nämlich zum einen mit der Körperschaftsteuer der ausschüttenden Körperschaft und zum anderen mit der Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer des Anteilseigners.

Zunächst wird der Steuerbetrag ermittelt, der sich durch Anwendung des jeweils maßgeblichen Steuersatzes auf den gesamten zu versteuernden Einkommensbetrag ergibt (Tarifbelastung). Schüttet die Körperschaft Gewinn aus, mindert oder erhöht sich die Körperschaftsteuer um den Unterschiedsbetrag zwischen der bei der Körperschaft eingetretenen Belastung des Eigenkapitals, das als für die Ausschüttung verwendet gilt, und der Belastung, die sich bei der Anwendung eines Steuersatzes von 36 v.H. (Ausschüttungsbelastung) auf den ausgeschütteten Gewinn - vor Abzug der Körperschaftsteuer ergibt.

Um die Grundlagen für die Minderung oder Erhöhung der tariflichen Körperschaftsteuer zu schaffen, hat die Körperschaft in einer fortlaufenden Gliederungsrechnung festzustellen, ob und in welcher Höhe ihr für Ausschüttungen als verwendet geltendes Eigenkapital mit Körperschaftsteuer belastet ist ("Herstellung der Ausschüttungsbelastung").

Ferner vermindert sich die nach dem oben beschriebenen Verfahren ermittelte Körperschaftsteuerschuld um bestimmte Steuerermäßigungen (z.B. Ermäßigung für Einkünfte aus Berlin (West), Ermäßigung nach dem Berlin-Förderungsgesetz, Investitionsprämie nach dem Kohlegesetz, Ermäßigung nach dem Vermögensbildungsgesetz).

Neben den oben beschriebenen Steuerentlastungen für ausgeschüttete Gewinne auf der Seite der Körperschaftsteuerpflichtigen bestehen auch Steuerentlastungen auf der Seite der Anteilseigner. Die ausgeschütteten Gewinne unterliegen, falls der Anteilseigner einkommensteuerpflichtig ist, außerdem der Einkommensteuer als >>> Einkünfte aus Kapitalvermögen. Dabei erhöht die Steuergutschrift (die anrechenbare Körperschaftsteuer) die Einnahmen aus Kapitalvermögen. Um eine Doppelbesteuerung zu vermeiden, kann der Anteilseigner den auf die Ausschüttung entfallenden Körperschaftsteuerbetrag von seiner individuellen Einkommensteuer abziehen. Für körperschaftsteuerpflichtige Anteilseigner gelten die einkommensteuerlichen Anrechnungsvorschriften sinngemäß. Hat der Anteilseigner keine Einkommensteuer zu zahlen, wird ihm die Körperschaftsteuer vergütet.

Nach Berücksichtigung der Erstattung/Nachforderung von Körperschaftsteuer nach dem Außensteuergesetz, der anzurechnenden Kapitalertragsteuer (soweit mit 25 v.H. der inländischen Kapitalerträge einbehalten, einschl. der Steuergutschrift aufgrund des Doppelbesteuerungsabkommens mit Frankreich) und der anzurechnenden Körperschaftsteuer nach § 49 Abs. 1 KStG i.V.m. § 36 Abs. 2 Nr. 3 EStG ergibt sich der für den Veranlagungszeitraum zu entrichtende Körperschaftsteuerbetrag; auch hier ist eine Überzahlung möglich.

Körperschaftsteuerpflichtige, die selbst Anteilseigner an körperschaftsteuerpflichtigen Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen sind, können Steuergutschriften (anrechenbare Körperschaftsteuer) bei ihrer eigenen Körperschaftsteuerveranlagung geltend machen und somit die festgesetzte Körperschaftsteuerschuld mindern.

Änderungen im Zeitablauf:

Mit Inkrafttreten des Körperschaftsteuergesetzes 1977 hat das neu eingeführte Anrechnungsverfahren, das eine Doppelbelastung ausgeschütteter Gewinne ausschließt, besondere Bedeutung erlangt. Vor 1977 wurden unmittelbar auf die Einkommensteile, die ausgeschüttet wurden, zwar niedrigere Steuersätze angewendet (bei Kapitalgesellschaften 15 bzw. 26,5 %); diese Einkommensteile mußten aber dem individuellen Einkommen zugerechnet und nochmals besteuert werden, ohne daß die auf Ausschüttungen liegende Körperschaftsteuer angerechnet werden konnte.

Aufgrund des 2. Vermögensbildungsgesetzes können seit 1965 vermögenswirksame Leistungen auf die Steuerschuld angerechnet werden.

Seit 1968 kann aufgrund des Kohlegesetzes eine Investitionsprämie abgezogen werden.

Durch das Subventionsabbaugesetz 1981 fiel der ermäßigte Steuersatz von 46 v.H. für bestimmte Kreditinstitute und Sparkassen weg.

Außerdem sind durch häufige Gesetzesänderungen Freibetragsregelungen und vor allem die anwendbaren Steuersätze mehrfach geändert worden.

Begriffsbeziehungen:

Die in der Körperschaftsteuerstatistik nachgewiesene Körperschaftsteuerschuld ist zu unterscheiden von der >>> Körperschaftsteuer (Statistik über den Steuerhaushalt).

Als Körperschaftsteuerschuld wird die aufgrund der Veranlagung zur Körperschaftsteuer ermittelte, festgesetzte Jahressteuerschuld nachgewiesen.

Die Körperschaftsteuer der Statistik über den Steuerhaushalt zählt dagegen zu den kassenmäßigen Steuereinnahmen des Bundes und der Länder (Gemeinschaftsteuern) und damit zum Steueraufkommen, das innerhalb eines bestimmten Zeitraumes in die Kassen von Bund und Ländern fließt.

Keine Rolle spielt dabei, für welches Jahr diese Zahlungen geleistet werden oder wann die Körperschaftsteuerschuld entstanden ist.

Zu beachten ist außerdem, daß die Körperschaftsteuerschuld lediglich für unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtige nachgewiesen wird.

Körperschafts- und Privatforsten

Bodennutzungsvorerhebung

Datennachweis: bis 1978

Begriffsinhalt:

>>> Forstbetriebe, die sich nicht im Besitz der Bundesrepublik Deutschland oder eines Bundeslandes befinden.

Forstbetriebe sind technisch-wirtschaftliche Einheiten, die für Rechnung eines Inhabers (des Betriebsinhabers) bewirtschaftet werden, einer einzigen Betriebsführung unterstehen, forstwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringen und deren landwirtschaftlich genutzte Fläche weniger als 10 % ihrer Waldfläche beträgt (Hauptproduktionsrichtung).

Zu den Körperschafts- und Privatforsten zählen Forstbetriebe, deren Inhaber zu einer der folgenden Gruppen zählen:

- Bezirke, Kreise oder Gemeinden (einschl. Bezirks-, Kreis- und Gemeindeverbände),
- sonstige juristische Person des öffentlichen Rechts (z.B. Kirchen, kirchliche Anstalten, sonstige Anstalten, Stiftungen des öffentlichen Rechts),
- juristische Person des privaten Rechts (z.B. eingetragene Genossenschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Stiftungen des privaten Rechts),
- natürliche Person (z.B. Einzelpersonen, Ehepaare, Erbengemeinschaften, BGB-Gesellschaften). Zu den Körperschafts- und Privatforsten rechnen ferner die Genossenschaftsforsten mit ideellem Besitzanteil (z.B. Haubergsgenossenschaften).

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1970 wurde die Hauptproduktionsrichtung der landwirtschaftlichen Betriebe und der Forstbetriebe nicht nach dem Flächenverhältnis von landwirtschaftlich genutzter Fläche und Waldfläche zueinander festgelegt, sondern über das Schwergewicht der Produktion, gemessen am Verkaufswert der eigenen Erzeugnisse (einschl. des Eigenverbrauchs), erfragt.

Begriffsbeziehungen:

Zur Abgrenzung der Körperschafts- und Privatforsten gegenüber den >>> Privatwaldbetrieben (Landwirtschaftszählung 1971) siehe dort.

Kosten für Reparaturen, Instandhaltungen, Installationen, Montagen, Mieten und Pachten, sonstige Kosten, indirekte Steuern abzüglich Subventionen (ohne Umsatzsteuer)

1. Jahreserhebung (Kostenstrukturhebung) bei Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes

Datennachweis: ab 1975

2. Jahreserhebung (Kostenstrukturhebung) bei Unternehmen des Baugewerbes

Datennachweis: ab 1975

Begriffsinhalt:

Zusammenfassung verschiedener Vorleistungsgrößen, die zur Ermittlung der >>> Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten vom >>> Nettoproduktionswert ohne Umsatzsteuer abgesetzt werden.

Die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten stellt die insgesamt produzierten Güter und Dienstleistungen zu den am Markt erzielten Preisen dar, allerdings nach Abzug des Saldos aus indirekten Steuern und Subventionen. Sie ist somit der Wert, der den Vorleistungen durch Bearbeitung hinzugefügt worden ist.

Der Nettoproduktionswert ohne Umsatzsteuer ist eine Nettoleistungsgröße und entspricht dem Rohertrag in der betriebswirtschaftlichen Terminologie.

Unter Kosten sind die auf das Geschäftsjahr entfallenden, nicht die im Geschäftsjahr tatsächlich angefallenen Beträge zu verstehen, also ohne Nachzahlungen für zurückliegende Jahre und ohne Vorauszahlungen für spätere Jahre. Sind Kosten mit Umsatzsteuer belastet, die als Vorsteuer abzugsfähig ist, werden die Beträge ohne Umsatzsteuer nachgewiesen.

Bei den Kosten für Reparaturen, Instandhaltungen, Installationen, Montagen u.ä. handelt es sich nur um Kosten für fremde Leistungen,

Die Kosten für Mieten und Pachten umfassen z.B. die Aufwendungen für gemietete und gepachtete Produktionsmaschinen, Datenverarbeitungsanlagen, Fahrzeuge, Fabrikations- und Lagerräume usw. einschl. Kosten für Leasing, jedoch ohne kalkulatorische Mieten.

Unter sonstigen Kosten sind u.a. folgende Kosten zusammengefaßt: Werbe- und Vertreterkosten, Reisekosten, Provisionen, Lizenzgebühren, Ausgangsfrachten und sonstige Kosten für den Abtransport von Gütern durch fremde Unternehmen, Porto- und Postgebühren, Ausgaben für durch Dritte durchgeführte Beförderung der Beschäftigten zwischen Wohnsitz und Arbeitsplatz, Versicherungsprämien, Prüfungs-, Beratungs- und Rechtskosten, Bankspesen, Beiträge zur Industrie- und Handelskammer, zur Handwerkskammer, zu Wirtschaftsverbänden u.dgl.; nicht einbezogen sind Kosten für Büro- und Werbematerial, Energieverbrauch, kalkulatorische Kosten und außerordentliche und betriebsfremde Aufwendungen.

Transportkosten, die bei der Anlieferung von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen usw. durch fremde Unternehmen entstanden sind, rechnen zum Materialverbrauch und Wareneinsatz. Die Kosten für den eigenen Fuhrpark sind auf die einzelnen Kostenpositionen aufgegliedert, u.U. geschätzt bei Sammelkonten. Bei Selbstabholung von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen u. dgl. bleiben die eigenen Transportkosten bei den Material- und Wareneingängen und Material- und Warenbeständen unberücksichtigt und gehen deshalb nicht in den ermittelten Materialverbrauch und Wareneinsatz ein.

Mit Ausnahme der Provisionen an Angestellte, die in der Bruttogehaltssumme enthalten sind, rechnen alle übrigen Provisionen zu den sonstigen Kosten.

Zu den Bankspesen zählen z.B. Kontoführungsgebühren, Wechselspesen (ohne Diskont), Gebühren für Scheck- und Überweisungsvordrucke, Depotgebühren usw., nicht aber Zinsen für geliehenes Kapital, Kontokorrentzinsen und Überziehungsprovisionen.

Nicht zu den sonstigen Kosten zählen z.B. Einkommen-, Körperschaft-, Vermögen- und Erbschaftsteuer sowie Lastenausgleichsabgaben, an Abnehmer gewährte Preisnachlässe wie Rabatte, Boni, Skonti, Retouren sowie auf begründeten Beanstandungen beruhende Abzüge.

Indirekte Steuern sind im wesentlichen die Kunden in Rechnung gestellte Umsatzsteuer minus der abzugsfähigen Umsatzsteuer (Vorsteuer) auf Käufe von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, nicht aktivierte Wirtschaftsgüter und Handelsware sowie die Kostensteuern ohne Vermögensteuer. Subventionen sind Zuwendungen, die Bund, Länder und Gemeinden oder Einrichtungen der Europäischen Gemeinschaften ohne Gegenleistung an Unternehmen für laufende Produktionszwecke gewähren. Zu Einzelheiten siehe unter >>> indirekte Steuern abzüglich Subventionen.

Kraftfahrzeuganhänger

Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeuganhängerbestandes

Datennachweis: ab 1952

Begriffsinhalt:

Fahrzeuge, die nach ihrer Bauart dazu bestimmt sind, hinter Kraftfahrzeugen gezogen zu werden, mit Ausnahme von betriebsuntüchtigen Fahrzeugen, die abgeschleppt werden, und von Abschleppachsen. Sattelanhänger dagegen sind einbezogen.

Nicht zulassungspflichtige Anhänger (Anhänger von Zugmaschinen, die nicht mehr als 25 km/h fahren, Arbeitsanhänger, fahrbare Baubuden, Anhänger für Straßenreinigung und Feuerlöschzwecke sowie weitere in der Straßenverkehrs-, Zulassungs-Ordnung aufgeführte Anhänger) werden nicht einbezogen, sofern sie nicht auf Antrag dem Zulassungsverfahren unterworfen wurden.

Bei den Neuzulassungen (>>> Neuzulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge und -anhänger) werden fabrikneue Kraftfahrzeuganhänger erfasst, denen im Berichtszeitraum ein amtliches Kennzeichen zugeteilt wurde.

Der Fahrzeugbestand umfasst die zugelassenen oder nur vorübergehend, d.h. bis zu einem Jahr, abgemeldeten Kraftfahrzeuganhänger an einem bestimmten Stichtag.

Bei den Besitzumschreibungen (>>> Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge und -anhänger) werden gebrauchte Kraftfahrzeuganhänger nachgewiesen, die im Berichtszeitraum auf einen anderen Fahrzeughalter übergegangen sind, sofern der Standort des Fahrzeugs vor und nach dem Halterwechsel im Bundesgebiet liegt.

Kraftfahrzeuge

Außenhandelsstatistik

Datennachweis: 1960 bis 1974

Begriffsinhalt:

Zu den Kraftfahrzeugen im Rahmen der Investitionsgüter rechnen im wesentlichen Personenkraftwagen über 1,5 l Hubraum, Liefer- und Lastkraftwagen, Kombinationskraftwagen, Zugmaschinen, Anhänger, Kraftomnibusse, Feuerwehr- und Kommunalfahrzeuge sowie Fahrgestelle für Kraftomnibusse.

Begriffsbeziehungen:

Zur Abgrenzung der Kraftfahrzeuge von den >>> Straßenfahrzeugen (Außenhandelsstatistik) siehe dort.

Kraftfahrzeugsteuer

1. Statistik über den Steuerhaushalt

Datennachweis: ab 1972

2. Finanzberichte des Bundesministeriums der Finanzen

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

>>> Landessteuer, die den motorisierten Straßenverkehr belastet und weitgehend durch die Kosten motiviert ist, die der öffentlichen Hand durch die Bereitstellung des Straßennetzes entstehen.

Rechtsgrundlage für die Kraftfahrzeugsteuer sind das Kraftfahrzeugsteuergesetz 1979 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch das Steueränderungsgesetz 1992 vom 25.02.1992 (BGBl. I S. 297).

Der Kraftfahrzeugsteuer unterliegt in erster Linie das Halten von Fahrzeugen zum Verkehr auf öffentlichen Straßen; das Halten ist gleichbedeutend mit dem verkehrsrechtlich gegebenen Recht zur Benutzung des Fahrzeugs. Die Steuerpflicht beginnt mit der Zulassung und endet mit der Abmeldung des Fahrzeugs bei der Zulassungsbehörde.

Die Kraftfahrzeugsteuer wird bei Krafträdern und bei Personenkraftwagen nach dem Hubraum, bei allen anderen Fahrzeugen (insbesondere also bei Lkw und Anhängern) nach dem verkehrsrechtlich zulässigen Gesamtgewicht berechnet.

Die Kraftfahrzeugsteuer - als Jahressteuer - beträgt bei Krafträdern 3,60 DM für jede angefangenen 25 ccm Hubraum sowie bei Personenkraftwagen, die vor dem 1. 1. 1986 erstmals zum Verkehr zugelassen worden sind, 18,80 DM und bei Personenkraftwagen, die ab 1. 1. 1986 erstmals zum Verkehr zugelassen worden sind, 21,60 DM für jede angefangenen 100 ccm Hubraum (bei einem Pkw mit 1 486 ccm Hubraum also $15 \times 18,80 \text{ DM} = 282,- \text{ DM}$ bzw. $15 \times 21,60 \text{ DM} = 324,- \text{ DM}$). Als schadstoffarm anerkannte Personenkraftwagen mit Benzinmotor werden mit einem Steuersatz von 13,20 DM besteuert. Dieser Steuersatz gilt auch für bedingt schadstoffarme Personenkraftwagen der Stufe A soweit sie vor dem 1. Oktober 1986 erstmals zugelassen und vor dem 1. Januar 1988 als bedingt schadstoffarm der Stufe A anerkannt wurden. Dies gilt auch für "bedingt schadstoffarm Stufe C" anerkannte Personenkraftwagen, die bis 30. September 1990 erstmals zugelassen wurden. Die Kraftfahrzeugsteuersätze für Personenkraftwagen mit Dieselmotor sind seit dem 1. Januar 1989 um 8,40 DM und seit dem 1. Juli 1991 um weitere 8,- DM je angefangene 100 cm³ Hubraum höher. Dies ist ein kapitalisierter Ausgleichsbetrag für die - aus EG-Gründen - niedrigere Mineralölbelastung des Dieselmotors. Die Nachrüstung von vor dem 1. Januar 1991 erstmals zugelassenen Personenkraftwagen mit Ottomotor wird einmalig - in Abhängigkeit von der zur Abgasreinigung eingesetzten Technik und dem erreichten Stand der Schadstoffminderung - durch einen Förderungsbetrag zwischen 550 DM und 1 200 DM gefördert. In Abhängigkeit von der Höhe des Förderungsbetrages müssen die für Mittelklassewagen gültigen Werte oder Werte der US-Norm oder strenger EG-Normen erfüllt sein. Personenkraftwagen mit Dieselmotor, die als "besonders schadstoffarm" anerkannt sind, erhalten bei einer Erstzulassung in der Zeit vom 1.1.1989 bis 31.7.1992 eine hubraumabhängige zeitlich befristete Kraftfahrzeugsteuerbefreiung. Unabhängig vom Datum der Erstzulassung wird eine zeitlich befristete Kraftfahrzeugsteuerbefreiung gewährt, wenn der Diesel-Pkw nach den Feststellungen der Zulassungsbehörde die abgasmäßigen Voraussetzungen durch Nachrüstung in der Zeit vom 1.1.1989 bis 31.7.1992 erfüllt.

Bei den Fahrzeugen, die nach dem Gesamtgewicht besteuert werden, beträgt die Jahressteuer von dem Gesamtgewicht bis zu 2 000 kg 22,- DM für jede angefangenen 200 kg. Für die über 2 000 kg liegenden Teile des Gesamtgewichts steigt der Steuersatz - immer für angefangene 200 kg - progressiv an, wobei die Progression ab 7 000 kg Gesamtgewicht für Fahrzeuge mit mehr als zwei Achsen weniger stark ist als für Fahrzeuge mit nicht mehr als zwei Achsen. Beispiele: Jahressteuer für Lkw mit 7 t Gesamtgewicht 882,50 DM und für Lkw mit 16 t Gesamtgewicht bei zwei Achsen 3 407,50 DM, bei drei Achsen 2 957,50 DM.

Von der Kraftfahrzeugsteuer befreit ist u.a. das Halten von Feuerlösch-, Krankentransport-, Müllabfuhr- und Straßenunterhaltungsfahrzeugen sowie von Fahrzeugen, die im Dienst der Bundeswehr, des Bundesgrenzschutzes, der Polizei oder des Zollgrenzdienstes verwendet werden.

Die Kraftfahrzeugsteuer wird im früheren Bundesgebiet vom Finanzamt durch schriftlichen Steuerbescheid festgesetzt. In den neuen Ländern und Berlin-Ost ist die Kraftfahrzeugsteuer im sogenannten Steuermarkenverfahren vom Fahrzeughalter selbst zu berechnen und durch Kauf von Steuermarken und Einkleben in die Steuerkarte zu entrichten.

Bei Verlust der Steuerkarte wird kein Ersatz geleistet. In Abweichung vom Steuermarkenverfahren können Fahrzeughalter von mehr als 50 Fahrzeugen auf Antrag und mit Genehmigung des Finanzamts die Steuer in einem besonderen Abrechnungsverfahren entrichten. Sie ist grundsätzlich für ein Jahr im Voraus zu entrichten, kann aber, wenn die Jahressteuer mehr als 1 000 DM beträgt, auch für die Dauer eines Halbjahres und, wenn die Jahressteuer mehr als 2 000 DM beträgt, auch für die Dauer eines Vierteljahres entrichtet werden. Bei Entrichtung für kürzere Zeiträume muß ein Aufgeld (3 oder 6 v.H.) bezahlt werden.

Endet die Steuerpflicht vorzeitig, wird die Steuer im früheren Bundesgebiet für den Zeitabschnitt bis zur Beendigung der Steuerpflicht neu festgesetzt; überzahlte Beträge werden erstattet. Endet die Steuerpflicht in den neuen Ländern und Berlin-Ost vorzeitig, werden überzahlte Beträge auf Antrag für volle Monate, in denen keine Steuerpflicht bestand, erstattet.

Änderungen im Zeitablauf:

Die Höhe der Steuersätze, die für die einzelnen Kraftfahrzeugarten unterschiedlich hoch sind, sind im Zeitablauf mehrfach geändert worden.

Die obligatorische Umstellung auf jährliche Vorauszahlung ab 1979 beeinflusste die Aufkommensentwicklung im Jahresverlauf stark.

Vor der Einführung differenzierter Steuersätze für verschiedene Pkw ab 1. Juli 1985 durch das Gesetz über steuerliche Maßnahmen zur Förderung des schadstoffarmen Personenkraftwagens vom 22. 5. 1985 (BGBl. I S. 784) betrug der einheitliche Steuersatz für Pkw mit Hubkolbenmotor 14,40 DM je 100 ccm Hubraum.

3. Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte

Datennachweis: ab 1965

Begriffsinhalt:

Je Haushalt und Monat gezahlte Kraftfahrzeugsteuern (Steuern auf die Haltung von Kraftfahrzeugen).

Die hier erfaßten Kraftfahrzeugsteuern sind nicht um etwaige Rückzahlungen von Kraftfahrzeugsteuern durch das Finanzamt vermindert; diese Rückzahlungen werden vielmehr gesondert als Einnahme unter der Position >>> einmalige Einkommensübertragungen vom Staat berücksichtigt.

Kraftfahrzeugsteuern, die Betriebsausgaben darstellen, werden nicht erfaßt.

Kraftomnibusse und Obusse

Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeuganhängerbestandes

Datennachweis: ab 1952

Begriffsinhalt:

Mehrspurige Kraftfahrzeuge, die nach Bauart und Einrichtung zur Beförderung von Personen im Straßenverkehr bestimmt sind und über mindestens zehn Sitzplätze einschließlich Fahrersitz verfügen, unabhängig davon, ob die Kraftfahrzeuge ihre Antriebsenergie einer Fahrleitung entnehmen (Obusse) oder sie mit sich führen (Kraftomnibusse).

In der Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeuganhängerbestandes sind die folgenden Besonderheiten zu beachten:

Bei den Neuzulassungen (>>> Neuzulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge und -anhänger) werden fabrikneue Kraftomnibusse und Obusse erfaßt, denen im Berichtszeitraum ein amtliches Kennzeichen zugeteilt wurde.

Der >>> Fahrzeugbestand umfaßt die zugelassenen oder nur vorübergehend, d.h. bis zu einem Jahr, abgemeldeten Kraftomnibusse und Obusse an einem bestimmten Stichtag.

Bei den Besitzumschreibungen (>>> Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge und -anhänger) werden gebrauchte Kraftomnibusse und Obusse erfaßt, die im Berichtszeitraum auf einen anderen Fahrzeughalter übergegangen sind, sofern der Standort des Fahrzeugs vor und nach dem Halterwechsel im Bundesgebiet liegt.

Begriffsbeziehungen:

Im Unterschied zum Bestand an Kraftomnibussen und Obussen umfassen der Bestand an >>> Kraftomnibussen und Personenkraftwagen sowie der Bestand an >>> Obussen (beide Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr) die bei den Unternehmen des Straßenpersonenverkehrs verfügbaren Fahrzeuge.

Kraftomnibusse und Personenkraftwagen

Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr

Datennachweis: 1952 bis 1980

Begriffsinhalt:

Mehrspurige Kraftfahrzeuge, die nach Bauart und Einrichtung zur Beförderung von Personen einschließlich ihres Reisegepäckes geeignet und bestimmt sind, soweit sie den zur Statistik des Straßenpersonenverkehrs (Unternehmensstatistik) auskunftspflichtigen >>> Unternehmen verfügbar sind:

Nachgewiesen werden Kraftomnibusse, verfügbare Personenkraftwagen mit Genehmigung für den >>> Linienverkehr sowie verfügbare Personenkraftwagen mit genau 8 Fahrgastplätzen, soweit sie bei Unternehmen des Kraftomnibusverkehrs im >>> Gelegenheitsverkehr eingesetzt werden.

Als verfügbar gelten die eigenen, zuzüglich der angemieteten und abzüglich der vermieteten Fahrzeuge. Jedes am Erhebungsstichtag auch nur stundenweise angemietete Fahrzeug wird einbezogen, während jedes am Stichtag - und sei es nur für Stunden - vermietete Fahrzeug von der Erfassung ausgeschlossen wird.

Begriffsbeziehungen:

Im Unterschied zu den Kraftomnibussen und Personenkraftwagen werden beim Bestand an >>> Personenkraftwagen (Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeuganhängerbestandes) alle Personen-

kraftwagen bis zu höchstens 9 Sitzplätzen, die zugelassen oder nur vorübergehend, d.h. bis zu einem Jahr, abgemeldet sind, erfaßt. Der Bestand an >>> Kraftomnibussen und Obussen (Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeuganhängerbestandes) umfaßt alle Kraftomnibusse und Obusse, die zugelassen oder nur vorübergehend abgemeldet sind. Die Kraftomnibusse sind im Unterschied zu den Obussen nicht an eine Fahrleitung gebunden.

Krafträder

Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeuganhängerbestandes

Datennachweis: ab 1952

Begriffsinhalt:

Einspurige Kraftfahrzeuge zur Beförderung von Personen und/oder Sachen.

Durch den Anbau eines Beiwagens oder seitlicher Stützräder wird der Begriff der Einspurigkeit nicht berührt. Motorroller (Kraftroller) zählen ebenfalls zu den Krafträdern.

Bei den Neuzulassungen (>>> Neuzulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge und -anhänger) werden fabrikneue Krafträder erfaßt, denen im Berichtszeitraum ein amtliches Kennzeichen zugeteilt wurde.

Der >>> Fahrzeugbestand umfaßt die zugelassenen oder nur vorübergehend, d.h. bis zu einem Jahr, abgemeldeten Krafträder an einem bestimmten Stichtag.

Bei den Besitzumschreibungen (>>> Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge und -anhänger) werden gebrauchte Krafträder erfaßt, die im Berichtszeitraum auf einen anderen Fahrzeughalter übergegangen sind, sofern der Standort des Fahrzeugs vor und nach dem Halterwechsel im Bundesgebiet liegt.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1972 wurden nur Krafträder mit einem Hubraum von mehr als 50 ccm nachgewiesen.

Krafträder, Fahrräder und Bereifungen

Außenhandelsstatistik

Datennachweis: 1970 bis 1978

Begriffsinhalt:

Ausgewählte Waren (Warennummern) des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik, die im wesentlichen den Warenklassen

Krafträder	Warenklasse	3317
Fahrräder	"	3351
Kinderwagen	"	3361

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1970, entsprechen und zu den >>> Verbrauchsgütern zählen.

Als Verbrauchsgüter gelten Waren, die von der Industrie hergestellt werden, als technisch fertig (verbrauchsreif) angesehen werden und überwiegend von den privaten Haushalten verbraucht werden.

Im wesentlichen zählen dazu: Krafträder (Motorräder, Motorroller, Mopeds, Fahrräder mit Hilfsmotor), Fahrräder, Kinderwagen sowie Bereifungen für diese Fahrzeuge.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) umgeschlüsselt.

Da im WI die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.

Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Investitionsgütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Berechnung des Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitionsgüter und Verbrauchsgüter getroffen wurde.

Krafträder und Fahrräder

1.1 Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter

Datennachweis: 1962 bis 1976

1.2 Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter

Datennachweis: ab 1970

Begriffsinhalt:

Ausgewählte Waren/Güter (Waren-/Güterarten) aus den Waren-/Güterklassen

Krafträder und Motorroller	Waren-/Güterklasse	3371
Fahrräder	"	3375

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken, die zu den >>> Verbrauchsgütern zählen.

Als Verbrauchsgüter gelten Waren/Güter, die von der "Industrie" hergestellt werden, als technisch fertig (verbrauchsreif) angesehen werden und überwiegend von den privaten Haushalten verbraucht werden.

Im wesentlichen rechnen dazu Krafträder, Motorroller, Mopeds, Mofas, Fahrräder und Reparaturen an diesen Fahrzeugen.

2. Außenhandelsstatistik

Datennachweis: ab 1960

Begriffsinhalt:

Wie unter 1., jedoch ohne Reparaturen, aber einschließlich Krankenfahrstühle und Bereifungen für Fahrräder, Mopeds und Kleinkrafträder.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) umgeschlüsselt. Da im WI bzw. GP die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.

Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Investitionsgütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Berechnung des Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitionsgüter und Verbrauchsgüter getroffen wurde.

Begriffsbeziehungen:

Die Begriffe Krafträder, Fahrräder sowie >>> Krafträder, Fahrräder und Bereifungen (Außenhandelsstatistik) unterscheiden sich in einigen Waren. Nur zu den Krafträdern und Fahrrädern zählen die Krankenfahrstühle. Nur zu den Krafträdern, Fahrrädern und Bereifungen zählen Bereifungen bis 8 Zoll Felgendurchmesser.

Krankenhäuser

1. Krankenhausstatistik

Datennachweis: ab 1953

Begriffsinhalt:

Anstalten, in denen Kranke untergebracht werden und in denen durch ärztliche Hilfeleistung erstrebt wird, Krankheiten, Leiden oder Körperschäden festzustellen, zu heilen oder zu lindern, sowie Entbindungsheime mit regelmäßiger ärztlicher Behandlung.

Einbezogen werden auch einige Krankenhäuser ohne >>> Betten sowie z.T. auch Krankenhäuser, die vorwiegend nur bestimmten Personengruppen zur Verfügung stehen, wie die Krankenhäuser und -abteilungen in Justizvollzugsanstalten und die Bundeswehrkrankenhäuser.

Nicht zu den Krankenhäusern zählen Einrichtungen, in denen nur eine ärztliche Überwachung ohne regelmäßige ärztliche Behandlung stattfindet, z.B. Anstalten zur Unterbringung Gesunder, Erholungsbedürftiger, Gebrechlicher, tuberkulosegefährdeter Kinder, ferner Anstalten, die vorwiegend der Erziehungs- oder Wirtschafts-

fürsorge dienen, wie Waisenhäuser, Mutter- und Wöchnerinnenheime, Entbindungsheime unter der Betreuung von Hebammen ohne regelmäßige ärztliche Betreuung, Altersheime usw.

Die Krankenhäuser werden nach der Art ihrer Träger in öffentliche, freie gemeinnützige und private Krankenhäuser unterschieden.

Zu den öffentlichen Krankenhäusern zählen Krankenhäuser, die von den Gebietskörperschaften (Bund, Land, Landschaftsverband, Gemeindeverband, Kreis, Gemeinde), von Zusammenschlüssen solcher Körperschaften (z.B. Arbeitsgemeinschaft, Zweckverband) oder von Sozialversicherungsträgern (u.a. Landesversicherungsanstalt, Berufsgenossenschaft) betrieben oder von den genannten Trägern überwiegend finanziell unterhalten werden.

Freie gemeinnützige Krankenhäuser sind solche, die von Kirchengemeinden, kirchlichen und weltlichen Vereinigungen, Genossenschaften sowie von Stiftungen getragen werden.

Als private Krankenhäuser rechnen Krankenhäuser, die aufgrund § 30 Reichsgewerbeordnung von einer höheren Verwaltungsbehörde konzessioniert sind.

Änderungen im Zeitablauf:

Bundeswehrkrankenhäuser werden erst seit 1971 einbezogen.

2.1 Rechnungsstatistik

Datennachweis: 1950 bis 1974

2.2 Haushaltsansatzstatistik

Datennachweis: ab 1970

Begriffsinhalt:

Aufgabenbereich mit den Ausgaben für

- Krankenhäuser und Heilstätten, Kliniken, Sanatorien sowie für Krankenhäusern angeschlossene Wirtschaftseinheiten und Hilfsbetriebe (z.B. Wäschereien, Schwesternwohnheime und -schulen, Apotheken);
- die Kostenbeteiligung an Krankenhäusern anderer Träger;
- Zuweisungen und Zuschüsse an Krankenhäuser mit Sonderrechnung.

Nicht enthalten sind Ausgaben für Hochschulkliniken, die im Aufgabenbereich >>> Hochschulen nachgewiesen werden.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis 1973 liegen für Gemeinden mit weniger als 3 000 Einwohnern keine Angaben vor.

In der Haushaltsansatzstatistik liegen im kommunalen Bereich Angaben nur für Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und die Gemeindeverbände in den Jahren 1970 bis 1973 vor.

Die Finanzen der öffentlichen Krankenhäuser, die insbesondere seit 1976 wegen der Umstellung ihres Rechnungswesens auf die kaufmännische doppelte Buchführung aus dem Berichtskreis der Finanzstatistik ausgeschieden sind, wurden für die Rechnungsstatistik von 1976 bis 1978 schätzungsweise ermittelt und sind in den Ausgaben enthalten.

Ab dem Rechnungsjahr 1979 werden sie aufgrund einer Erweiterung des finanzstatistischen Gesetzes wieder direkt in der Rechnungsstatistik erfaßt und nachgewiesen.

3. Schwangerschaftsabbruchstatistik

Datennachweis: ab 1977

Begriffsinhalt:

Krankenhäuser, in denen u. a. >>> Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden.

Bei den Krankenhäusern, in denen Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden, wird unterschieden zwischen Fachkrankenhäusern bzw. Fachabteilungen für Gynäkologie und sonstigen Krankenhäusern z.B. Belegkrankenhäuser, in denen niedergelassene Gynäkologen als Belegärzte Schwangerschaftsabbrüche durchführen.

Im Gegensatz zur >>> gynäkologischen Praxis bedarf ein Krankenhaus zur Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen keiner besonderen Zulassung durch die zuständigen Gesundheitsbehörden.

Krankenhilfe, Hilfe bei Schwangerschaft oder bei Sterilisation, Hilfe zur Familienplanung

Statistik der Sozialhilfe

Datennachweis: ab 1963

Begriffsinhalt:

Die Krankenhilfe umfaßt ärztliche und zahnärztliche Behandlung, Versorgung mit Arzneimitteln, Verbandmitteln und Zahnersatz, Krankenhausbehandlung sowie sonstige zur Genesung, zur Besserung oder zur Linderung der Krankheitsfolgen erforderliche Leistungen.

Bei einem nichtrechtswidrigen Schwangerschaftsabbruch oder bei einer nichtrechtswidrigen Sterilisation durch einen Arzt wird Hilfe in Form von ärztlicher Beratung über die Erhaltung und den Abbruch der Schwangerschaft, ärztliche Untersuchung und Begutachtung zur Feststellung der Voraussetzungen für eine nichtrechtswidrige Sterilisation oder für einen nichtrechtswidrigen Schwangerschaftsabbruch, ärztliche Behandlung, Versorgung mit Arznei-, Verband- und Heilmitteln sowie Krankenhauspflege gewährt.

Im Rahmen der Hilfe zur Familienplanung werden die Kosten der notwendigen ärztlichen Beratung einschließlich der erforderlichen Untersuchung und Verordnung sowie die Kosten der ärztlich verordneten empfängnisregelnden Mittel übernommen. Zu Einzelheiten siehe §§ 37, 37a und 37b Bundessozialhilfegesetz. Nachgewiesen werden die Ausgaben für diese Hilfearten und die Empfänger. Zu den Ausgaben rechnen auch die Aufwendungen der Geschlechtskrankenfürsorge in Hamburg.

Zu den Empfängern zählen alle Personen, die im Laufe des Berichtsjahres eine der genannten Hilfeleistungen erhalten haben. Personen, die mehrere dieser Hilfeleistungen oder die gleiche Hilfeleistung mehrmals erhalten haben, werden nur einmal bei den Empfängern der Hilfeart Krankenhilfe, Hilfe bei Schwangerschaft oder bei Sterilisation, Hilfe zur Familienplanung gezählt, und zwar unabhängig davon, ob ihnen noch eine weitere Hilfeart im Rahmen der >>> Hilfe in besonderen Lebenslagen und/oder der >>> Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt wurde.

Änderungen im Zeitablauf:

Die Zahl der Empfänger der hier zusammengefaßten Hilfeleistungen und die Höhe der Aufwendungen für diese sind im Zeitablauf von verschiedenen Änderungen der für die Sozialhilfe geltenden Rechtsvorschriften (u.a. von Änderungen der Anspruchsvoraussetzungen, von Leistungsverbesserungen, Heraufsetzung der für diese Hilfearten geltenden Einkommensgrenzen) beeinflusst worden.

Im einzelnen traten u.a. folgende Änderungen ein: Zum 1.9.1965 wurde die besondere Einkommensgrenze nach § 81 Bundessozialhilfegesetz (BSHG) heraufgesetzt, zum 1.10.1969 wurden die Höhe der gewährten Leistungen der Sozialhilfe an die allgemeine wirtschaftliche und soziale Entwicklung angepaßt und die Einkommensgrenzen erhöht. Zum 1.4.1974 wurden die Einkommensgrenzen nach § 81 BSHG weiter angehoben. Auch die seit diesem Zeitpunkt erschwerte Heranziehung Unterhaltsverpflichteter hat sich statistisch auf die Zahl der Empfänger und die Höhe der Aufwendungen ausgewirkt.

Die Hilfe bei Schwangerschaft oder bei Sterilisation sowie die Hilfe zur Familienplanung sind zum 1.12.1975 eingeführt worden.

1963 wurden die Ausgaben des Landschaftsverbandes Rheinland für Geisteskranke und Suchtkranke nicht unter der Krankenhilfe erfaßt, sondern zur >>> Hilfe zur Pflege gerechnet.

Ab 1982 sollen die Leistungen der Krankenhilfe nach dem BSHG denen entsprechen, die nach den Vorschriften über die gesetzliche Krankenversicherung gewährt werden.

Krankenpflegepersonen

1. Statistik der Berufe des Gesundheitswesens

Datennachweis: ab 1953

Begriffsinhalt:

Zu den Krankenpflegepersonen rechnen berufstätige Krankenschwestern und -pfleger, Kinderkrankenschwestern bzw. -pfleger und Krankenpflegehelferinnen und -helfer. Es werden nur die Personen erfaßt, die diese Berufe auch ausüben. Nicht einbezogen werden die Krankenpflegepersonen, die noch in Ausbildung sind (z.B. Krankenschwesternschülerinnen). Einbezogen werden Personen, die aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen berechtigt sind, die jeweilige Berufsbezeichnung zu führen (zu Einzelheiten siehe Krankenpflegegesetz). Zu

den Krankenschwestern rechnen auch die Gemeindeschwestern und die in der Geisteskrankenpflege Beschäftigten.

Änderungen im Zeitablauf:

Die oben genannten Pflegeberufe werden seit 1976 erfaßt. In früheren Jahren zählten - neben den Krankenschwestern bzw. -pflegern und den Kinderkrankenschwestern bzw. -pflegern, die in allen Jahren einbezogen wurden weitere Personengruppen zu den Krankenpflegepersonen: Bis einschl. 1957 waren dies die Wochenpflegerinnen und die Säuglings- und Kinderpflegerinnen, von 1958 bis einschl. 1963 außerdem die sonstigen Pflegekräfte ohne staatliche Prüfung. 1964 zählten zu den weiteren Personengruppen die Säuglings- und Kinderpflegerinnen, die sonstigen Pflegekräfte ohne staatliche Prüfung und erstmals die Krankenpflegehelferinnen und -helfer, nicht aber mehr die Wochenpflegerinnen. Von 1965 bis einschl. 1975 umfaßten die weiteren Personengruppen nur die sonstigen Pflegekräfte ohne staatliche Prüfung und die Krankenpflegehelferinnen und -helfer. Seit 1960 stehen für Bremen nur Angaben über die in Krankenhäusern und überwiegend bei Behörden und Anstalten des öffentlichen Rechts Beschäftigten zur Verfügung. Verschiedentlich wurden Personengruppen unvollständig erfaßt: Für die Säuglings- und Kinderpflegerinnen fehlen für 1953 die Angaben für Hamburg und Bayern und für die Jahre 1955 bis 1960 die Zahlen für Bayern. Für die Wochenpflegerinnen liegen von 1959 bis 1961 keine Angaben für Hessen vor. Die Krankenpflegehelfer und -helferinnen wurden 1964 und 1965 zunächst nur in einigen Bundesländern erfaßt.

Begriffsbeziehungen:

Siehe unter 2.

2. Krankenhausstatistik

Datennachweis: ab 1953

Begriffsinhalt:

Zu den im Krankenhaus tätigen Krankenpflegepersonen rechnen die in >>> Krankenhäusern beschäftigten Krankenschwestern und -pfleger, Kinderkrankenschwestern bzw. -pfleger, Krankenpflegehelferinnen und -helfer, Säuglings- und Kinderpflegerinnen sowie die sonstigen Pflegepersonen ohne staatliche Prüfung. Nicht erfaßt werden die Krankenpflegepersonen, die noch in Ausbildung sind (z.B. Krankenschwesternschülerinnen). Zu den sonstigen Pflegekräften ohne staatliche Prüfung rechnen alle Personen, die die Krankenpflege berufsmäßig ausüben, ohne zur Führung einer der genannten Berufsbezeichnung berechtigt zu sein.

Änderungen im Zeitablauf:

Aufgrund anderer Berufsbezeichnungen setzte sich bis einschl. 1964 das erfaßte Pflegepersonal aus den Krankenschwestern bzw. -pflegern, den Kinderkrankenschwestern und den sonstigen Pflegekräften zusammen. Für 1964 fehlen die Angaben über Krankenpflegehelfer bzw. -helferinnen in vier, für 1965 in einem Bundesland. Von 1966 bis 1968 fehlen die Zahlen über Säuglings- und Kinderpflegerinnen in Hessen.

Begriffsbeziehungen:

Während zu den "im Krankenhaus tätigen Krankenpflegepersonen" (Krankenhausstatistik) nur das in Krankenhäusern beschäftigte Pflegepersonal zählt, werden zu den "Krankenpflegepersonen" (Statistik der Berufe des Gesundheitswesens) alle in bestimmten Pflegeberufen tätigen Personen gerechnet, allerdings ohne die Säuglings- und Kinderpflegerinnen und die sonstigen Pflegekräfte ohne staatliche Prüfung.

Krankenversicherung

Sozialbudget der Bundesrepublik Deutschland

Datennachweis: ab 1965

Begriffsinhalt:

Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung einschl. der Leistungen des Bundes nach dem Mutterschaftsgesetz. Träger der gesetzlichen Krankenversicherung sind die Orts- und Betriebskrankenkassen (einschl. der Betriebskrankenkassen der Deutschen Bundesbahn, der Deutschen Bundespost und des Bundesverkehrsministeriums), die See- und Innungskrankenkassen, landwirtschaftliche und ausländische Krankenkassen sowie die Bundesknappschaft und Ersatzkassen. Anspruchsberechtigt sind alle pflichtversicherten und alle freiwillig versicherten Personen, einschl. pflichtversicherter Studenten und Praktikanten, Dienstleistenden im Wehr- und Zivil- sowie Grenzschutzpflichtdienst, ferner alle mitversicherten abhängigen Familienmitglieder. Ebenfalls anspruchsberechtigt sind Arbeitslose, die - sofern sie Arbeitslosengeld oder -hilfe erhalten - von ih-

rem zuständigen Arbeitsamt weiterversichert werden, Rentner der Arbeiter- und Angestelltenversicherung oder der knappschaftlichen Rentenversicherung, die in der Regel krankenversichert sind (einschl. der in der landwirtschaftlichen Krankenkasse pflichtversicherten nicht mehr erwerbstätigen Altenteiler) sowie Sozialhilfe- oder Unterhaltshilfeempfänger und Kriegsschadenrentner. Zu den Sachleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung zählen u.a. die ärztliche und zahnärztliche ambulante Behandlung und die ambulante Behandlung durch sonstige Heilpersonen, Arzneimittel aus Apotheken, sonstige Heil- und Hilfsmittel, Zahnersatz, Krankenhauspflege, Mutterschutzleistungen sowie Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten. Als Einkommensleistungen werden insbesondere das Krankengeld, das Mutterschaftsgeld während der Schutzfrist und das Sterbegeld sowie Betriebs- und Haushaltshilfen gewährt. Hierzu nehmen auch die von 1979 bis 1985 gewährten Zahlungen von Mutterschaftsgeld bei Mutterschaftsurlaub, die den Krankenkassen vom Bund erstattet wurden. Das Mutterschaftsgeld für die Zeit des Mutterschaftsurlaubs wird nicht mehr gewährt, stattdessen wird seit Januar 1986 Erziehungsgeld gezahlt; diese Leistungen werden im Sozialbudget jedoch gesondert nachgewiesen (zu Einzelheiten siehe unter >>> Erziehungsgeld).

Änderungen im Zeitablauf:

Die Entwicklung der Leistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung wird im wesentlichen bestimmt durch gesetzliche Regelungen, wirtschaftliche Einflüsse, Verhaltensweisen der Beteiligten, durch Maßnahmen der Sozialversicherungsträger, den Empfehlungen der konzertierten Aktion im Gesundheitswesen (§ 405a RVO), Vereinbarungen der Verbände sowie kurz- und längerfristige Änderungen der Morbidität. Zu den bedeutendsten Leistungsveränderungen gehören u.a.

- die Einführung der Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall ab Juli 1969,
- die Einführung von Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten sowie die Einführung eines Arbeitgeberanteils zum Beitrag freiwillig versicherter Angestellter und das Beitrittsrecht für nichtversicherungspflichtige Angestellte ab 1971,
- die Einbeziehung selbständiger Landwirte und deren mitarbeitenden Familienangehörigen sowie der Altenteiler in die Krankenversicherung ab Oktober 1972,
- die Aufhebung der Begrenzung der Krankenhauspflege, die Gewährung von Haushaltshilfe sowie die Einführung einer Zahlung von Krankengeld bei Verdienstausschlag und Freistellung von der Arbeit bei Betreuung eines erkrankten Kindes ab 1974,
- die Einbeziehung der Versorgung mit Zahnersatz in den Bereich der kassenärztlichen Versorgung aufgrund eines Urteils des Bundessozialgerichts vom 24. Januar 1974,
- die ärztliche Hilfe bei Schwangerschaftsabbruch und die ärztliche Beratung über Fragen der Empfängnisregelung ab 1975,
- die Zahlung eines Mutterschaftsgeldes bis zu 750 DM pro Monat für die Zeit des Mutterschaftsurlaubs nach dem Mutterschaftsurlaubsgesetz von 1979 bis 1985.
- die erweiterte Beitragspflicht der Rentner für die Rente vergleichbare Einkommen (Versorgungsbezüge) ab 1. Januar 1983 sowie die verschiedensten Maßnahmen der Kostendämpfung, wie die Beteiligung an den Arzneikosten und die Begrenzung der Zuschüsse für Zahnersatz aufgrund des Kostendämpfungsgesetzes vom 1. Juli 1977.

Krankheit

Sozialbudget der Bundesrepublik Deutschland

Datennachweis: ab 1965

Begriffsinhalt:

Leistungen bei Beeinträchtigung der >>> Gesundheit (außer bei >>> Arbeitsunfall/Berufskrankheit), die der Linderung oder Wiederherstellung dienen, einschl. der Geldleistungen bei Arbeitsunfähigkeit. Zu den Leistungen bei Krankheit zählen außer dem betrieblichen Gesundheitsdienst und der Beratung und Betreuung, im wesentlichen die ärztlichen und zahnärztlichen Leistungen (ambulant und in Anstalten), die Behandlung durch sonstige Heilpersonen (ambulant und in Anstalten), Heilmittel, Zahnersatz, die Unterbringung und Verpflegung bei Anstaltsaufenthalten, Fahrtkosten und die >>> Hilfe zur Pflege. Ebenso gehören die Zahlung von Übergangs- und Krankengeld sowie die >>> Entgeltfortzahlung zu den Leistungen bei Krankheit. Im Sozialbudget rechnen die Leistungen bei Krankheit gemeinsam mit den Leistungen zur >>> Vorbeugung, bei >>> Arbeitsunfall/Berufskrankheit und bei >>> Invalidität zu den Leistungen im Rahmen der Funktion "Gesundheit".

Kreditabwicklungsfonds

1. Rechnungsstatistik

2. Kassenstatistik

Datennachweis: ab 1991

Begriffsinhalt:

Der Kreditabwicklungsfonds ist ab 1990 zusammen mit dem ERP-Sondervermögen, ab 1992 als gesonderte Haushaltsebene dargestellt und in die Summe aller öffentlichen Haushalte einbezogen.

Folgende Finanzvorfälle sind davon berührt:

Ausgaben:

Laufender Sachaufwand, Zinsausgaben an andere Bereiche, Schuldentilgung an Kreditmarkt.

Einnahmen:

Zinseinnahmen von anderen Bereichen, Schuldendiensthilfen vom Bund, Schuldenaufnahme am Kreditmarkt

Kreditähnliche Rechtsgeschäfte

Jährliche Schuldenstatistik

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

Schuldart mit der Schuldverpflichtung der öffentlichen Haushalte aus

- Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden, die beim Erwerb bereits belasteter Grundstücke übernommen wurden.
- Restkaufgeldern.

Sonstige kreditähnliche Rechtsgeschäfte - wie z.B. Leasing - werden schuldenstatistisch nicht erfaßt.

Änderungen im Zeitablauf:

In früheren Darstellungen waren die Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften in die >>> Schulden aus Kreditmarktmitteln einbezogen.

In der vierteljährlichen Schuldenstatistik ist dies auch durchgängig der Fall, da sie nicht gesondert erfaßt werden.

Kredite von Sozialversicherungen

1. Vierteljährliche Schuldenstatistik

Datennachweis: ab 1974

2. Jährliche Schuldenstatistik

- Datennachweis: ab 1951

Begriffsinhalt:

Die Kredite von Sozialversicherungen umfassen die Darlehen der Bundesanstalt für Arbeit, der Träger der Sozialversicherung und der öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen.

Zu den Trägern der Sozialversicherung rechnen die Kranken-, Renten- und Unfallversicherung einschließlich der Bundesbahnversicherungsanstalt Abt. A, die Bundesbahn-Betriebskrankenkasse, die Bundesbahn-Unfallversicherungsbehörde, die Bundespost-Betriebskrankenkasse und das Amt für Unfallversicherung der Bundespost.

Zu den öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen gehören z.B. die Zusatzversorgungsanstalt des Bundes und der Länder, Kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen, die Bundesbahnversicherungsanstalt Abt. B und die Versorgungsanstalt der Bundespost.

Begriffsbeziehungen:

Die Kredite von Sozialversicherungen rechnen nicht zu den >>> Schulden beim öffentlichen Bereich (Vierteljährliche Schuldenstatistik, Jährliche Schuldenstatistik). Dies sind Schulden, die aus Mitteln des >>> Bundes, des >>> Lastenausgleichs, des >>> ERP-Sondervermögens, der >>> Länder, der >>> Gemeinden/Gemeindeverbände und der >>> Zweckverbände aufgenommen werden, unabhängig davon ob sie über ein Kreditinstitut ausgezahlt werden.

Kreditinstitute

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Datennachweis: ab 1960

Begriffsinhalt:

Teilsektor der >>> Unternehmen in der Sektorengliederung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Zu den Kreditinstituten gehören neben der Deutschen Bundesbank alle Unternehmen, die Bankgeschäfte im Sinne des § 1 des Kreditwesengesetzes (KWG) betreiben.

Zu den Kreditinstituten rechnen Kreditbanken, Institute des Sparkassenwesens, Bausparkassen, Kreditgenossenschaften und genossenschaftliche Zentralbanken, Hypothekenbanken und öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten, Kreditinstitute mit Sonderaufgaben, ferner sonstige Kreditinstitute, wie z.B. Teilzahlungskreditinstitute, Kapitalanlagegesellschaften, Kassenvereine und Kreditgarantiegemeinschaften.

Die Postgiro- und Postsparkassenämter sind im Unternehmen "Bundespost" enthalten, das dem Wirtschaftsbe- reich "Nachrichtenübermittlung" im Teilsektor >>> Produktionsunternehmen zugeordnet ist; sie gehören also nicht zu den Kreditinstituten.

Ebenfalls nicht zu den Kreditinstituten - sondern zu den >>> Produktionsunternehmen - rechnen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die Effektenbörsen und alle Unternehmen, die lediglich die Vermittlung von Bank- und Effekengeschäften zum Gegenstand haben, wie Darlehens-, Finanzierungs- und Effek- tenmakler.

Es sei darauf hingewiesen, daß bei Kreditgenossenschaften (Raiffeisenbanken) auch das Warengeschäft, sofern es in Kombination mit dem Bankgeschäft betrieben wird, im Sektor Kreditinstitute erfaßt wird.

Kreditmarktmittel im engeren Sinn

1. Vierteljährliche Schuldenstatistik

Datennachweis: ab 1974

2. Jährliche Schuldenstatistik

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

Die Kreditmarktmittel im engeren Sinn umfassen Wertpapiere, Schuldscheindarlehen von >>> Kreditinstituten (einschl. Postsparkassen- und Postscheckvermögen), von Individualversicherungen einschl. privater Kranken- und Zusatzversorgungseinrichtungen und von Bausparkassen, ferner Kredite aus Haushaltsmitteln von Bahn und Post, von rechtlich selbständigen Stiftungen (z.B. Stiftung Volkswagenwerk), Sondervermögen und von Privaten sowie Hypotheken, Grund- und Rentenschulden und Restkaufgelder.

Zu den Wertpapieren rechnen Anleihen, Bundesschatzbriefe, Schatzanweisungen, Kassenobligationen und andere Wertpapierschulden.

Die Verschuldung aus Anleihen wird "netto" zum Nominalbetrag ausgewiesen, d.h. ohne zurückgekaufte, aber noch nicht getilgte Anleihestücke im Bestand der Emittenten.

Begriffsbeziehungen:

Die Kreditmarktmittel im engeren Sinn rechnen zu den >>> Schulden aus Kreditmarktmitteln (Vierteljährliche Schuldenstatistik, Jährliche Schuldenstatistik), die außerdem noch die >>> Kredite von Sozialversicherungen (Vierteljährliche Schuldenstatistik, Jährliche Schuldenstatistik) umfassen.

Kreditmarktschulden

1. Vierteljährliche Schuldenstatistik

Datennachweis: ab 1974

2. Jährliche Schuldenstatistik

Datennachweis: ab 1950

Begriffsinhalt:

Die Kreditmarktschulden im engeren Sinne umfassen die

- Wertpapierschulden
(Anleihen, Bundesschatzbriefe, Schatzanweisungen, Kassenobligationen und andere Wertpapierschulden),
- Direkte Darlehen bei
inländischen Banken und Sparkassen, Bausparkassen, Versicherungsunternehmen, Bundesbahn und Bundespost, der Bundesanstalt für Arbeit, den Trägern der Sozialversicherung (Kranken-, Renten- und Unfallversicherung einschl. Bundesbahnversicherungsanstalt Abt. A, Bundesbahn-Betriebskrankenkasse, Bundesbahn-Unfallversicherungsbehörde, Bundespost-Betriebskrankenkasse, Amt für Unfallversicherung der Bundespost), öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen (z.B. Zusatzversorgungsanstalt des Bundes und der Länder, Kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen, Bundesbahnversicherungsanstalt Abt. B, Versorgungsanstalt der Bundespost), Stiftungen, öffentlichen und privaten Unternehmen, sonst. inländischen Stellen, ausländischen Kreditinstituten und sonst. ausländischen Stellen.

Die Kreditmarktschulden im weiteren Sinne umfassen die Summe aus Kreditmarktschulden im engeren Sinne und den Ausgleichsforderungen.

Begriffsbeziehungen:

Schulden bei der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost sind nicht in den >>> Schulden beim öffentlichen Bereich (Vierteljährliche Schuldenstatistik, Jährliche Schuldenstatistik), sondern in den Schulden aus Kreditmarktmitteln enthalten.

Änderungen im Zeitablauf:

Ab 1974 enthalten die Schulden der >>> Gemeinden/Gemeindeverbände nicht mehr die für ihre rechtlich unselbstständigen Eigenbetriebe aufgenommenen Schulden, da das neue kommunale Haushaltsrecht eine klare Trennung von kommunalem Haushalt und Sondervermögen vorschreibt.

Die Schulden des >>> Lastenausgleichsfonds sind bis 1979 gesondert, ab 1980 jedoch zusammen mit denen des >>> Bundes nachgewiesen.

Ab dem 01.01.1990 werden die kreditähnlichen Rechtsgeschäfte nicht mehr in die Schuldensumme einbezogen; die bisher nur nachrichtlich dargestellten Schulden der Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen werden dagegen integriert.

Kreisstraßen

Statistik der Straßen des überörtlichen Verkehrs

Datennachweis: ab 1953

Begriffsinhalt:

Verkehrswege, die den Verkehrsbedürfnissen innerhalb der Kreise als Verbindungen zwischen den Gemeinden oder als Anschlußstrecken an das überörtliche Straßennetz dienen. Träger der Baulast sind die Landkreise.

Für die >>> Ortsdurchfahrten bestehen unterschiedliche Regelungen bezüglich der Übernahme der Baulast. Bei der Ermittlung der >>> Straßenlänge werden Kreuzungen der jeweils höherwertigen Straße zugeordnet, also z.B. der Kreisstraße bei einer Kreuzung mit einer Gemeindestraße oder der vorfahrtberechtigten gegenüber der vorfahrtbeachteten Straße.

Bei gleichwertigen Straßen erfolgt die Zuordnung zur breiteren, bei gleicher Breite zur längeren Straße. Die Länge der Ortsdurchfahrten rechnet zur Gesamtlänge der Kreisstraßen.

Kriegsopferversorgung

Sozialbudget der Bundesrepublik Deutschland

Datennachweis: ab 1965

Begriffsinhalt:

Leistungen der sozialen Entschädigung (Kriegsopferversorgung) nach dem Bundesversorgungsgesetz.

Art und Umfang der Leistungen für die Kriegsopferversorgung, mit denen der Staat gesundheitliche und wirtschaftliche Folgen von Schädigungen, die Personen während einer militärischen oder militärähnlichen Dienstverrichtung oder eines gleichgestellten Ereignisses erlitten haben, entschädigt, richten sich nach dem Bundesversorgungsgesetz.

Das Leistungsrecht des Bundesversorgungsgesetzes gilt auch für Soldaten der Bundeswehr und für Dienstpflichtige im Zivildienst, bestimmte Angehörige des Bundesgrenzschutzes, ehemalige politische Häftlinge, Angehörige von Kriegsgefangenen, Impfgeschädigte im Sinne des Bundesseuchengesetzes und Opfer von Gewalttaten.

Die Leistungen werden von den Verwaltungsbehörden der Kriegsopferversorgung (Versorgungsämter, Landesversorgungsämter) und von Trägern der Kriegsopferfürsorge als Geldleistungen (insbesondere Versorgungsbezüge), Sachleistungen (z.B. Heilbehandlung) oder als persönliche Hilfen den Anspruchsberechtigten zur Verfügung gestellt. Enthalten sind auch die Erstattungen, die Bund und Länder für die unentgeltliche Beförderung von Schwerbehinderten im öffentlichen Personenverkehr zahlen.

Finanziert wird die Kriegsopferversorgung vorwiegend aus Haushaltsmitteln des Bundes, während die Länder einen Teil der Leistungen der Kriegsopferfürsorge, die Versorgung der Impfgeschädigten, der Opfer von Gewalttaten sowie einen Teil der Fahrgeldausfälle und die Verwaltungskosten tragen. Einen Teil der Leistungen der Kriegsopferfürsorge tragen auch die kommunalen Gebietskörperschaften.

Krippen

Statistik der Jugendhilfe

Datennachweis: ab 1967

Begriffsinhalt:

Einrichtungen, in denen Kinder im Alter bis zu 3 Jahren ganztätig oder für einen Teil des Tages aufgenommen sowie pflegerisch und erzieherisch regelmäßig betreut werden.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1953 ohne Saarland und Berlin (West), von 1954 bis 1959 ohne Saarland. Von 1963 bis 1987 wurden (mit Ausnahme von 1974) die Krippen und die in ihnen verfügbaren Plätze in der Gliederung nach Trägern der öffentlichen Hand, Trägern der freien Jugendhilfe und privaten gewerblichen Trägern nachgewiesen. Dabei wurden die Krippen als "Kinderkrippen" nachgewiesen.

Begriffsbeziehungen:

Weitere Einrichtungen zur pflegerischen und erzieherischen Betreuung von Kindern im Schul- und Vorschulalter sind >>> Horte und >>> Kindergärten.

Kühlschiffe

Statistik des Bestandes an Seeschiffen

Datennachweis: 1969 bis 1970

Begriffsinhalt:

In die Seeschiffsregister eingetragene Schiffe, die dem Transport von Kühlladung dienen und hierfür mit besonderen Einrichtungen ausgestattet sind.

In die Seeschiffsregister werden Schiffe eingetragen, die für die Schifffahrt außerhalb von Binnengewässern (Flüssen, Kanälen und geschlossenen Seen) bestimmt sind und einen Raumgehalt von mehr als 17,65 BRT haben. >>> Seefischereifahrzeuge, die mit Kühleinrichtungen ausgestattet sind, zählen nicht zu den Kühlschiffen.

Kulturelle Angelegenheiten/Kunst- und Kulturpflege

1. Rechnungsstatistik

Datennachweis: ab 1950

2. Haushaltsansatzstatistik

Datennachweis: ab 1970

Begriffsinhalt:

Aufgabenbereich mit den Ausgaben

- für die Verwaltung kultureller Angelegenheiten (z.B. staatlicher Ämter für Denkmalpflege, Naturschutzbehörden);
- für öffentliche Theater, Berufsorchester und -chöre;
- zur Förderung privater Theater, von Einrichtungen der Musikpflege, Laienspielen, -orchestern und -chören;
- für Museen, Sammlungen, Ausstellungen, zoologische und botanische Gärten (soweit nicht der Wissenschaft zugerechnet);
- zur Förderung der bildenden Künste;
- für Denkmalschutz und -pflege, Naturschutz und Landschaftspflege;
- zur Förderung des Schrifttums, des Filmwesens, der Erhaltung des Kulturgutes der Vertriebenen sowie für Aufgaben der Volks- und Heimatkunde u.ä.;
- an Religionsgemeinschaften.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis 1973 sind auch die Aufwendungen für folgende Aufgaben enthalten:

- Volkshochschulen;
- Bibliotheken, soweit nicht der Wissenschaft zugeordnet (z.B. öffentliche Büchereien und Lesehallen, bibliothekarische Ausbildungsstätten);
- sonstige Weiterbildung (z.B. Einrichtungen und Maßnahmen der Volks- und Weiterbildung, der Erwachsenenbildung, der politischen Bildung, sowie der betrieblichen und überbetrieblichen beruflichen Aus- und Fortbildung, soweit diese Ausgaben nicht bei anderen Aufgabenbereichen nachgewiesen sind).

Die Aufwendungen für diese Aufgaben werden ab 1974 im Aufgabenbereich >>> Sonstiges Bildungswesen nachgewiesen.

In der Haushaltsansatzstatistik liegen im kommunalen Bereich Angaben nur für Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und die Gemeindeverbände in den Jahren 1970 bis 1973 vor.

Kunsthochschulen

Studentenstatistik

Datennachweis: ab Sommersemester 1967

Begriffsinhalt:

Hochschulen für bildende Künste, Gestaltung, Musik, Film und Fernsehen.

Die Aufnahmebedingungen sind unterschiedlich; die Aufnahme kann aufgrund von Begabungsnachweisen oder Eignungsprüfungen erfolgen.

Kunst, Kunstwissenschaft

1. Statistik der Studien- und Berufswünsche

Datennachweis: ab 1972

2. Statistik der Hochschulprüfungen

Datennachweis: ab 1959

Begriffsinhalt:

Zusammenfassung folgender Studienbereiche an Hochschulen:

- Kunst, Kunstwissenschaft allgemein,
- Bildende Kunst,
- Gestaltung,
- Darstellende Kunst, Film, Fernsehen, Theaterwissenschaft,
- Musik.

Nachgewiesen werden Abiturienten und Schüler der Abschlußklassen der 12. Klassenstufe, die beabsichtigen, Kunst oder Kunstwissenschaft zu studieren.

Änderungen im Zeitablauf:

Vor 1976 wurde in der Statistik der Studien- und Berufswünsche die Fächergruppe Kunst, Kunstwissenschaft mit "Kunst und kunstwissenschaftliche Fächer" bezeichnet.

Kunststofferzeugnisse

Index der Großhandelsverkaufspreise

Datennachweis: ab 1968

Begriffsinhalt:

Ausgewählte Waren (Warenarten) aus der Warengruppe 58 "Kunststofferzeugnisse" des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1975 bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für die Produktionsstatistiken, Ausgabe 1982. Einbezogen sind Halbzeug, Lager- und Transportbehälter sowie sonstige Fertigerzeugnisse aus Kunststoff. Nicht berücksichtigt werden Einzelteile und Verpackungsmittel aus Kunststoff.

Kur-, Genesungs- und Erholungsheime für Kinder und Jugendliche

Statistik der Jugendhilfe

Datennachweis: ab 1967

Begriffsinhalt:

Einrichtungen, die ganzjährig der Gesundheitspflege oder der Erholung von Kindern und Jugendlichen dienen. >>> Krankenhäuser fallen nicht unter Kur-, Genesungs- und Erholungsheime für Kinder und Jugendliche.

Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1981 wurden diese Einrichtungen in der Statistik unter der Bezeichnung Kur-, Heil-, Genesungs- und Erholungsheime für Minderjährige erfaßt.